15. Jahrgang 1967 / 4. Heft / Oktober

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

DIETMAR ROTHERMUND
Geschichtswissenschaft und Entwicklungspolitik

HORST GIES
NSDAP und Agrarverbände vor 1933

DALE C. THOMSON
Kanada und Deutschland in der Nachkriegszeit

FRIEDRICH-KARL v. PLEHWE
Die Überflutungen in Holland 1944

DOKUMENTATION
Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke und Walter Bußmann

Schriftleitung: DR. HELMUT KRAUSNICK

Redaktion: HELLMUTH AUERBACH

8 München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Dietmar Rothermund . Geschichtswissenschaft und Entwicklungspolitik 325

Horst Gies . . . . . NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik 341

Dale C. Thomson . . . Die kanadische Politik gegenüber Deutschland seit 1945 377

MISZELLE

Friedrich-Karl v. Plehwe Die Überflutungen in den Niederlanden im Jahre 1944 405

DOKUMENTATION

Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik *(Henry Ashby Turner, jr.)* 412

BIBLIOGRAPHIE 57

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Der Gesamtauflage dieses Heftes liegt ein Prospekt des Walter-Verlags, Olten, bei. Einer Teilauflage liegen ein Prospekt des Oldenbourg Verlags, München, und ein Prospekt der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

15. Jahrgang 1967 4. Heft/Oktober

DIETMAR ROTHERMUND

GESCHICHTSWISSENSCHAFT UND ENTWICKLUNGSPOLITIK*

I

Die Gegenüberstellung der Begriffe Geschichtswissenschaft und Entwicklungspolitik läßt die Frage entstehen, inwieweit die Wissenschaft überhaupt der Politik und ganz besonders eine auf das vergangene Geschehen bezogene Wissenschaft einer auf die Zukunft ausgerichteten Politik von Nutzen sein kann. Doch gerade diese besondere Frage, die den Gegensatz so deutlich macht, zeigt auch das Verbindende an. Die Tagespolitik kann und muß sich oft kurzsichtig am engen Erfahrungshorizont der jeweils gegenwärtigen Umstände orientieren, die Entwicklungspolitik ist dagegen langfristig angelegt und hat einen weiteren aber daher auch schwerer erkennbaren Horizont, sie braucht die Dimension der Vergangenheit, um an Augenmaß zu gewinnen.

Der Geschichtswissenschaft geht es darum, die Zusammenhänge vergangenen Geschehens zu erkennen und eine Zuordnung und Folgeordnung der historischen Phänomene aufzuzeichnen. Die Entwicklungspolitik, die Richard Behrendt als gesteuerten Kulturwandel definiert[1], will Zukünftiges bewirken und muß erkunden, in welchem Zusammenhang die zu erwartenden Ergebnisse den Zielvorstellungen entsprechen werden. Sie muß daher ähnlich wie die Geschichtswissenschaft ständig um eine Erweiterung ihrer Kenntnisse der Kulturzusammenhänge bemüht sein und darüberhinaus immer wieder prüfen, ob ihre Zielvorstellungen diesen Zusammenhängen angemessen sind. Im Gegensatz zur Tagespolitik, die in die sie umgebende Kultur eingebettet ist und sich in ihren Zielvorstellungen ganz auf sie beziehen kann, muß die Entwicklungspolitik, von der verlangt wird, daß sie die Kultur wandelt, sich aus diesen engen Bindungen lösen und alle Kulturen in ihr Gesichtsfeld bringen, um durch einen höheren Bewußtheitsgrad das zu ersetzen, was ihr, im Vergleich zur Tagespolitik, an Unmittelbarkeit fehlt. Das gilt sowohl für die interne Entwicklungspolitik eines Landes als auch für die Entwicklungspolitik, die ein Land im Hinblick auf andere Länder betreibt und für die neuen internationalen Beziehungen, die sich daraus ergeben.

---

* Dieser Aufsatz ist die erweiterte Fassung einer Heidelberger Antrittsvorlesung vom 22. Februar 1967. Der Verfasser ist den Herren Professoren Hans Albert, Werner Conze, Bruno Fritsch, Alexander Gerschenkron und Reimut Jochimsen für Kritik und Anregungen zur Ergänzung des Textes zu besonderem Dank verpflichtet.

[1] Richardt F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt 1965, S. 110ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hier, so könnte man hoffen, wäre die Universalgeschichte in der Lage, der Entwicklungspolitik die Aufgabe der Bewußtmachung zu erleichtern und ihr Orientierungshilfen zu bieten. Ein kurzer Überblick über die verschiedenen Richtungen universalgeschichtlichen Interesses[2] wird jedoch zeigen, daß eher die Hoffnung besteht, daß die Anforderungen der Entwicklungspolitik eine neue Art der Universalgeschichte anregen werden, als daß die Entwicklungspolitik von der bisherigen Universalgeschichte und den in ihr enthaltenen Entwicklungsbegriffen profitieren kann.

Die beiden Grundrichtungen abendländischer universalgeschichtlicher Interpretation sind schon in den Auseinandersetzungen des 18. Jahrhunderts geprägt worden. Will man sie zu zwei kurzen Signaturen zusammenfassen, so mag man sagen, daß die eine Richtung eine fortschreitende Entwicklung der Vernunft in der Geschichte sah, die andere dagegen auf die vorbildliche Abgeschlossenheit vergangener Manifestationen der Geschichte hinwies. Die Variationen über diese beiden Themen sind mannigfaltig, und sie lassen sich auch dialektisch verbinden, aber die Grundmuster und die mit ihnen verbundenen Konsequenzen waren immer wieder erkennbar. Diejenigen, die die Vernunft in der Geschichte sahen, neigten dazu, die Anlagen des Menschen axiomatisch zu fassen und aus diesen Anlagen eine geschichtliche Mechanik abzuleiten, ihr Interesse blieb zumeist auf die gesellschaftliche und politische Organisation beschränkt. Kants Skizze einer Geschichte in weltbürgerlicher Absicht ist ein Zeugnis dieser Richtung. Er nimmt an, daß die Naturanlagen des Menschen zu voller „Auswickelung" bestimmt sind, bewältigt die Diskrepanz zwischen der offensichtlichen Unvernunft im Kleinen und der Vernunft im Großen durch die dialektische Beziehung zwischen Antagonismus und steigender Interdependenz und sagt die Entstehung eines Weltstaates voraus[3]. Hier ist die dialektische Versöhnung zwischen Vernunft und Wirklichkeit noch sehr maßvoll, doch die Versuchung lag nahe, sie weiterzutreiben. Es ergab sich daraus nicht nur ein historischer Determinismus, sondern auch die Möglichkeit des gefährlichen Kurzschlusses, das jeweils Erkannte für vernünftig und damit für den Gipfel historischer Entwicklung zu halten[4]. Friedrich Schlegel sprach daher polemisch von „der Vernunft, die nichts vernehmen will", um diese Tendenz zu charakterisieren[5].

Vom Standpunkt eines universalgeschichtlichen Verständnisses anderer Kulturen gesehen, erwies sich die Ausdeutung der historischen Vernunft als sehr schädlich, denn der Vorrang der abendländischen Gegenwart wurde stillschweigend vorausgesetzt und im Laufe der Interpretation erhärtet. Selbst Kants weltbürgerliche Ab-

[2] Zur Darstellung der universalgeschichtlichen Interpretationsweisen siehe Hans-Georg Gadamer, Wahrheit und Methode-Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen 1960, S. 185ff., und Joseph Vogt, Wege zum historischen Universum, Stuttgart 1961.

[3] Immanuel Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (1784), in: Kant, Die drei Kritiken (ed. R. Schmidt), Stuttgart 1949, S. 460ff.

[4] Siehe hierzu Poppers Kritik an Hegel: Karl Popper, The Open Society and Its Enemies, Vol. II, London (4. Aufl.) 1962.

[5] Siehe hierzu den Aufsatz des Verfassers: Friedrich Schlegel and the Wisdom of India, in: South Asian Studies II, Max Mueller Bhavan Publications, New Delhi 1965.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sicht war nur insofern weltbürgerlich, als er eine künftige, alle Menschen umgreifende staatliche Ordnung verkündete, von der er aber selbstverständlich annahm, daß sie europäisch-republikanisch sein werde, denn, so sagte er, „man wird einen regelmäßigen Gang der Verbesserung der Staatsverfassung in unserem Weltteile, der wahrscheinlich allen dereinst Gesetze geben wird, entdecken"[6].

Als sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu diesem Stolz auf die abendländische Ordnung dann auch noch der Sozial-Darwinismus gesellte, der den Determinismus der historischen Vernunft durch das biologische Ausleseprinzip ergänzte, konnte Kipling von „the lesser breed without the law" sprechen, also von den biologisch Minderwertigen, die auch auf dem Gebiet des Rechts nicht auf der Höhe waren und denen Gesetze zu geben, „the white man's burden" war. Weder der Vernunftentwicklungsbegriff noch der biologische Entwicklungsbegriff des Darwinismus waren dazu geeignet, zu einer Menschheitsgeschichte anzuregen[7]. Nahm man Völker außerhalb des abendländischen Kulturraumes überhaupt zur Kenntnis, so allenfalls, um sie beim Bau universalgeschichtlicher Systeme auf Vorstufen zu verweisen.

Etwas mehr Verständnis für den eigenständigen Wert außereuropäischer Kulturen brachte die andere Richtung der Universalgeschichte auf, die die vorbildliche Abgeschlossenheit vergangener Epochen und Kulturen betonte. Diese Richtung war nicht darauf festgelegt, die Entwicklung der Menschheit aus Axiomen ableiten zu müssen, sie stellte auch nicht die politische Organisation so sehr in den Mittelpunkt ihres Interesses, sondern hatte einen Blick für die Gesamtheit der Kulturphänomene. Ihr lag jedoch die Versuchung nahe, den individuell-schöpferischen, ästhetischen Aspekt der Kultur zu sehr in den Vordergrund ihrer Betrachtungen zu stellen und dort, wo sie keinen Zugang zu einer Kultur auf diese Weise fand, die Fremdheit zu betonen. Ihr Maßstab war das klassische Altertum, vor allem die griechische Kultur, die nicht nur von vorbildlicher Abgeschlossenheit war, sondern auch in jeder Hinsicht ein abgeschlossenes Vorbild einer Kultur überhaupt zu sein schien[8]. Die vorbildliche Abgeschlossenheit war zugleich zeitliche Vollendung und überzeitliche Vollkommenheit, sie konnte daher als unveränderlicher und über ihre Zeit hinaus verbindlicher Maßstab gelten.

Die Orientierung an einer als abgeschlossen empfundenen Kultur mußte zu einem Entwicklungsbegriff führen, der den Verfall der Kultur und die unvollkommene Übertragung ihres Erbes erklärte. Im Gegensatz zur anderen Grundrichtung mußte also hier statt eines Fortschritts entweder ein Zyklus von Aufstieg und Verfall oder gar eine durchgehend regressive Evolution postuliert werden. Eine der konsequentesten Verfallstheorien war die Friedrich Schlegels, der den indischen Kulturkreis in seine Betrachtungen einbezog, weil er im Sanskrit sich der Uroffenbarung noch näher fühlte als im Griechischen, zugleich aber eine fortschreitende Sonderung des

[6] Kant, a. a. O., S. 477.

[7] Zur Auseinandersetzung mit dem Darwinismus siehe Fritz Kern, Geschichte und Entwicklung, Bern 1952.

[8] Zur Vorbildlichkeit des klassischen Altertums siehe Gadamer, a. a. O., S. 188f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menschlichen Geistes von dieser Uroffenbarung konstatierte und das Umsichgreifen gekünstelten Denkens als Folge eines Zwanges sah, der den menschlichen Geist dazu veranlaßt, dort Vernunftkonstruktionen zu substituieren, wo es zuvor einen unmittelbaren Zugang zur Uroffenbarung gab[9]. Wenn auch solche Verfallslehren mehr Toleranz für andere Kulturkreise mit sich bringen mochten, so schufen sie ein Interesse doch höchstens für die ältesten Zeugnisse fremder Kulturen, während deren zeitgenössische Probleme völlig gleichgültig bleiben konnten.

Abgeschlossenheit und Verfall der Kulturen bedeuteten zugleich eine Isolierung. Kulturen konnten gewissermaßen als Einzellebewesen betrachtet werden. Lebensgeschichtliche oder jahreszeitliche Analogien boten sich an, Jugend und Frühling, Herbst und Verfall wurden beobachtet und beschrieben. Neigte die eine Grundrichtung zur Verzeitlichung von Schlußfolgerungen, so daß aus Begriffsbestimmungen Perioden werden konnten, so betrieb die Gegenrichtung eine Verwesentlichung der Zeit, bei der der Zeitablauf selbst an Symbolgehalt gewann, da er zur Reife in der Fülle der Zeit führen mußte. Logische Konstruktion oder metaphysische Spekulation prägten die universalgeschichtlichen Interpretationsmuster.

Die beiden hier angedeuteten Grundrichtungen universalgeschichtlichen Verständnisses haben in der eigentlichen Geschichtsschreibung selten einen eindeutigen Ausdruck gefunden. Dort, wo sie hervortraten, wie bei Marx, der die beiden Richtungen miteinander verband, indem er seine historischen Epochen mit ihnen innewohnenden Verfallsbedingungen ausstattete, die jeweils den Keim der neuen Epoche in sich trugen und damit im Dienst der historischen Vernunft standen, oder auch bei Spengler und Toynbee, die die Verfallszyklenlehre auf ihre Weise anwendeten, haben sich die meisten Fachhistoriker von ihnen distanziert, aber sie konnten nicht vermeiden, daß Elemente dieser Richtungen in die Interpretation ihrer eigenen Forschungen einflossen. Dieses Problem soll hier nicht weiter untersucht werden, für unser Thema genügt es, festzustellen, daß beide Grundrichtungen nicht zum Verständnis außereuropäischer Kulturen und vielleicht nicht einmal zum Verständnis unserer eigenen Kultur, sondern nur zur Bestätigung ihres Selbstverständnisses beitragen. Das bedeutet, daß die Geschichtswissenschaft, wenn sie auf die Fragen der Entwicklungspolitik eingeht, auch zu einem neuen Verständnis unserer eigenen Kultur vordringen muß.

II

Einen guten Ansatzpunkt für die Überwindung der beiden genannten Richtungen und für eine neuartige Universalgeschichte, die auch der Entwicklungspolitik gerecht wird, bietet das Werk Max Webers.

Dieses Werk ist von dem Kampf geprägt, den er selbst gegen diese beiden Grundrichtungen in sich ausgetragen hat[10]. Doch gerade dort, wo es die Spuren dieses

[9] Siehe den Aufsatz des Verfassers: Friedrich Schlegel and the Wisdom of India (vgl. Fußnote 5).

[10] Webers Leistung besteht natürlich darin, die Sozialwissenschaften und mit ihnen auch

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kampfes zeigt, steht es unter dem Gesetz des Gegners und nimmt Wesenszüge beider Grundrichtungen in sich auf. Daher ist die Rezeption der Ideen Webers für die Geschichtswissenschaft problematisch geblieben. Es lohnt sich jedoch, über die Spuren des Kampfes hinweg zu dem eigentlichen Anliegen Webers vorzustoßen und zu versuchen, es für die Geschichtswissenschaft nutzbar zu machen. Webers wichtigster methodischer Beitrag ist der einer Typisierung historischer Abläufe, Institutionen und Geisteshaltungen[11]. Bei dieser Typisierung mußte er sich mit der vorbildlichen Abgeschlossenheit des Vergangenen auseinandersetzen und mit dem Vorwurf rechnen, daß alles nur jeweils als Teil eines Ganzen verstanden werden kann und daß daher das Herauslösen einzelner typischer Konfigurationen und ihr Vergleich mit ebensolchen, aus anderen Zusammenhängen stammenden, nicht statthaft ist. Zugleich galt Webers Hauptforschungsinteresse der Entstehung der abendländischen Rationalität, hier mußte er sich von der historischen Vernunft absetzen und die Rationalität als Zweckrationalität, nicht als Seinsrationalität definieren[12]. Im Schnittpunkt dieser beiden Auseinandersetzungen entstand Webers methodischer Zentralbegriff vom Idealtypus, der zugleich vorbildliche Abgeschlossenheit und reine Zweckrationalität umfaßt und in dieser Form seins- und zeitentrückt ist. Zu jedem historischen Ablauf konnte nun ein Idealtypus als ruhender Punkt konstruiert werden. Von diesem ruhenden Punkt aus wurde das Geschehen meßbar. Versucht man jedoch, den Idealtypus in die historische Analyse hineinzunehmen, dann wird er, wenn er gut konstruiert ist, zum abstrakten Ebenbild des spezifischen Zusammenhanges, von dem er abgeleitet worden ist, und wird gerade deshalb für eine historisch vergleichende Betrachtung unbrauchbar, denn er reflektiert das jeweils Besondere, und nimmt man ihn als Maßstab für andere Vorgänge und Erscheinungen, so wird man nur Kontraste verdeutlichen, aber keine weiteren Zusammenhänge erfassen[13]. Ist der Idealtypus dagegen unausgewogen konstruiert und wird dann in die historische Analyse einbezogen, dann kann er ebenso wie die vorhin erwähnte Verzeitlichung von Schlußfolgerungen zu pseudogenetischen Vorstellungen führen, d.h. logische Voraussetzungen einer Zusammenhangsbehauptung verwandeln sich in Kausalfaktoren.

Das Dilemma des Idealtypus läßt sich vermeiden, wenn man zu einer Methode

---

die Geschichtswissenschaft aus der methodischen Enge befreit zu haben, in die sie vom Neo-Kantianismus gedrängt worden waren. In diesem Aufsatz geht es aber darum, die Aufmerksamkeit auf die Probleme der idealtypischen Methode zu lenken, eine eingehende Würdigung und Kritik der Arbeit Webers war in diesem Rahmen nicht möglich.

[11] Siehe hierzu Judith Janoska-Bendl, Methodologische Aspekte des Idealtypus – Max Weber und die Soziologie der Geschichte, Berlin 1965.

[12] Zur Rationalität des Idealtypus siehe Janoska-Bendl, a. a. O., S. 52f.

[13] Ein interessantes Beispiel für diese Problematik bietet der Aufsatz von Otto Hintze, Wesen und Verbreitung des Feudalismus (1929) in: Otto Hintze, Staat und Verfassung, Göttingen 1962, S. 84ff. Hintze leitet den Idealtypus von der individuellen historischen Erscheinung, von der er seinen Namen bekommen hat (fränkisches Reich), ab, mißt mit ihm andere als feudal bezeichnete Erscheinungen, verwirft die meisten und stellt fest, daß auch die, die eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Idealtyp aufweisen, ihm doch nicht völlig entsprechen.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übergeht, die hier als katatypisch bezeichnet werden soll[14]. Die katatypische Methode verzichtet auf die besondere Abgeschlossenheit und Zweckrationalität des Idealtypus und beschränkt sich auf die Darstellung eines Strukturzusammenhanges, der dem historischen Vorgang als Ordnungsschema gegenübergestellt wird und nicht für ein genetisches Prinzip gehalten werden kann. Dieses Ordnungsschema besteht nicht aus einer (idealen) Überzeichnung der Merkmale des Vorganges sondern aus einer dem jeweiligen Vorgang angepaßten Bezeichnung jener Merkmale, die die Identifikation ähnlicher Vorgänge ermöglicht.

Ludwig Wittgensteins Versuch, die „Familienähnlichkeiten" der Begriffe zu umschreiben, mag erläutern, was mit dieser Art der Bezeichnung gemeint ist:

> „Wie würden wir denn jemandem erklären, was ein Spiel ist? Ich glaube, wir werden ihm Spiele beschreiben, und wir könnten der Beschreibung hinzufügen: das und Ähnliches nennt man Spiele. Und wissen wir selbst denn mehr? Können wir etwa nur dem anderen nicht genau sagen, was ein Spiel ist? Aber das ist nicht Unwissenheit. Wir kennen die Grenzen nicht, weil keine gezogen sind ... wir können für einen besonderen Zweck eine Grenze ziehen. Machen wir dadurch den Begriff erst brauchbar? Durchaus nicht! Es sei denn für diesen besonderen Zweck."[15]

Das, was Wittgenstein hier sagt, bezieht sich auf die Definition von Begriffen. Die Typisierung ist zwar nicht mit der Begriffsbildung gleichzusetzen, doch in Bezug auf die Definition gilt vom Typus in noch stärkerem Maße das, was Wittgenstein über die Bestimmung des Begriffes sagt. Der Unterschied zwischen Typus und Begriff läßt sich schon dadurch kennzeichnen, daß es im Bereich der Typisierung kein Gegenstück zur Bildung eines Oberbegriffs gibt. Dafür läßt sich im Rahmen der Typisierung eine Qualifikation und schematische Substitution durchführen, die der katatypischen Methode zugänglich ist, aber der idealtypischen fehlt.

Die katatypische Methode entspricht der Form der Strukturanalyse, die sich um die Erstellung eines Code bemüht, der eine Einordnung der jeweils zu beobachtenden Phänomene erlaubt[16]. Der Code verhält sich zu den Phänomenen wie die Grammatik zur Sprache. So wie jedes Wort auch ohne grammatische Interpretation existiert, ist auch das historische Ereignis von der typisierenden Deutung unabhängig. Während sich jedoch ein Code auf eine synchronische Erfassung der Phänomene beschränken kann, hat die historische Typisierung die Aufgabe, darüber hin-

---

[14] Die Neubildung des Wortes katatypisch erwies sich als notwendig, weil andere Wortzusammensetzungen dieser Art bereits in ihren Bedeutungen festgelegt sind. Eine prototypische Methode ist von Arthur Schweitzer vorgeschlagen worden. Er betont den Sinngehalt und folgt dabei Webers Idealtypus als gesteigertem Typus. Seine Forderung „Das prototypische Kernmerkmal ist so zu wählen, daß es den zentralen Punkt einer bestimmten Struktur hervorhebt" (Vom Idealtypus zum Prototyp, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 120 (1964), S. 55) setzt voraus, daß der zentrale Punkt bereits gefunden ist. Die katatypische Methode soll dagegen ein Suchfeld abstecken, in dem der zentrale Punkt durch die Ermittlung seiner Beziehungen zu anderen Punkten gefunden wird, wobei zugleich untersucht wird, in welcher Hinsicht der betreffende Punkt „zentral" ist.

[15] Ludwig Wittgenstein, Philosophical Investigations, New York 1953, S. 62.

[16] Siehe hierzu Lucien Sebag, Marxismus und Strukturalismus, Frankfurt 1967, S. 166f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus ein diachronisches[17] Schema zu liefern, also nicht nur die Zuordnung, sondern auch die Folgeordnung zu berücksichtigen.

Die Zuordnung besteht aus der Bestimmung von Äquivalenzen[18], d. h. von Strukturähnlichkeiten, die es erlauben, ein Phänomen mit einem anderen in Zusammenhang zu bringen. Bei der Folgeordnung geht es um das Problem der historischen Kontinuität und um die mit jedem Ereignis gegebene Unstetigkeit. Zwischen Kontinuität und Unstetigkeit besteht eine Wechselbeziehung, denn die Unstetigkeit ist nur in ihrem Gegensatz zur Kontinuität denkbar, die Kontinuität wiederum kann sich nur in Ereignissen äußern. Zuordnung und Folgeordnung werden im Prozeß der historischen Interpretation verbunden, da es darauf ankommt, darzustellen, wie sich zusammenhängende Phänomene im Lauf der Zeit verändern. Dabei besteht die Gefahr, daß die synchrone Zuordnung diachronisiert wird (d. h. logische Konstruktionen werden zum chronologischen Schema) oder auch umgekehrt, daß im Interesse einer bestimmten diachronischen Kontinuität ein Einfluß auf die synchronische Zuordnung ausgeübt wird (d. h., es werden nur solche Ereignisse als relevant angesehen, die in das betreffende Schema passen). Bei der synchronischen Zuordnung kann man, sobald man sich auf eine bestimmte Ebene der Kodifizierung geeinigt hat, ein verbindliches Resultat erzielen; da die Zeit eliminiert ist, kann sogar die Illusion einer zeitlosen Kontinuität entstehen, in die man nach Belieben einen Zeitfaktor einfügen kann. Tritt die Folgeordnung hinzu, die mit Ereignissen in der Zeit rechnet, so wird dieses Schema gesprengt, die Zahl möglicher Zusammenhänge wird so groß, daß nur eine abgegrenzte Zusammenhangsbehauptung als Leitfaden dienen kann. Die katatypische Methode soll in diesem Sinne zur Abgrenzung von Zusammenhangsbehauptungen führen und das Verhältnis von Zuordnung und Folgeordnung klären.

Die logische Form des historischen Berichts ist in jüngster Zeit oft zum Gegenstand philosophischer Untersuchungen gemacht worden[19]. Das Hauptinteresse galt dabei zunächst der Struktur von Aussagen, erst später wandte man sich der Untersuchung der Art und Weise der Berichterstattung insgesamt zu. Die Analyse des Verhältnisses von Ereignis, Zuordnung und Folgeordnung muß noch weiter vorangetrieben werden. Die historische Berichterstattung führt immer wieder in die Versuchung, syntaktisch eine Ordnung zu stiften, die sich der kritischen Prüfung entzieht, obwohl es doch das Ziel der Geschichtswissenschaft sein muß, den Grad der Prüfbarkeit zu erhöhen. Die Prüfbarkeit und Korrigierbarkeit des Ordnungsschemas steht in der modernen Wissenschaftsmethodologie im Vordergrund, sie verzichtet dafür auf prinzipielle Begründungen, wie sie von der älteren Methodologie gefordert wurden[20]. Die katatypische Methode versucht, ein der modernen

[17] Zu den Begriffen synchronisch und diachronisch siehe Sebag, a. a. O., S. 122ff.

[18] Zum Begriff Äquivalenz siehe Sebag, a. a. O., S. 250.

[19] Siehe Patrick Gardiner, The Nature of Historical Explanation, London 1961, und Morton White, The Foundations of Historical Knowledge, New York 1965.

[20] Zur Gegenüberstellung von moderner und älterer Methodologie siehe Hans Albert, Theorie und Praxis – Max Weber und das Problem der Wertfreiheit und der Rationalität in: Festschrift Simon Moser, Die Philosophie und die Wissenschaften, Meisenheim 1966, S. 266f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Methodologie entsprechendes Ordnungsschema zu erstellen, während die idealtypische Methode von der älteren Methodologie geprägt ist und daher zum Dogmatismus neigt.

III

Ein aufschlußreiches Beispiel für die Gegensätze der Methoden bieten zwei Beiträge der Geschichtswissenschaft zu den Grundlagen der Entwicklungspolitik, die sich mit dem Problem des Industrialisierungsprozesses beschäftigen. Der eine Beitrag, die Stufentheorie Rostows[21], zeigt die Nachteile der idealtypischen Methode; der andere Beitrag, Gerschenkrons Lehre von den Spannungsfeldern der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit[22], nähert sich der katatypischen Methode und erweist, daß man mit ihr sehr viel differenziertere Resultate erreichen kann.

Rostow zeichnet zunächst ein idealtypisches Schema seiner fünf Stufen, die mit der traditionellen Gesellschaft beginnen, dann über eine Stufe der Vorbedingungen zur wichtigsten Stufe, der der Wachstumsschwelle (take-off) führen, auf die dann eine in allen Fällen mehr oder weniger gleichbleibende Stufe der Reifung (drive to maturity) folgt, die schließlich von der fünften Stufe, der des Massenkonsums, abgelöst wird. Beim näheren Hinsehen bleibt jedoch von diesen Stufen nicht viel übrig. Die traditionelle Gesellschaft dient lediglich als stereotyper Hintergrund, die Vorbedingungen des Wachstums sind zum Teil aus der Definition des Wachstums vorverzeitlicht, über das Reifen wird eigentlich nur gesagt, daß das schnelle Wachstum zumeist auf einige Sektoren beschränkt bleibt und die Reifung daher in einem Nachziehen der anderen Sektoren besteht. Eine Stufenbestimmung der Reife hätte nur einen Sinn, wenn sich ein deutlicher Zusammenhang mit der folgenden Epoche des Massenkonsums ergäbe, aber die Reifezeiten sind sehr unterschiedlich, und der Beginn des Massenkonsums scheint, wenigstens soweit es das einzelne Land betrifft, in keinem direkten Zusammenhang mit ihnen zu stehen. Rostow weist selbst darauf hin, daß Australien und Kanada bereits vor ihrem Reifestadium in die Periode des Massenkonsums eintreten. Bleibt also allein die Wachstumsschwelle (take-off), die sich durch ein rasches Ansteigen der Investitionsrate bestimmen und daher auch datieren läßt, alle anderen Stufen erweisen sich als von dieser Gegebenheit abgeleitete Phänomene, die entweder als Vorbedingungen oder als Wirkungen konstatiert werden: Ein deutliches Beispiel für eine schlechte idealtypische Konstruktion, die in Pseudogenese umschlägt. Für alle untersuchten Länder wird ein ähnlicher Verlauf angegeben, ihre Beziehungen zueinander werden vernachlässigt. Die einzige Beziehung, die betont wird, ist die eines „reactive nationalism", der als Auslöser des raschen Wachstums bezeichnet wird. Da diese Formel auf das erste Land, das ein schnelles Wachstum erlebt, nämlich auf England, nicht anwendbar ist, muß auch die Geschichte Englands so gedeutet werden, daß sich ein quasi

[21] Walt W. Rostow, The Stages of Economic Growth, Cambridge 1960.

[22] Alexander Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge (Mass.), 1962.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„reactive nationalism" erweisen läßt. Es könnte sich hier geradezu um eine Parodie der idealtypischen Methode handeln[23].

Rostow hat sich im Kreuzfeuer der Kritik auf eine Position zurückgezogen, die er durch die Betonung der entwicklungsstrategischen Wichtigkeit der jeweils führenden Sektoren im Industrialisierungsprozeß bezeichnet. Damit tritt er jenen entgegen, die anhand aggregativer Daten die Kontinuität des Wirtschaftswachstums nachweisen und an der Bedeutsamkeit der Wachstumsschwelle (take-off) zweifeln[24]. Er stellt der Kontinuität der quantitativen Interpretation aggregativer Daten die qualitative Deutung der Unstetigkeit der Entwicklung gegenüber und begibt sich damit in die Gesellschaft der Wirtschaftstheoretiker, die statt eines ausgeglichenen, kontinuierlichen Wachstums die Schaffung einer Unausgewogenheit (unbalanced growth) befürworten, um auf diese Weise einen strategischen Durchbruch zu erzielen[25]. Der Gegensatz zwischen aggregativer und strategischer Analyse entspricht dem, was zuvor über synchronische Zuordnung und diachronische Folgeordnung gesagt wurde. Die aggregative Analyse arbeitet mit einem zeitlosen Zuordnungsschema, in das ein Zeitfaktor eingesetzt wird, die strategische Analyse betont dagegen die Folgeordnung zeitgebundener Ereignisse. Rostow, der seinen Kritikern, die ihm mit aggregativen Daten entgegentreten, vorwirft, sie „spielten mit Fausthandschuhen Klavier"[26], scheint der Meinung zu sein, es handele sich hier nur um einen Unterschied zwischen großmaschigen Berechnungen und einer detaillierten Untersuchung, während es doch um zwei verschiedene Betrachtungsweisen geht.

Ein Verständnis für Zuordnung und Folgeordnung findet sich dagegen in den Arbeiten von Gerschenkron. Er geht von den Beziehungen der entwickelteren und rückständigeren Länder zueinander aus, betont die Möglichkeit der teilweisen Übernahme bereits anderswo erzielter industrieller Fortschritte und entdeckt bei der Untersuchung des raschen Investitionsanstiegs in den einzelnen Ländern, daß den Stadien relativer Rückständigkeit auch verschiedene Typen der Investitionstätigkeit und ihrer Finanzierung entsprechen. Im ersten Land, in England, wurde die Industrialisierung privat finanziert, und das Bankwesen blieb hiervon nahezu unberührt. In Frankreich und Deutschland dagegen entstanden Investitionsbanken,

[23] Zur Kritik der Stufentheorie Rostows vgl. A. K. Cairncross, Factors in Economic Development, London 1962, S. 131ff. Einen Überblick und eine Kritik früherer Stufentheorien gibt Bert Hoselitz, Theories of Stages of Economic Growth, in: Hoselitz et al., Theories of Economic Growth, Glencoe (Ill.) 1960, S. 193–238 (Hildebrand, Bücher, Schmoller, Sombart); siehe auch V. V. Bhatt, Some Notes on Two Recent Theories of Stages of Economic Growth, in: The Indian Economic and Social History Review, Vol. I, No. 4 (April–June 1964), S. 183–191 (über Rostow und Gerschenkron).

[24] Walt Rostow (ed.), The Economics of Take-Off into Sustained Growth, London 1963 (International Economic Association Conference 1960); vor allem den Beitrag von Simon Kuznets, Notes on the Take-Off, und Rostows Erwiderung in seiner Einleitung.

[25] Zur Theorie des „unbalanced growth" siehe Harvey Leibenstein, Economic Backwardness and Economic Growth, New York 1957, und A. O. Hirschmann, The Strategy of Economic Development, New Haven 1958; vgl. auch Leibensteins Beiträge zu dem von Rostow herausgegebenen Band (vgl. Fußnote 24).

[26] In seiner Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band (vgl. Fußnote 24).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die die Industrialisierung finanzierten, und zwar sowohl weil die private Finanzierung nicht ausreichte, als auch wegen der Übernahme einer bereits entwickelten Technologie, die gleich zu Beginn die Erstellung größerer Anlagen nahelegte. In Rußland schließlich fehlte es an Privatinitiative und an Banken, und so übernahm der Staat gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Finanzierung der Industrie. Dementsprechend lassen sich auch ideologische Unterschiede und andere Verhältnisse der Wirtschaftstätigkeit zur Gesellschaftsstruktur feststellen. Im liberalen England wurde die intellektuelle Elite in den Prozeß des Wirtschaftswachstums einbezogen, in Rußland stand sie der Industrialisierung zunächst ablehnend gegenüber und wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts unter marxistischem Einfluß auf die soziale Bedeutung der Industrialisierung aufmerksam, wandte sich aber gerade darum gegen das bestehende System.

Bei Gerschenkron steht also im Mittelpunkt der Typisierung nicht ein idealtypisches Verlaufsschema, sondern ein Spannungsfeld. Aus der Spannungsintensität relativer Rückständigkeit, die zugleich Vorteile in der Übernahme von technischem und organisatorischem Fortschritt bietet, ergibt sich die Möglichkeit entsprechender Abweichungen in der Art und Weise der Industrialisierung, die hier in erster Linie auf dem Gebiet der Finanzierung gesucht und gefunden werden und sich als eine Reihe von sinnvollen Substitionen erweisen. Diese Substitionsreihe wird dann zum Zentralthema, an das sich parallele Typisierungen angliedern lassen, so etwa die der politischen Organisation, der Ideologie oder der sozialen Stellung und Geisteshaltung der Intellektuellen. Es wäre jedoch auch denkbar, daß der Zugang zur Typisierung des Spannungsfeldes zunächst auf dem Gebiet der politischen Organisation oder der Geistesgeschichte, ja sogar der Literaturgeschichte gefunden und erst dann die Investitionstypenreihe entdeckt worden wäre. Eine katatypische Konstruktion zeichnet sich durch die Vielfalt der Zugangswahlmöglichkeiten aus und bietet daher auch Ansatzpunkte für eine interdisziplinäre Forschung. Ferner zeichnet sich diese Art der Typenbildung dadurch aus, daß sie aus ihrer Mitte heraus ihre Grenzen bestimmt, indem sie die Tragweite der jeweiligen Zusammenhangsbehauptung erprobt. Gerschenkron bietet hierfür ein Beispiel: Er äußert die Vermutung, daß das Spannungsfeld relativer Rückständigkeit nur bis zu einem gewissen Grad Vorteil und Ansporn zur Industrialisierung bietet und daß über diesen zu ergründenden Schwellenwert hinaus eine Häufung der Nachteile eintritt. Er gibt dann zu, daß bei der Ermittlung dieser Grenzen eine umfassendere Typenbildung möglich werden könnte, die das von ihm skizzierte Spannungsfeld nicht mehr benötige. Damit ist der heuristische Wert dieser Art der Typisierung betont, die sich von dem der idealtypischen Methode dadurch unterscheidet, daß sie aus sich selbst heraus ihre Korrektur anbahnt, während der Idealtypus nur akzeptiert oder verworfen werden kann und zu seiner Korrektur nur insoweit beiträgt, als er zum Widerspruch herausfordert.

Mit der hier am Beispiel der Arbeitsweise Gerschenkrons dargestellten Methode läßt sich auch das Problem der Bedingtheit menschlicher Entscheidungen und der Möglichkeit einer Verengung oder Erweiterung des Entscheidungsspielraumes

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besser angehen als mit der idealtypischen, die in ihrer strengen Abgrenzung von Zweckrationalität und Seinsirrationalität dem Denken eine Freiheit von aller Entscheidung sichern wollte, um dem Leben die volle Entscheidungsfreiheit zuzuschreiben. Gerschenkron selbst läßt übrigens die Möglichkeiten, die ihm seine Arbeitsweise in diesem Bereich bietet, weitgehend ungenutzt und beschränkt sich auf Toynbees Formel „challenge and response". Die Analyse der Bedingtheit von Entscheidungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Geschichtswissenschaft. Die Geschichtswissenschaft hat kaum zur Kenntnis genommen, daß die anderen Sozialwissenschaften das Phänomen der Entscheidung enthistorisiert haben, indem sie es in einem synchronischen Zuordnungsschema zum Schaltvorgang werden lassen. Als Gegenstück zu einem Determinismus, der die Entscheidungsfreiheit ausschließt, ergibt sich auf diese Weise ein Dezisionismus, der die Entscheidung isoliert. Die methodische Geschichtsfeindlichkeit der Sozialwissenschaften wurde dadurch verstärkt, daß sie sich bewußt vom Historismus emanzipiert haben. Die Geschichtswissenschaft aber hat in selbstversorgerischer Genügsamkeit von ihrer Substanz gezehrt, sie hat nicht versucht, von sich aus einen Vorstoß zu unternehmen, sondern sie hat nur die historischen Aspekte, die die immer ahistorischer werdenden Sozial- und Wirtschaftswissenschaften aus ihren Disziplinen verbannten, bei sich aufgenommen. Auf diese Weise beschäftigt, hatte die Geschichtswissenschaft wenig Anlaß dazu, über das Paradoxon nachzudenken, warum eigentlich gerade bei steigender sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Orientierung der Historiker das Gespräch mit dem Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern immer unfruchtbarer wurde.

Dieses Gespräch kann erst dort wieder ansetzen, wo ein gemeinsames Interesse an der Ergründung menschlicher Entscheidungen entsteht, wo die Denkmuster des Sozialwissenschaftlers sich als unzureichend erweisen und der Historiker merkt, daß er nicht von der Substanz seiner Wissenschaft allein zehren kann. Das aber ist auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik der Fall, da sich hier die Frage nach der Strategie stellt, die sich nur unter Berücksichtigung von Zuordnung und Folgeordnung vieler Faktoren beantworten läßt.

IV

Am Beginn dieser neuen Auseinandersetzung mag die entwicklungspolitische Infrastrukturtheorie des Wirtschaftswissenschaftlers Reimut Jochimsen stehen[27], der es zwar nicht ausdrücklich darauf abgesehen hat, den Historikern neue Aufgaben zuzuweisen, der aber mit jedem Aspekt seiner Theorie die Geschichtswissenschaft zu Beiträgen und Ergänzungen herausfordert. Jochimsen löst sich von den zeitentrückten Gleichgewichtsmodellen seiner Wissenschaft und definiert die Entwicklung in Form eines Spannungsverhältnisses zwischen dem Integrationsgrad und dem Niveau der Wirtschaftstätigkeit. Aus diesem Spannungsverhältnis ergibt sich dann nicht eine Stufenfolge, sondern eine Vielzahl möglicher Zeitpfade, die jedoch drei

[27] Reimut Jochimsen, *Die Theorie der Infrastruktur – Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung*, Tübingen 1966.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

typische Richtungen annehmen können, nämlich die der selbstverstärkenden Entwicklung, die der Quasi-Stagnation und die des selbstverstärkenden Dualismus, wenn das Niveau der Wirtschaftstätigkeit steigt, aber der Intergrationsgrad dabei gleichbleibt oder sinkt. Der Verlauf dieser Zeitpfade wird von der Infrastruktur beeinflußt, die Jochimsen nicht nur im Sinne der materiellen Ausstattung der Wirtschaft verstanden haben will, sondern in die er auch die institutionelle und die personelle Infrastruktur mit einbezieht. Er beschäftigt sich auch ausdrücklich mit den historischen Komponenten dieser verschiedenen Bereiche der Infrastruktur, die für ihn freilich unter dem Aspekt des idealtypischen Zeitpfades gesehen als Trägheitsmomente erscheinen, die den Verlauf der Entwicklung hemmen und ablenken. Diese historischen Komponenten sind die Relikte früherer Entscheidungen, die in einem anderen Zusammenhang getroffen wurden und nun den Entscheidungsspielraum einengen, es sei denn, man setze sich über sie hinweg, im materiellen Bereich etwa durch rasche Abschreibung oder Zerstörung, im institutionellen und personellen durch Reform oder Revolution, um auf diese Weise einen größeren Spielraum für entwicklungsangemessene neue Entscheidungen zu haben. Eingriffe können jedoch sowohl Hindernisse beseitigen als auch Kräfte binden, es kommt also jeweils darauf an, die Infrastruktur sorgfältig zu analysieren, um die besten Ansatzpunkte für einen Eingriff zu finden. Hier kommt dem Historiker eine wesentliche Aufgabe bei der Analyse infrastruktureller Elemente zu. Eine noch weit interessantere Aufgabe für den Historiker ist dann das Aufspüren der Auslöselemente der alternativen Muster des Zeitpfades, wobei hier nicht nur ein Rostowscher take-off in Betracht kommen kann, sondern nach dem Schema Jochimsens auch die Möglichkeit einer Involution anstelle eines Wachstumsschubes besteht. Hier liegen die Möglichkeiten, die Gerschenkron vermutet, aber in seinem Spannungsfeld relativer Rückständigkeit noch nicht unterbringen konnte.

Eine geschichtswissenschaftliche Rezeption der Theorie Jochimsens müßte aber über das Ablesen von Aufgabenstellungen hinausgehen und zu einer katatypischen Umformung seines in der Hauptsache idealtypischen Ansatzes führen; damit würde auch seiner eigenen Forderung entsprochen, eine erfahrungswissenschaftliche Theorie zu entwickeln. Es geht ihm darum, die Spannung zwischen der idealtypischen Zweckrationalität des Entwicklungszeitpfades und den konkreten infrastrukturellen Gegebenheiten zu erfassen. Dabei geht er jedoch so vor, daß er das Muster alternativer, idealtypischer Zeitpfade auf die infrastrukturellen Gegebenheiten projiziert und beobachtet, welche Brechungen dabei auftreten können. Es wäre nun auch ein entgegengesetzter Standpunkt denkbar, wobei man von der Infrastruktur ausginge und festzustellen versuchte, welche Elemente welche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Kombiniert man diese beiden Standpunkte, so entsteht ein Typisierungsmuster, das mit einem Schachspiel verglichen werden könnte, wobei die Bewegungsmöglichkeiten der Figuren, die ja ständig durch ihre Stellung zu mehreren anderen Figuren eingeschränkt werden, den Entwicklungsmöglichkeiten der Infrastrukturelemente, die Züge der Spieler aber dem Muster der alternativen Zeitpfade entsprechen. Auf diese Weise wäre es auch möglich, sich jeweils die Wirkung

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des zurückgelegten Zeitpfades auf die Zusammensetzung der gegenwärtigen Infrastruktur vorzustellen. Die Analogie des Schachspiels könnte noch weiter geführt werden, so etwa, wenn die Interdependenz infrastruktureller Elemente nach dem Bilde der Figuren, die sich gegenseitig decken, gedeutet würde, oder wenn zwischen immanenten und bedingten Entwicklungsmöglichkeiten nach Art der durch die Spielregeln erlaubten und der durch die umstehenden Figuren bedingten Bewegungsmöglichkeiten unterschieden würde. Hier geht es aber nicht um diese Analogie, sondern nur darum, zu verdeutlichen, daß die Theorie der Infrastruktur in eine Reihe von Zusammenhangsbehauptungen umgesetzt werden kann, die sich für die historische Analyse ebenso fruchtbar erweisen dürften wie die Gerschenkrons und dabei wahrscheinlich über dessen Versuche hinausführen würden.

Jochimsen selbst hat außer einer Behandlung des wirtschaftlichen Dualismus in Italien[28] keine konkreten Anwendungen seiner Theorie vorgeführt, es ist aber zu erwarten, daß gerade das Dualismusproblem, das für viele frühere Kolonialländer bisher nur auf allgemeine Weise angedeutet worden ist, im Rahmen der Theorie Jochimsens besser erfaßt wird. Der Dualismus bezeichnet gerade jene Häufung der Nachteile relativer Rückständigkeit, die Gerschenkron andeutet und die er von den durch die Spannungsintensität gegebenen Vorteilen abgegrenzt wissen möchte, ohne selbst angeben zu können, wie diese Abgrenzung vorzunehmen sei. Der Begriff des Dualismus ist zuerst von dem holländischen Wirtschaftswissenschaftler Boeke zur Typisierung der gleichsam parasitären Symbiose eines kleinen modernen kapitalistischen Sektors und einer Subsistenzwirtschaft in den Kolonialländern Asiens geprägt worden[29]. Der Kulturanthropologe Geertz[30] hat den Begriff dann am Beispiel des Ineinandergreifens von Subsistenzreisbau und Zuckerrohrplantagenwirtschaft auf Java weiter erläutert und nachzuweisen versucht, daß nicht nur eine Stagnation, sondern eine Involution, das heißt ein selbstverstärkender Dualismus aus einer solchen Symbiose entstehen konnte. Weder Boeke noch Geertz haben dabei das Problem der Finanzierung kolonialer Wirtschaftstätigkeit und der Währungspolitik der Kolonialmächte entsprechend beachtet, und es wäre eine wichtige wirtschaftsgeschichtliche Aufgabe, dem Zeitpfad des Dualismus in seiner infrastrukturellen Bedingtheit in den früheren Kolonialländern nachzugehen und dem Vorbild Gerschenkrons folgend den Fragen der Finanzierung besondere Aufmerksamkeit zu schenken und dabei auch die währungspolitischen Aspekte zu berücksichtigen, die bei Gerschenkron nur sehr am Rande zur Geltung kommen.

Wie bereits aus der Studie von Geertz hervorgeht, münden Untersuchungen dieser Art in den Ländern Asiens und Afrikas sofort in komplizierte Probleme der Landwirtschaft ein. Hier kann sich der Historiker nur mit der Unterstützung der Agrarsoziologen, Geographen und Ethnologen zurechtfinden, die ihm über Anbau-

[28] Jochimsen, a. a. O., S. 172ff., ferner auch sein Aufsatz Dualismus als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 95 (1965), II, S. 69–88.

[29] J.-H. Boeke, Economics and Economic Policy of Dual Societies, New York 1953.

[30] Clifford Geertz, Agricultural Involution – The Process of Ecological Change in Indonesia, Berkeley 1963.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zonen, über die sozialen Folgen bestimmter Landbewirtschaftungsmethoden, über traditionelles Bodenrecht, über Klimaschwankungen, demographische Veränderungen und ethnische Strukturen Auskünfte erteilen können. Die historische Synthese dieser Informationen kann für die Regionalplanung, die in der Entwicklungspolitik immer mehr an Bedeutung gewinnt, von großem Nutzen sein, da auf diese Weise manche Zusammenhänge deutlich werden, die aus den Einzelerscheinungen nicht erkennbar sind. Es gilt, so die unsichtbare Infrastruktur zu erkunden, die aus den historischen Gegebenheiten besteht.

Die Analyse der unsichtbaren Infrastruktur läßt sich umsetzen in ein Steuerungsmuster für entwicklungspolitische Eingriffe. Entwicklungspolitik als gesteuerter Kulturwandel und Geschichtswissenschaft als kritische Reflektion der zu wandelnden Kultur sind auf diese Weise verbunden. Der Kulturzusammenhang und die katatypische Methode der Zusammenhangsbehauptungen entsprechen sich. Betrachten wir die Kultur als eine Erfahrungsgemeinschaft, in der bestimmte Anschauungen eine Deutung der jeweils neuen Ereignisse ermöglichen, so daß diese Ereignisse wiederum in die Erfahrung eingehen und die Erfahrungsgmeinschaft prägen, und vergleichen wir mit diesem Vorgang die Formulierung einer Zusammenhangsbehauptung, die in einem Spannungsfeld typische Muster zu erfassen und von diesen aus die Grenzen des Spannungsfeldes zu erkunden sucht, so wird uns diese Entsprechung deutlich. So gesehen, können Steuerungsvorgänge zugleich Lernvorgänge sein. Wenn also gefragt wird, ob man aus der Geschichte etwas lernen kann, so darf man es in diesem Sinne bejahen, gerade weil man es mit Bezug auf eine Wiederholbarkeit des Geschehenen verneinen muß.

V

Das was hier über die Kultur als Erfahrungsgemeinschaft gesagt wurde, deutet bereits darauf hin, daß bei zunehmendem Erfahrungsaustausch keine Rede mehr von in sich abgeschlossenen Kulturen sein kann. Die Erfahrungen der verschiedenen Kulturen gehen immer stärker in die der anderen ein und beeinflussen damit die Anschauungen, die es ermöglichen, neue Ereignisse als gemeinsame Erfahrungen aufzunehmen. Dieser Prozeß ist sehr unstetig. Analog zu Jochimsens Infrastrukturtheorie könnte man hier von einem Niveau des Erfahrungsaustausches und vom Integrationsgrad der Erfahrungsgemeinschaft sprechen und das Spannungsfeld zwischen überkommenen Verhaltensweisen und Lernvorgängen zu bestimmen versuchen. Genauso wie sich auf wirtschaftlichem Gebiet Entwicklungsenklaven bilden können, die in einem Gegensatz zu ihrer Umgebung stehen, ist auch im Bereich der Übermittlung von Kenntnissen, Anschauungen und Verhaltensweisen eine dualistische Spannung möglich, die sich mit der Intensität der Übermittlung steigert. Entwicklungspolitik wirkt daher zunächst nicht stabilisierend, sondern destabilisierend[31]. Das dürfte von denen, die absichtlich eine Unausgewogenheit

[31] Diese destabilisierende Wirkung erwähnt Knut Borchardt, Europas Wirtschaftsgeschichte

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anstreben, um einen strategischen Durchbruch zu erzielen, nicht nur nicht bedauert, sondern sogar begrüßt werden. Doch mag es manche Theoretiker geben, die zwar auf wirtschaftlichem Gebiet eine Unausgewogenheit (unbalanced growth) befürworten, aber hoffen, daß sich dieses Phänomen auf den Industrialisierungsprozeß beschränken läßt und nicht das politische Gleichgewicht stört. Akzeptiert man, daß die Entwicklungspolitik destabilisierend wirken muß, selbst wenn sie stabilisierend wirken will, dann bleibt noch die Frage, ob die entstehende Spannung zu einem Durchbruch führt, oder ob es zu einer Involution im Sinne des selbstverstärkenden Dualismus kommt. Die Destabilisierung kann zur Errichtung einer „Entwicklungsdiktatur" führen, die dann im Interesse ihrer Selbsterhaltung eine dualistische Spannung aufrecht erhält[32].

Die Entwicklungspolitik steht auf diese Weise im engsten Zusammenhang mit der politischen Entwicklung. Politische Entwicklung bedeutet nicht nur Aufbau und Umbau politischer Institutionen, sondern die politische Bewältigung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Wandels. Die moderne politische Wissenschaft hat sich in ihrem Studium der politischen Entwicklung bewußt von der Verfassungsgeschichte abgewandt und sich um ein neues funktionales Zuordnungsschema bemüht[33]. Mit der Terminologie, die diese Funktionalisten prägen, wird ein Verfremdungseffekt erreicht, der den an die Beschreibung von Institutionen gewöhnten Historiker zunächst abstößt. Ebensowenig wird ihn der spekulative Psychologismus ansprechen, der die Werke der Theoretiker auszeichnet, die versucht haben, die Bedingungen für den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in den Veränderungen der Persönlichkeitsstruktur zu sehen[34]. Funktionalismus und Psychologismus tendieren ebenso zum zeitentrückten Modellbau wie die moderne Wirtschaftswissenschaft. Doch es ist bemerkenswert, daß jetzt auch im Kreise derer, die diese neuen sozialwissenschaftlichen Theorien vertreten, ein Interesse an der Geschichte erwacht. So bemüht sich Everett Hagen in einem neuen Aufsatz über seine psychologisch orientierte Theorie des sozialen Wandels hinauszukommen und die Voraussetzungen für die industrielle Revolution in England in der Flexibilität politischer und wirtschaftlicher Institutionen zu sehen, die er mit der oligarchischen Unbeweglichkeit einiger kontinentaler Länder kontrastiert[35]. Er kommt damit den For-

– Modell für Entwicklungsländer?, Veröffentlichungen der Wirtschaftshochschule Mannheim, Bd. 20, Stuttgart 1967.

[32] Siehe hierzu Alexander Gerschenkron, The Stability of Dictatorships, New Haven 1963 (Harvard Lecture, Yale University, 3 April 1963).

[33] Siehe zum Beispiel Gabriel Almond, A Functional Approach to Comparative Politics, in: Gabriel Almond und James Coleman (ed.), The Politics of the Developing Areas, Princeton 1960.

[34] Vgl. die kritische Beurteilung der Werke von E. E. Hagen, On the Theory of Social Change, 1962, und C. McClelland, The Achieving Society, 1961, von Michael Argyle in seinem Aufsatz The Social Psychology of Social Change, in: T. Burns und S. B. Saul (ed.), Social Theory and Economic Change, London 1967, S. 87 ff.

[35] Everett E. Hagen, British Personality and the Industrial Revolution, The Historical Evidence, in: T. Burns und S. B. Saul, a. a. O., S. 67 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schungsabsichten Otto Hintzes nahe, der die Wandlungsfähigkeit politischer Institutionen und ihre soziale Bedeutung untersucht hat, aber dabei natürlich noch nicht die Bedingungen des Wirtschaftswachstums in den Mittelpunkt des Interesses stellte[36].

Die Geschichtswissenschaft sollte die Fragen, die auf diese Weise von den Sozialwissenschaften an sie herangetragen werden, aufgreifen und zugleich im Sinne einer neuen Universalgeschichte die Völker Asiens und Afrikas in ihre Untersuchungen einbeziehen. Die weltweiten Probleme der Entwicklungspolitik zwingen zu einer Erweiterung des Blickfeldes. Das historische Blickfeld ist schon immer vom politischen Interesse, im tiefsten und allgemeinsten Sinne dieses Wortes, bestimmt worden. Es ist daher zu begrüßen, daß die Entwicklungspolitik die Geschichtswissenschaft dazu auffordert, nationale und europäisch-abendländische, aber auch thematische und methodische Grenzen zu überwinden und in wahrhaft „weltbürgerlicher Absicht" die Zuordnung und Folgeordnung politischer Phänomene zu erfassen.

[36] Otto Hintze, Staat und Verfassung, Göttingen 1962, vor allem die Aufsätze Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes (1930), Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung (1931) und Wesen und Wandlung des modernen Staates (1931).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HORST GIES

NSDAP UND LANDWIRTSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN IN DER ENDPHASE DER WEIMARER REPUBLIK*

I

Abgesehen von der regionalen Aktivität der NSDAP im Schleswig-Holstein der gescheiterten Landvolkbewegung und ihren aus den besonderen Umständen als „Sammelbecken der Unzufriedenen und Enttäuschten, der verhinderten Revolutionäre und der verärgerten Spießbürger"[1] erklärbaren Erfolgen, war der Aktionsradius der Hitler-Bewegung auf dem Lande bis zum Jahre 1930 sehr beschränkt. Die NSDAP war in ihren Anfängen für ländliche Bevölkerungskreise eher abstoßend als anziehend. Sie entstand im städtisch orientierten Milieu des Arbeiter- und Kleinbürgertums, erhielt daneben Zulauf aus Kreisen politisch heimatloser Kriegsteilnehmer und hatte in ihrem Programm ausgesprochen sozialistische Tendenzen. Die aus Damaschkes Ideen abgeleiteten Forderungen nach einer „Bodenreform" und mehr noch nach „unentgeltlicher Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke" hatten in ihrer privatbesitzfeindlichen Grundhaltung auf die Bauern eine abschreckende Wirkung[2]. 1928 sah sich die Parteileitung daher gezwungen, in einer Erklärung zu Punkt 17 des Parteiprogramms die „böswillige Mißdeutung und häßliche Unterstellung", die das Verhältnis der NSDAP zum Grundbesitz erfahren habe, „richtigzustellen"[3]. In sinnverkehrender Interpretation wurde nun „unentgeltliche Enteignung" nur auf Boden beschränkt, „der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde, oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird". Mit dieser Änderung ihres 1926 als „unveränderlich" bezeichneten Parteiprogramms knüpfte die NSDAP an Hitlers Taktik an, program-

* Der Aufsatz stützt sich im wesentlichen auf die bisher unbenutzten Mitteilungen und Rundschreiben des „agrarpolitischen Apparates" der NSDAP, die sich in den Nachlässen Darré im Stadtarchiv Goslar und im Bundesarchiv Koblenz befinden.

[1] E. Topf, Die Grüne Front, Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933, S. 41.

[2] Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 lag der Anteil der NSDAP z. B. in den vorwiegend ländlichen Wahlkreisen Ostpreußen (55,7% Erwerbstätige in der Landwirtschaft), Pommern (50,7% E.i.d.L.), Osthannover (42% E.i.d.L.) und Hessen-Darmstadt (34% E.i.d.L.) unter dem Reichsdurchschnitt: Dt. Reich: 30,5% Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 2,6% NSDAP-Stimmen. (Stat. Jb. f. d. Dt. Reich 1928, S. 25 u. 580f.). Vgl. auch den Hinweis W. Seipels: „Ohne Zweifel hatten die Landbundführer damit, daß sie den Nationalsozialisten unterstellten, sie wollten Grund und Boden enteignen, ein ausgezeichnetes Propagandamittel gegen uns gefunden. Denn der Haß der Bauern gegen die Marxisten war nicht zuletzt auf die Enteignungsabsichten derselben zurückzuführen ... Hier lag eine ungeheure Gefahr für die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, und wir haben große Mühe gehabt, das Mißtrauen, das auf diese Art in den Bauernstand getragen wurde, zu überwinden." (E. Schmahl – W. Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Die antisemit. Bauernbewegung in Hessen von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus, Gießen o. J. (1933), S. 158).

[3] Vgl. G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1931, S. 4.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

matische Äußerungen lediglich als opportunistisch zu verwendendes Instrumentarium politischer Propaganda zu gebrauchen[4].

Allerdings rückten fortschreitende wirtschaftliche Depression und materielle Not auch die Landbevölkerung immer mehr in das Blickfeld der NSDAP[5]. Schon in Wien hatte Hitler an Karl Lueger bewundert, daß er „das Hauptgewicht seiner politischen Tätigkeit auf die Gewinnung von Schichten (legte), deren Dasein bedroht war . . ."[6]. Erste Früchte trug dieses taktische Erfolgsrezept in Schleswig-Holstein[7]. Doch waren die organisatorischen und personellen Voraussetzungen innerhalb der Partei für eine weitgestreute Bauernpolitik zu dieser Zeit noch sehr beschränkt. Lediglich um W. Willikens, der seit 1928 die NSDAP im Reichstag in Agrarfragen vertrat, bildete sich ein kleiner Kreis nationalsozialistischer Bauernagitatoren, deren agrarpolitische Betätigung innerhalb und außerhalb der Partei aber fast bedeutungslos war[8]. Erst Anfang 1930 läßt sich ein sichtbares Bemühen der NSDAP um die Konkretisierung der eigenen agrarpolitischen Konzeption und um die Einbeziehung der Landbevölkerung in das propagandistische Kalkül der Partei erkennen. Bezeichnend dafür ist die am 6. März 1930 von der Reichsleitung herausgegebene „Parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft", die hauptsächlich dazu bestimmt war, der NSDAP ein neues Wählerreservoir auf dem Lande zu erschließen[9].

Wenig später, im Mai 1930, erfolgte als weiteres Anzeichen einer aktiven nationalsozialistischen Bauernpolitik die Berufung R. Walther Darrés als Berater der Reichsleitung der NSDAP in landwirtschaftlichen Fragen. Der neue Agrarexperte Hitlers, Diplom-Landwirt und durch mehrere rassenideologische Publikationen bekannt geworden[10], setzte mit seiner Blut-und-Boden-Ideologie der national-

---

[4] Vgl. A. Hitler, Mein Kampf, München 1936, S. 234: „Jede und auch die beste Idee wird zur Gefahr, wenn sie sich einbildet, Selbstzweck zu sein, in Wirklichkeit aber nur ein Mittel zu einem solchen darstellt."

[5] Von 1924 bis Ende 1931 wurden fast eine Million ha Land versteigert (Archiv f. inn. Kolonisation, Bd. 24, S. 426); hatte es 1926–28 noch zweier Jahre bedurft, um die Zahl der Zwangsversteigerungen landw. Betriebe auf 4896 zu erhöhen (mit einer Nutzfläche von 73000 ha), so waren es 1931 allein schon 5765 = 176662 ha (H. Beyer, Die Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1928–32, In: Jb. d. Heimatgemeinde d. Kreises Eckernförde, 15 (1957), S. 174; Stat. Jb. f. d. Dt. Reich 1932, S. 376f.).

[6] A. Hitler, Mein Kampf, München 1936, S. 108f.

[7] Vgl. R. Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Eine soziolog. Untersuchung der polit. Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–32, Stuttgart 1963; G. Stoltenberg, Polit. Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk, Düsseldorf 1962.

[8] Vgl. NS-Jahrbuch 1929, S. 144; Völk. Beobachter (Reichsausg.) v. 22./23. 5. 32, 6. Folge des Landw. Beiblatts; VB (Reichsausg.) v. 25./26./27. 12. 32, Lebensportrait von W. Willikens.

[9] Das Programm, in allen einschlägigen Publikationsorganen der Partei veröffentlicht, befindet sich als Flugblatt im BA-Koblenz (NS 26/962) u. ist abgedruckt bei G. Franz, Quellen zur Gesch. d. Bauernstandes in der Neuzeit, Darmst. 1963, S. 535.

[10] Vgl. R. W. Darré, Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse, München 1929; ders., Erkenntnisse und Werden, Aufsätze aus der Zeit vor der Machtergreifung, hg. v. Marie-Adelheid Prinzessin Reuß zur Lippe, Goslar 1940; ders., Neuadel aus Blut und Boden, München 1930.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialistischen „Weltanschauung" nicht nur ein neues schillerndes Licht auf, er hatte auch eine feste Vorstellung davon, wie die NSDAP auf dem Lande organisatorisch Fuß fassen könne. Darré verstand es, seiner Partei innerhalb eines Jahres eine über das ganze Reich verzweigte Bauernorganisation – den „agrarpolitischen Apparat" der NSDAP – aufzubauen und die Politik der bestehenden Bauernverbände wirksam zu beeinflussen. Unter allen pressure groups, die zu Zeiten des Präsidialsystems als Regierungsform politischen Einfluß ausübten, hatte die Landwirtschaft den Vorteil, für ihre Probleme und Sorgen – besonders soweit sie ostdeutsche Interessen betrafen – bei Hindenburg ein offenes Ohr zu finden. Um so verhängnisvoller für den Weimarer Staat mußte es sein, daß es dem „agrarpolitischen Apparat" der NSDAP gelang, Einfluß auf die Politik der organisierten Landwirtschaft zu gewinnen.

Aufbauend auf den Wahlerfolgen der NSDAP im September 1930 verstand es Darré nicht nur, mit Hilfe von Propaganda und Agitation den bäuerlichen Stimmenanteil seiner Partei weiter zu erhöhen[10a]; auch die Radikalisierung der berufsständischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft wurde bewußt gefördert und den politischen Zielen Hitlers nutzbar gemacht. Mit der ideologischen und personellen Unterwanderung des Reichslandbundes gelang es dem Leiter des „agrarpolitischen Apparates" der NSDAP, den damals größten und einflußreichsten Bauernverband Deutschlands in den Dienst nationalsozialistischer Politik zu stellen.

II

Urheber des Planes, der zur Entstehung des „agrarpolitischen Apparates" der NSDAP führte, war nicht Darré, sondern A. Georg Kenstler. Es ging dem Gründer und Herausgeber der Artamanen-Zeitschrift „Blut und Boden" um die „Förderung und Verbreitung der aktiven national-revolutionären Bauernbewegung der Nordmark über das Reich", d. h. die Landvolkbewegung sollte aus dem regionalen Bereich Schleswig-Holsteins herausgeführt werden und in einer gesamtdeutschen Bauernbewegung ihre politischen Ziele und revolutionären Bestrebungen wirk-

[10a] Vergleicht man die RT-Wahlergebnisse der NSDAP von 1928–33 in 5 überwiegend ländlichen Wahlkreisen (Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Osthannover, Hessen-Darmstadt u. Pfalz) mit denen in 5 überwiegend städt. Wahlkreisen (Berlin, Westfalen-Süd, Düsseldorf-Ost, Chemnitz-Zwickau, Merseburg u. Hamburg), so ergeben die Durchschnittswerte folgendes Bild:

Durchschnittl. Anteil d. NSDAP in jeweils 5 Wahlkreisen:

	1928	1930	1932 (I)	1932 (II)	1933
vorwiegend ländl.	2,8	22,6	47,1	42,4	52,4
vorwiegend städt.	2,4	17,9	34,5	29,9	39,6

1928 fällt der Unterschied der Erfolge der NSDAP in der Stadt und auf dem Land kaum ins Gewicht, 1930 dagegen gewann die Partei Hitlers von 100 Wählern schon 4,7 mehr auf dem Land als in der Stadt. Dieser Erfolg der NSDAP in ländl. Gegenden steigerte sich dann über 12,6 im Juli 1932 auf 12,8 im Jahre 1933 (vgl. Stat. Jb. f. d. Dt. Reich 1931, S. 546f.; 1932, S. 542f.; 1933, S. 540f.; Statistik d. Dt. Reiches Bd. 434, Berlin 1935, S. 76).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

samer vertreten[11]. Für diese „politische und kulturelle Erweckung des Bauerntums" im übrigen Deutschland schien Kenstler der Nationalsozialismus ein geeignetes Werkzeug zu sein. In enger Zusammenarbeit zwischen Kenstler, Darré und dem Schriftleiter des NSDAP-Organs in Thüringen, Dr. Ziegler, entstand 1929 der Plan, in Weimar eine agrarpolitische Zentrale aufzubauen, um von dort aus eine über das ganze Reich sich ausdehnende Landvolkbewegung zu organisieren[12]. Finanziell von der NSDAP getragen und unter Darrés Leitung sollte eine Organisation entstehen, „die jeder Zeit einen Überblick über die Lage ermöglicht und sofortige Maßnahmen gegebenenfalls möglich macht"[13]. Da man aber in der Reichsleitung der NSDAP in München die Notwendigkeit einer solchen Institution zunächst nicht recht einsah, sich aber den Anschein wohlwollender Interessiertheit gab[14], schleppten sich Verhandlungen und Gespräche bis in den Frühsommer 1930 hin. Inzwischen war es Darré gelungen, als Agrarexperte der NSDAP angestellt zu werden mit dem Auftrag, eine agrarpolitische Abteilung bei der Reichsleitung der NSDAP in München aufzubauen[15].

Schon zwei Wochen nach Beginn seiner Tätigkeit in München, am 15. August 1930, legte Darré der Reichsleitung der NSDAP zwei Denkschriften vor, in denen er seine Gedanken und Vorstellungen zu der Frage ausbreitete, wie die Partei ihre „Aufgabe am deutschen Bauern" bewältigen könne[16]. Das erste der beiden Exposés befaßte sich mit der Stellung der Landwirtschaft in einem zukünftigen nationalsozialistischen Staat und behandelte in detaillierter Form die Fragen, welche Bedeutung dem Landstand im Kampf um den Staat zukomme und wie die Bauern in revolutionärem Sinne in diesem Kampf eingesetzt werden könnten. Darré ging von dem trivialen Gedanken aus, daß die Ernährung der städtischen Bevölkerung von der Nahrungserzeugung auf dem Land abhängig sei. Es nütze der NSDAP unter diesen Umständen wenig, wenn sie ausschließlich die Städte beherrsche. Erst wenn sie die Nahrungsmittelerzeuger, d. h. die Bauern, unter ihrer Kontrolle habe, sitze sie machtpolitisch am längeren Hebel. „Daher ist es einfach eine Lebensfrage der NSDAP, ob es ihr gelingt, den deutschen Landstand in ihre Hände zu bekommen. . . . Denn einem Nahrungsmittelboykott, der Hand in Hand mit städtischen Nationalsozialisten organisiert wird, ist auf die Dauer kein Maschinengewehr der Schutzpolizei oder Reichswehr gewachsen."

Zum Verständnis dieses Gedankenganges ist der Zeitpunkt seiner Entstehung von wesentlicher Bedeutung. Darré rechnete im August 1930 mit etwa 60 nationalsozialistischen Abgeordneten, die aus den Reichstagswahlen am 14. September her-

[11] Vertraul. Rundbriefe Kenstlers v. 1. 6. 1929 u. 22. 9. 29 (Stadt-Archiv Goslar, Nachl. Darré Nr. 437, nachf. abgekürzt als: St.A.Goslar, ND Nr. . . .).

[12] Brief Kenstlers an Darré v. 10. 2. 1930 (St.A.Goslar, ND Nr. 94).

[13] Brief Darrés an Kenstler v. 2. 3. 1930 (ebenda).

[14] Brief Darrés an seine Frau Alma v. 27. 3. 1930 (Nachl. A. Bauer im Institut für Zeitgeschichte, abgekürzt IfZ).

[15] Brief Darrés an Lehmann v. 19. 7. 1930 (St.A.Goslar, ND Nr. 437).

[16] Nürnberger Dokumente, Fall XI, Ankl. Dok. Buch 101, NG–448, Exh. 999 (IfZ) und BA-Koblenz, Nachl. Darré, AD 45.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorgehen würden[17]. Die Möglichkeit einer legalen, d. h. auf parlamentarisch-demokratische Weise zu erzielenden Machtergreifung erschien ihm damals utopisch. Um so mehr dachte er in den Bahnen militanter Auseinandersetzungen. Durch den Ausgang der Septemberwahlen, die der NSDAP 107 statt bisher 12 Reichstagsmandate einbrachten, änderte sich indessen die Lage. Nun erst erschien der Weg über eine nationalsozialistische Unterwanderung der bestehenden staatlichen Institutionen und berufsständischen Organisationen gangbar und erfolgversprechend. Er wurde auch von Darré in Anpassung an die Taktik Hitlers beschritten.

In der zweiten Denkschrift unternahm es Darré, konkrete Vorschläge dazu zu machen, wie die Partei auf dem Lande organisatorisch Fuß fassen könne[18]. In diesem, ebenfalls vom 15. 8. 1930 datierten „Entwurf für den Plan: Ausbau eines agrarpolitischen Netzes über das Reichsgebiet" griff Darré wesentlich auf die oben erwähnten Ideen A. Georg Kenstlers zurück. Auf Grund der Mentalität der deutschen Bauern, die nur von einem „heimat- und blutbewußten" Berufsgenossen und nicht von städtischen Agitationsrednern verstanden würden und wegen der landwirtschaftlichen und stammesmäßigen regionalen Sonderheiten innerhalb des deutschen Bauerntums schlug Darré der Partei eine Organisation vor, „die sich einmal der entlegenen Sonderheiten landständischen Lebens anzuschmiegen versteht, aber andererseits doch wieder so fest in der Hand der Parteileitung bleibt, daß diese Gewähr hat, die programmatischen Richtlinien der Partei werden bis in den entlegensten Winkel des Reiches einheitlich propagiert". Darré, dessen Abteilung Landwirtschaft der Reichsorganisations-Abteilung II unter Hierl zugeordnet war, machte sich bei seinem Plan die politische Organisation der Partei, die von Gregor Strasser geleitet wurde, zunutze: jeder politische Leiter der NSDAP vom Gau bis zum Ort solle einen landwirtschaftlichen Fachberater erhalten[19], der eine doppelte Aufgabe zu bewältigen habe. Einmal solle er seinen unmittelbaren Vorgesetzten in der politischen Organisation im politischen Tageskampf unterstützen, weiterhin stehe er aber in unmittelbarer Verbindung zur agrarpolitischen Zentrale der NSDAP in München. Von dort her sollten die landwirtschaftlichen Fachberater nach einheitlichen Richtlinien geschult und instruiert werden, ihre wichtigste Aufgabe sei es jedoch, ihre Beobachtungen und Erfahrungen nach München zu berichten, wo dieses einlaufende Material „gesichtet" und als „agrarpolitische Erfahrungstatsache des innenpolitischen Kampfes allen landwirtschaftlichen Fachberatern im Reich zugänglich" gemacht werde.

Darrés Plan sah also ein über das ganze Reich verzweigtes Nachrichtensystem vor, das die Zentrale mit Informationen versorgte und von dort Instruktionen erhielt. Der „agrarpolitische Apparat" war als Funktionärskader gedacht, der es der Partei ermöglichen sollte, im agrarpolitischen Tageskampf „wohlüberlegte, einheitliche Angriffe und schnelle Verteidigungsmaßnahmen durchzuführen". Es

[17] Brief Darrés an Frau von Quast v. 27. 8. 1930 (St.A.Goslar, ND Nr. 85).

[18] Vgl. Anm. 16.

[19] Der Begriff des „landwirtschaftlichen Fachberaters" erscheint übrigens auch in Darrés „Neuadel aus Blut und Boden", München 1930, S. 94.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handelte sich darum, der NSDAP ein neues Instrument zur Erringung der Macht im Staate zu schaffen, „eine Waffe, um im agrarpolitischen Angriffs- und Abwehrkrieg schnell und nachdrücklichst verwandt zu werden". Propaganda und Agitation standen als Aufgaben der Organisation im Vordergrund. Neben der Gewinnung neuer NSDAP-Wähler auf dem Lande sollte die Partei aber auch in eventuellen machtpolitischen Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern im revolutionären Sinne gestärkt werden. An eine Unterwanderung der bestehenden landwirtschaftlichen Verbände war noch nicht gedacht.

Der Eifer des neuen Agrarexperten der Partei sowie sein Arbeitsplan, den er nach München mitbrachte, waren offensichtlich dort nicht erwartet worden. Es erscheint glaubhaft, wenn Darré berichtet, die Denkschrift habe zwar „Verblüffung" erregt, andererseits aber Hierl und die Reichsleitung sofort von der „Notwendigkeit und Richtigkeit" des Vorhabens überzeugt[20]. Schon eine Woche, nachdem Darré den Plan vorgelegt hatte, ging man an seine Verwirklichung. Am 21. 8. 1930 richtete die Organisations-Abteilung II, Abteilung Landwirtschaft, bei der Reichsleitung der NSDAP in München an alle Gauleiter die Aufforderung, bis zum 1. Oktober die Berufung eines landwirtschaftlichen Fachberaters vorzunehmen[21]. Gleiches solle „nach Möglichkeit" auch für die Bezirke gelten. Begründung und Einzelheiten der Organisation entsprachen fast wörtlich den Darréschen Denkschriften vom 15. 8. 1930. Lediglich eine kleine Differenz ist festzustellen: in dem Exposé hatte Darré es als „ideale Lösung" bezeichnet, „daß jeder Gau einen hauptamtlich angestellten landwirtschaftlichen Fachberater hätte". Darauf ließ man sich bei der Reichsleitung, wohl in der Hauptsache aus finanziellen Gründen, nicht ein. Die Gauleiter wurden angewiesen, einen „zuverlässig erscheinenden Landwirt" als „ehrenamtlich wirkenden Fachberater" zu gewinnen. Zugleich gaben Hierl und Darré genaue „Richtlinien" für die Auswahl der neuen Mitarbeiter. Sie müßten sowohl das Vertrauen der örtlichen politischen Leitung der Partei als auch ihrer Berufskollegen haben. Weiterhin müsse der Fachberater der Landwirtschaft nahestehen, seine Fähigkeiten könnten allerdings entsprechend seinem Wirkungsbereich in Ort, Kreis, Bezirk und Gau gestaffelt sein. „Geistige Regsamkeit" und „Gewandtheit des Auftretens" müßten es ermöglichen, daß er „sowohl Standesgenossen gegenüber die Parteifragen, wie Parteigenossen gegenüber die Landwirtschaftsfragen vertreten" könne. Außerdem wurde „eine gewisse Gewandtheit auf schriftstellerischem Gebiet" empfohlen, damit der landwirtschaftliche Fachberater sofort auf Angriffe in der Presse antworten könne. Auch hier, bei der Auswahl seiner künftigen Mitarbeiter, wird ganz deutlich, daß Darré zur Zeit der Entstehung des „agrarpolitischen Apparates" mehr die Bauernmassen als deren Organisationen im Auge hatte.

Diese Ausführungsbestimmungen zu den Plänen Darrés wurden im Laufe der nächsten Monate weiter ergänzt und präzisiert. An Ziel und Zweck sowie dem

[20] Brief Darrés an Konopath v. 27. 8. 1930 (St.A.Goslar, ND Nr. 87).

[21] BA-Koblenz, Nachl. Darré, AD 45; das Rundschreiben befindet sich auch in der Sammlung Schumacher/214 ebenda.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Organisationsprinzip des agrarpolitischen Funktionärsapparates der NSDAP änderte sich nichts mehr. Ein Merkblatt, das am 17. 11. 1930 herausgegeben wurde, betonte in aller Deutlichkeit, was man von den landwirtschaftlichen Fachberatern erwartete[22]. „Jeder Fachberater muß sich als eine Art von ‚Auge und Ohr der Reichsleitung' fühlen, d. h. zu erforschen suchen, welche Nöte und Sorgen die ländliche Bevölkerung seines Arbeitsgebietes bedrücken, welche Hoffnungen und Wünsche diese Bevölkerung erfüllen, welche örtlichen, stammesmäßigen und landschaftlichen Besonderheiten bei der agrarpolitischen Propaganda der NSDAP berücksichtigt sein wollen." Weiterhin sollte der „agrarpolitische Apparat" der Fachberater „sozusagen wie ein fein verzweigtes Wurzelsystem in alle ländlichen Verhältnisse eindringen, sich in ihnen so festsaugen, sie so zu umfangen trachten, daß im Reichsgebiet schließlich nichts mehr auf landwirtschaftlichem Gebiet geschehen kann, was wir nicht übersehen und in seiner Grundlage beherrschen. Es darf keinen Hof, kein Gut, kein Dorf, keine Genossenschaft, keine landwirtschaftliche Industrie, keinen Landbundkreis, keinen ländlichen Reiterverein usw. usw. geben, wo wir nicht mindestens unsere LVL [Landwirtschaftliche Vertrauensleute] derart maßgeblich hineingebracht haben, daß wir nicht sofort das ganze Leben dieser Gebilde politisch lahmzulegen vermöchten."[23]

Hier wird erstmals deutlich, daß sich mit dem Wahlerfolg der NSDAP vom September 1930 auch die Zielsetzung des „agrarpolitischen Apparates" der Partei geändert hatte. Nun sind es nicht mehr allein die Bauern, die den Mitarbeitern Darrés als Agitationsziel auf dem Lande genannt werden. Unmißverständlich wurde den landwirtschaftlichen Fachberatern erklärt, daß als zweites Angriffsziel die Bauernverbände ins Auge gefaßt werden müßten. „Eine wichtige Aufgabe entsteht jedem Fachberater dadurch, daß er unbedingt jede nichtnationalsozialistische landwirtschaftliche Organisation, gleichgültig welcher Art, als eine zu erobernde Festung betrachten muß, so daß sie eines Tages als nationalsozialistisches Gebilde dasteht."[22] Diesem Vorhaben kam es zugute, daß Darré schon in seiner Denkschrift vom 15. 8. 1930 darauf hingewiesen hatte, es sei zweckmäßig, den Aufbau und die Existenz der neuen Organisation der Partei vor der breiten Öffentlichkeit geheim zu halten[24].

Das hierin zum Ausdruck kommende hochgesteckte Ziel, das sich nicht auf Propaganda in ländlichen Gebieten zur Gewinnung neuer NSDAP-Wähler und nicht auf ideologische Schulung von nationalsozialistischen Bauernagitatoren beschränkte, konnte nur mit Hilfe einer klar gegliederten, weit verzweigten Organisation, eines „Netzes von Vertrauensleuten", erreicht werden. Nach Darrés Plan setzte sich der „agrarpolitische Apparat" (aA) im wesentlichen zusammen aus dem Landwirt-

---

[22] „Der nationalsozialistische landwirtschaftliche Fachberater" (BA-Koblenz, Slg. Schumacher/214).

[23] Rundschr. Darrés an den aA v. 27. 11. 1930 (BA-Koblenz, NS 26/951).

[24] Vgl. auch Darrés Hinweis im Rundschr. an den aA v. 27. 11. 1930 (ebenda): „Je weniger unsere Gegner unseren aA übersehen und seine Struktur kennen, um so schwieriger ist es für sie, gegen uns zu kämpfen."

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlichen Reichsleitungsfachberater (LRF), den Landwirtschaftlichen Gaufachberatern (LGF), Landwirtschaftlichen Bezirksfachberatern (LBF), Landwirtschaftlichen Kreisfachberatern (LKF) und Landwirtschaftlichen Ortsgruppenfachberatern (LOF). Hinzu kamen noch unzählige Landwirtschaftliche Vertrauensleute (LVL) in landwirtschaftlichen Organisationen, Vereinen und auf Gütern. Als das Organisationsnetz dichter zu werden begann, wurden bei praktischem Bedürfnis zwischen LGF und LKF noch „Abschnittsfachberater" (LAF) eingeschaltet[25]. Um die Zusammenarbeit mehrerer LGF zu erleichtern, kamen 1932 „Landesfachberater" (LLF) hinzu, die mehrere Gaugebiete zu betreuen hatten. Alle Fachberater waren dienstlich ihren jeweiligen politischen Leitern unterstellt. Um aber eine einheitliche agrarpolitische Linie und eine im Hinblick auf die Schlagkraft der Organisation unbedingt erforderliche straffe Zügelführung zu ermöglichen, glaubte Darré auf eine direkte Anordnungsbefugnis innerhalb des aA nicht verzichten zu können. In entsprechender Abstufung bestanden Befehlsgewalt und Verantwortlichkeit vom LRF über die LGF bis hinunter zu den LVL. Die landwirtschaftlichen Fachberater der NSDAP waren also an eine doppelte Verantwortlichkeit gebunden: gegenüber ihrem politischen Leiter und gegenüber ihrem nächsthöheren Kollegen in der Hierarchie des aA[26]. Durch Rundschreiben ergingen die Weisungen und Informationen des LRF unmittelbar an die LGF, die ihrerseits die Untergliederungen des aA im Gau unterrichteten. Ein hauptamtlich angestellter Geschäftsführer, Diplom-Landwirt R. Arauner, ein Studienfreund Darrés[27], leitete das Zentralbüro des aA in der Reichsleitung der NSDAP.

Vergegenwärtigt man sich, daß die politische Organisation der NSDAP Ende 1930 35 Gaue umfaßte, so werden die Dimensionen der Aufgabe deutlich, die sich Darré gestellt hatte. Um so erstaunlicher ist es, daß er schon am 9. Januar 1931 in einem detaillierten Rechenschaftsbericht feststellen konnte, es sei „gelungen, den aA der Partei fast in allen Gauen weitgehend auszubauen"[28]. Als krönenden Abschluß dieser Periode des Aufbaus eines festgefügten Kaders agrarpolitischer Parteifunktionäre, der Darré Bewunderung und Achtung innerhalb der Partei einbrachte[29], der aber auch große Anstrengungen erfordert hatte und nicht selten Verstim-

[25] LAF wurden im Sept. 1931 berufen, wenn ein Gau auf Grund seiner Größe zu große Unterschiede in der Bevölkerung (Religionszugehörigkeit, Mentalität, usw.) aufwies. (Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 82 v. 24. 9. 1931, St.A.Goslar, ND Nr. 142, Bl. 134).

[26] „Diese Fachberater verbleiben dienstlich ihrem politischen Leiter unterstellt, sind aber für die in ihrem Bereich getriebene Agrarpolitik nicht nur ihrem politischen Leiter, sondern auch demjenigen landwirtschaftlichen Fachberater verantwortlich, der den nächsthöheren politischen Bezirk berät." (Entwurf eines Berichtes Darrés über den aA der landwirtschaftlichen Fachberater und den Stand seines Ausbaues am Ende des Jahres 1930, datiert vom 9. 1. 1931, St.A.Goslar, ND Nr. 148; endgültige Fassung des Rechenschaftsberichts: BA-Koblenz, Sammlung Schumacher/214).

[27] Darré kannte Arauner aus ihrer gemeinsamen Studienzeit in Gießen (vgl. d. Brief Arauners an Darré v. 9. 3. 1926, St.A.Goslar, ND Nr. 81).

[28] Vgl. Anmerkung 26.

[29] Vgl. die anerkennende Rede Hitlers anl. der 1. Reichsbauerntagung in Weimar, VB (Reichsausg.) v. 11. 2. 1931; vgl. auch E. von Schmidt-Pauli, Die Männer um Hitler, Berlin

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mung hervorrief[30], wollte der Landwirtschaftliche Reichsleitungsfachberater der NSDAP mit einer großen Bauernkundgebung an die Öffentlichkeit treten. „Das Ziel der Tagung muß sein, mit einem Schlage in der Öffentlichkeit das Märchen zu zerstören, die NSDAP treibe alle landwirtschaftlichen Fragen nur lau vorwärts und sei nur mit halber Liebe bei der Sache."[31] So kam es am 8. 2. 1931 zur ersten Tagung der Landwirtschaftlichen Gaufachberater der NSDAP in Weimar. Den Abschluß der Tagung bildete eine öffentliche Bauernkundgebung, an der neben Hitler führende Vertreter der Partei teilnahmen[32].

Wie hier bei der Entstehung des aA so legte Darré auch weiterhin großen Wert darauf, seine Mitarbeiter im Lande persönlich kennenzulernen und innerhalb des aA in Anlehnung an die SA ein kameradschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl und einen bewußten „kämpferischen Korpsgeist" zu entwickeln, der sowohl die politische Wirksamkeit der Organisation als auch die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter stärken sollte[33]. Ziel aller Bemühungen auf diesem Gebiet war es, den aA zu einem „wohleingespielten und gefügigen Kampfinstrument" der Partei zu machen[34]. Diese Absicht, verbunden mit dem strikt durchgehaltenen Führerprinzip, schloß eine kritische Beurteilung der geleisteten Arbeit nicht aus. Indem Darré zwar seinen aA in Dienstanweisungen zentral steuerte, deren Ausführung aber der Initiative, der Wendigkeit und dem gesunden Menschenverstand seiner Gaufachberater überließ und auch wegen der regionalen Sonderheiten überlassen mußte, lernte er bald die Qualitäten seiner Mitarbeiter kennen. Er sparte weder mit Lob[35] noch mit Tadel. Trägheit, Mangel an Verständnis, Nachlässigkeiten und Interessenlosigkeit wurden zum Teil öffentlich getadelt[36], die „Notwendigkeit der Auslese und der Ausmerzung ungeeigneter Kräfte" immer wieder betont[37] und gegebenenfalls auch durchgeführt[38]. Zu den Bemühungen um innere Festigung und Zuver-

1932, S. 148: „Die Organisation der verhältnismäßig so jungen Abteilung (Landwirtschaft) ist einfach vorbildlich. Ihr Leiter eine der begabtesten Persönlichkeiten im Kreise um Hitler."

[30] Sie ergaben sich aus der doppelten Verantwortlichkeit der landwirtschaftlichen Fachberater. Es fiel Darré schwer, den Einfluß, den die politischen Leiter der NSDAP auf ihre landwirtschaftlichen Fachberater ausüben wollten, in Grenzen zu halten. Überschneidungen in den Arbeitsgebieten und Zuständigkeiten, politische Machtkämpfe und persönliche Animositäten zwischen aA und PO waren die Folge. (Vgl. Darrés und G. Strassers Rundschr. an die Gauleiter v. 3. 11. 1931, St.A.Goslar, ND Nr. 142; Rundschr. Darrés an die LGF v. 6. 6. 1932, ebenda Nr. 145; Sonderrundschreiben Darrés an die LGF v. 16. 3. 1932, ebenda).

[31] Darré in einem Brief an Hierl v. 2. 1. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 148).

[32] Vgl. den Bericht im VB (Reichsausg.) v. 11. 2. 1931.

[33] Vgl. die Aufzeichnungen Darrés zur organisatorischen Vorbereitung der ersten Tagung des aA in Weimar (St.A.Goslar, ND Nr. 148); vgl. auch das Rundschr. Darrés an d. LGF v. 13. 12. 1930 (BA-Koblenz, NS 26/951).

[34] Rundschr. Darrés an d. LGF Nr. 87 v. 9. 10. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142); vgl. auch H. Reischle, Reichsbauernführer Darré, Berlin 1935, S. 49.

[35] Vgl. z.B. die Rundschr. Darrés an den aA v. 6. 11., 11. 12. und 22. 12. 1930 (BA-Koblenz), NS 26/951).

[36] Vgl. d. Rundschr. Darrés v. 18. und 19. 1. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145).

[37] Rundschr. Darrés an d. LGF Nr. 94 v. 13. 10. 1931 (ebenda, Nr. 142).

[38] Vgl. z. B. den LGF-Wechsel in Württemberg, angezeigt in einem Rundbrief Darrés

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lässigkeit des aA gehörte es auch, daß Darré oftmals eine Überprüfung sämtlicher LVL und die Ausschaltung „unsicherer Elemente" anordnete[39]. Im August 1932 wurde sogar innerhalb des aA ein „Überwachungsdienst" eingerichtet, der die Organisation nach innen gegen „Konjunkturritter" und nach außen gegen Zudringlichkeiten und Unterwanderungsabsichten schützen sollte[40].

Eine der wichtigsten Aufgaben, die sich Darré in seiner Denkschrift vom 15. 8. 1930 gestellt hatte, war es, seine Mitarbeiter im aA nach einheitlichen Richtlinien zu schulen[41]. Hierbei ging es zunächst weniger darum, den agrarpolitischen Propagandisten der NSDAP eine Vorstellung von einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu vermitteln; vielmehr stand eine rein agitatorische Schulung der landwirtschaftlichen Fachberater im Vordergrund. „Der aA ist ein agrarpolitisches Instrument der Partei, für das agrarwirtschaftliche und agrartechnische Fragen nur bedingt oder überhaupt nicht infrage kommen."[42] Es sei gerade der agitatorische Vorteil der NSDAP gegenüber den politischen Gegnern auf dem Lande, in agrarwirtschaftlichen Fragen nicht festgelegt zu sein[43]. Die Schulung der landwirtschaftlichen Fachberater wurde auf mehreren Wegen durchgeführt. Versorgte Darré seine Mitarbeiter in Rundbriefen regelmäßig mit Agitationsmaterial[44], so dienten Broschüren und Druckschriften führender nationalsozialistischer Agrarpolitiker ebenfalls diesem Zweck[45]. Wichtigste Quelle jedoch für die agrarpolitischen Funktionäre der NSDAP auf dem Lande war seit September 1931 die „Nationalsozialistische Landpost", eine von Darré herausgegebene überregionale Wochenzeitung.

Parallel zu dieser inneren Konsolidierung wurde der Ausbau des aA so weit vorangetrieben, daß Ende 1932, als der Kampf der NSDAP um die Herrschaft im Staate in seine entscheidende Phase trat, die nationalsozialistische Bauernorganisation eine der erfolgreichsten und zuverlässigsten Parteigliederungen geworden war. Anhand des Tätigkeitsberichtes der Landwirtschaftlichen Abteilung der NSDAP im Gau Sachsen für das Jahr 1932 kann man sich in etwa ein Bild über Ausdehnung

---

v. 4. 4. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145) und die Abberufung des LGF und LK-Präsidenten in Ostpreußen, Frh. von Buttlar, von allen seinen Ämtern, als er Darré in seinem Prozeß gegen den früheren Kammerpräsidenten Dr. Brandes zu wenig unterstützte (Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 51 v. 14. 11. 1932, ebenda; vgl. hierzu auch die NS-Landpost Nr. 50 v. 8. 12. 1932).

[39] Vgl. d. Rundschr. Darrés an die LGF v. 29. 12. 1930 (BA-Koblenz, NS 26/951) und Nr. 82 v. 24. 9. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[40] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 52 v. 6. 8. 1932 (ebenda, Nr. 145).

[41] Vgl. d. Rundschr. Darrés an den aA v. 26. 11. 1930 (BA-Koblenz NS 26/951).

[42] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 65 v. 23. 7. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[43] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 102 v. 18. 11. 1931 (ebenda).

[44] Vgl. z. B. d. Rundbrief Darrés an den aA v. 13. 12. 1930 (BA-Koblenz, NS 26/951).

[45] Vgl. u. a.: F. Hildebrandt, Nationalsozialismus und Landarbeiterschaft, NS-Bibliothek Heft 17, München 1931; H. Schneider, Unser täglich Brot, Lebensfragen der deutschen Landwirtschaft, ebenda Heft 19, München 1930; W. Willikens, Nationalsozialistische Agrarpolitik, München 1931; H. Backe, Deutscher Bauer erwache, Die Agrarkrise, ihre Ursachen und Folgerungen, München 1931; R. W. Darré, Landvolk in Not, Wer hilft? – Adolf Hitler, München 1932.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Arbeit des aA zu diesem Zeitpunkt machen[46]. Unter der Leitung des LGF Helmut Körner arbeiteten dort im aA: 34 Kreisfachberater, ca. 1100 LVL, ca. 40 landwirtschaftliche Redner, 22 Landwirtschaftskammer-Abgeordnete und 4 Parlamentarier im Land- und Reichstag. Die Abteilung Landwirtschaft bei der Gauleitung Sachsen beschäftigte 9 Hilfsreferenten und 7 Sachbearbeiter, darunter jeweils einen für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, landwirtschaftliche Kammerfragen, Landbund und Junglandbund. Der Hilfsreferent für den journalistischen Tageskampf hatte die Provinzpresse mit agitatorischen Beiträgen zu beliefern und bei publizistischen Angriffen geeignete Gegenmaßnahmen in Form von Richtigstellungen, „Eingesandtes" u. dgl. zu ergreifen. In seinen „Schlußbetrachtungen" führte der LGF Sachsen u. a. aus: „Der gesamte Apparat ist stark zentralisiert und ich kann wohl sagen, daß agrarpolitisch nichts in Sachsen geschieht, von dem ich nicht sofort Kenntnis erhalten würde. Der Gegner wird also vollkommen überwacht. Andererseits ist es mir natürlich auch möglich, die gesamte Landwirtschaft Sachsens binnen 24 Stunden mit einer bestimmten Meldung zu versehen und entsprechende Pfeile zu verschießen. Die guten Verbindungen, die ich mir geschaffen habe, verschaffen mir einen Blick in alle landwirtschaftlichen Organisationen Sachsens und sogar hinauf bis ins Wirtschafts-Ministerium, Abt. Landwirtschaft . . ." Damit dürfte Körner das Soll, das ihm sein LRF aufgegeben hatte, voll und ganz erfüllt haben.

Gleichzeitig – Ende 1932 – gelang es Darré, die Stellung des aA im Parteigefüge entscheidend zu verbessern. Anläßlich der durch das Ausscheiden Gregor Strassers bedingten organisatorischen Umgruppierung innerhalb der NSDAP erreichte der LRF die Herauslösung seines aA aus dem Organisationsunterholz der Partei; als Leiter des neugeschaffenen Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, von wo aus die gesamte Arbeit des aA gelenkt wurde, unterstand Darré von nun an nur mehr Hitler unmittelbar[47].

III

Die eine der beiden Hauptaufgaben des agrarpolitischen Funktionärsapparates der NSDAP – Gewinnung von Wählerstimmen auf dem Lande – war propagandistischer und agitatorischer Art. Auf unzähligen Bauernversammlungen, Diskussionsabenden und in der Presse bemühten sich Darré und seine Mitarbeiter, das bisher in verheißungsvolles Halbdunkel gehüllte Verhältnis des Nationalsozialismus zur Landwirtschaft in den hellsten und verlockendsten Farben zu zeichnen[48]. Neben dem agrarpolitischen Presseorgan der NSDAP, der „NS-Landpost", gab es seit 1931 in fast allen nationalsozialistischen Gauzeitungen landwirtschaftliche Beiblätter

[46] Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftlichen Abteilung der NSDAP im Gau Sachsen für die Zeit vom 1. 1. 1932 bis 1. 1. 1933 (St.A.Goslar, ND Nr. 140).

[47] Vgl. d. entspr. Anordnung Hitlers zur Umorganisation der NSDAP im VB vom 14. 12. 1932; vgl. auch Darrés Rundschr. an die LGF Nr. 54 v. 19. 12. 1932 (St. A.Goslar, ND Nr. 145).

[48] Über den Ablauf einer Bauernversammlung vgl. die recht anschauliche Schilderung bei Schmahl-Seipel, a. a. O., S. 156f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und selbst der „Völkische Beobachter" hatte seit April dieses Jahres vierzehntäglich eine Seite für Fragen der Landwirtschaft reserviert[49]. Darré selbst unternahm ausgedehnte Vortragsreisen, um „dem Landvolk . . . ganz sachlich zu sagen, wie der Nationalsozialismus zur Landwirtschaft steht und warum die Bewegung logischerweise zu ihr stehen muß"[50].

Die nationalsozialistische Agitation war – wie überall – gegenüber ihren politischen Gegnern auf dem Lande wenig wählerisch in ihren Mitteln. Es kam weder auf Redlichkeit der Forderungen noch auf Sachlichkeit der Diskussion an. Es ging darum, vor allem durch Aufstachelung der Unzufriedenheit die günstige Ausgangssituation des Wahlerfolges vom September 1930 zur Sammlung der Bauern hinter der Hakenkreuzfahne auszunutzen. Gleichzeitig verfolgte Darré das Ziel, die NSDAP in den Wahlen als „Bauernpartei" zu erweisen, um dann eine entsprechende Beteiligung an der Führung der öffentlich-rechtlichen Berufstandsorganisationen der Landwirtschaft fordern zu können. Die wachsende wirtschaftliche Notlage der Bauern, ihre Entfremdung vom demokratischen Staat und den „Berliner" Regierungen, die Unzufriedenheit der Landbevölkerung mit dem undurchsichtigen agrarpolitischen Kurs ihrer Berufsorganisationen, die selbstmörderischen Interessenkämpfe der landwirtschaftlichen Organisationen untereinander – all das war Öl für das Feuer, das von Darré und seinen „Fachberatern" nun auf dem Lande angezündet wurde.

Es waren im wesentlichen drei Instrumente, auf welchen die agrarpolitische Agitation der NSDAP mit Erfolg spielte: Antisemitismus, Kampf gegen den Liberalismus und Angst vor dem Bolschewismus. Schlagwortpolemik, allgemeine Phrasen und demagogische Simplifizierung waren Trumpf. In der Sprachregelung des Nationalsozialismus hieß das, daß die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern „auf weltanschaulicher Basis" geführt werden müsse[51]. „Heiße Eisen" sollten möglichst aus der Debatte gehalten werden, da man es unbedingt vermeiden müsse, „einen Wechsel auf Zukunft" einzugehen, dessen Einlösung eventuell gefährlich werden könne[52]. Es war dies eine aus der Taktik Hitlers heraus verständliche Notwendigkeit; denn seit die NSDAP nicht als revolutionäre Kaderpartei sondern als evolutionäre Volkspartei mit Hilfe des Stimmzettels von Wählern aller Schichten und Interessen an die Macht kommen wollte, war nichts gefährlicher als die Identifikation mit einseitigen interessenpolitischen Forderungen. Da Hitlers „Bewegung" als „Partei über den Parteien"[53], die „ideale Volksgemeinschaft" postulierte und auf agrarpolitischem Gebiet keine Forderungen erhob, die sich von denen anderer mehr oder weniger rechtsstehender Parteien und landwirtschaftlicher Organisationen unterschieden, mußte sie ihr Einstehen für die Interessen

[49] Vgl. das erste Landw. Beiblatt „Im Kampf um Blut und Boden" im VB v. 28. 4. 1931.

[50] Pressebericht über einen Vortrag Darrés am 25. 8. 1931 in Mecklenburg (Pressearchiv des Reichslandbundes, Berlin-Ost, 492 L/3, Bl. 50).

[51] Rundschr. Darrés an den aA Nr. 46 v. 14. 10. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145).

[52] Rundschr. Darrés an die LGF v. 22. 7. 1931 (ebenda, Nr. 142).

[53] Rudolf Heß im VB Nr. 60 v. 31. 7. 1921.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines Berufszweiges mit einer allgemeinen „weltanschaulichen" Phraseologie schmackhaft machen[54].

Die Methode schlagwortartiger Etikettierung wurde besonders gegenüber der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei angewandt, der einzigen rein bäuerlich orientierten Interessenvertretung im parteipolitischen Raum. Dieser Landvolkpartei, die 1928 von Abgeordneten der DNVP verstärkt worden war und 1930 19 Abgeordnete in den Reichstag gebracht hatte, fiel es besonders leicht, die Blöße auszunützen, die sich die NSDAP als „Volkspartei" mit der Vertretung heterogenster Interessen gab[55]. Andererseits hatte sich Darré gerade diese Partei als erstes Ziel seines Eroberungsfeldzuges auf dem Lande ausgesucht. Es ging ihm darum, auf dem Weg über die Landvolkpartei in die für den aA viel wichtigere Bastion des Reichslandbundes einzudringen. Das Vorhaben gelang. Innerhalb eines Jahres – von Herbst 1931 bis November 1932 – hatte eine beispiellose Agitationskampagne des aA die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei aufgerieben: sie war im Reichstag nicht mehr vertreten[56].

Vergeblich hatte die Landvolkpresse besonders in Thüringen versucht, den Reichslandbund unter Hinweis auf die Gefahr, in der dieser schwebe, zu Hilfe zu rufen: „. . . auf die Landvolkpartei wird gehauen und der Landbund als selbständige, von den Nazis unabhängige Organisation für die Landwirtschaft ist gemeint. Der Landbund soll die Parteiorganisation werden, die den Nazis auf dem Lande fehlt."[57] Es gelang der Landvolkpartei nicht, die Führungsgremien der größten deutschen Bauernorganisation aufzurütteln. Im Gegenteil: seitdem sich der Reichslandbund von der Agrarpolitik der Regierung Brüning und deren Landwirtschaftsminister Schiele, der im September 1930 als Spitzenkandidat der Land-

---

[54] Vgl. d. Anweisung Darrés an seine Mitarbeiter im aA v. 1. 12. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145): „Das Ringen des Nationalsozialismus um den Bauern ist . . . nur zu gewinnen, wenn den Bauern klar wird, daß die Erhaltung des Bauerntums im deutschen Raum im letzten Grunde gar keine wirtschaftliche, sondern eben eine weltanschauliche Grundfrage ist und daß eben darin die grundlegende Verschiedenheit in der Auffassung des Nationalsozialismus gegenüber allen anderen Parteien liegt."

[55] In der Landvolkpresse wies man z. B. unter der Überschrift „Politik mit zwei Gesichtern" darauf hin, daß die Nationalsozialisten zur Stadt hin gewendet gegen eine Erhöhung der Lebensmittelpreise polemisierten und die Regierung angriffen, weil sie Agrarpolitik treibe, auf dem Dorf dagegen radikalste Hilfsmaßnahmen für die Bauern forderten, was naturgemäß nur auf Kosten der Städter möglich sei. (Löwenberger Anzeiger v. 31.5.1931, Presse-Archiv des RLB, Berlin-Ost, Nr. 492 L/2, Bl. 189).

[56] Die Landvolkpartei wurde von der NSDAP als „jüdisch-liberalistisch" und „Knecht der roten Volksverderber" diffamiert (vgl. VB, Reichsausg., v. 6./7. 12. 1931 und NS-Landpost Nr. 14 v. 6. 12. 1931). In dem agitatorischen Kesseltreiben schreckte man auch vor persönlichen Angriffen, Verunglimpfungen und sogar der offenen Drohung nicht zurück: „Für alle Fälle sind Ihre Funktionäre darauf aufmerksam zu machen", schrieb Darré an die Landvolkpartei, „daß ihr bisheriges Verhalten ihnen bei einem immerhin vorauszusehenden Regierungswechsel wenig Aussicht auf Fortkommen im Dritten Reich gewährleistet." (Der Thüring. Landbund Nr. 95 v. 28. 11. 1931, Presse-Archiv d. RLB Nr. 492 L/3, Bl. 107).

[57] Der Thüring. Landbund v. 14. 1. 1931 (ebenda, Nr. 492 L/2, Bl. 125).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

volkpartei aufgetreten war, distanziert hatte[58], kam es sogar zu einer gegenseitigen Annäherung zwischen NSDAP und Reichslandbund[59]. Sie dokumentierte sich zum erstenmal in einer gemeinsamen Aktion, die im September 1931 zum Sturze des Landvolkparteilers von Wilmowsky führte. Dieser wurde, nachdem er das Reichslandbund-Präsidium verlassen hatte, als Vorsitzender des Provinziallandbundes Sachsen nicht wiedergewählt. Der Reichslandbund hatte sich „vertrauensvoll mit der Bitte um Hilfe" an Darré gewandt, und dieser machte den aA in Sachsen gegen den „Großindustriellen, Vorstand der Danatbank und Mitglied des Reichseisenbahnrates" von Wilmowsky mobil[60]. Die Tagung der „nationalen Opposition" in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 bot weiterhin Gelegenheit zur gemeinsamen Kampfstellung von DNVP/Reichslandbund und NSDAP gegen die Landvolkpartei[61].

Die hierin zum Ausdruck kommende politische Zerstrittenheit der landwirtschaftlichen Interessenvertreter in Parteien und Organisationen war sicherlich von großer Bedeutung für die nationalsozialistischen Erfolge im agrarpolitischen Bereich. Es waren nicht nur die Frontalangriffe der nationalsozialistischen Agitation und Darrés Taktik der Unterwanderung, wodurch die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei und etwas später die berufsständischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft aufgerieben wurden bzw. in die Hände der Funktionärskader des aA fielen. Entsprechend den weltanschaulichen und strukturellen Unterschieden in der deutschen Landwirtschaft war auch ihre berufsständische und parteipolitische Vertretung uneinheitlich und vielgestaltig. Der Einfluß, den die „Ostelbier" infolge ihrer ausgedehnten verwandtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Beziehungen ausübten, zeigte sich besonders im Mai 1932 beim Sturz der Regierung Brüning. Zweifellos spielte hierbei der von den ostdeutschen Großagrariern leidenschaftlich bekämpfte Plan einer Besiedelung nicht mehr sanierungsfähiger Güter eine bedeutende Rolle[62]. Daneben war es in besonderem

---

[58] Die Erklärung des RLB v. 2. 2. 1931 ist abgedruckt bei G. Franz, Quellen zur Geschichte des Bauernstandes in der Neuzeit, Darmstadt 1963, S. 544f.; vgl. auch K. D. Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1960, S. 409; vgl. ferner VB (Reichsausgabe) v. 10. 2. 1931 und Frankfurter Zeitung Nr. 87 v. 2. 2. 1931.

[59] Am 8. 8. 1931 erschien im „Angriff" ein Interview des RLB-Direktors von Sybel durch den Mitarbeiter Darrés, H. Daßler, mit dem Titel „Wir haben kein Vertrauen mehr zu Schiele und Brüning" (Presse-Archiv d. RLB, Nr. 492 L/3, Bl. 38).

[60] Rundschr. Darrés an den aA vom 23. 9. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142). Von Wilmowsky, ein Schwager Krupps, war nach Differenzen zwischen dem Reichsverband der dt. Industrie und dem RLB wegen der Butterzollpolitik Schieles von seinem Amt als Geschäftsführender Präsident d. RLB zurückgetreten, das er nach der Übernahme der REM durch Schiele im März 1930 übernommen hatte. Sein Nachfolger wurde Graf Kalckreuth. (Vgl. E. Topf, Die Grüne Front, Berlin 1933, S. 128ff.).

[61] Vgl. d. Brief des RLB-Direktors von Sybel an Darré v. 20. 10. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 87); vgl. auch d. Sonderrundschr. Darrés v. 2. 7. 1931 (ebenda, Nr. 142).

[62] Vgl. H. Schlange-Schöningen, Am Tage danach, 1946, S. 70ff.; W. Conze, Zum Sturz Brünings, in dieser Zeitschrift 1 (1953), 261–288; K. D. Bracher, a. a. O., S. 481ff.; H. Brüning, Ein Brief, in: Dt. Rundschau 70 (1947), Heft 7, 7–22; Gegenargumente bei: H. von

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maße die berufsständische Organisation des Reichslandbundes, die den junkerlichen Großgrundbesitzern bei der Durchsetzung ihrer Interessen in der offiziellen Agrarpolitik der Weimarer Republik zur Verfügung stand. Der Reichslandbund (RLB) war 1921 aus dem alten Bund der Landwirte und der 1919 entstandenen Dachorganisation regionaler Landbünde, dem Deutschen Landbund, entstanden[63]. Von diesem hatte der RLB auch die dezentralistische Struktur übernommen, die den korporativ angeschlossenen Mitgliederorganisationen der Länder- und Provinziallandbünde eine eigene Finanzhoheit beließ.

Während der RLB vornehmlich großagrarische Interessen vertrat, hatten sich in der Deutschen Bauernschaft besonders die Klein- und Mittelbetriebe der Vieh- und Veredelungswirtschaft organisiert, die zusammen mit der „Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine" gegen die einseitige Begünstigung der Interessen des Reichslandbundes durch die Regierung zu Felde zogen[64].

An diesen interessenpolitischen Gegensätzen änderte sich auch nichts, als im März 1929 alle drei Verbände zusammen mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat, der Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern, sich zur „Grünen Front" zusammenschlossen. Die Führungsgremien der Verbände hatten hierbei nolens volens dem Druck aus verschiedenen regionalen Untergliederungen nachgegeben[65] und im Hinblick auf den verschärften Konkurrenzkampf mit Industrie, Handel und Gewerkschaften in den Ruf eingestimmt: „Schafft die Reichsbauernfront!" zur geschlosseneren Vertretung landwirtschaftlicher Interessen[66]. Die Grüne Front war jedoch lediglich eine Dachorganisation unter Wahrung der völligen Selbständigkeit der verschiedenen Verbände, die sich nicht zu einem Zusammenschluß, sondern nur zur Zusammenarbeit bereitfinden konnten. Der Präsident der Vereinigung deutscher christlicher Bauernvereine, Andreas Hermes, gab deshalb die vielsagende Parole aus: „Einheit in der wohlgegliederten Vielheit"[67]. Nach anfänglichen Erfolgen in der Durchsetzung besonders großagrarischer Wünsche gegenüber der Regierung[68] überwanden aber bald die heterogenen Interessen, die in der

---

Borcke-Stargordt, Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, 1957, dazu: H. Muth, in: GWU 12 (1965), S. 739ff.

[63] Vgl. hierzu W. Peters, Die landwirtschaftliche Berufsvertretung, Berlin 1932, S. 62.

[64] Der RLB hatte 1,7 Mill. Mitglieder, die Vereinigung der dt. Bauernvereine 560000 und die Dt. Bauernschaft 60000. Daneben gab es noch Freie Bauernschaften (40000) und den kommunistischen Reichsbauernbund (10000). Vgl. H. Neumann, Der Landwirt auf dem Wege zum Erfolg, Berlin 1928, S. 89; F. Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied, 1953, S. 112.

[65] Besonders in Schleswig-Holstein, der Rheinprovinz und Schlesien sah man klarer als in Berlin, daß die Bauern derselben Landschaft in verschiedene, oft gegeneinander arbeitende Interessenverbände geteilt waren. Vgl. E. Topf, Die Grüne Front, a. a. O., S. 45.

[66] Vgl. F. Jacobs, Von Schorlemer zur Grünen Front, Zur Abwertung des berufsständischen und politischen Denkens, Düsseldorf 1957, S. 41ff. und 65f.; H. Kretschmar, Deutsche Agrarprogramme der Nachkriegszeit, Die agrarpolitischen Forderungen der landwirtschaftlichen Berufsverbände, Berlin 1933, S. 64ff.; F. Reichardt, a. a. O., S. 119ff.; K. D. Bracher, a. a. O., S. 314ff.; E. Topf, a. a. O., S. 125.

[67] F. Jacobs, a. a. O., S. 66.

[68] Zu den Erfolgen der Grünen Front gehörten z. B. Zollerhöhungen und die Beseitigung

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grünen Front zusammengeschlossen waren, die Einheitsbestrebungen. Als der gemäßigte RLB-Präsident Schiele als Ernährungsminister ins Kabinett Brüning eintrat und ihm bald darauf Graf Kalckreuth als Geschäftsführender Präsident des RLB folgte, führte dieser Wechsel zu einem radikaleren Kurs in der größten berufsständischen Organisation der deutschen Landwirtschaft. Die alten Interessengegensätze, die besonders weit auseinandergingen bei der Deutschen Bauernschaft und dem RLB, brachen wieder auf. Schon seit Februar 1930 hatte die Grüne Front mehr und mehr an einheitlicher wirtschaftspolitischer Willenskraft verloren oder wurde vom RLB zur Durchsetzung großagrarischer Interessen mißbraucht[69].

Der Kampf innerhalb der deutschen Landwirtschaft um den besseren Platz an der staatlichen Futtergrippe fand nicht nur in der Publizistik ihren Niederschlag, sondern auch in immer neuen Eingaben an die Regierung. In einer Broschüre „Der Bauer im Kampf gegen den Landbund" hielt der Wirtschaftsverband bäuerlicher Veredelungsarbeit, ein Dachverband nordwestdeutscher Bauernvereine, Bauernbünde und Bauernschaften, der offiziellen Agrarpolitik vor, die Bauern müßten die Kosten für die Sanierung des ostdeutschen Großgrundbesitzes tragen[70]. Schutzzollpolitik und Roggenstützungsmaßnahmen hätten eine Verteuerung der Futtermittel und damit die rücksichtslose Schädigung der bäuerlichen Vieh- und Veredelungswirtschaft zur Folge. Eine Revision der deutschen Agrarpolitik sei dringend geboten. „Überschuldete und an veralteten Wirtschaftsformen festhaltende Großbetriebe immer weiter mit durchzuschleppen, kann nicht Aufgabe der deutschen Agrarpolitik sein und trägt in keiner Weise den Interessen der siedlungslustigen nachgeborenen Bauernsöhne Rechnung."[71] Die Schrift schloß mit dem Hinweis, es gebe zwischen den städtischen Verbrauchern und den Bauern engere Interessenverbindungen als zwischen ostelbischen Großagrariern und Bauern.

Insbesondere wiesen die bäuerlichen Organisationen darauf hin, daß die Regierung mit dem RLB Kreise fördere, die in ihrer staatsverneinenden Haltung eine permanente Gefahr für den Bestand der Weimarer Republik darstellten[72]. Am 5. 8. 1931 betonte der Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft, Heinrich Lübke, in einem Brief an den Reichskanzler, daß der RLB nichts anderes bezwecke, „als bewußt und systematisch der Landwirtschaft in demagogischer Weise große Versprechungen zu machen, deren Unerfüllbarkeit er den Landwirten verschweigt,

---

handelsvertraglicher Zollbindungen, Verwendungszwang von Inlandgetreide, die Festsetzung von Richtpreisen für Roggen, die Schaffung eines Maismonopols und schließlich die Ausschaltung des Parlaments bei der Festsetzung der Zollsätze durch die Regierung. Vgl. F. Reichardt, a. a. O., S. 120ff.

[69] Vgl. H. Kretschmar, a. a. O., S. 84.

[70] Der Bauer im Kampf gegen den Landbund, Bauernarbeit in Nordwestdeutschland, hrsg. v. Wirtschaftsverband bäuerlicher Veredelungsarbeit, Bremen o. J. (1930).

[71] Ebenda, S. 38.

[72] Vgl. z. B. das offene Eingeständnis des RLB, „eine Umgestaltung des gegenwärtigen herrschenden Systems von innen heraus" zu betreiben (Rundschreiben „Landwirtschaft und Nationalsozialismus", Dir. K. Tgb. Nr. Parl. 2240, Lfd. Nr. 40 v. 6. 8. 1930; Presse-Archiv des RLB, Nr. 492 L).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um dadurch die Reichsregierung in den Augen der Landwirte als böswillig und landwirtschaftsfeindlich hinzustellen. Die immer rapider um sich greifende Radikalisierung der Bauern nach links und rechts ist die Folge dieser Politik des RLB."[73]

Zu den interessenpolitisch bedingten Gegensätzen innerhalb der deutschen Landwirtschaft, die im Verein mit der materiellen Not und durch diese noch um ein Vielfaches verstärkt das Feld für ein Vordringen des Nationalsozialismus auf dem Lande ebneten, kam noch eine zunehmende Politisierung der berufsständischen Organisationen. Sie verschärfte die Gegensätze und erhöhte Mißtrauen und Unzufriedenheit innerhalb der deutschen Landwirtschaft. Zwischen der Deutschen Bauernschaft und der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine wurde um die Gunst des Zentrums gebuhlt; innerhalb des RLB gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen Anhängern der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei sowie der DNVP, und außerdem wurde der bäuerliche Stimmenanteil weiter zersplittert durch eine Reihe zusätzlicher „Bauernparteien" auf regionaler Ebene[74]. Wie verwirrend die politische Haltung einiger landwirtschaftlicher Organisationen und ihrer Führer sein konnte, zeigt das Beispiel des RLB-Präsidenten Schiele, der als Ernährungsminister in die Regierung Brüning eingetreten war. Unzufrieden mit dem radikalen und für großindustrielle Interessen aufgeschlossenen Kurs der Hugenbergschen DNVP war er aus dieser Partei ausgetreten und kandidierte zur Reichstagswahl 1930 für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei. Nach der Wahl lehnte er jedoch die Übernahme ihres Mandats ab, womit die Agrarpolitik der Regierung Brüning im Parlament jegliche parteipolitische Verankerung verlor.[75]

In einer kritischen Analyse der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in der Endphase der Weimarer Republik stellte der frühere Staatssekretär Dr. Peters sowohl bei den Landwirtschaftskammern als auch bei den berufsständischen Organisationen große Mängel fest[76]. „Die wirtschaftliche Not hat den Landwirt nicht nur leistungsschwach, sondern sie hat ihn auch leistungsunwillig gemacht. Er sieht in der Kammer, wenn er auch ihre Tätigkeit anerkennt . . ., eine Steuern fordernde Behörde, mit der er selbst keine Fühlung hat und in den Organisationen, die sonst seinen Berufsstand vertreten, teuer arbeitende und im Verhältnis zu den Kosten

[73] Diese und andere Briefe und Eingaben landwirtschaftlicher Organisationen an die Reichskanzlei: BA-Koblenz, R 43 I/1301.

[74] Auf regionaler Basis stellten zu den RT-Wahlen 1928 u. a. eigene Kandidaten auf: die Christl.-Nat. Bauern- u. Landvolkpartei, der Landbund, die Dt. Hannoversche Partei, der Württ. Bauern- und Weingärtnerbund und das Sächs. Landvolk.

[75] Vgl. Jan Bargenhusen, Grüner Tisch und Grünes Feld, in: Die Weltbühne XXVII, 2 (13. 1. 1931), S. 46ff.; vgl. auch G. Stoltenberg, Polit. Strömungen im Schleswig-holst. Landvolk 1918–1933, Düsseldorf 1962, S. 167.

[76] Dr. W. Peters, Die Landwirtschaftliche Berufsvertretung, Berlin 1932. Die Untersuchung wurde im Auftrag einer Studiengesellschaft einflußreicher Agrarpolitiker angestellt und hatte eine Reorganisation sowohl der amtlichen (Landwirtschaftskammern) als auch der nichtamtlichen (Landw. Verbände) Berufsvertretung zum Ziel. Zu der als notwendig angesehenen Reform des landw. Genossenschaftswesens vgl. M. Sering, Dt. Agrarpolitik auf geschichtl. und landeskundlicher Grundlage, Leipzig 1934, S. 99ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenig leistende Gebilde."[77] Peters stellte fest, daß durch organisatorischen Leerlauf, durch mangelnde Koordinierung der zu lösenden Aufgaben und durch Verbandsbürokratismus Riesensummen vertan und Arbeitskraft unnötig verbraucht würden. „In den nichtamtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen ... herrscht nicht nur ein schlimmes Durcheinander, werden nicht nur die Kräfte zersplittert und verpulvert, sondern man arbeitet – oft mit ordinären, gehässigen Mitteln – gegeneinander und gerät immer mehr von der Wirtschaftspolitik in die Parteipolitik hinein, verläßt damit immer mehr die Basis, von der jede Berufsvertretung ausgehen muß: keine Parteipolitik zu treiben."[78]

Zu materieller Not und wirtschaftlicher Depression gesellte sich also die Unzufriedenheit der Landbevölkerung mit ihrer in politischen Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen verstrickten berufsständischen Vertretung. Die daraus resultierende verbandsfeindliche Haltung der Bauern wurde erstmals in der schleswig-holsteinschen Landvolkbewegung sichtbar. Klaus Heim, einer der Führer dieser auf dem Selbsthilfeprinzip beruhenden protestlerischen Notstandsbewegung, gab dieser allgemeinen Unzufriedenheit klaren Ausdruck: „Tatsache ist, daß Staat, Parteien und landwirtschaftliche Spitzenorganisationen, die Landwirtschaftskammern und Genossenschaften versagt haben. Tatsache ist, daß der Bauer seit Jahren überall seine Beiträge zahlt und seit Jahren hört, was für ihn alles erreicht worden ist, und sieht, daß es ihm dabei immer schlechter geht."[79]

Es bot sich der nationalsozialistischen Propaganda auf dem Lande also auch im landwirtschaftlichen Organisationswesen ein weites Feld, die „verheerenden Auswirkungen eines liberalistischen Denkens" zu exemplifizieren. Nicht nur, daß „der deutsche Landstand zu einem wirtschaftlichen Interessentenhaufen herabgewürdigt" worden sei[80], auch innerhalb des Bauernstandes, von den Genossenschaften über die berufsständischen Vertretungen bis hin zu den Ministerien seien Unübersichtlichkeit, bürokratischer Leerlauf, Schlappheit der Führer und unfruchtbarer Pluralismus festzustellen. Deutschland gehöre zu den Ländern mit der schlechtesten landwirtschaftlichen Verwaltung[81]. Natürlich fehlte es den Nationalsozialisten auf diesem Sektor nie an Agitationsstoff: Osthilfeskandale, Korruption in landwirtschaftlichen Organisationen, überhöhte Gehälter agrarpolitischer Beamter auf Kosten der Beiträge der Bauern, Interessenkämpfe zwischen „Bauernvereinen" und „Landbünden", all dies wurde in entsprechender Aufmachung in propagandistischer Verzerrung, oft genug frei erfunden, meist aber von einem Körnchen Wahrheit ausgehend, den Bauern als symptomatisch für das „liberalistische Sy-

[77] W. Peters, a. a. O., S. 68f.

[78] Ebenda, S. 69.

[79] Zit. nach E. von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 271.

[80] R. W. Darré, Auf den Weg, Leitartikel in der NS-Landpost Nr. 1, Sept. 1931.

[81] Darré in einer Rede im Okt. 1932: „Wir haben eine derartige Fülle von Abteilungen, die die Dinge verwirren, statt sie zu klären ... Wir haben alle möglichen Institute mit Geldmöglichkeiten zu versehen, drei allein für Konjunkturforschung ..." (zit. nach: Wir haben's gewagt! Weg und Wollen der Führer in Deutschland und Italien, hrsg. von R. O. Stahn und F. Bojano, Stuttgart 1934, S. 56f.).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stem" vor Augen geführt. Demgegenüber werde der Nationalsozialismus sowohl eine Vereinfachung der landwirtschaftlichen Verwaltung als auch eine Vereinheitlichung der bäuerlichen Organisationen bringen. Der Landstand werde innerlich gefestigt in einen Staat eingegliedert sein, der „organisch" aufgebaut und von dem Grundgedanken der „Volksgemeinschaft" getragen sein werde.

IV

Auf diese Weise war das Terrain geebnet für die zweite Hauptaufgabe des aA der NSDAP: Unterwanderung der berufsständischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Von allen Bauernverbänden kam der RLB diesem Vorhaben Darrés am weitesten entgegen. Gerade in den beiden letzten Jahren hatte diese landwirtschaftliche Berufsstandsorganisation eine sehr wankelmütige Politik getrieben. „Erst waren die Deutschnationalen und, in Mitteldeutschland, die Volksparteiler im Kartell mit dem Landbund. Jahrelang ging der Kampf, als die ‚linken Abweichungen' von der Hugenberg-Partei begannen, ob man mit Hugenberg oder mit den Sezessionisten gehen oder ob man unter eigener Flagge wahlkämpfen sollte; später tat man das eine, das andere und das dritte, und zuletzt schuf man auch ‚Querverbindungen' zur Hitler-Partei."[82] Diese Charakterisierung der Politik des RLB wird bestätigt durch eine Denkschrift, die ein Mitglied des RLB für Darré anfertigte. Der Verfasser hatte lange Jahre an maßgeblicher Stelle der Organisation gearbeitet und wies nun auf die Verbitterung bei vielen Provinziallandbünden über die schwankende politische Haltung ihrer Zentrale hin[83]. Selbst im Bundesvorstand des RLB sähen viele Beamte „die Rettung aus diesem Tohuwabohu in einem Übergang zur NSDAP". Einer der beiden Direktoren der Organisation, H. von Sybel, knüpfte schon im Spätsommer 1931 erste Beziehungen zu den Nationalsozialisten an[84].

In seinem Exposé vom 15. 8. 1930 hatte Darré zur zukünftigen Stellung der NSDAP zum Reichslandbund erklärt: „Der Landbund ist heute eine machtvolle Organisation, weitgehend mit mittelbaren und unmittelbaren Handhaben versehen, um die Bauern in der Hand zu behalten. Der Landbund ist aber offenbar eine Organisation, dazu geschaffen, um jedes Aufbegehren des Bauerntums rechtzeitig im Keime ersticken zu können. Soll der Einfluß des Landbundes ausgeschaltet werden, so kann dies nur so geschehen, daß der Landbund einmal weltanschaulich bekämpft wird (er ist nämlich liberalistisch), und zum anderen dorthin abgedrängt wird, wohin er eigentlich gehört, nämlich auf das Gebiet berufsständiger [sic!]

[82] E. Topf, Die Grüne Front, Berlin 1933, S. 9.

[83] Rundschr. Darrés Nr. 81 v. 24. 9. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142), in dem die Denkschrift auszugsweise den LGF bekanntgemacht wurde. Zu einigen Maßnahmen d. Provinziallandbünde (Einbehaltung d. Mitgliederbeiträge u. a.) gegen die Zentrale des RLB vgl. J. Bargenhusen, a. a. O., S. 48.

[84] Am 20. 10. 1931 schrieb von Sybel an Darré, sein offizieller Beitritt zur NSDAP müsse allerdings aus „gewissen Rücksichten" noch etwas verschoben werden, ab Juli 1932 war von Sybel dann aber RT-Abgeordneter der NSDAP (NS-Jahrbuch 1933, S. 187).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaftsfragen."[85] Die hier entworfene Taktik wurde in den folgenden Monaten praktiziert und durch das Mittel der personellen und ideologischen Infiltration erweitert. Auf der „weltanschaulichen Ebene" griff man den RLB über die Landvolkpartei an, die Abdrängung der landwirtschaftlichen Standesorganisation in außerpolitische Bereiche, d. h. die Bekämpfung des deutschnationalen und landvolkparteilichen Einflusses im Landbund, ging allerdings in friedlichem Wettstreit mit einer systematischen Unterwanderung durch die NSDAP vor sich. Darré hatte zunächst geschwankt, ob er versuchen sollte, „die bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen von innen heraus zu erobern", d. h. eine Art „Betriebszellentaktik" anzuwenden[86], oder ob es besser sei, „den RLB von außen her anzugreifen"[87]. Nachdem jedoch die letztere Taktik „die Landbundführer nur in Abwehrstellung manövriert" habe[88] und vollends nach dem Wahlerfolg der NSDAP auf dem Lande im September 1930 wurde der politische Kurs des aA dem RLB gegenüber ganz auf ideologische und personelle Unterwanderung eingestellt. Darré bezeichnete es seinen Funktionären gegenüber eindeutig als Aufgabe, „Position für Position von innen her zu erobern", und dies war – nach einem rückblikkenden Bericht eines Mitgliedes des aA – überall dort verhältnismäßig leicht, wo die Landbünde nicht parteipolitisch festgelegt waren. „Wo die Landbünde sich aber mit der Landvolkpartei identifizierten, in Hessen und Thüringen, dort war der Kampf viel schwerer, denn hier stand Partei gegen Partei, von denen jede vorgab, die Bauern am besten zu vertreten."[89]

Während der Kampf zwischen NSDAP und Landvolkpartei seine gröbsten Formen annahm, fehlte es auf dem Lande nicht an nationalsozialistischen Stimmen, die eine Verschmelzung von Landbund und Nationalsozialismus forderten. Doch ließen sich die Landbünde darauf nicht ein[90]. Vielmehr schaute man in ihren Führungsgremien dem Trommelfeuer der nationalsozialistischen Agitation gegen die Landvolkpartei zu und vertraute im übrigen auf die eigene gefestigte Position. „Die Landbundführer glaubten nicht daran, daß es den Nationalsozialisten gelingen würde, den Landbundturm zu erschüttern. Man verhielt sich defensiv . . ."[91]. Die NSDAP war zunächst an einem Zusammengehen einzelner Provinziallandbünde mit der Partei sehr interessiert, da dies nur propagandistischen Nutzen und

[85] Nürnberger Dok., Fall XI, NG–448, Exh. 999, Ankl. Dok. Buch 101, S. 23f. (IfZ.)

[86] Rundschr. Darrés an den aA v. 20. 11. 1930 (BA-Koblenz, NS 26/951).

[87] Rundschr. Darrés an die LGF v. 16. 12. 1930 (ebenda).

[88] Ebenda. Der aA hatte mit seinen Interventionsversuchen bei der Neuwahl eines RLB-Präsidenten keinen Erfolg: der Landvolkparteiler Lind wurde im Dezember 1930 Nachfolger seines Gesinnungsfreundes Hepp. (Vgl. auch Darrés Brief an die LGF v. 22. 11. 1930, ebenda).

[89] E. Schmahl – W. Seipel, a. a. O., S. 149f.

[90] Niedersachsen-Stürmer Nr. 46 v. 14. 11. 1930: „Hatte nicht der Landbund, wenn er seine Aufgabe richtig erfaßte, die Pflicht, die geeigneten Kräfte freizumachen, sich einzuordnen in eine gewaltige, alles mitreißende Bewegung? Er tut es nicht. Der deutsche Bauer im Osten und Norden ist aufgewacht . . . Doch in den einzelnen Landbund-Organisationen schläft man noch. Man ist stolz, man will sich Adolf Hitler nicht unterordnen." (Presse-Archiv d. RLB, Nr. 492 L/2, Bl. 106).

[91] Schmahl–Seipel, a. a. O., S. 151.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Aufwertung der eigenen Position bedeutet hätte[92]. Als sich aber die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen schnell zeigte, verfocht man mit aller Hartnäckigkeit die Taktik der Unterwanderung weiter. Am 18. 4. 1931 schrieb der LGF von Baden an seine Bezirksfachberater: „Es besteht also für uns heute nicht mehr die Forderung auf Zertrümmerung des Landbundes, sondern in der Erhaltung seiner Organisation [sic!]. Aber hieraus entsteht unweigerlich die logische Folgerung in der Notwendigkeit, durch Parteigenossen Einfluß im Landbund zu gewinnen, ihn von unten her aufzurollen, um ihn später durch Besetzung der Führerstellen durch Parteigenossen fest in unserer Hand zu halten."[93]

Dank der Defensivtaktik der Landbünde und der Rivalität von Landvolkpartei und DNVP um die Führungspositionen war auf diesem Wege leichtes Vorwärtskommen für die NSDAP. Die deutschnationalen Kräfte sahen es nicht ungern, wie die Landvolkpartei von den Nationalsozialisten zerrieben wurde[94]. Es störte sie daher wenig, daß die Provinziallandbünde, in denen die Landvolkpartei den Ton angab, die schärfste Agitation des aA über sich ergehen lassen mußten[95]. Werner Willikens, der Stellvertreter Darrés als LRF, entschuldigte beispielsweise die Haltung der NSDAP gegenüber dem Thüringer Landbund mit der Bemerkung: „Wir erkennen den Landbund vollkommen an, müssen aber gegen ihn kämpfen, wenn er seine Aufgaben mißachtet, um sich irgendwelchen Parteien zuzuwenden."[96] Daß hiermit auch einmal die Deutschnationalen gemeint sein könnten, wurde offensichtlich im Bewußtsein der eigenen Stärke von den Parteigängern Hugenbergs nicht begriffen.

Inzwischen bemühten sich Darré und Hierl, die RLB-Zentrale in Sicherheit zu wiegen. In einem Brief vom 26. 9. 1931 beantworteten sie eine entsprechende Anfrage: „Die NSDAP erstrebt einen Staat, in dem unter der Staatsleitung neben einem in politischen Angelegenheiten beratenden Volksrat ein Wirtschaftsrat als beratendes Organ in Volkswirtschaftsangelegenheiten steht . . . Im RLB sieht die NSDAP die geeignete zentrale Stelle, die bei entsprechendem Umbau die Spitzen-

[92] Ebenda, S. 152.

[93] Nach einer Anfrage des Abg. Dr. Föhr v. 1. 3. 1930 (Landtags-Drucksache Nr. 85) verlas ein Regierungssprecher im Bad. Landtag (Verhandlgn. d. Bad. LT, 18. Sitzung v. 26. 4. 1932) eine Erklärung, in der weite Passagen aus Rundschreiben des LGF-Baden, Plesch, veröffentlicht wurden. Es handelte sich dabei um Briefmaterial, das im Zusammenhang mit der Affäre um die Boxheimer Dokumente beschlagnahmt worden war. Zit. nach einer Artikelserie in der Bad. Bauernzeitung v. 15. 5. 1932 an (Presse-Archiv des RLB, 45 N/2, Bl. 121–127).

[94] Vgl. den entspr. Hinweis in Darrés Brief an die LGF v. 16. 12. 1930 (BA-Koblenz, NS 26/951).

[95] Man ließ sich beim RLB auch nicht durch die verzweifelten Hinweise des Thüring. LB aus der Ruhe bringen, der um seine Existenz rang, weil er sich mit der Landvolkpartei identifiziert hatte: „Der Kampf [der NSDAP gegen den Landbund] richtet sich nicht dagegen, daß der Landbund angeblich nicht parteipolitisch neutral sei, sondern gerade im Gegenteil: Die Nationalsozialisten wollen dem Landbund die parteipolitische Neutralität austreiben und ihn zu ihrer Parteiorganisation machen." (Der Thüringer Landbund, Jan. 1932, Presse-Archiv des RLB, Nr. 45 N 2, Bl. 87).

[96] Der Thüringer Landbund v. 23. 6. 1931 (ebenda, Nr. 492 L/2, Bl. 198).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertretung der berufsständischen Vertretung der Landwirtschaft im Wirtschaftsparlament abgibt."[97]

Während Darré und seine Mitarbeiter also im Kampf gegen die Landvolkpartei und unter der Schonung der Deutschnationalen den RLB in die „neutrale" Position einer rein berufsständischen Organisation abdrängten, um jeden etwaigen Widerstand gegen einen nationalsozialistischen Vertretungsanspruch in ihren Führungsgremien zu paralysieren, gab Hitler selbst die Devise für seine bäuerlichen Parteigenossen aus: „Nun steht die große Organisation des Landbundes im Kampf um die Scholle. Wir erkennen ohne weiteres die unbedingte Notwendigkeit einer starken wirtschaftspolitischen Organisation des Bauerntums an und fordern von unseren Parteigenossen, die Landwirte sind: Tretet ein in den Landbund! Unbedingt wertvolle Kräfte arbeiten in dieser großen Organisation, die auch im Dritten Reich gute Mitarbeit werden leisten können, wenn sie an richtiger Stelle eingesetzt werden . . ."[98] Indem Hitler so den Opportunisten im RLB einen deutlichen Wink gab, stellte er gleichzeitig in der „marxistischen Pest" den gemeinsamen Feind beider Organisationen heraus, wodurch er nicht nur geschickt an die alte Angst der Landbündler rührte[99], sondern auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kampffront beschwor. „Daher geht der Ruf an alle nationalsozialistischen Bauern: Hinein in den Landbund!"

Freilich besaß die NSDAP zu diesem Zeitpunkt schon viele Stützpunkte in Führungsgremien der Kreis- und Provinziallandbünde[100], ja selbst in der Person des Direktors von Sybel in der RLB-Zentrale. Doch nun ging es darum, sich auf „legalem" Wege eine Massenbasis in der Organisation zu verschaffen. Darré über-

---

[97] NS-Landpost Nr. 6 vom 11. 10. 1931. Schon in der NSL Nr. 3 v. 20. 9. 1931 war ein Brief Darrés und Hierls an die Landbünde und Landwirtschaftskammern vom 30. 7. 1931 abgedruckt, in dem ein Bekenntnis der NSDAP zur berufsständischen Ordnung im Staate abgelegt wurde. Wie sich Darré den erwähnten „Umbau" allerdings vorstellte, hatte er im Dezember 1930 seinen Vertrauensleuten im aA mitgeteilt: „Wir brauchen den Apparat des Landbundes als vorbereitenden Arbeitskörper für den berufsständischen Selbstverwaltungskörper der Landwirte im Dritten Reich. Daher müssen wir den Landbund fest in die Hand der NSDAP bekommen." (Brief Darrés an die LGF v. 16. 12. 1930, BA-Koblenz, NS 26/951).

[98] Zit. nach: Der Landbund Sachsen v. 6. 6. 1931 (Presse-Archiv des RLB, Nr. 45 N/2, Bl. 14).

[99] Vgl. z. B. den Rundbrief des RLB, Dir. K. Tgb. Nr. Parl. 2240, Lfd. Nr. 40, vom 6. 8. 1930 (Presse-Archiv des RLB, 492 L), in dem die nationalsozialistische Agitation gegen den RLB, die DNVP und die Landvolkpartei vor den Septemberwahlen 1930 als „Zersetzung der nationalen Kräfte des deutschen Volkes" angeprangert wurde. „Die NSDAP wird dadurch unfreiwillig zum besten Helfershelfer der Sozialdemokratie. Die beste Abwehr gegen diese Zersetzungsarbeit ist die Geschlossenheit des Berufsstandes." An gleicher Stelle wurde sogar von den „Diktaturgelüsten der Sozialdemokratie" gesprochen.

[100] Z. B. war der LGF-Pommern, W. Bloedorn, im Mai 1931 Vors. der LB-Kreisgruppe Cammin und Mitglied des Bundesausschusses des Pomm. LB (Presse-Archiv des RLB, Nr. 492 L/2, Bl. 187; vgl. auch ebenda, Bl. 171). Schon im Dez. 1930 sprach Darré vor den Vertrauensleuten des Kreislandbundes Bitterfeld, der ihm Gelegenheit gab, die bauernfreundliche Haltung der NSDAP bekanntzumachen (VB Nr. 306/7 v. 25./26./27. 12. 1930). Über die unverzügliche Ausführung des Aufrufes Hitlers in Schleswig-Holstein vgl. R. Heberle, a. a. O., S. 164.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trug die Taktik, die Hitler gegenüber Staat und Parlamenten anwandte, originalgetreu auf den agrarpolitischen Sektor. Es „ergab sich" für ihn „die Lage, daß der Landbund für die NSDAP ähnlich anzusehen war wie der Staat, nämlich als ein Machtinstrument, welches man in die Hand bekommen muß, um es einmal zum Besten der Idee, der wir dienen, anwenden zu können. Daraus entwickelte sich für die NSDAP im besonderen die Aufgabe, in den Landbund einzudringen und in ihm zu versuchen, Schritt für Schritt eine Machtposition nach der anderen zu erobern . . ."[101] Die Anweisungen, die Darré den Landbund-Mitgliedern des aA gab, sprechen eine ebenso deutliche Sprache. Es gehe darum, daß die Organisation „von den unerwünschten Elementen und Widerstandsnestern gesäubert" werde[102], ja der LRF fragte seine LGF gerade heraus: „Welche Persönlichkeiten müssen Ihrer Meinung nach entfernt werden, um eine wirklich aufrichtige Neutralität des Landbundes oder der ihm verwandten Organisationen uns gegenüber baldmöglichst zu erreichen?"[103] Nach einem weiteren Hinweis Darrés sollten die nationalsozialistischen Mitglieder zunächst den Beamtenapparat der Berufsorganisation „anknabbern", „dann fallen die großen Steine mit diesem Mörtel von selbst heraus".[104]

Trotz dieser eindeutigen taktischen Konzeption und der ebenso klaren Durchführungsanordnungen Darrés scheint es doch notwendig gewesen zu sein, bei Mitarbeitern im aA in der Provinz Meinungsverschiedenheiten auszuräumen. Mit der Parole „Hinein in den Landbund!" habe der Führer nicht gemeint, „daß der Landwirt zum Landbund (als politischer Organisation) gehöre und nicht zur NSDAP oder daß wir uns von Landbundführern, die zur Christlich-Nationalen Landvolk- und Bauernpartei oder zu den Deutschnationalen gehören, auf der Nase herumtanzen lassen sollen"[105]. Noch im September 1931 richtete Darré ein langes Rundschreiben an seine LGF, in dem er nochmals in aller Ausführlichkeit die Taktik der NSDAP gegenüber dem Landbund darlegte[106]. Er treibe keine seichte Kompromiß-

[101] Sonderrundschr. an die LGF („Vertraulich!") v. 22. 9. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[102] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 58 v. 1. 7. 1931 (ebenda).

[103] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 61 („Vertraulich!") v. 20. 7. 1931 (ebenda).

[104] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 71 v. 13. 8. 1931 (ebenda); vgl. hierzu auch das Rundschr. des LGF-Baden, Plesch, v. 24. 7. 1931 („LB betr. Vertraulich!"): „Wenn wir uns zur Aufgabe gemacht haben, den LB von unten her zu erobern, so dürfte der beste Weg in der Erfassung und der Erringung der Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsstellen [zu suchen] sein." Auf diese Weise sollte die Provinzial- bzw. Reichsleitung des Landbundes festgelegt werden (vgl. die finanzielle Abhängigkeit des RLB von seinen Untergliederungen). „Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß es falsch ist, die gegnerisch eingestellten Beamten und die Vorsitzenden des Landbundes gleichmäßig zu behandeln. Es empfiehlt sich, den Beamten mehr oder minder deutlich mit dem Zaunpfahl zu winken, daß sie künftig im Landbund nichts mehr zu melden haben, wenn sie ihren Kampf gegen uns nicht einstellen, und wenn wir einmal die Macht in Händen haben." (Vgl. Anm. 93 dieser Arbeit).

[105] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 58 v. 1. 7. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[106] Es bereitete manchen landw. Fachberatern und besonders deren polit. Leitern Schwierigkeiten, die gleichzeitige Neutralisierung und Unterwanderung des Landbundes als konsequent durchdachte Politik zu begreifen. Doch Darré konnte darauf hinweisen, er handle mit dieser Konzeption „nicht ehrlicher und nicht unehrlicher als unsere ganze Bewegung es diesem Staate gegenüber tut". Obwohl die NSDAP das „System" ablehne, besetze sie doch alle er-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politik, sondern der Landbund werde lediglich als politische und wirtschaftliche Organisation den nationalsozialistischen Zielen dienstbar gemacht. „Die NSDAP ist keine Partei, sondern eine Bewegung, die sich parteipolitischer Mittel bedient, um zum Ziel zu gelangen: dies ist ihr von der Verfassung so vorgezeichnet." Hierbei sei für die NSDAP als „Trägerin der deutschen Freiheitsbewegung" die Unterwanderung des Landbundes als größter landwirtschaftlicher Organisation unerläßlich. Als wichtigste Etappe auf diesem Weg bezeichnete Darré die Neutralisierung des Landbundes. Dadurch werde einmal eine offene Gegnerschaft dieser Organisation zur NSDAP ausgeschaltet, außerdem aber der Partei die Möglichkeit geschaffen, „unbelastet von einer Hemmung durch die Landbundführung mit den übrigen Parteien gleichberechtigt" um die Wählerstimmen der Bauern kämpfen zu können. „Damit müßte sich im weiteren ganz von selbst für die NSDAP die Möglichkeit eröffnen, mit ihren Leuten auch im Landbund Fuß zu fassen ..." Am Ende seines Briefes gab Darré seinen Mitarbeitern noch praktische Verhaltensanweisungen. „Der LGF wird z. B. eine verabredete Neutralität mit einem Landbund peinlichst einhalten bis zu dem Augenblick, wo er die Macht besitzt, einen Schädling im Landbund auszubooten oder sonstwie schachmatt zu setzen."

Abgesehen davon, daß Darré später diese taktische Konzeption selbst bis in alle Einzelheiten dem RLB-Präsidium gegenüber anwandte, gelang es seinen Mitarbeitern verschiedentlich schon im Jahre 1931 auf der unteren Ebene der Provinziallandbünde, die Anweisungen ihrer Reichsleitung buchstabengetreu durchzuführen. Am 1. April 1931 kam es beispielsweise zu Besprechungen zwischen NSDAP und Badischem Landbund, die folgende Vereinbarungen zum Ergebnis hatten: Der LB gebe jede parteipolitische Tätigkeit auf und betrachte sich lediglich als Organisation zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Bauern; die Zeiten gegenseitigen Kampfes seien vorbei, die wirtschaftlichen Forderungen des LB würden von der NSDAP in den Parlamenten vertreten; jedem nationalsozialistischen Bauern stehe der Eintritt in den LB frei, dieser mache seinen Mitgliedern keine Schwierigkeiten, Mitglied der NSDAP zu werden[107].

Von entscheidender Bedeutung jedoch für den Erfolg, den der aA gegenüber dem RLB am Ende des Jahres 1931 verbuchen konnte, waren die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern in Preußen im Herbst und Winter des Jahres 1931/32. Sie wurden von Darré mit aller Sorgfalt schon im Sommer vorbereitet. Mit Hilfe von Fragebogen an alle LGF informierte er sich über die einzelnen Landwirtschafts-

reichbaren Ämter und Ministerposten. (Sonderrundschr. Darrés [„Vertraulich!"] v. 22. 9. 1931, St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[107] Zit. nach Bad. Bauernzeitung v. 12. 6. 1932 (vgl. Anm. 93). Am 24. 9. 1931 kam es in München zwischen Vertretern des Fränk. LB und des aA zu einer „nichtöffentlichen und unverbindlichen Aussprache", auf der den Landbündlern von der NSDAP als Bedingungen für ein Zusammengehen genannt wurden: Entpolitisierung des LB, öffentliche Anerkennung der NSDAP als Partei, die den Bauern vom Landbund neben den anderen entsprechenden Parteien empfohlen wird. (Sonderrundschr. Darrés an die LGF v. 28. 9. 1931, St.A.Goslar, ND Nr. 142); vgl. auch die Vereinbarungen, die Darré am 9. 12. 1930 mit dem LB-Sachsen getroffen hatte (Brief Darrés an die LGF v. 16. 12. 1930, BA-Koblenz, NS 26/951).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kammern, ihre personelle und politische Zusammensetzung usw.[108]. Seit August hatte er sogar einen eigenen „Fachreferenten für Kammerwesen" bestellt, der die organisatorische und taktische Vorbereitung der Wahlen durchzuführen hatte[109]. Die bisherige Gepflogenheit, die Landwirtschaftkammern als unpolitische oder überpolitische Institutionen zu betrachten, wurde hierbei von Darré rigoros beiseite geschoben. „Wir wollen ... alle Landwirtschaftskammerwahlen zu politischen Kampfwahlen machen, um diese Kampfinstrumente der Landwirtschaft in unsere Hand zu bekommen."[110]

Im August/September tauchten allerdings insofern Schwierigkeiten auf, als verschiedene Provinzial-Landbünde als berufsständische Organisationen wie bisher Einheitslisten aufstellen wollten[111]. Offenbar fanden diese Bestrebungen bei verschiedenen Gauleitern Unterstützung[112]. Darré, der zuvor den Rat verschiedener Experten eingeholt hatte[113], lehnte solche Einheitslisten jedoch verbindlich für den gesamten aA ab. Er sah darin eine Umarmungstaktik und gab, trotz der offiziellen Anerkennung des Landbundes als berufsständischer Organisation und trotz der Beitrittsaufforderung an alle nationalsozialistischen Bauern, die Anordnung zur Aufstellung eigener Listen der NSDAP. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß die Zahlenverhältnisse der beiderseitigen Anhängerschar verschleiert würden. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen konnte aber ein spektakulärer Erfolg der NSDAP, mit dem Darré rechnete, gerade für noch unentschlossene Wähler richtungweisend sein[114]. Das Hauptmotiv jedoch für Darrés Entscheidung war, „daß wir uns aufgrund der Wahlergebnisse für die Landwirtschaftskammern mit einer getarnten Neutralität des Landbundes nicht mehr begnügen werden, sondern entsprechend dem Zahlenverhältnis auf dem Lande unseren Anspruch auf Einräumung von Einfluß im Landbund anmelden und diesen ganz rücksichtslos auch verwirklichen werden"[115].

[108] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 60 v. 15. 7. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142); vgl. auch die Anweisungen, die Darré in einem Sonderrundschr. v. 16. 9. 1931 an die LGF gab (ebenda).

[109] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 69, v. 7. 8. 1931 (ebenda).

[110] Sonderrundschr. Darrés an die LGF v. 20. 8. 1931 (ebenda).

[111] Vgl. den Brief des Rechtsberaters der Abt. Landw. bei d. Reichsleitung d. NSDAP, Böttger, an Schulz v. 26. 10. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 161).

[112] Böttger machte sich nach einer Besprechung mit Darré am 5. 12. 1931 im Kaiserhof in Berlin in einem Gedächtnisprotokoll die Notiz: „... traf von einer erheblichen Anzahl von Gauleitern die Mitteilung ein, daß die NSDAP in der Bauernschaft noch schlecht vertreten sei und es unbedingt sich empfehle, mit dem LB zusammenzugehen" (St.A.Goslar, ND Nr. 161).

[113] Er ließ sich nicht nur von seinem Fachreferenten über Kammerwesen, Dr. Winter, beraten, sondern holte auch ein Gutachten seines Parteigenossen Ernst Böttger ein, der Rechtsanwalt am Kammergericht und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Berlin war; vgl. die Briefe Böttgers an Darré v. 21. und 22. 9. 1931 und dessen Antwort v. 25. 9. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 161).

[114] Nach einem großen Erfolg der NSDAP bei den LK-Wahlen in Sachsen (von 52 Sitzen stellten die Nationalsozialisten 22 und den 2. Vorsitzenden) im Frühjahr 1931 (vgl. VB v. 15./16. 11. 1931) und auf Grund des Bildes, das er sich mit Hilfe der Berichte seiner LGF von der Stimmung im Lande gemacht hatte, rechnete Darré fest mit einem deutlichen Erfolg seiner Partei; vgl. d. Sonderrundschr. Darrés an die LGF v. 20. 8. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[115] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 84 v. 25. 9. 1931 (ebenda).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die im September und Oktober 1931 von den Nationalsozialisten auf dem Lande entfachte Agitation richtete sich gegen angebliche Mißwirtschaft und Korruption in den Landwirtschaftskammern[116]. Darré wies seine Funktionäre an, nach Kammerbeamten Ausschau zu halten, die bei der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten behilflich sein könnten[117]. Auch Kenntnisse über die Höhe der Tagegelder und Spesen von Kammermitgliedern seien als wertvolles Propagandamaterial willkommen. Darré selbst nutzte die Erlebnisse, Erfahrungen und schriftlichen Unterlagen, die er 1928/29 als Angestellter der Landwirtschaftskammer in Königsberg gesammelt hatte, zu einer groß angelegten Kampagne gegen deren Repräsentanten aus[118]. Auch innerhalb des aA betätigte sich Darré als unerbittlicher Antreiber. Er stachelte den Ehrgeiz seiner Funktionäre an, machte ihnen im Falle des Erfolges Hoffnungen auf persönliches Fortkommen, scheute aber auch nicht vor offenen Drohungen zurück[119].

Am 13. 12. 1931 konnte die NS-Landpost in elf preußischen Provinzen einen bedeutenden Erfolg des aA feststellen: überall fiel der NSDAP ein nicht zu übersehendes Kontingent an Kammermitgliedern zu[120]. Während sich am 10. 12. 1931 im Völkischen Beobachter ein Artikel von Darrés Fachberater für Kammerwesen, Dr. E. Winter, mit den notwendigen politischen Auswirkungen der bisherigen preußischen Landwirtschaftskammerwahlen beschäftigte, hatte schon am 8. 12. 1931 eine Sitzung des Bundesvorstandes des RLB in Berlin stattgefunden, welche die inzwischen in ultimativer Form vorgebrachte Forderung der NSDAP auf Beteiligung an der Führung der berufsständischen Organisation zu beraten hatte.

Die sich hier anbahnende Entwicklung ging zurück auf eine Besprechung zwi-

---

[116] Vgl. z. B. NS-Landpost Nr. 12 v. 22. 11. 1931 („Der große Skandal um die Rheinische Landwirtschaftskammer").

[117] Sonderrundschr. Darrés an die LGF v. 20. 8. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[118] Der Schriftleiter der nationalsozialistischen „Preußischen Zeitung" in Königsberg teilte Darré am 24. 11. 1931 mit, daß in fast allen Abteilungen der LK Nationalsozialisten zu seiner Verfügung stünden. (St.A.Goslar, ND Nr. 160) Die NS-Landpost brachte seit dem 4. 10. 1931 regelmäßig neue „Enthüllungen", die das Ansehen der maßgeblichen Mitglieder der ostpr. LK herabsetzen sollten. Ein von Präs. Dr. Brandes angestrengtes Verfahren gegen Darré wegen Beleidigung (vgl. NSL Nr. 10 v. 8. 11. 1931) hatte auf den Ausgang der Wahlen keinen Einfluß mehr. Vgl. auch Sonderrundschr. Darrés („Vertraulich!") v. 20. 11. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[119] Im Rundschr. Nr. 84 v. 25. 9. 1931 schrieb Darré an seine LGF: „Die Wahlen zu den Preußischen Landwirtschaftskammern klären daher auch für mich die Frage, in welchen Gauen, Kreisen und Bezirken der aA etwas leistet und wo im Hinblick auf die Wahlen zum Preußischen Landtage Verbesserungen am aA notwendig werden." (St.A.Goslar, ND Nr. 142).

[120] Der Erfolg der NSDAP wurde insofern beeinträchtigt, als in allen preuß. Provinzen nach den Statuten der LK nur jeweils die Hälfte der Mitglieder gewählt wurden und nur Hofbesitzer, nicht aber Jungbauern, wahlberechtigt waren. Trotzdem gelang dem aA ein deutlicher Einbruch in die berufsständischen Listen. Beispielsweise stellte die NSDAP in der Rheinprovinz von 40 neugewählten Mitgliedern der LK 10 (Landw. Zs. f. d. Rheinprovinz 1931, S. 534), in Ostpreußen 16 bei 38 neuen Mitgliedern (Berl. Börsenzeitg. Nr. 592 v. 22. 12. 1931), in Oldenburg von 36 sogar 23 (NSL Nr. 15 v. 13. 12. 1931) und in Hessen-Nassau-Nord gehörten von 30 neuen Mitgliedern der LK 13 der NSDAP an (ebenda).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Darré und Direktor Kriegsheim vom RLB Anfang November 1931. Darré hatte seinem Gesprächspartner dabei versichert, daß die NSDAP loyal zu den in Bad Harzburg mit Hugenberg getroffenen Vereinbarungen stehen werde und nach wie vor bereit sei, den Landbund als berufsständische Organisation anzuerkennen[121]. Doch müsse er leider feststellen, daß von den beiden Rechtsparteien der nationalen Opposition nur die DNVP im RLB führend vertreten sei und, nachdem die Landvolkpartei kaum mehr Bedeutung habe, sogar eine ausgesprochene Monopolstellung in der größten landwirtschaftlichen Standesorganisation besitze. Gerade aber die mittlerweile bekanntgewordenen Ergebnisse der Landwirtschaftskammerwahlen zeigten, daß die „Mitglieder des Landbundes weit über die Hälfte der NSDAP angehörten". Zwar hatte Kriegsheim eingewandt, daß die Führung der Landbünde sich der rasch wandelnden Stimmung auf dem Lande nicht so schnell anpassen könnten, doch Darré drohte unverhohlen mit der Macht das aA und dem organisierten Austritt der nationalsozialistischen Mitglieder aus den Landbünden: „Die Reichsleitung sehe sich über kurz oder lang nicht mehr in der Lage, die rebellierenden Bauern davon abzuhalten, eine Landbundorganisation fallen zu lassen oder zu sprengen, welche ihnen nicht den gewünschten Einfluß in der Führung zubilligt."[122] Der Leiter des aA der NSDAP deutete seinem Gesprächspartner an, daß bei Ablehnung seiner Forderungen auf Mitbeteiligung an der Führung des RLB die Partei gezwungen sei, eine eigene Landwirtschaftsorganisation aufzubauen[123]. Am Ende der Aussprache wies Darré auf die revolutionäre Stimmung im Bauerntum hin; er machte Kriegsheim den Vorschlag, die Führung des Landbundes paritätisch zwischen DNVP und NSDAP zu teilen. Kriegsheim sicherte ihm zu, als vorläufigen Schritt auf diesem Wege die Einrichtung eines zusätzlichen Präsidentenpostens beim RLB für die NSDAP in allernächster Zeit zu befürworten.

Unverzüglich teilte Darré seinen LGF das Ergebnis dieser Besprechung mit und gab bekannt, daß inzwischen auch der Geschäftsführende Präsident, Graf Kalckreuth, sein grundsätzliches Einverständnis zu einer Umbildung der bisherigen RLB-Führung erklärt habe[123a]. Der LRF der NSDAP wies seine Funktionäre an, sofort Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet seien, den Forderungen der Partei von den Provinziallandbünden her Nachdruck zu verleihen[124].

---

[121] Abschrift eines Briefes Darrés an Kriegsheim vom 6. 11. 1931, der das Ergebnis der Aussprache zusammenfaßte: Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 100 vo 9. 11. 1931 (St.A. Goslar, ND Nr. 142).

[122] Ebenda.

[123] Vgl. auch das Gedächtnisprotokoll von Rechtsanwalt Böttger über eine Besprechung mit Darré am 5. 12. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 161). Solchen Bestrebungen, die innerhalb der NSDAP schon frühzeitig aufgetaucht waren, war Darré bisher entschieden entgegengetreten (vgl. d. Rundschr. Darrés an die LGF v. 20. 11. 1930, BA-Koblenz, NS 26/951).

[123a] Siehe Anm. 121

[124] Vgl. auch das Sonderrundschr. Darrés an die LGF v. 25. 11. 1931 (St.A.Goslar, ND Nr. 142). Um die Delegierten der Vertreterversammlung des RLB nicht zu verärgern, ließ Hierl als Reichsorganisationsleiter II sogar den Vertrieb der Broschüre von W. Seipel, „Landvolkpartei oder Hitler-Bewegung", einstellen, weil darin der Landbund scharf angegriffen

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dementsprechend wurde in der schon erwähnten Sitzung des Bundesvorstandes des RLB vom 8. 12. 1931, an der für die NSDAP Hitler und Darré teilnahmen, beschlossen, der Vertreterversammlung des RLB vorzuschlagen, eine vierte Präsidentenstelle der Organisation einzurichten und von einem Nationalsozialisten zu besetzen[125]. Am 18. 12. 1931 wählten die Delegierten der Länder- und Provinziallandbünde auf Vorschlag des Bundesvorstandes des RLB den Stellvertreter Darrés im aA Werner Willikens, zum Präsidenten des RLB. Damit hatte der aA im ersten Jahr seiner Arbeit einen bedeutenden Erfolg errungen. Nicht nur, daß der Landbund von jetzt an als potentieller Gegner der NSDAP neutralisiert war und die Bauern nicht mehr gegen die Partei mobilisiert werden konnten, auch die Tatsache, daß die NSDAP nun als „Bauernpartei" von der größten berufsständischen Landwirtschaftsorganisation offiziell anerkannt worden war, bedeutete einen großen Gewinn für Darré und seine Partei im Wahlkampfjahr 1932[126]. Es war gleichfalls nicht unerheblich, daß die NSDAP von jetzt an in der Lage war, direkten Einfluß auf die Politik des RLB auszuüben.

Hierzu war es allerdings weiterhin notwendig, daß auf der unteren Ebene der Landbünde die Unterwanderung durch den aA mit gleicher Intensität wie bisher durchgeführt wurde[127]. Mit der Einbeziehung eines Nationalsozialisten in das RLB-Präsidium war es Darré gelungen, „den Länder- und Provinziallandbünden ein Beispiel zu geben"[128]; nun kam es darauf an, „mit dieser Rückenstärkung" die bisherige Taktik der Erstürmung der Landbundfestung von unten her konsequent weiterzuverfolgen. Darré wies seine Mitarbeiter an, unter Hinweis auf die veränderten parteipolitischen Machtverhältnisse auf dem Lande und das Vorbild der RLB-Führung Neuwahlen der Vorstände der unteren Gliederungen der Landbundorganisation zu erzwingen[129].

---

wurde. (Rundbrief Hierls an d. Gauleiter, Bezirks- und Ortsgruppenleiter v. 21. 11. 1931, [St.A.Goslar, ND Nr. 160]).

[125] Darré, Landbund und wir, NS-Landpost Nr. 16 v. 20. 12. 1931.

[126] Daß es der NSDAP neben der politischen Ausschaltung des LB auch darum ging, als Bauernpartei anerkannt und empfohlen zu werden, zeigt der Text einer Abmachung, die das Verhältnis von NSDAP und LB in Hessen(-Darmstadt) zum Inhalt hatte. Dort war der LB aus den LT-Wahlen vom 15. 11. 1931 mit einer empfindlichen Niederlage hervorgegangen (die NSDAP gewann 26, der LB verlor 7 Mandate). Im April 1932 wurde als Verhandlungsergebnis festgehalten: „Die NSDAP erkennt den Hess. LB als die berufsständische Organisation der Landwirtschaft an. Der Hess. LB weist erneut auf seine satzungsmäßige Neutralität hin. Er erkennt an, daß die grundsätzliche Einstellung des Nationalsozialismus zum Bauerntum, die im NS-Agrarprogramm verankert ist, eine tatkräftige Unterstützung der Landwirtschaft im Staate ermöglicht." (NS-Landpost Nr. 18 v. 1. 5. 1932). Selbstverständlich traten damals mit dem LGF Dr. Wagner und W. Seipel zwei Mitglieder des aA in den Vorstand des Hess. LB ein. (Vgl. E. Schmahl–W. Seipel, a. a. O., S. 163ff.).

[127] Dies geschah seit Januar 1932 natürlich in enger Zusammenarbeit mit dem neuen RLB-Präsidenten Willikens. (Vgl. die Rundschr. Darrés an die LGF v. 12. 1. und 29. 3. 1932, St.A.Goslar, ND Nr. 145).

[128] Rundschr. Darrés an die LGF v. 9. 11. 1931 (ebenda Nr. 142).

[129] Rundschr. Darrés an die LGF Nr. 110 v. 19. 12. 1931 (ebenda).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V

Die Arbeit des aA im Jahre 1932 galt nicht nur der Erreichung dieses Zieles, daneben kam es auch darauf an, in der langen Reihe der Wahlkämpfe dieses Jahres zu bestehen. Nun allerdings konnte, wie Darré rückblickend feststellte[130], der RLB nicht mehr „bei Wahlkämpfen der NSDAP in den Rücken fallen", vielmehr wurde seine Zugkraft als Wahllokomotive von der NSDAP ausgenutzt.

Nach dem Eintritt von Werner Willikens in das RLB-Präsidium wandte sich die größte Standesorganisation der Landwirtschaft unter der Führung des Grafen Kalckreuth immer mehr von der DNVP ab und der NSDAP zu. Am 9. 1. 1932 berichtete der Völkische Beobachter von schweren Vorwürfen, die der Geschäftsführende Präsident des RLB gegen Hindenburg erhoben hatte. Kalckreuth bezichtigte den Reichspräsidenten fehlender Entschlußkraft, denn sonst hätte Deutschland eine Regierung, „die den Willen und die Kraft aufbringt, die Gestaltung des Geschickes des deutschen Volkes selber in die Hand zu nehmen, die nicht die schweren Folgen eigener Unterlassungssünden als unentrinnbare Fügung des Schicksals betrachtet".

War dies schon ein deutlicher Hinweis, so trat die weitere Radikalisierung des RLB bei den Reichspräsidentenwahlen im März/April 1932 besonders klar zutage. Obwohl verschiedene Provinzial- und Kreislandbünde sich für Hindenburg oder Duesterberg entschieden hatten[131], erteilte der RLB seinem Ehrenmitglied und jetzigen „Kandidaten des Systems" eine Absage „unabhängig von der Lösung der Kandidatenfrage durch die nationale Opposition"[132]. Nach der Wahl gratulierte das RLB-Präsidium Hitler zu seinem Erfolg und forderte ihn auf zu „einer entschlossenen Weiterführung unseres Kampfes bis zum endgültigen Siege"[133].

Darré tat inzwischen alles, um auf der am 22. 3. stattfindenden Bundesvorstandssitzung des RLB eine weitere positive Stellungnahme für Hitler zu erzielen. Er mobilisierte „zur Unterstützung unseres Pg. Willikens" seine Funktionäre zu vollzähligem Erscheinen auf dieser Sitzung und empfahl im Falle ungefügiger Provinziallandbünde von den Kreislandbünden her soviel Druck auszuüben, „daß diese der Herausstellung Hitlers durch den RLB keine Schwierigkeiten machen"[134]. Die Aktion endete mit einem vollen Erfolg. Der RLB unterstützte im zweiten Wahlgang offen Hitler als Reichspräsidentschaftskandidaten[135]. Trotz des wiederum

[130] Sonderrundschr. Darrés v. 11. 4. 1933 (St.A.Goslar, ND Nr. 140).

[131] Am 29. 2. 1932 teilte Darré im Rundschr. Nr. 14 seinen LGF mit, daß die Landbünde Thüringens, Sachsens und Anhalts sich weigerten, den Aufruf des RLB zur Reichspräsidentenwahl zu veröffentlichen. Er forderte die zuständigen LGF auf, die Bekanntgabe des Aufrufs zu erzwingen. (St.A.Goslar, ND Nr. 145).

[132] Veröffentlichung des Wortlauts der Erklärung des RLB im VB (Reichsausg.) v. 19. 2. 1932.

[133] In einem Telegramm des RLB-Präsidiums an Hitler schrieb Kalckreuth: „Zum machtvollen Aufschwung Glückwunsch und Dank. Der erreichte Einbruch der nationalsozialistischen Bewegung in die gegnerischen Stellungen muß der Ausgangspunkt für entschlossene Weiterführung unseres Kampfes bis zum endgültigen Siege werden." (NS-Landpost Nr. 12 v. 20. 3. 1932).

[134] Sonderrundschr. Darrés an die LGF vom 17. 3. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145).

[135] Vgl. NS-Landpost Nr. 13 v. 27. 3. 1932; vgl. auch die Eintragung im Tagebuch von

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausbleibenden Sieges dankte Darré dem RLB für seine Wahlhilfe und bescheinigte der Organisation, sie sei „längst nicht mehr unser Gegner, sondern dank der verständigen Leitung unter dem Grafen von Kalckreuth unser Freund".[136]

Wie in der RLB-Zentrale so bestimmten auch in den meisten Provinziallandbünden die aktiven Nationalsozialisten den radikalisierten politischen Kurs gegenüber den letzten „System"-Regierungen. Nach den Zugeständnissen, die Reichskanzler von Papen der NSDAP u. a. mit der Aufhebung des SA-Verbots gemacht hatte, empfahl Darré seinem aA zunächst „Schonung des Kabinetts von Papen"[137]. Die direkten Angriffe von Seiten der NSDAP setzten erst Mitte August ein, nachdem Hitler mit seinem Anspruch auf „uneingeschränkte Macht" allen ‚Zähmungsplänen' Papens und Schleichers widerstanden hatte[138]. Zielpunkt einer großangelegten und zentral gesteuerten Kampagne des aA war der Landwirtschaftsminister von Braun[139], der in seinem Bemühen um die bäuerliche Veredelungswirtschaft in der Kontingentierungsfrage einen aussichtslosen Kampf gegen die Interessen von Industrie, Handel und Gewerkschaften führte[140]. Nun stimmten auch die in der „Grünen Front" lose zusammengeschlossenen Bauernorganisationen in den Chor der von den Nationalsozialisten geführten Unzufriedenen ein, nachdem sie bisher teilweise das Kabinett von Papen toleriert hatten[141]. Jetzt warfen sie im Einklang mit der NSDAP der Regierung in Protesttelegrammen und Resolutionen eine gewollte Verzögerung der Kontingentierungsverhandlungen vor[142].

Nach der Ablösung Papens durch General von Schleicher wurden die Angriffe von Seiten der NSDAP auf die Regierung nach einer kurzen Zeit der Zurückhaltung, die ihren Grund in inneren Auseinandersetzungen in der Partei hatten[143], unvermindert fortgesetzt. Die Protesttelegramme aus nationalsozialistisch geführ-

---

Goebbels am 15. 3. 1932: „Ich telefoniere mit Darré. Der RLB hat sich für uns entschieden." (Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 64).

136 Landw. Beiblatt Nr. 6 zum VB (Reichsausg.) v. 22./23. 5. 1932.

137 Rundschr. Darrés an die LGF v. 10. 6. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145).

138 Zur Unterredung Hindenburgs mit Hitler am 13. 8. 1932 vgl. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1960, S. 616f.

139 Im Rundschr. Nr. 33 v. 7. 9. 1932 (St.A.Goslar, ND Nr. 145) richtete Darré an alle LGF den Aufruf, in öffentlichen Entschließungen den Rücktritt von Brauns zu fordern. (Vgl. das entsprechende Telegramm Darrés an den Landwirtschaftsminister, abschriftl. ebenda).

140 Vgl. die Rede von Brauns vor der Vollversammlung d. Bayer. Landwirtschaftsrates am 26. 9. 1932 im VB (Reichsausg.) vom 29. 9. 1932; vgl. neuerdings auch D. Petzina, Hauptprobleme der dt. Wirtschaftspolitik 1932/33, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 31ff.

141 In einer Entschließung vom 12. 10. 1932 hatte sich der RLB noch zum „Grundsatz einer autoritativen von den Parteien nicht abhängigen Staatsregierung" bekannt; auch das Agrarprogramm Papens war begrüßt worden. Als die Verwirklichung der angekündigten Maßnahmen auf sich warten ließ, häuften sich die negativen Stimmen in der ländlichen Presse. (Vgl. Presse-Archiv des RLB, Nr. 76/38; vgl. auch VB [Reichsausg.] v. 20. u. 22. 10. 1932).

142 Vgl. hierzu die Akten der Reichskanzlei, BA-Koblenz, R 43 II/196.

143 Zur Niederlegung aller Parteiämter durch G. Strasser, der für eine Tolerierung des Kabinetts Schleicher durch die NSDAP eintrat, sich aber zu dem ihm vom Reichskanzler in Aussicht gestellten Eintritt in die Regierung und einer Spaltung der NSDAP nicht entschließen konnte, vgl. K. D. Bracher, a. a. O., S. 678ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten landwirtschaftlichen Organisationen häuften sich; sie sollten zeigen, „wie die Regierungstätigkeit des Kabinetts Schleicher im Lande bewertet wird"[144]. Es wurde dem Reichskanzler vorgeworfen, sein Agrarprogramm sei „lückenhaft" und „unorganisch", man forderte „Taten – nicht Worte!" und war schnell bereit, ein weiteres Absinken des Butterpreises der „Tatenlosigkeit" der Regierung zur Last zu legen. Nur eine Übernahme der Regierung durch Hitler könne die Situation noch retten. „Das nationalsozialistische Landvolk hat erkannt, daß weder vom Kabinett Schleicher noch von einem anderen Kabinett gleicher Grundhaltung eine wirkliche Hilfe zu erreichen ist."[145] Da der Gegensatz zwischen den Exportinteressen, wie sie der Wirtschaftsminister Warmbold vertrat, und den Interessen der Landwirtschaft, vertreten durch von Braun, die Entschlußkraft der Regierung weitgehend lähmte[146], bot sich der nationalsozialistischen Agitation ein glänzendes Argument zur Unterstützung ihres Rufes nach radikaler Umwälzung.

Ihrer stereotyp vorgetragenen Forderung nach Rücktritt des „unfähigen" Kabinetts Schleicher schlossen sich nun auch landwirtschaftliche Organisationen an, die bisher nicht Ziel nationalsozialistischer Unterwanderung gewesen waren. Die gesamte deutsche Landwirtschaft, untereinander in einem ruinösen Kampf um die in den eigenen Reihen differierenden Interessen begriffen[147], schien sich unter der direkten und indirekten Führung des aA Darrés einig zu sein im Kampf gegen die letzten Repräsentanten der Weimarer Republik.

Trotz der Versuche des Freiherrn von Braun, „der bisher vernachlässigten kleinbäuerlichen Veredelungswirtschaft zu helfen"[148], häuften sich 1932 die Klagen besonders nordwestdeutscher Landwirtschaftskreise, daß der ostelbische Großgrundbesitz in der offiziellen Agrarpolitik bevorzugt werde[149]. Doch war nicht nur die

---

144 „Angriff" vom 6. 1. 1933, dort wurde eine Zusammenstellung von 18 Adressaten protestierender Eingaben an die Regierung veröffentlicht. Vgl. auch die Protesttelegramme im VB (Süddt. Ausg.) v. 2. 1. und 19. 1. 1933.

145 Entschließung der Führer des nationalsozialistischen Landvolks in Ostpreußen, abgedruckt im Angriff v. 2. 1. 1933, Presse-Archiv des RLB Nr. 76/38, Bl. 102; vgl. auch H. Reischle, Bilanz der neuen Agrarpolitik, VB (Süddt. Ausg.) v. 13./14./15. 1. 1933 u. v. 25. 1. 1933.

146 In einem Brief an Schleicher v. 5. 1. 1933 warf von Braun seinem Kollegen Warmbold vor, er habe getroffene Vereinbarungen nicht eingehalten und betreibe eine Verzögerung der Zollverordnungen zu Gunsten der Exportindustrie. Dieses „hinhaltende Verfahren, das die Landwirtschaft in den letzten Monaten immer tiefer in das Unglück hineingebracht hat", könne er (von Braun) nicht mehr mit seiner Verantwortung decken. (BA-Koblenz, R 43 II/192). Vgl. auch D. Petzina, a. a. O., S. 52.

147 F. Oppenheimer charakterisiert die Situation in der deutschen Landwirtschaft und den Meinungsstreit über den besten Weg zu ihrer Sanierung mit den Worten: „Es gibt, auf den ersten Blick, so viel Agrarfragen in Deutschland, wie es in der deutschen Landwirtschaft Interessengruppen gibt." (F. Oppenheimer, Grundprobleme der dt. Landwirtschaft, in: Krisis, Ein polit. Manifest, hg. v. O. Müller, Weimar 1932, S. 161).

148 Der Reichsernäherungsminister bezeichnete dies in einem Brief an Reichskanzler von Schleicher v. 5. 1. 1933 als seine „Hauptaufgabe während der ganzen Dauer meiner Zugehörigkeit zum Reichskabinett". (BA-Koblenz, R 43 II/192).

149 Vgl. z. B. die Denkschrift und den Urantrag des Notschutzbundes dt. Landwirte, Notgemeinschaft landw. Pacht- und Eigenbetriebe v. 8. 9. 1932 (ebenda). Auch Anfang 1933

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche Landwirtschaft bei der Verfolgung verschiedener Interessen zerstritten; Unternehmer, Gewerkschaften, Handwerker, Bauern und Großagrarier – kurz, jeder Wirtschaftszweig erwartete vom Staat Hilfe und Erleichterung seiner materiellen Lage. Da das Parlament machtpolitisch weitgehend ausgeschaltet war, wurde die Reichskanzlei zum Forum der gegenseitigen Kämpfe und Streitigkeiten der verschiedenen pressure groups[150]. Die Organisationen der einzelnen Wirtschaftszweige „bedauerten feststellen zu müssen", daß ihre „sachlichen Vorschläge und Forderungen" bei der Regierung „in keiner Weise Gehör gefunden" hätten, und forderten sie sogar zur gewaltsamen Unterdrückung des wirtschaftspolitischen Gegners auf[151]. Ohne Verantwortungsgefühl für Verfassungsordnung und Staatswohl suchte jede berufsständische Organisation ihren Nutzen, dabei fast regelmäßig das Wort von der „Verantwortung der Reichsregierung gegenüber dem Volksganzen" im Munde führend[152]. Jeder Wirtschaftszweig suchte für sich zu retten, was zu retten war, natürlich auf Kosten eines anderen[153]. Was H. Haushofer für die Landwirtschaft feststellt, gilt ohne Einschränkungen für alle Zweige der Wirtschaft: „Die deutsche Landwirtschaft empfand die Stellungnahme zu ihrer Lebensfrage überwiegend als ein einfaches Freund-Feind-Problem und der einzelne Landwirt die Notwendigkeit des Überlebens nach der Formel: „Du oder ich"[154].

---

standen sich zwei Eingaben aus der Grünen Front an das REM diametral gegenüber. Am 6. 1. 1933 richtete der RLB an das Ministerium die „nachdrückliche Forderung", „sofort eine wirksame und fühlbare Besserung der Lage in der Landwirtschaft herbeizuführen" und warf der Regierung vor, „trotz vorhandener objektiver Möglichkeiten" keine entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Am 14. 1. 1933 stellte die Deutsche Bauernschaft in einer Entschließung fest, die Regierung betreibe mit staatlichen Eingriffen zum besonderen Schutz der Großbetriebe eine „dem Bauerntum abträgliche Agrarpolitik", für die der Einfluß des RLB verantwortlich sei (ebenda).

[150] Die Eingaben, Protesttelegramme und Denkschriften aus den verschiedensten berufsständischen Organisationen sind gesammelt in den Akten der Reichskanzlei, BA-Koblenz, R 43 II/192 und R 43 II/196.

[151] Vgl. z. B. die Entschließung der Pommerschen Landwirtschaftskammer, dem Reichskanzler übermittelt in einem Brief v. 6. 1. 1933 (R 43 II/192). Darin stand u. a.: „Es ist kein Zeichen von Stärke, wenn die Reichsregierung die von ihr beschlossenen und vom Herrn Reichspräsidenten gebilligten Maßnahmen in einer Weise verunglimpfen läßt, wie dies in der antiagrarischen jüdischen Presse in Berlin geschieht." Vgl. auch das Protesttelegramm des Reichsverbandes des dt. Handwerks v. 13. 1. 1933 „gegen die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft durch weitere Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Kosten anderer Wirtschaftskreise" (ebenda).

[152] Vgl. z. B. das Telegramm des Verbandes der Mitteldt. Industrie e. V. vom 13. 1. 1933 (ebenda); vgl. auch d. Rundschr. des RLB (Dir. K.Tgb.Nr.Parl. 2240, lfd. Nr. 40) vom 6. 8. 1930 (Presse-Archiv des RLB, Nr. 492 L): „Der Reichslandbund hat Agrarpolitik nie als das Spezialgebiet landwirtschaftlicher Sonderinteressen, sondern stets als Sache des ganzen Volkes betrachtet."

[153] Selbstverständlich war auch die Linkspresse mit der Politik des Reichskanzlers von Schleicher nicht zufrieden: „Die Junker bekommen alles, was sie fordern!" (Volksfront v. 13. 1. 1933; vgl. auch Dortmunder Anzeiger v. 9. 1. 1933 – Presse-Archiv des RLB, Nr. 76/38, Bl. 121 u. 143).

[154] H. Haushofer, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft u. Agrarpolitik, München 1958, S. 183.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die wenigen Stimmen, die zu Selbstbescheidung und Zurückhaltung in den Forderungen aufriefen, gingen im allgemeinen Kampflärm unter. H. Schlange-Schöningen beschwor 1932 die landwirtschaftlichen Organisationen: „Es ist nicht richtig, dem Landwirt fortwährend zu predigen, er sei ständig durch den bösen Willen der anderen Berufsstände bedroht und alles habe sich gegen ihn verschworen."[155] Mit dem Hinweis, man könne nicht einerseits Freiheit von staatlicher Bevormundung verlangen, andererseits aber „als verdammte Pflicht und Schuldigkeit vom Staat fordern, bereitzustehen, wenn irgendwie mit Mitteln der Allgemeinheit eine Hilfe erwünscht erscheint"[156], drang Schlange-Schöningen ebensowenig durch wie mit der Befürchtung, die einseitige Politik der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen habe zu der beklagenswerten Isolierung dieses Berufsstandes geführt. „Hätte man sich, statt Tagespolitik und auf weite Sicht berechnete Wirtschaftspolitik in völliger Verkennung der Sachlage ständig durcheinander zu rühren, lieber auf praktische Aufgaben geworfen! Hätte man sich doch lieber stärker der kaufmännischen Organisation der Landwirtschaft zugewandt, die so sehr im argen liegt! Hätte man sich doch eingehender mit der Regulierung des Absatzes befaßt . . ."[157]

Diese Beschwörungen kamen schon zu spät. Zur Überwindung der unheilbar erscheinenden Gegensätze zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, die selbst bis ins Kabinett vorgedrungen waren, war der Ruf nach der Autorität eines „Staatsmannes", der „führend eingreifen" und den Streit zugunsten der gesamten Volkswirtschaft schlichten sollte, Ende 1932 unüberhörbar geworden[158].

Konfrontiert mit den Wünschen, Forderungen und gegenseitigen Kämpfen der Interessenvertretungen schien auf dem landwirtschaftlichen Sektor schließlich gar das Gefühl der Ausweglosigkeit und Ohnmacht bis in die Regierung vorgedrungen zu sein[159]. „Es gibt keinen Ansatzpunkt mehr für agrarpolitische Aktionen . . . Es gibt keine Möglichkeit mehr, durch staatliche Hilfe der Landwirtschaft . . . zu helfen – man muß die Dinge sich selber überlassen und sehen, was in ein paar

[155] H. Schlange-Schöningen, Acker und Arbeit, Oldenburg 1932, S. 59.

[156] Ebenda, S. 58.

[157] Ebenda, S. 56.

[158] In einem Brief des Landwirtschaftsausschusses der DNVP an den Reichskanzler v. 13. 12. 1932 hieß es in einer Anspielung auf den Gegensatz Warmbold–von Braun im Kabinett: „Die latenten und volkswirtschaftlich überaus gefährlichen Gegensätze zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen können nicht beseitigt werden im Ressortkampf der verschiedenen wirtschaftlichen Ministerien; hier muß der Staatsmann führend eingreifen." (BA-Koblenz, R 43 II/196).

[159] Vgl. den von tiefer Resignation zeugenden Brief des Landwirtschaftsministers von Braun an Reichskanzler von Schleicher v. 5. 1. 1933: „Wenn die einmal getroffene Vereinbarung von der Gegenseite [damit ist Wirtschaftsminister Warmbold gemeint!] nicht eingehalten werden und die Landwirtschaft nicht in die Lage versetzt wird, von den jetzigen Möglichkeiten eines Schutzes vor der Überflutung aus dem Auslande genügend Gebrauch zu machen, bin ich, Herr Reichskanzler, zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Verantwortung weiter zu tragen. Ich würde mich in dem Falle mitschuldig machen an einer Entwicklung, die ich klar vor mir sehe und die ins Unglück führen muß." (BA-Koblenz, R 43 II/192).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahren, vielleicht nach weiteren Zusammenbrüchen und schmerzlichen Verlusten, dabei herauskommt."[160]

Es ist verständlich, daß sich die landwirtschaftlichen Organisationen mit einer derartigen Haltung nicht zufriedengeben wollten. In der Forderung nach dem Rücktritt des Kabinetts Schleicher waren sich alle einig, wobei in der Agitation für Hitler der RLB, vorwärtsgeschoben durch seine nationalsozialistischen Mitglieder aus Darrés aA, an der Spitze marschierte. Noch eindeutiger als der Sturz der Regierung Brüning war die Entlassung des letzten Kanzlers der Weimarer Periode in erheblichem Maße auf den politischen Einfluß des RLB unter der Führung des Grafen Kalckreuth zurückzuführen. Wieder riefen Siedlungspläne der Regierung die ostelbischen Großgrundbesitzer gegen diesen „Agrarbolschewismus" auf den Plan[161]. Hinzu kam, daß eine parlamentarische Untersuchung der Osthilfe drohte, die weiten Kreisen des Großgrundbesitzes höchst unangenehm sein mußte. Auf diese Weise trafen sich die Interessen der Großagrarier mit den Absichten ihrer nationalsozialistischen Kollegen im RLB zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Regierung Schleicher. Am 11. Januar 1933 wurde auf einer Sitzung des Vorstandes des RLB eine Entschließung gefaßt, die in ihrer demagogischen Form an den Pressejargon der NSDAP erinnert[162]. Da in der am gleichen Tage zwischen Regierungsvertretern und RLB beim Reichspräsidenten stattfindenden Besprechung Hindenburg eindeutig die Partei seiner großagrarischen Freunde ergriff, suchte Schleicher sein Heil in einem schroffen Abbruch der Beziehungen zwischen Regierung und RLB[163]. Die Folge war ein weiteres deutliches Abrücken Hindenburgs von seinem Kanzler[164]. Der Bruch zwischen RLB und General von Schleicher schloß in seiner Weise Hitler das Tor zur Reichskanzlei auf.

---

[160] Diese Verlautbarung aus dem Reichslandwirtschaftsministerium um die Jahreswende 1932/33 findet sich bei E. Topf, Die Grüne Front, a. a. O., S. 226f.

[161] Der „Landbund Anhalt", Organ des Provinziallandbundes Sachsen-Anhalt, warf dem Reichskanzler am 7. 1. 1933 „Linkstendenzen" vor und blies zur „Generaloffensive gegen Schleicher–Warmbold", wobei die Heroisierung des interessenpolitischen Kampfes angesichts der allgemeinen Lage besonders peinlich wirkt: „Darum wird der RLB und jeder LB im Reiche jetzt nur noch Kampf kennen dürfen. Zum Kämpfen sind wir geboren. Im ewigen Kampf ist der Bauer hart und zäh geworden. Der deutsche Bauer wird, wenn er einig und geschlossen bleibt, den Kampf gewinnen!" (Presse-Archiv des RLB, Nr. 76/38, Bl. 113).

[162] Vgl. Schultheß' Europ. Geschichtskalender, 1933, S. 11f. Es war darin die Rede von „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten". Selbstverständlich reagierte der Reichsverband der dt. Industrie postwendend am 12. 1. 1933 auf diese „unerhörten und schwer verletzenden Angriffe" mit „größter Empörung" (ebenda, S. 12).

[163] Über die Vorgänge im einzelnen unterrichtet K. D. Bracher, a. a. O., S. 697f.

[164] RLB und Provinziallandbünde fanden nach dem Bruch mit Schleicher direkten Zugang zum Reichspräsidenten: vgl. d. Telegramm des Pomm. LB v. 12. 1. 1933 an Hindenburg: „Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, schützen Sie das Landvolk gegen ein versagendes Kabinett und ordnen Sie vorerst allgemein Vollstreckungsschutz an." Vgl. ebenfalls den Brief des RLB an Hindenburg v. 12. 1. 1933 (BA-Koblenz, R 43 II/192), sowie die Entschließung d. Hess. LB, die am 18. 1. 1933 an den Reichspräsidenten gesandt wurde (ebenda, R 43 II/196).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darré freilich, an dieser Politik des RLB nicht ganz unbeteiligt[165], mußte seine Ambitionen auf das Ernährungsministerium zunächst der legalen Machtergreifung seines Führers zuliebe zurückstellen[166]. Bei der Bildung der „Regierung der nationalen Konzentration" unter Führung Hitlers am 30. Januar 1933 konnte eine „Einrahmung" des neuen Reichskanzlers nicht vermieden werden. Dies bedeutete für Darré, daß er das erstrebte Amt dem deutschnationalen Parteiführer Alfred Hugenberg, der auch das Wirtschaftsministerium besetzte, überlassen mußte. Auf der Woge der nun einsetzenden „nationalen Revolution" und über den Umweg einer völligen Gleichschaltung der gesamten landwirtschaftlichen Berufsvertretung gelang es dem Leiter des aA der NSDAP aber schließlich doch, seinen Rivalen von der DNVP aus dem Felde zu schlagen. Als „Reichsbauernführer" übernahm R. Walther Darré am 30. Juni 1933 das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

VI

Obwohl sich die NSDAP erst relativ spät agrarpolitisch zu betätigen begann, erzielte sie in den entscheidenden Jahren 1930 bis 1933 gerade auf diesem Sektor besonders große Erfolge. Die Aktivierung der nationalsozialistischen Bauernpolitik war wesentlich das Werk R. Walther Darrés, der es als Leiter der neugeschaffenen Abteilung Landwirtschaft bei der Reichsleitung der NSDAP nicht nur verstand, seiner Partei eine eigene Bauernorganisation aufzubauen, sondern auch mit seinen Funktionärskadern wirksam in die deutsche Politik einzugreifen. Es gelang dem „agrarpolitischen Apparat" der NSDAP, in einem permanenten Propagandafeldzug das Ansehen und die Autorität des Weimarer Staates in der Landbevölkerung erheblich zu schwächen. Als Instrument der Agitation und Wahlpropaganda, als über das ganze Reich verzweigtes Nachrichtensystem der NSDAP und als Organisation Hitlers zur politischen Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Verbände hatte der aA bedeutende Erfolge zu verzeichnen, die nicht wenig zur nationalsozialistischen Machtergreifung beitrugen.

Vor den September-Wahlen 1930 waren die Überlegungen Darrés weitgehend von dem Vorhaben bestimmt, die Unruhe und Unzufriedenheit auf dem Lande auszunützen und der NSDAP neue Wählerstimmen zuzuführen. Außerdem wollte der neue Agrarexperte Hitlers die Schlagkraft seiner Partei in etwa zu erwartenden machtpolitisch-revolutionären Auseinandersetzungen verstärken. Nach dem Wahlerfolg der NSDAP vom September 1930, der in vorwiegend ländlichen Gegenden noch größer war als in den Städten, trat dieser letzte Gesichtspunkt in den Hinter-

[165] Vgl. den offenen Brief Darrés an den Reichskanzler vom 13. 1. 1933, NS-Landpost, Nr. 4 v. 22. 1. 1933. Zu den im ganzen undurchsichtigen Vorgängen, die zum Bruch Schleichers mit dem RLB geführt haben, vgl. auch die Darstellungen des nationalsozialistischen RLB-Präsidenten Willikens und des nationalsozialistischen RLB-Direktors von Sybel im VB (Süddt. Ausg.) v. 16. 1. 1933.

[166] Ebenso wie Hitler mit der Reichskanzlerschaft, so rechnete Darré schon nach dem Sturz Papens fest damit, zum Reichsernährungsminister berufen zu werden: „Der Führer . . . hatte mir offiziell mitgeteilt, daß er mich für diesen Posten in Aussicht genommen habe . . ." (Persönl. Sonderrundschr. Darrés an die LGF v. 20. 1. 1933, St.A. Goslar, ND Nr. 140).

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grund: Infiltration statt Zertrümmerung des landwirtschaftlichen Organisationswesens war nun die Parole.

Die bestehenden berufsständischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft waren nicht in der Lage, sich den gewandelten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der Endphase der Weimarer Republik anzupassen. Nicht nur daß sie untereinander gespalten und zerstritten waren, mit dem Reichslandbund war es gerade die größte und einflußreichste Berufsstandsorganisation, die in den alteingefahrenen Geleisen einer intrigenreichen oppositionellen Interessenpolitik fortfuhr und in Überschätzung der eigenen Stärke bei striktem Festhalten an überkommenem Wirtschaftsdenken und einmal bestehenden Organisationsformen die Tore für ein Eindringen der Nationalsozialisten weit öffnete. Nachdem man die Organisation immer mehr politischem Einfluß ausgeliefert hatte, mußte man sich den Vorwurf gefallen lassen, die vorgeschriebene parteipolitische Neutralität zu verletzen, wenn nicht der NSDAP ebenfalls eine personelle Repräsentanz zugebilligt werde. Dem zielstrebigen machtpolitischen Willen und den rigorosen politischen Kampfmethoden der Nationalsozialisten hatten führende Interessenvertreter der Bauern nur trügerische Selbstsicherheit, politische Naivität und illusionären Opportunismus entgegenzusetzen[187]. Hinzu kam eine gewisse ideologische Prädisposition gerade des Reichslandbundes für die Propagandathesen der NSDAP. Autarkiebestrebungen und Verherrlichung des Bauerntums, wie es in Darrés Blut- und-Boden-Ideologie geschah, waren seit langem Ziel politischer Bestrebungen dieses Bauernverbandes und seiner Anhänger.

Ende 1932, als die Agonie des Weimarer Staates ihren Höhepunkt erreichte, hatte der aA der NSDAP eine Wirkungskraft erlangt, die es ihm ermöglichte, aktiv in die entscheidenden politischen Geschehnisse einzugreifen. Die Haltung der landwirtschaftlichen Organisationen gegenüber den Regierungen Papen und Schleicher wurde weitgehend von Nationalsozialisten bestimmt. Ihr Ruf nach einem „führenden Staatsmann" fand um so leichter Gehör, als die Regierung sich als unfähig erwies, dem Chaos der sich gegenseitig um staatliche Subventionen und Unterstützung schlagenden Interessenvertretungen zu steuern. Es war nicht zuletzt der von Nationalsozialisten vorwärtsgetriebene Reichslandbund, der die Regierung Schleicher um jenen letzten Rest von Vertrauen beim Reichspräsidenten brachte, auf den allein sie sich stützte.

[187] Sicherlich wird man die „Grüne Front" nicht schlechthin als „Element der Zerstörung" (Bracher) bezeichnen können. Ohne Zweifel aber verfochten die einzelnen berufsständischen Organisationen getrennt ihre agrarpolitischen Ziele, und hier war es der RLB, der sich von Darré als „Element der Zerstörung" der Weimarer Republik mißbrauchen ließ. (Vgl. hierzu H. Beyer, Die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik, in Zs. f. Agrargeschichte und Agrarsoziologie 13 [1965], S. 65f.). Wie die Tatsache nicht geleugnet werden kann, daß die NSDAP in ländlichen Wählerkreisen 1930–33 größere Erfolge errungen hat als bei Städtern, so läßt sich die Unterstützung, die einige Spitzenfunktionäre im landwirtschaftlichen Organisationswesen Darré und dem Nationalsozialismus gewährten, nicht mit dem Hinweis auf deren Festhalten am Prinzip der ständischen Selbstverwaltung hinwegdiskutieren (ebenda, S. 67f.). Man lebte beim RLB in dem Wahn, den aA gleichschalten zu können, und mußte schließlich feststellen, daß es gerade umgekehrt war.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DALE C. THOMSON

DIE KANADISCHE POLITIK GEGENÜBER DEUTSCHLAND SEIT 1945*

Das Jahr 1945 bezeichnet für Deutschland wie für Kanada einen historischen Einschnitt. Brachte es Deutschland die totale militärische Niederlage und das vorübergehende Erlöschen des deutschen Staates, so präsentierte sich andererseits Kanada damals zum ersten Male mit einer eigenen Außenpolitik auf der internationalen Bühne. Die beiden Vorgänge waren nicht ohne Zusammenhang. Kanada hatte zur deutschen Niederlage beigetragen und durch seinen Beitrag einen Platz im Kreise der Mächte gewonnen. So kann man sagen, daß das deutsche und das kanadische Volk, was ihre internationalen Beziehungen angeht, als Feinde begonnen haben und seither Freunde und Verbündete geworden sind. Dies ist der Rahmen, in dem die kanadische Deutschlandpolitik seit 1945 untersucht werden soll.

Kanada und Deutschland vor 1945

Kanada besaß vor 1945 gewiß noch keine erkennbar eigenständige Außenpolitik, doch hat sich das Land schon fast seit der Vereinigung in der auf eine solche Eigenständigkeit hinführenden Richtung bewegt. Unter den Bestimmungen der „British North America Act" von 1867, die die Basis der kanadischen Verfassung darstellt, behielt Großbritannien die Kontrolle über die auswärtigen Beziehungen Kanadas, aber schon 1874 beanspruchte die kanadische Regierung das Recht auf direkte Verhandlungen mit anderen Nationen, wenn rein kanadische Interessen auf dem Spiele standen. Daraus entwickelte sich eine Praxis, derzufolge die Kanadier tatsächlich mit den Repräsentanten anderer Nationen verhandelten, während die britischen Behörden eine gewisse Aufsicht über die Verhandlungen ausübten und den getroffenen Vereinbarungen die rechtliche Sanktionierung gaben. Wie begrenzt die kanadische Souveränität jedoch 1914 noch war, geht daraus hervor, daß die britische Kriegserklärung an Deutschland automatisch zum Eintritt Kanadas in den Ersten Weltkrieg führte, ohne daß die Kanadier konsultiert worden wären oder selber einen Beschluß gefaßt hätten. Kanadas Beitrag zum Sieg der Alliierten brachte einen Sitz auf der Pariser Friedenskonferenz ein, jedoch nur im Rahmen der Delegation des Britischen Empire, da einige Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, glaubten, daß Kanada und die übrigen Dominions ohnehin mit den Briten stimmen würden und man also lediglich die Zahl der britischen Stimmen am Konferenztisch vermehre, wenn man ihnen eine eigene Repräsentanz zugestehe. Der kanadische Premierminister hat zwar den Versailler Vertrag unterzeichnet, aber im Namen Kanadas als eines Teils des Britischen Empire und ohne tatsächlichen

* Der Autor dankt Herrn Ottfried von Finckenstein, Ottawa, für die Erlaubnis, dessen 1964 bei der Carleton University in Ottawa eingereichte M. A.-Thesis „Canada and the German Question 1945–1955" benutzen zu dürfen, die wertvolle Informationen über die deutsch-kanadischen Beziehungen seit 1945 enthält. Die Übersetzung des Aufsatzes besorgte Hermann Graml, Institut für Zeitgeschichte München.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einfluß auf den Inhalt des Vertrags gehabt zu haben. Bedeutungsvoller für die Entwicklung zu internationalem Status war, daß Kanada Gründungsmitglied des Völkerbunds wurde. An dieser Anerkennung des Ranges ihres Landes waren die Kanadier, die sich der beruhigenden Illusion hingaben, das „deutsche Problem" sei ein für allemal gelöst und der Völkerbund werde weitere europäische Kriege verhindern, viel mehr interessiert als an den Einzelheiten der Deutschland betreffenden Regelung.

Zwischen den beiden Weltkriegen verfolgte Kanada eine isolationistische Politik und ging, gestützt auf die neugewonnene Souveränität, der Verwicklung in internationale Auseinandersetzungen lieber aus dem Wege als zu ihrer Lösung beizutragen. So desavouierte die kanadische Regierung ihren eigenen Delegierten beim Völkerbund, als er 1935 für wirtschaftliche Sanktionen gegen Italien eintrat, und wenn Premierminister Mackenzie King – in einem Gespräch, das in Berlin stattfand – Hitler auch warnte, Kanada werde sich gegen eine deutsche Aggression seinen Alliierten aus dem Ersten Weltkrieg anschließen, so charakterisierte er den deutschen Kanzler privat doch als „eine Art simplen Bauern", der nicht sehr intelligent und niemand ernstlich gefährlich sei[1]. Noch am 8. August 1939, als der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schon fast gewiß schien, erklärte Mackenzie King, daß er nicht sagen wolle, was Kanada „hinsichtlich einer Situation" tun werde, „die sich irgendwann in der Zukunft und unter Umständen, von denen wir nichts wissen, ergeben mag"[2]. Sein Beitrag zu den in letzter Minute unternommenen Anstrengungen, den Konflikt doch noch zu vermeiden, bestand vornehmlich in Telegrammen an Polen, Italien und Deutschland, in denen er eine friedliche Lösung „der wichtigen Probleme dieser Zeit" forderte[3]. Kanada unterhielt damals noch keine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland; die deutsche Antwort war am 1. September 1939 der Einfall in Polen. In Übereinstimmung mit einem der kanadischen Bevölkerung früher gegebenen Versprechen, daß im Falle eines drohenden Krieges die Entscheidung beim Parlament liegen solle, berief Mackenzie King die Abgeordneten für den 7. September zu einer Sondersitzung ein. Nach kurzer Debatte wurde die Kriegserklärung ohne formelle Abstimmung gebilligt, und am 10. September trat Kanada in den Zweiten Weltkrieg ein, nicht mehr, wie 1914, durch einen entsprechenden Akt der britischen Regierung automatisch dazu verpflichtet, sondern erst nach ausdrücklicher Bekräftigung seines Rechts als souveräner Staat, diesen historischen Schritt selbst zu tun. Zwei andere Dominions, die weniger von nationalem Stolz erfüllt waren, nämlich Australien und Neuseeland, hielten dafür, daß die Kriegserklärung Großbritanniens genüge, um sie ebenfalls in Kriegszustand zu versetzen.

Mit dem Zweiten Weltkrieg hat sich Kanadas Einstellung zu internationalen Angelegenheiten grundlegend gewandelt. Daß der Eintritt in den Konflikt diesmal auf einem freien eigenen Entschluß beruhte, bedeutete vermutlich eine festere Ver-

[1] B. Hutchison, The Incredible Canadian, Toronto 1953, S. 226.
[2] Zit. bei G. Glazebrook, A History of Canada's External Relations, Toronto 1950, S. 416.
[3] Ebenda, S. 417.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pflichtung; jedenfalls wurde dieses Argument mit Erfolg gegen isolationistische Elemente in Quebec benützt. Obwohl die öffentliche Meinung in Quebec eine Aushebung für den Militärdienst in Übersee bis zum Dezember 1944 unmöglich machte – und selbst dann waren nur 15 000 Mann betroffen –, zeigte Kanada eine eindrucksvolle Kriegsanstrengung. Von einer 1941 rund 11,5 Millionen zählenden Gesamtbevölkerung zogen 750 000 Männer und Frauen Uniform an, zur Produktion von Kriegsmaterial wurde eine riesige Industrie geschaffen, und Kanada lieferte den Alliierten, einschließlich der UdSSR, Güter im Werte von 3,5 Milliarden Dollar. Das Land ging aus dem Konflikt als eine Macht mittleren Ranges hervor, die wegen ihres Beitrags zum alliierten Sieg respektiert wurde. Außerdem hatte Kanada seine isolationistischen Tendenzen abgestreift und war nun bereit, nicht allein das Prestige, sondern auch die Verantwortlichkeiten nationaler Souveränität zu übernehmen. Am Tage des Sieges basierte Kanadas Außenpolitik auf der Erkenntnis, daß „praktisch alles in der internationalen Politik auch für Kanada von Interesse war"[4] und daß sich das Land an Schaffung und Bewahrung des Weltfriedens beteiligen müsse. Solcherart war, indirekt, Hitlers Beitrag zur Entwicklung des kanadischen Staatsbewußtseins.

Kanada als Besatzungsmacht

Da den Kanadiern die Konsequenzen einer Politik, an deren Festlegung zwischen den beiden Weltkriegen sie keinen Anteil gehabt hatten, teuer zu stehen gekommen waren, strebten sie jetzt danach, bei den Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands gehört zu werden. Jedoch waren die Großmächte, vornehmlich auf Drängen Marschall Stalins, schon 1943 übereingekommen, die Kontrolle Deutschlands in ihren eigenen Händen zu behalten. Wie 1918 die Amerikaner, konnten sich nun die sowjetischen Führer nicht vorstellen, daß die Mitglieder des Commonwealth je eine andere Meinung als das Vereinigte Königreich vertreten könnten. Wann immer die Briten die Frage einer eigenen Vertretung der Dominions aufwarfen, konterten die Sowjets mit der Forderung, daß dann auch Repräsentanten der verschiedenen Sowjetrepubliken zugelassen werden müßten. Die Amerikaner scheuten eine solche Möglichkeit und übten auf die Briten Druck aus, Kanada und andere kleinere Mächte auszuschließen. Die Grundlinien einer gemeinsamen Politik sind von den Großmächten im Februar 1945 in Jalta, die Einzelheiten im Sommer 1945 in Potsdam ausgearbeitet worden. Kanada wurde von London über die auf jenen Konferenzen getroffenen Entscheidungen in großen Zügen informiert, und schon 1943 arbeiteten Kanadier gemeinsam mit britischen Kollegen an einem Plan für die Besetzung deutschen Territoriums. Nach einer im Januar 1945 erreichten Vereinbarung sollten sich 25 000 Mann kanadischer Truppen „an Okkupationspflichten während der Übergangsperiode zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten und dem Beginn der eigentlichen Okkupation" beteiligen[5]. Diese

[4] R. A. Spencer, Canada in World Affairs 1946–1949, Toronto 1959, S. 2.

[5] C. P. Stacey, The Victory Campaign, Official History of the Canadian Army in the Second World War, Bd. III, Ottawa 1960, S. 620.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Okkupationspflichten" sollten innerhalb der vorgesehenen britischen Besatzungszone wahrgenommen werden und auf ein Jahr begrenzt sein. Die zeitliche Begrenzung war von den kanadischen Stellen eingefügt worden, die sich nicht über die Dauer der Übergangsperiode hinaus binden wollten, wenn ihnen keine eigene Besatzungszone und kein direkter Einfluß auf die Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands eingeräumt wurde. Im April 1945 überschritt die kanadische Armee die deutsch-holländische Grenze, und am 5. Mai kapitulierten die deutschen Streitkräfte in Nordwestdeutschland und Holland bedingungslos vor dem Kommandierenden General des I. Kanadischen Korps, Generalleutnant Foulkes. Drei Tage später kapitulierte auch die deutsche Regierung bedingungslos, und im Juli 1945 trat die kanadische Okkupationsarmee im Gebiet von Emden und Wilhelmshaven, einschließlich eines großen Teils des Landes Oldenburg, ihren Dienst an. Die entscheidende Befehlsgewalt in diesem Raum blieb jedoch in britischen Händen.

Nach kanadischer Ansicht ließ der Beschluß der Großmächte, die Kontrolle Deutschlands für sich zu reservieren, eine allgemeine Haltung in den internationalen Beziehungen erkennen, die für die Zukunft nichts Gutes versprach. Im Mai 1945 hatten sie auf der Konferenz von San Francisco ein Vetorecht im Sicherheitsrat der neuen Organisation der Vereinten Nationen gefordert. Als die kanadischen Delegierten auf jener Konferenz einwandten, ein Veto der Großmächte stelle einen Rückschritt dar und sei mit den Gedanken der nationalen Souveränität und der gemeinsamen Verantwortung unvereinbar, erklärten ihnen die Briten und Amerikaner, das Veto sei eine Bedingung, die als Preis für die sowjetische Kooperation akzeptiert werden müsse. Die Kanadier blieben skeptisch, und Louis St. Laurent, der kanadische Justizminister, bemerkte recht bitter, die UN seien nur ein Spielzeug, das die Großmächte den kleinen Nationen in die Hand gäben, während sie selber ihre privilegierte Stellung und ihre Aktionsfreiheit zur Verfolgung ihrer eigenen nationalen Ziele behielten. Als London Kanada drängte, seine Besatzungsarmee über die Einjahresgrenze hinaus in Deutschland zu belassen, sagte man sich in Ottawa, daß man aufgefordert werde, eine schwere finanzielle und militärische Bürde mitzutragen, und so britische Truppen für andere Zwecke freisetze, z. B. für die Wiederherstellung der Kontrolle innerhalb des Empire durch die Unterdrückung nationaler Bewegungen in Indien und anderen Reichsteilen. Unter diesen Umständen beschloß die kanadische Regierung im Dezember 1945, die kanadischen Besatzungstruppen bis zum Herbst 1946 abzuziehen[6]. Am 15. Mai 1946 wurde den britischen Behörden auch die örtliche Befehlsgewalt im Gebiet von Emden und Wilhelmshaven übergeben. Nach diesem Datum beschränkte sich die kanadische Präsenz in Deutschland auf eine Militärmission in Berlin, die bei der Militärregierung der Großmächte akkreditiert war.

Der Entschluß der kanadischen Regierung, die kanadischen Truppen aus Deutschland zurückzuziehen, begegnete in Kanada selbst einiger Kritik, vor allem seitens der ausgesprochen probritischen Fortschrittlich-Konservativen Partei, die im Parla-

[6] Ebenda, S. 622.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment die offizielle Opposition darstellte. So behauptete ihr außenpolitischer Sprecher, Gordon Graydon, der Abzug schwäche Kanadas Einfluß, „was die volle Beteiligung an der Friedensregelung betrifft"[7]. In seiner Antwort bemerkte St. Laurent, nun Außenminister, da Kanada nie Anteil an der politischen Kontrolle Deutschlands gehabt habe, sei die Anwesenheit oder Abwesenheit kanadischer Truppen ohne Bedeutung. „Die Besatzungsarmee in Deutschland wurde abgezogen, weil man uns übergangen hat", erklärte er in indigniertem Tone. „Die Großmächte haben uns mitgeteilt, daß es drei Zonen geben werde, daß eine vierte geschaffen werde, wenn Frankreich eine wünsche, daß es weitere Zonen aber nicht geben werde, und daß die Befehlshaber der Zonen die Regierung Deutschlands bilden würden."[8] Anwesende Journalisten berichteten, St. Laurent habe nicht den Ausdruck „übergangen", sondern „hinausgeworfen" gebraucht. Ob nun seine Formulierung für das amtliche Protokoll gemildert wurde oder nicht, der Ausdruck „hinausgeworfen" gab jedenfalls die Empfindungen St. Laurents in dieser Frage richtig wieder, zumindest hinsichtlich der politischen Aspekte der Besetzung.

Kanadische Vorschläge für ein Deutschland-Statut

So wie sie die militärische und politische Kontrolle des geschlagenen Deutschland in ihren Händen behielten, so beschlossen die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in Potsdam auch, die Friedensregelung zu monopolisieren. Nach der deutschen Kapitulation wurden die Außenminister der Großmächte angewiesen, Vorstudien anzustellen, und im Laufe der nächsten zweieinhalb Jahre trafen sie mehrmals in verschiedenen Hauptstädten zusammen. Dabei nahmen die Großmächte für sich in Anspruch, im Namen aller Alliierten zu handeln, doch ist diese Behauptung von Kanada und anderen Staaten angefochten worden. St. Laurent erinnerte daran, daß am 1. Januar 1942 fünfundzwanzig Nationen in Washington eine Erklärung unterschrieben hatten, mit der sie die Atlantik-Charta billigten und sich verpflichteten, „mit den Feinden keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen"[9]. „Jene Abmachung . . .", so stellte er fest, „implizierte die Bedingung, daß kein Frieden geschlossen wird, der nicht zwischen denen, die ihn schließen wollen, vorher diskutiert worden ist, um zu sehen, ob sie nicht einen gemeinsamen Frieden zustande bringen können."

Es zeigte sich, daß die Außenminister über Bulgarien, Finnland, Ungarn, Italien und Rumänien leichter eine Übereinstimmung erzielten als in der Deutschlandfrage, und es gelang ihnen, für jene Länder fünf Verträge auszuarbeiten, die einer vom 29. Juli bis zum 15. Oktober 1946 in Paris tagenden Friedenskonferenz von 21 Staaten, darunter auch Kanada, vorgelegt wurden. Die Konferenz war nicht befugt, die Vertragsentwürfe zu ändern, sie konnte den Außenministern der Großmächte lediglich Empfehlungen unterbreiten. Kanada war mit diesem Verfahren unzufrieden, und Brooke Claxton, einer der beiden Minister, die an der Konferenz

[7] Canadian House of Commons Debates (künftig zit. als: Debates), 3. März 1947, S. 941.
[8] Ebenda, S. 975.
[9] Ebenda, S. 967.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilnahmen, faßte die kanadische Reaktion auf sie folgendermaßen zusammen: „Die Pariser Konferenz diente als Generalprobe, um zahlreiche Fehler aufzuzeigen, die beim Abschluß des viel wichtigeren Friedens mit Deutschland vermieden werden müssen."[10]

Kanadas Hoffnungen, an den Vorarbeiten für eine Regelung der deutschen Probleme stärker beteiligt zu werden, sollten sich jedoch nicht erfüllen. Ende 1946 beschlossen die Großmächte, in London eine Konferenz von Sonderbeauftragten ihrer Außenminister abzuhalten und die siebzehn kleineren Staaten einzuladen, ihre Auffassungen schriftlich vorzulegen. Die kanadische Regierung erhielt die Einladung am 4. Januar 1947, nur zehn Tage vor dem Termin, der ihr für die Übermittlung ihrer Ansichten genannt wurde. In der Note hieß es, die kanadischen Vorschläge müßten schriftlich gemacht werden, andererseits wurde jedoch hinzugefügt, daß der kanadischen Regierung „natürlich, wenn dies gewünscht wird, jede Gelegenheit" gegeben werde, „ihre schriftlichen Mitteilungen durch mündlichen Vortrag zu ergänzen"[11]. Die Sonderbeauftragten hatten diese Mitteilungen lediglich zu prüfen und einem Treffen der Außenminister zu unterbreiten, das für den März 1947 in Moskau vorgesehen war. Kanada antwortete am 14. Januar 1947 mit einem Protest gegen die ganze Prozedur und mit dem Antrag, der „Rat der Außenminister möge angemessene Vorsorge treffen für die ständige Beteiligung Kanadas, als eines aktiven Teilnehmers an zwei Kriegen gegen Deutschland, an der Vorbereitung des deutschen Vertrags"[12]. Außerdem machte Ottawa den konkreteren Vorschlag, Kanada und „andere interessierte Alliierte" sollten den Sonderbeauftragten beigeordnet werden und „in den Diskussionen über Verfahrensfragen wie über materielle Fragen im Zusammenhang mit dem deutschen Vertrag eine gleichberechtigte Rolle spielen . . ., ferner beim Entwurf jener Teile der Regelung, von denen sie am unmittelbarsten berührt sind, assistierend mitwirken dürfen"[13]. Protest und Gegenvorschlag blieben unbeantwortet, und der kanadische Hochkommissar in London, Norman Robertson, wurde lediglich gefragt, ob er der Konferenz die Vorstellungen seines Landes am 25. Januar übermitteln könne. Robertson war nicht einmal in der Lage, die Zusicherung zu erhalten, daß ein kanadisches Memorandum mit ihm erörtert werden würde.

Trotz ihrer Verärgerung und Enttäuschung hat die kanadische Regierung den Sonderbeauftragten am 30. Januar 1947 doch noch einen Schriftsatz unterbreitet, aber angesichts der kurzen Zeit, die ihr für die Vorbereitung des Dokuments zur Verfügung gestanden hatte, und auf Grund ihrer Ablehnung des gewählten Verfahrens betonte sie, daß sie lediglich „gewisse vorläufige Ansichten über die Prinzipien, die . . . der deutschen Friedensregelung zu Grunde liegen sollen", darlege und sich ihre Haltung gegenüber allen weiteren Entwicklungen vorbehalte. Wie

[10] „Canada at the Peace Conference", International Journal (Toronto), Frühjahr 1947, S. 130.

[11] Debates, 7. März 1947, S. 1370.

[12] Ebenda, S. 1375.

[13] Ebenda, S. 1376.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich dann herausstellte, gab es gar keine „weiteren Entwicklungen", da sich die Großmächte über das Schicksal Deutschlands nicht einigen konnten und ihre Verhandlungen über diese Frage Ende 1947 auf unbestimmte Zeit vertagten. Infolgedessen bleiben die von Robertson übermittelten „vorläufigen Ansichten" – die „Kanadische Vorlage zur deutschen Friedensregelung" überschrieben waren[14] – das einzige amtliche kanadische Dokument, in dem Kanadas Vorstellungen von der Beschaffenheit und der Position Nachkriegsdeutschlands umrissen sind.

Zunächst wiederholte die kanadische Regierung ihren Anspruch auf „eine Gelegenheit, zu den Friedensverhandlungen auf der gleichen Basis ehrenhafter Partnerschaft beizutragen, die auch seinen [Kanadas] Beitrag zum Kriege charakterisierte", um dann darauf zu dringen, daß „bei der Aushandlung einer Regelung das Wohl Europas und der Welt als Ganzes im Vordergrund der Überlegungen" stehen müsse, „nicht allein die Stellung Deutschlands oder sein Verhältnis zu irgendeinem seiner Nachbarn". In diesem Zusammenhang wurde in dem Dokument festgestellt: „Das politische und wirtschaftliche Leben Europas sollte in einer Weise aufgebaut werden, daß das deutsche Volk schließlich wieder einen friedlichen und konstruktiven Platz in der europäischen und Weltgemeinschaft einnehmen kann, ohne die Macht oder den Wunsch, eine Bedrohung für seine Nachbarn zu werden." Kanada wies auf die „politischen und psychologischen Mängel des 1919 in Versailles angewandten Verfahrens" hin und meinte, daß „es unklug sein könnte, eine deutsche Nachfolgeregierung, die schwach gehalten werden muß, mit der schrecklichen Verantwortung [für einen Vertrag] zu belasten, der . . . bei der Bevölkerung Deutschlands notwendigerweise unpopulär und unwillkommen sein wird". Statt einen Friedensvertrag auszuarbeiten und diesen einer deutschen Regierung, nachdem eine solche gebildet worden sei, aufzuzwingen, empfahl die kanadische Vorlage „ein internationales Statut, das einen neuen deutschen Staat konstituiert und die Beziehungen dieses Staates zu seinen Nachbarn und anderen Teilen der Welt solange regelt, bis es durch einen dauerhaften Vertrag abgelöst werden kann". Ein derartiges internationales Statut, so wurde vorgeschlagen, solle Bestandteil des Völkerrechts sein und Deutschland den Vereinten Nationen unterstellen. Das Statut könne, sobald es die Umstände erlaubten, von einer deutschen Regierung akzeptiert oder aber in einen Vertrag umgewandelt werden, ein Schritt, der Deutschland unter der Überwachung der Vereinten Nationen belassen würde. Statt die fast unmögliche Aufgabe in Angriff zu nehmen, zwischen allen interessierten Parteien Übereinstimmung über die Zukunft Deutschlands zu erzielen, bzw. statt Deutschland, selbst wenn das möglich wäre, in eine Zwangsjacke zu stecken, die bald nicht mehr passen würde, so argumentierten die Kanadier, würde die Schaffung eines internationalen Statuts einen „Friedensschluß in Raten" erlauben und „einzelne Abschnitte des neuen Regimes für Deutschland in Kraft setzen, je nachdem man sich über sie geeinigt hat".

Die kanadische Regierung formulierte auch ihre Vorstellungen von der inneren

[14] „Canadian Submission on the German Peace Settlement", International Journal (Toronto), Frühjahr 1947, S. 136ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Struktur des künftigen deutschen Staates, und diese Vorstellungen reflektierten die politische Erfahrung Kanadas. Die Kanadier hatten eine kräftige Abneigung gegen hochzentralisierte Regierungsformen, teils weil sie stets um ihre Autonomie im Rahmen des Britischen Empire besorgt waren, teils weil politische Notwendigkeit sie dazu gebracht hatte, innerhalb ihrer eigenen Grenzen aus dem Föderalismus eine Tugend zu machen. Einem Volk wie dem deutschen, das „gemeinsame nationale Traditionen" besitze und auf „eine Geschichte des nationalen Zusammenschlusses" zurückblicke, müsse, so stellte die kanadische Vorlage fest, die Existenz in einem einzigen Staat gestattet sein, wenn es dies wünsche. Andererseits aber hätten die Deutschen gezeigt, daß sie nicht über „genügend Erfahrung in demokratischer Selbstregierung" verfügten, um zu verhindern, „daß ein zentralisierter Staat zum Instrument von Despotismus und bewaffneter Aggression wird"; aus diesem Grunde solle der neue deutsche Staat föderalistischen und nicht unitarischen Charakter haben. In Widerspruch zu ihrer eigenen Verfassung schlugen die Kanadier ein weitgehend dezentralisiertes föderalistisches System vor, in dem der Zentralregierung „lediglich die zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Dienste erforderlichen Zuständigkeiten" belassen und die finanziellen wie militärischen Befugnisse so beschnitten werden sollten, daß „es dem neugebildeten deutschen Staat rechtlich unmöglich gemacht wird, sich die Mittel für eine Kriegführung zu schaffen"; alle übrigen Kompetenzen müßten bei den Gliedstaaten verbleiben, die außerdem zu direkten wirtschaftlichen Verflechtungen mit den benachbarten Teilen Europas ermuntert werden sollten. Eine neue deutsche Verfassung müsse die Herrschaft von Recht und Gesetz sichern, die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative, die scharfe Überwachung der Polizei und eine starke und unabhängige Richterschaft; die Verfassung solle während der ersten zehn Jahre nur mit Zustimmung der Vereinten Nationen geändert werden dürfen.

Im Hinblick auf die Grenzen Deutschlands sprach die kanadische Regierung die Warnung aus, daß die Stabilität einer Friedensregelung gefährdet werde, wenn eine größere Anzahl Deutscher aus dem deutschen Staat ausgeschlossen bliebe; und sie unterstrich, daß die Grenzen des neuen Deutschland „so weit wie nur irgend möglich auf ethnischer Basis" gezogen werden sollten. Alle Minderheiten, die geschaffen würden, müßten des Schutzes der Vereinten Nationen versichert werden. Österreich solle wieder ein selbständiger Staat werden.

Die kanadische Vorlage beschäftigte sich auch recht eingehend mit der deutschen Wirtschaft, und in diesen Abschnitten war Kanadas Eigeninteresse vielleicht am deutlichsten sichtbar. Die kanadische Wirtschaft, so hieß es in dem Dokument, sei „in nicht geringem Maße" vom internationalen Handel abhängig, und Kanada sei daher am Stand der Prosperität aller großen Weltmächte, einschließlich Europas, unmittelbar interessiert. Zwar wolle Kanada die deutsche Wirtschaft nicht so weit gestärkt sehen, daß die Deutschen wieder aggressive Kriege führen könnten, wünsche aber andererseits auch nicht die Verewigung eines Zustandes wirtschaftlicher Depression und Unruhe, der die wirtschaftliche und politische Stabilität ganz Europas stören müsse. In der Überzeugung, daß allein die europäische Integration

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jene Probleme lösen werde, die den alten Kontinent seit dem Aufstieg des Nationalismus belastet hatten, drang die kanadische Regierung auf die frühzeitige Errichtung einer „Wirtschaftskommission für Europa", die, von anderen Dingen abgesehen, dazu dienen könne, die deutsche Industrie in ein allgemeines europäisches Wirtschaftssystem zu integrieren und Berichtigungen des Stands der industriellen Aktivität Deutschlands zu genehmigen. Als zusätzliche Sicherungsmaßnahme gegen eine deutsche Aggression wurde vorgeschlagen, den Komplex der Ruhrindustrie der Kontrolle einer internationalen Behörde zu unterstellen, die sich aus Repräsentanten aller am Handel mit Deutschland stärker interessierten alliierten Staaten zusammensetzen solle – unter ihnen vermutlich auch Kanada. Die internationale Behörde würde jenes Bündnis zwischen Regierung und Industrie verhindern, das Hitler in die Lage versetzt habe, den Zweiten Weltkrieg vorzubereiten, und außerdem sicherstellen, daß die deutsche Wirtschaft zur Wohlfahrt ganz Europas beitrage. Was die Frage deutscher Reparationen anging, so war die kanadische Regierung besorgt, die bestehenden Vereinbarungen zwischen den Großmächten würden Deutschland in ein „Zentrum der wirtschaftlichen Depression Europas" verwandeln, und so forderte sie die Überprüfung dieser Vereinbarungen, ferner den baldigen Abschluß der Reparationslieferungen, damit sich die Deutschen ein Bild machen könnten, welche industrielle Kapazität ihnen belassen werde.

Schließlich sprach sich die kanadische Regierung noch für die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands aus, für ein Verbot der Herstellung und des Besitzes von Waffen, die zur Massenvernichtung verwendet werden könnten, ja, sogar für ein Verbot der zur Herstellung solcher Waffen notwendigen Forschung. Deutschland sollten lediglich die zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit erforderlichen Polizeikräfte verbleiben. Die äußere Sicherheit werde durch die Charta der Vereinten Nationen gewährleistet. Der Friedensvertrag oder das internationale Statut, dem Deutschland unterstellt werde, müsse die Maßnahmen spezifizieren, die bei einer Verletzung der Deutschlands Entwaffnung regelnden Bestimmungen zu ergreifen seien.

Abschließend betonte die kanadische Regierung zwei Gedanken, die ihrer ganzen Haltung gegenüber Deutschland damals zugrunde lagen. Zunächst stellte sie fest, daß Frieden und Prosperität der Welt unteilbar seien und daß die Lösung des deutschen Problems lediglich Teil eines größeren Problems, nämlich der Verhinderung jeglicher Aggression, sei. Zweitens, so sagte sie, erfordere die Regelung des deutschen Problems und anderer Weltprobleme auf lange Sicht den Ausbau der Vereinten Nationen zu „einem wirksamen Instrument der Friedenssicherung"; das bedeute eine gewisse Abtretung nationaler Souveränität seitens aller Völker und endlich die Errichtung einer Weltregierung.

Ein Blick auf die „Kanadische Vorlage zur deutschen Friedensregelung" ist heute vor allem geeignet, den Gegensatz zwischen der kanadischen Außenpolitik vor und nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdeutlichen und auf die Bereitwilligkeit – fast möchte man von Eifer sprechen – aufmerksam zu machen, mit der die kanadische Regierung ihre Verantwortlichkeiten als neues Mitglied der internationalen Gemein-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft übernahm. Es verdient, festgehalten zu werden, daß die kanadische Öffentlichkeit als Ganzes fest hinter der Politik ihrer Regierung gestanden zu haben scheint. Als am 3. März 1947 die Frage der kanadischen Beteiligung an der deutschen Friedensregelung im Unterhaus diskutiert wurde, brachten Vertreter aller vier Parteien ihre Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß ein Land wie Kanada, das im Kriege Erhebliches geleistet habe, bei den Friedensgesprächen an den Rand verwiesen werden solle. In den Leitartikeln der Presse fanden ähnliche Auffassungen ihren Niederschlag. Jedoch erhielt Kanada keine Gelegenheit, die den Sonderbeauftragten in der „Vorlage" unterbreiteten Ansichten mündlich oder in anderer Form zu erläutern. Während der Moskauer Außenministerkonferenz im März und April 1947 hat die Sowjetunion ihren Widerstand gegen die Teilnahme kleinerer Nationen an den Friedensverhandlungen aufrechterhalten. Zu dieser Zeit hatten sich zwischen der UdSSR einerseits und den Vereinigten Staaten und Großbritannien andererseits bereits sehr viel ernstere Differenzen ergeben, und so wurde die Angelegenheit fallengelassen. Im November und Dezember 1947 trafen sich – in London – die Außenminister der Großmächte abermals, um über die Deutschlandfrage zu verhandeln, und dieses Treffen machte dem Stillstand ein Ende. Von nun an förderten die Westmächte den Zusammenschluß der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone zu einer Einheit. Kanada aber blieb von einer unmittelbaren Beteiligung an den Beschlüssen über die Zukunft Deutschlands weiterhin ausgeschlossen.

Der kalte Krieg

Die nächste Phase der kanadisch-deutschen Beziehungen muß im Zusammenhang mit dem kalten Krieg und vor allem dem Entschluß zur Schaffung eines Atlantischen Sicherheitspakts gesehen werden. Nachdem es der kanadischen Regierung nicht gelungen war, bei der Entscheidung über die Zukunft Deutschlands gehört zu werden, hat sie offenbar das Argument akzeptiert, dieses Problem sei Sache der Großmächte. Je mehr sich die internationale Lage verschlechterte, um so geringer wurde die Lust der Kanadier, eine Rolle zu spielen, wie sie von ihnen im Januar 1947 beansprucht worden war. St. Laurent bemerkte zu jenen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Ländern, die dem galten, was er „eine semi-permanente Lösung" für Westdeutschland nannte, Kanada sei laufend informiert worden, habe aber nicht auf seiner Teilnahme bestanden, „denn hätten wir das getan, so wäre es ein Grund gewesen, noch viele andere Länder heranzuziehen, was den Fortschritt hindern oder aufhalten könnte, der bei dem Versuch gemacht wird, dieser Zone eine Art Ordnung und Reorganisation zu geben"[15]. Jedoch wiederholte er die Forderung, daß „beim Abschluß des endgültigen Friedens mit Deutschland jenen Mächten, die am siegreichen Ende des Krieges erheblichen Anteil hatten, eine Rolle zugestanden werden muß, die ihrer Bedeutung während des Konflikts entspricht". Einige Wochen

[15] Debates, 5. Mai 1948, S. 3632.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

später erklärte L. B. Pearson, der Staatssekretär im Außenministerium, dem Ständigen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, die Situation in Europa habe sich „während des letzten Jahres grundlegend geändert, und gewisse Gedanken, die von Wert hätten sein können, wenn man sie auf ein vereinigtes Deutschland angewandt hätte, werden in der Anwendung auf ein Westdeutschland vielleicht modifiziert werden müssen"[16]. Die kanadische Regierung habe, so stellte er fest, keine „formellen Auffassungen" über die Organisation der drei Zonen Deutschlands vorgelegt. Als im März 1948 der Alliierte Kontrollrat in Berlin nach einem offenen Bruch seine Tätigkeit einstellte und die Russen die Verbindungswege nach Berlin – auf der Erde – blockierten, sondierte Großbritannien beim kanadischen Hochkommissar in London, ob Kanada bereit sei, Transportflugzeuge und Trockennahrung zur Verfügung zu stellen, um den Bedarf der belagerten Bevölkerung zu decken. Premierminister Mackenzie King, der auf seine alten Tage zu seiner Vorkriegspolitik der minimalen Verpflichtungen zurückgekehrt war, lehnte das Ansuchen mit der Begründung ab, Kanada sei nicht verpflichtet, in einer Krise zu intervenieren, mit deren Entstehung es nichts zu tun gehabt habe[17]. Er erkannte sehr wohl, daß Kanada in den Konflikt hineingezogen werden mußte, sollte ein Krieg ausbrechen, was er mehr und mehr für wahrscheinlich hielt, wenn die Westmächte in Berlin nicht nachgeben sollten, doch war er nicht bereit, schon vorher zu handeln. St. Laurent und Pearson, also der Außenminister und sein Staatssekretär, waren weniger zurückhaltend, da sie glaubten, ein formelles Ersuchen Großbritanniens um Hilfe für Berlin könne kaum abgelehnt werden, erst recht dann nicht, wenn es von den Vereinigten Staaten unterstützt werde. Auch waren sie überzeugt, eine Demonstration westlicher Solidarität – gedeckt von einer wirksamen militärischen Abschreckung – sei das sicherste Mittel, den Krieg zu verhindern.

Kanadas Politik hatte aber, im Hinblick auf die Berliner Blockade, zwei Seiten: Erstens wollte man in Ottawa jeden Zwischenfall vermeiden, der den Dritten Weltkrieg auslösen konnte, und zweitens die Schaffung jenes nordatlantischen kollektiven Sicherheitssystems forcieren, das als erster westlicher Staatsmann St. Laurent Ende 1947 in einer Rede vor den Vereinten Nationen öffentlich erwähnt hatte. Durch die erste dieser beiden Absichten sah sich die kanadische Regierung veranlaßt, einer Beteiligung an der Berliner Luftbrücke auszuweichen – womit sie einen Kurs wählte, der sich von dem dreier anderer Länder des Commonwealth, nämlich Australiens, Neuseelands und Südafrikas, unterschied – und sich um eine Lösung der Krise zu bemühen. Im Jahre 1948 gehörte Kanada gerade dem Sicherheitsrat an, und als dieses Gremium mit der Berlinfrage befaßt wurde, machte Ottawa zusammen mit China, Argentinien, Belgien, Kolumbien und Syrien einen

[16] Minutes of Standing Comittee on External Affairs (künftig zit. als: Minutes), 17. Mai 1948, S. 50.

[17] Ein Vierteljahrhundert früher, 1923, hatte er für das Empire einen historischen Präzedenzfall geschaffen, als er gegenüber der Tschanak-Krise die gleiche Haltung einnahm, und er glaubte nun, daß es sich um analoge Situationen handle.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Versuch, den Streit zu schlichten. Am 22. Oktober 1948 präsentierten diese selbsterklärten „Neutralen" einen nach ihrer Ansicht „mittleren Standpunkt" zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits. Ihre Resolution forderte a) die „sofortige Aufhebung aller Einschränkungen des Verkehrs, der Transporte und des Handels zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands sowie auch der Einschränkungen der Transporte und des Handels von und nach der Sowjetzone Deutschlands; b) „die Vereinheitlichung der Währung in Berlin auf der Basis der Deutschen Mark in der sowjetischen Zone"; und c) „Verhandlungen im Außenministerrat ... über alle offenen Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen"[18]. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich stimmten der Resolution zu, Moskau aber legte sein Veto ein. Es ist interessant, daß Kanada in der Rolle des Vermittlers keine Vorschläge offen unterstützte, die für Großbritannien und die Vereinigten Staaten unannehmbar sein mußten. So lehnte es Ottawa ab, sich hinter einen in letzter Minute unternommenen Versuch des brasilianischen Delegierten zu stellen, einen Kompromiß auf der Basis des sowjetischen Standpunkts zu erreichen, demzufolge die Blockade nicht vor, sondern nach der Regelung des Währungsproblems aufgehoben werden sollte. Offensichtlich sind die Möglichkeiten eines „ehrlichen Maklers", welche Rolle die kanadischen Diplomaten immer wieder angezogen hat, recht begrenzt, wenn es um Differenzen zwischen Ost und West geht. Die Kanadische Legion – die Organisation der kanadischen Veteranen – und einige Zeitungen haben damals an der Haltung der kanadischen Regierung herbe Kritik geübt; zum Beispiel schrieb die „Winnipeg Free Press", die an sich die Regierung unterstützte, daß „in einem Lande wie dem unseren der Schwerpunkt der Politik darauf liegen sollte, die Sache zu fördern, an die wir glauben, und nicht auf einer engherzigen, sterilen Geltendmachung eines jeden verfassungsmäßigen Punkts und Kommas unseres Statuts"[19].

Das zweite Ziel, das die kanadische Politik im kalten Krieg verfolgte, nämlich die Schaffung einer nordatlantischen Sicherheitsorganisation, wurde mit größerem Erfolg angestrebt, obwohl damit die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Produktion von Kriegsmaterial durch deutsche Industriebetriebe verbunden waren. Der besondere Charakter des kanadischen Beitrags zu diesem Projekt lag jedoch nicht so sehr in der Hinnahme der deutschen Wiederbewaffnung, da hierüber im Anschluß an die Schaffung der Volkspolizei in Ostberlin vornehmlich die Vereinigten Staaten und Großbritannien entschieden hatten, sondern in den von Ottawa empfohlenen Zwecken der geplanten Organisation. Während der Verhandlungen, die in Washington über die Gründung der NATO geführt wurden, drangen kanadische Sprecher darauf, nicht allein für die militärische, sondern ebenso für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit Vorkehrungen zu treffen, damit nicht nur die westliche Verteidigung gesichert, sondern auch die Grundlage für eine integrierte atlantische Gemeinschaft gelegt werde. Nach kanadischer Ansicht konnte ein Deutschland, das in eine solche Gemeinschaft integriert war, in Zukunft

[18] Keesing's Archiv der Gegenwart, 1948/49, Sp. 1688.

[19] Zit. bei Spencer, a. a. O., S. 268.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kaum mehr zu einer militärischen Gefahr werden; seine politische Stabilität würde wachsen, die Erfolgschance der deutschen Demokratie entsprechend steigen, und auch die wirtschaftlichen Interessen Kanadas wie Deutschlands könnten volle Berücksichtigung finden. Kanada wies warnend darauf hin, daß die Organisation, wenn die atlantische Zusammenarbeit lediglich militärischen Charakter haben sollte, nur solange bestehen werde, wie eine gemeinsame militärische Bedrohung existiere, und daß jetzt die militärische Bedrohung benützt werden müsse, um ein festeres Gerüst zu bauen. Die Geschichte der Folgezeit scheint den Kanadiern wenigstens in diesem Punkte recht zu geben.

Deutschland und Kanada werden Partner

Kanada hat beim Entstehen des neuen westdeutschen Staates keine bedeutende Rolle gespielt. Der Leiter der kanadischen Militärmission in Berlin, General Maurice Pope, hatte nur wenig Kontakt mit der deutschen Bevölkerung und stieß sogar auf Schwierigkeiten, wenn er sich über die Tätigkeit des Rats der Alliierten auf dem laufenden halten wollte. Im Juni 1948 autorisierte eine Sechs-Mächte-Konferenz die westdeutschen Länder, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und eine Bundesverfassung auszuarbeiten. Am 12. Mai 1949 genehmigten die drei westlichen Militärgouverneure das neue „Grundgesetz", das von einem neuen revidierten Besatzungsstatut eingefaßt war, und am 23. Mai 1949 trat die Bundesrepublik Deutschland ins Leben. Während sie von den Vereinigten Staaten, von Großbritannien und Frankreich im September 1949 formell anerkannt wurde, haben Kanada und einige andere kleinere Staaten noch etwa ein Jahr lang die Besatzungsmächte als Träger der höchsten Gewalt betrachtet. Am 6. September 1949 erhielt die Kanadische Militärmission in Berlin ein Schreiben der Alliierten Mächte, in dem angefragt wurde, ob die kanadische Regierung eine Vertretung bei der neuen Alliierten Hohen Kommission in Westdeutschland zu akkreditieren wünsche. Ottawa antwortete bejahend, und General Pope zog in die neue Hauptstadt Bonn um, wo er dem Vorsitzenden der Kommission, André Francois-Poncet, am 15. Dezember 1949 sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Die ersten westdeutschen Wahlen hatten bereits stattgefunden, und der amerikanische Außenminister Dean Acheson hatte der Bundesrepublik öffentlich „jede Unterstützung" zugesagt, ehe die kanadische Regierung ihre erste offizielle Erklärung über den neuen Staat abgab. Im Laufe eines allgemeinen Überblicks über die internationale Lage stellte L. B. Pearson, der in die Politik eingetreten und im September 1949 Außenminister geworden war, am 16. November 1949 im Unterhaus fest, die kanadische Regierung begrüße die Bildung „einer bundesdemokratischen Regierung in Westdeutschland" und hoffe, daß sich ihr Mandat bald „auf ein vereinigtes Deutschland erstrecken" werde[20]. Im Hinblick auf den neuen Europarat bemerkte er, die „Beteiligung einer solchen demokratischen Republik an der europäischen Gemeinschaft . . . ist für die Rechtfertigung jener Gemein-

[20] Debates, 16. November 1949, S. 1859ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft von fundamentaler Bedeutung". Pearson betonte jedoch, daß Deutschlands Nachbarn, „die in der Vergangenheit so sehr unter der deutschen Aggression gelitten haben", über „Deutschlands Eignung für den Eintritt in die europäische Gesellschaft" zu befinden hätten. Um weitere Informationen gebeten, äußerte Pearson die Ansicht, daß eine Friedenskonferenz über die Zukunft ganz Deutschlands heute eine noch entferntere Möglichkeit sei, als ein Jahr zuvor, und daß Kanada dieser Lage mit der Errichtung seiner diplomatischen Vertretung in Bonn Rechnung trage[21].

Der Koreakrieg, der im Juni 1950 auf der anderen Seite des Globus ausbrach, beschleunigte die Entwicklung Deutschlands zu voller Staatlichkeit. Dieser Konflikt machte einen deutschen Beitrag zur Verteidigung der nichtkommunistischen Welt dringlicher, und Dr. Adenauer offerierte einen solchen Beitrag als Gegenleistung für ein höheres Maß an Souveränität. Im März 1951 wurde das Besatzungsstatut durch die Petersberger Protokolle revidiert, die Westdeutschland den Aufbau eines Außenministeriums mit einem diplomatischen Dienst und den Eintritt in den Europarat wie in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gestatteten. Am 10. Juli 1951 erließ Kanada, in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und anderen westlichen Ländern handelnd, eine Königliche Proklamation, die den Kriegszustand, der seit der am 10. September 1939 erfolgten Kriegserklärung an das Deutsche Reich herrschte, für beendet erklärte[22]. Die Völker Deutschlands und Kanadas waren formell elf Jahre und zehn Monate Feinde gewesen. Bei der Bekanntgabe der Proklamation hob das kanadische Außenministerium hervor, daß sie keine endgültige Erledigung der mit dem Krieg zusammenhängenden Probleme darstelle und jene Fragen nicht berühre, die erst durch einen Friedensvertrag geregelt werden könnten, etwa die künftige Kontrolle Deutschlands oder kanadische Ansprüche an den deutschen Staat. „Diese Handlung Kanadas bedeutet einfach", so wurde gesagt, „daß, soweit das kanadische Recht, sowohl das öffentliche wie das private, in Frage kommt, zwischen den beiden Ländern kein Kriegszustand mehr herrscht und daß deutsche Staatsbürger nicht mehr als feindliche Ausländer betrachtet werden"[23]. Am 16. August 1951 überreichte der neue Leiter der kanadischen Vertretung in Bonn, T. C. Davis, dem Präsidenten der Bundesrepublik, Theodor Heuss, sein Beglaubigungsschreiben und wurde der erste Botschafter Kanadas in Deutschland. In Kanada hatten sich westdeutsche Vertreter seit Herbst 1949 aufgehalten, vor allem zur Stimulierung des Handels zwischen den beiden Ländern, und im Dezember 1950 war in Ottawa ein Generalkonsulat eingerichtet worden. Als erster Generalkonsul amtierte Dr. Werner Dankworth, der im Februar 1951 in Kanada eintraf. Am 9. November 1951 wurde er in den Rang eines Botschafters erhoben.

Zum Abschluß des Themas der Anerkennung der westdeutschen Republik muß daran erinnert werden, daß Kanada bei der Aufnahme voller diplomatischer Be-

[21] Ebenda, S. 1928.

[22] Canada Gazette, 14. Juli 1951.

[23] Department of External Affairs Bulletin (künftig zit. als: Bulletin), August 1951, S. 292.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziehungen zwischen den beiden Ländern seine Militärmission in Berlin nicht auflöste. Der Westen vertritt den Standpunkt, daß der Vier-Mächte-Status für Berlin noch in Kraft ist und daß einseitige sowjetische Verletzungen seine Legalität nicht berühren. Diese Auffassung ist dadurch zu erklären, daß das Potsdamer Abkommen, in dem die Vier-Mächte-Kontrolle Berlins festgelegt ist, das einzige Dokument darstellt, mit dem die Präsenz westlicher Truppen in jener Stadt zu begründen ist. Kanada drückt seine Zustimmung zu dieser Anschauung dadurch aus, daß es die bei der alliierten Regierung Berlins akkreditierte Militärmission nicht zurückzieht.

Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands

Die Schaffung der Volkspolizei in Ostdeutschland und der Koreakrieg haben, wie schon gesagt, bei dem Entschluß, Westdeutschland fünf Jahre nach der totalen Niederlage von 1945 wiederzubewaffnen, als ausschlaggebende Faktoren gewirkt. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stieß eine solche Politik naturgemäß auf starke Widerstände, und es gab Zweifel, ob die Sowjetunion oder ein wiederbewaffnetes Deutschland die ernstere Gefahr darstelle. Manche, darunter die bekannte amerikanische Journalistin Dorothy Thompson, traten für ein neutralisiertes, entwaffnetes Deutschland im Herzen Europas ein, und diesem Gedanken gewann die UdSSR erhebliches Interesse ab. L. B. Pearson charakterisierte den Plan am 28. April 1950 als theoretisch wünschenswert, aber praktisch gefährlich, wenn er nicht „sehr sorgfältig ausgearbeitet" werde[24]. „Es ist . . . schwer zu sehen, wie ein Land mit der ungeheuren Vitalität und Produktionskraft Deutschlands . . . je neutral bleiben kann", lautete sein Kommentar. „. . . Allein schon Deutschlands politische Verantwortung und Philosophie würden es zwingen . . ., sich für eines der beiden gegensätzlichen politischen Systeme, zwischen denen es leben müßte, zu entscheiden." Der kanadische Außenminister machte klar, daß die Deutschen nach seiner Ansicht nicht das kommunistische System wählen würden, wenn sie sich frei entscheiden könnten. Ein weiteres ernstes Hindernis erblickte er darin, daß ein Rückzug der Vereinigten Staaten aus Westdeutschland zum Rückzug über den Atlantik führen mußte, während der militärische Rückzug der Sowjetunion aus Ostdeutschland wahrscheinlich nur einen Rückzug bis Polen und jedenfalls nicht den Rückzug des Kommunismus aus Deutschland bedeuten würde. „Vorteilhafter", so meinte er, „wäre eine Bewegung zur Assimilierung oder Integrierung eines demokratischen Deutschland in das westliche politische System, wo es mit seinen Mitteln und Fähigkeiten zu einem kollektiven und kooperativen Dasein beitragen und seinen Anteil an der Verantwortung für dessen Bewahrung übernehmen könnte." In Pearsons Erklärung spiegelte sich wiederum die Auffassung der kanadischen Regierung, daß internationale Probleme im Rahmen einer internationalen Organisation behandelt werden sollten und daß im Falle Deutschlands die Integration in die Staatengesellschaft mehr verspreche als ein Ausschluß.

Als einer der führenden Verfechter der NATO zögerte Kanada nun nicht mehr – anders als unmittelbar nach dem Kriege, da es in dieser Frage Zurückhaltung ge-

[24] Minutes, 28. April 1950, S. 46.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übt hatte –, sich hinsichtlich Deutschlands festzulegen. Inzwischen hatte sich auch Mackenzie King aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen; St. Laurent war ihm als Premierminister gefolgt, und er vertrat die Überzeugung, der beste Weg, eine sowjetische Aggression abzuschrecken, bestehe darin, den sowjetischen Führern klarzumachen, daß ein Angriff auf jeden Teil Europas, einschließlich West-Berlins, mit der vereinten militärischen und industriellen Macht der nordatlantischen Gemeinschaft abgewehrt würde. Am 30. April 1950 wies Pearson darauf hin, daß Kanadas Verpflichtungen aus dem Nordatlantikpakt zwar Deutschland nicht ausdrücklich einschlössen, daß aber „ein Angriff auf Deutschland ein Angriff auf die westlichen Besatzungsmächte in Deutschland wäre ... und uns als Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses betreffen würde"[25]. Er machte außerdem deutlich, noch bevor der NATO-Rat die Angelegenheit diskutierte, daß Kanada für einen deutschen militärischen Beitrag zur westlichen Sicherheit eintrete. „Wenn Westdeutschland ... verteidigt werden soll – und sicherlich ist eine solche Verteidigung wichtig für die Verteidigung Westeuropas –, dann muß es", so erklärte er am 31. August 1950, „Waffen erhalten, ... Darin liegen natürlich Risiken ..., die aber auf ein Minimum verringert sein werden, wenn Westdeutschland wirtschaftlich, militärisch und schließlich politisch mit anderen Ländern Westeuropas integriert werden kann. ... In dieser Richtung liegt der Weg zur Sicherheit."[26] Pearsons Erklärung legte öffentlich fest, daß Kanada integrierte NATO-Streitkräfte befürwortete. Sprecher der militärisch interessierteren Elemente der kanadischen Bevölkerung, die zuvor zu den entschiedensten Anwälten einer straffen Kontrolle Deutschlands gehört hatten, führten jetzt die Bewegung zur Wiederbewaffnung Deutschlands gegen den neuen potentiellen Feind. Im Unterhaus forderte der oppositionelle Abgeordnete Oberst Douglas Harkness, Kanada solle die Initiative zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands ergreifen, da es, wie er meinte, „ohne die bewaffnete Menschenkraft Westdeutschlands außerordentlich unwahrscheinlich ist, daß irgendeiner der westeuropäischen Staaten ... gegen einen russischen Angriff erfolgreich verteidigt werden kann"[27]. Ein anderer konservativer Abgeordneter, W. J. Browne, wies darauf hin, daß es in Westdeutschland „Millionen ausgebildeter Soldaten" gebe, und er beklagte sich darüber, daß „wir nichts getan haben, um uns ihrer Hilfe zur Verteidigung der westlichen Kultur gegen Sowjetrußland zu versichern"[28].

Im September 1950 trafen sich die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs und kamen überein, das Besatzungsstatut für Deutschland zu revidieren, um Vorkehrungen für die Sicherheit der Bundesrepublik und West-Berlins zu treffen; auch entschieden sie sich grundsätzlich für einen militärischen deutschen Beitrag zu jenem Sicherheitssystem. Kurz danach beschloß der NATO-Rat – in dem Kanada vertreten ist –, in Europa Verteidigungs-

[25] Ebenda, 30. April 1950.
[26] Bulletin, September 1950, S. 345.
[27] Debates, 8. Juni 1950, S. 3357.
[28] Debates, 31. August 1950, S. 247.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

streitkräfte unter einem gemeinsamen Oberbefehlshaber und mit einem deutschen Kontingent aufzustellen[29]. Der kanadische Beitrag zu den Streitkräften wurde auf 6500 Infanteristen und 11 (später 12) Staffeln der Royal Canadian Air Force festgesetzt. Diese Streitkräfte wurden im Januar 1951 unter dem Kommando General Eisenhowers gebildet. Jedoch dauerte es noch einige Zeit, ehe über die Form des deutschen Beitrags Übereinstimmung erzielt werden konnte; die Franzosen bevorzugten eine Integration deutscher Soldaten auf möglichst niedriger Ebene – einem europäischen Verteidigungsminister unterstellt, dem ein europäischer Verteidigungsrat zur Seite stehen und der einer europäischen Versammlung verantwortlich sein sollte –, während die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft zum Ausdruck brachten, nationale Einheiten zu akzeptieren. Kanada nahm, wie so oft, eine mittlere Position ein und sprach sich für deutsche, aber eng in eine einzige europäische Streitmacht integrierte Einheiten aus. Mit dieser Auffassung trat Kanada am Vorabend eines Treffens der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hervor, das im Februar 1951 in Paris stattfand und an dem eine kanadische Delegation als Beobachter teilnahm.

Von 1950 bis Mitte 1954 ist über die Form des militärischen Beitrags Deutschlands zur westlichen Verteidigung verhandelt worden, wobei sich Kanada bemühte, bei der Suche nach einer Formel zu assistieren, die eine Aufstellung deutscher Kontingente ohne die Wiederkehr eines deutschen Generalstabs und der Wehrmacht ermöglichen sollte. Je länger die Differenzen andauerten, um so unvermeidlicher wurde es, daß Westdeutschland beides erhielt. Kanada drängte seine Verbündeten, möglichst rasch zu einer Vereinbarung zu gelangen, nahm aber in der Öffentlichkeit keine feste Haltung ein. L. B. Pearson war darauf bedacht, Verständnis für den französischen Standpunkt zu zeigen, doch ebenso darauf, Meinungsverschiedenheiten mit Dr. Adenauer zu vermeiden, der ein möglichst hohes Maß an Souveränität erreichen wollte. Er suchte die Kanadier zu beruhigen, namentlich die Mitglieder der Cooperative Commonwealth Federation, der sozialistischen Partei Kanadas, die über die Möglichkeit einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus und selbst des Nationalsozialismus besorgt waren. Seine Aufgabe war nicht leicht; eine Gallup-Umfrage, die am 26. Oktober 1951 veröffentlicht wurde, zeigte, daß 65,8 Prozent der kanadischen Bevölkerung gegen die Verwendung deutscher Soldaten in „einer alliierten europäischen Armee unter alliiertem Befehl" waren und nur 26,2 Prozent einen solchen Schritt guthießen. „Was die Nazis betrifft", sagte Pearson am 29. April 1952 vor dem Unterhaus-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, „so hat es Anzeichen für ihre Wiederbelebung in Deutschland gegeben, wie es auch Anzeichen für die Wiederbelegung der Faschistischen Partei in Italien gegeben hat, ... Man muß daran denken, daß die Deutschen, wie auch die Italiener, ein stolzes und nationalistisches Volk sind. Sie haben im Kriege eine schreckliche Niederlage erlitten und durch diese Niederlage viel Elend und Not. Ich glaube, es wäre unnatürlich, wenn es gegen jene Niederlagen und Schwierigkeiten nicht irgendeine

[29] Bulletin, Oktober 1950, S. 530f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reaktion gäbe. Zwar handelt es sich um eine Gefahr, vor der wir auf der Hut sein müssen, doch denke ich, wir können, nach sieben Jahren, die Überzeugung haben, daß die Wiedererstehung der totalitären Ideen in Deutschland und Italien nicht so große Fortschritte gemacht hat, wie man vielleicht hätte erwarten sollen. . . . Einige der beunruhigenderen Berichte über eine weitgehende Infiltration hoher Nazifunktionäre in die deutsche Regierung und den Beamtenapparat finden in den Tatsachen keine Stütze."[30]

Am 17. Juni 1952 legte Pearson dem Unterhaus das am 27. Mai des gleichen Jahres in Paris unterzeichnete Protokoll zum Nordatlantikpakt vor, das die Garantien des Vertrags auf die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft ausdehnte[31]. Inzwischen waren, im Dezember 1951, erstmals wieder seit 1946 kanadische Truppen in Deutschland erschienen, nun als Teil der NATO-Streitkräfte. „Es trifft zu", erklärte er, „daß Annahme und Inkrafttreten dieses Protokolls die Verpflichtungen erweitern, die Kanada unter dem Nordatlantik-Vertrag gegenüber der Bundesrepublik Deutschland übernommen hat." Jedoch war das zusammen mit der deutschen Wiederbewaffnung, nach seiner Ansicht „ein nützlicher Schritt in der Entwicklung und der erneuten Bekräftigung der kollektiven Sicherheit und des kollektiven Handelns, die unter den derzeitigen Umständen die besten Mittel zur Verhinderung eines Krieges sind"[32]. Die Alternativen, so meinte er, nämlich ein neutralisiertes Deutschland, das wahrscheinlich dem Kommunismus zur Beute fallen würde, oder aber ein wieder nationalistisches Deutschland, seien für Kanada gefährlicher. „Ich bin nicht blind . . . gegenüber der Gefahr eines wiederhergestellten und wiederbewaffneten Deutschland", lautete seine Schlußfolgerung, „doch glaube ich, daß diese Wiederherstellung und diese Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht mehr den Zielen einer totalitären Aggression, . . . sondern dem Frieden in Europa und der Welt dienstbar gemacht werden können."[33] Das Protokoll ist nach kurzer Debatte von allen Abgeordneten gebilligt worden.

Bis Anfang 1954 hatte sich herausgestellt, daß die EVG, trotz starken Drucks der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die Zustimmung Frankreichs wohl nicht finden würde. Am 29. Januar 1954 wiederholte Pearson, während einer Debatte über außenpolitische Fragen, daß nach Auffassung der kanadischen Regierung die EVG das beste Mittel sei, „die deutsche Wiederbewaffnung einem kollektiven Verteidigungszweck . . . nutzbar zu machen", und die Entwaffnung und Neutralisierung Deutschlands lehnte er abermals als „einfach nicht praktikabel" ab, da dem die Interessen der westlichen Sicherheit entgegenstünden und da die 65 Millionen Deutschen nicht ständig, neutralisiert und entwaffnet, in ihren eigenen Grenzen zu halten seien[34]. Mit seiner bekannten Neigung zur internationalen Integration

[30] Minutes, 29. April 1952, S. 169.
[31] Debates, 17. Juni 1952, S. 3309.
[32] Ebenda.
[33] Ebenda, S. 3312.
[34] Debates, 29. Januar 1954, S. 1586.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im größtmöglichen Maßstab brachte er seinen persönlichen Wunsch nach dem „Zusammenschluß aller Atlantikmächte", nicht nur der europäischen, zum Ausdruck; so könne der Weltfrieden bewahrt und erzwungen werden[35]. Am 30. August 1954 schloß die französische Nationalversammlung ihre lange Debatte über die EVG mit der Abstimmung, und der Plan wurde zum toten Buchstaben. Am folgenden Tag erklärten kanadische Regierungssprecher vor der Presse, die „logische Antwort auf dieses Dilemma ist die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO"[36].

Aufnahme Deutschlands in die NATO

Nachdem Premierminister Anthony Eden angeregt hatte, die Situation solle auf einer Konferenz der europäischen Staaten erörtert werden, machte Pearson klar, daß Kanada darauf rechne, an der Entscheidung über die Ablösung der EVG durch ein neues Arrangement beteiligt zu werden, und er wies darauf hin, daß Kanada, als Mitglied der NATO, „beträchtliche Luft- und Landstreitkräfte in Europa, und zwar auch in Deutschland selbst", stationiert habe[37]. Auf Grund des Drucks, den Ottawa ausübte, wurde Kanada, das ursprünglich ausgeschlossen bleiben sollte, doch noch eingeladen, im September 1954 an einer Konferenz in London teilzunehmen, die dem Problem der deutschen Wiederbewaffnung galt. Die kanadische Delegation wurde von Pearson selbst geleitet, der seine Bemühungen auf zwei Ziele konzentrierte: einmal wollte er die größtmögliche Integration der atlantischen Staaten, einschließlich Westdeutschlands, erreichen, zweitens suchte er die Differenzen zwischen den verschiedenen nationalen Standpunkten auszugleichen. Die Konferenz führte, obwohl sie in London stattfand, zu Vereinbarungen, die, am 23. Oktober 1954 unterzeichnet, als die Pariser Verträge bekanntgeworden sind. Sie sahen die Schaffung der Westeuropäischen Union vor, das Ende des Besatzungsregimes in Westdeutschland und die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO. Deutschland sollte eine Armee von 500 000 Mann erhalten, gegliedert in 12 Divisionen, 1350 Kampfflugzeuge und eine kleine Marine, alle Verbände in eine NATO-Streitmacht unter dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa integriert.

Pearson legte die Verträge am 20. Januar 1955 dem kanadischen Unterhaus vor[38]. In seiner Begründung äußerte er sich viel positiver über das deutsche Volk und dessen neue Führer, als bislang, und die Furcht vor einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus schien ihn jetzt weniger zu beschäftigen. Die drei fundamentalen Punkte der Pariser Verträge seien, so erklärte er, die „Wiederherstellung der (west)deutschen Freiheit und Souveränität", die „Annahme der freiwilligen Zugehörigkeit dieses Volkes zur westlichen Koalition" und die Schaffung der Basis zur „Ausübung des ersten Rechts der Souveränität, nämlich der Übernahme eines angemessenen Teils der gemeinsamen Verteidigungslast in der NATO, mit der West-

[35] Ebenda, S. 1587.
[36] Ottawa Citizen, 31. August 1954.
[37] Ottawa Journal, 7. September 1954.
[38] Debates, 20. Januar 1955, S. 561 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

europäischen Union"[39]. Das da und dort und vor allem in der kommunistischen Welt gezeichnete Bild von den Westdeutschen als „einer Nation von Militaristen, die an der Leine zerren, um endlich die Freiheit zu haben, sich zu bewaffnen, sich für die Rüstung zu besteuern und Rekruten zu werden", verwarf er. Tatsache sei, daß sich in Deutschland ein „Umschlag" der Stimmung vollzogen habe, und zwar gegen Krieg und Militarismus, „unter denen Deutsche ebenso wie wir alle noch vor kurzem so viel gelitten haben". Die westdeutsche Führung sei „von einer Art, die wir ermutigen sollten", versicherte er und setzte sogar hinzu, daß „wir ... zwei Weltkriege vermieden hätten, hätte es diese Führung schon 1914 und 1939 gegeben". Zugleich warnte er, nichts sei geeigneter, „die Entwicklung gesunder politischer Kräfte in Westdeutschland zu entmutigen und einen gefährlichen Rückfall in engen Nationalismus und schließlich wieder in gefährlichen Militarismus zu befördern, als die Ablehnung, durch die Parlamente des Westens, jener Pläne ... für die Integration dieses Volkes in die westeuropäischen und nordatlantischen Gemeinschaften, wo es eine angemessene und würdige Rolle spielen kann". Er bezeichnete Dr. Adenauer als einen „großen Europäer und Internationalisten", als „einen Mann, der an Freiheit, Frieden und Zusammenarbeit glaubt", und er forderte die Kanadier auf, das neue politische System in Westdeutschland durch Ermutigung zu stärken und nicht durch „Argwohn, Mißtrauen und Zurückweisung" zu schwächen. Im Namen der Fortschrittlich-Konservativen Partei unterstützte John Diefenbaker die Regierung, aber die sozialistische Gruppe (C.C.F.) spaltete sich; M. I. Coldwell, ihr Vorsitzender, sprach sich für, sein Stellvertreter Stanley Knowles jedoch gegen den Kurs der Regierung aus. Wenn man Westdeutschland gestatte, sich zu bewaffnen, sagte Knowles, „werden wir vielleicht schon in absehbarer Zukunft feststellen müssen, daß wir Werkzeuge eben jener Militaristen sind, die in zwei Weltkriegen unsere Feinde waren"; außerdem könne der Schritt die Kriegsgefahr vergrößern[40]. Er schlug vor, die Bemühungen um ein Abkommen fortzusetzen, das Deutschland unter der Überwachung der Vereinten Nationen neutralisieren solle. Die bewegendste Rede hielt Leon Crestohl, der jüdische Abgeordnete für Montreal-Cartier, der durch die nationalsozialistische Judenverfolgung mehr als sechzig Verwandte verloren hatte. Er befürwortete die Wiederbewaffnung Westdeutschlands, und zwar, wie er selbst sagte „nicht weil ich Berlin weniger verabscheue, sondern weil ich Moskau mehr fürchte"[41]. Die Vorlage ist am 26. Januar 1955 mit einer Mehrheit von 312 zu 12 Stimmen gebilligt worden.

Die Ratifizierung des WEU-NATO-Protokolls durch Kanada bezeichnete in dem Prozeß, der zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen dem westdeutschen und dem kanadischen Staat führte, die Endphase. Kein Friedensvertrag war unter-

[39] Ebenda, S. 563.

[40] Ebenda, S. 596. Eine Gallup-Umfrage vom 8. September 1954 zeigte, daß 44,6 Prozent der öffentlichen Meinung Kanadas seine Auffassung, die Schaffung einer westdeutschen Armee sei ein vom Frieden wegführender Schritt, teilten; 29 Prozent stimmten mit der Regierung überein.

[41] Debates, 20. Januar 1955, S. 401.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schrieben worden, aber nun waren beide Länder souverän und Partner bei einer gemeinsamen Verteidigungsanstrengung. Kanadische Streitkräfte standen auf deutschem Boden, aber als Verbündete, nicht als Besatzungstruppen. Premierminister St. Laurent hatte diese Phase schon im Februar 1954 prophezeit, als er auf einer Weltreise in Bonn erste Station machte. Jener historische Moment, hatte er auf einer Pressekonferenz erklärt, werde „als ein besonderer Ausdruck der Tatsache" bewertet werden, „daß die Beziehungen zwischen unserem kanadischen Volk und Deutschland in ein neues Stadium eingetreten sind. Dem deutschen Volk gegenüber wollen wir eine Geste machen, die unseren Ernst und unsere Aufrichtigkeit beweist . . ., und wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Deutschland als einem Partner in der freien Welt, als einem Partner der größeren kooperativen Gemeinschaft, bekräftigen, um unserem Endziel näherzukommen, dem Frieden auf Erden für alle Menschen guten Willens."[42] Zweimal in einer kurzen Zeitspanne hätten Kanadier kämpfen müssen, aber die kanadische Geschichte weise den Weg in eine bessere Zukunft. „Einst gab es Streitigkeiten und Konflikte, sehr bittere und böse Konflikte, zwischen Kanadiern britischer Herkunft und Kanadiern französischer Herkunft. Aber schließlich kamen wir zu der Überzeugung, daß es besser ist, vorwärts in die Zukunft, als zurück in die Vergangenheit zu schauen, daß es besser ist, statt der Fehler und Mängel die guten Eigenschaften des anderen zu suchen. Und so ist es uns gelungen, Lebensbedingungen zu schaffen, die uns in die Lage versetzen, für beide Seiten Vorteile zu erzielen . . . Ich glaube, daß wir in unseren Beziehungen zu Deutschland die gleiche Haltung einnehmen; ich glaube, wir alle müssen uns bewußt sein, daß wir freie Partner mit gleichen Rechten sind und alle am gleichen Strang ziehen." Nach der einzigen Belastung der deutsch-kanadischen Beziehungen befragt, nämlich nach den Urteilen, die gegen zwei noch immer in Haft befindliche deutsche Kriegsverbrecher verhängt worden waren, antwortete er, die Urteile seien vor kurzem überprüft worden, die Männer würden bald entlassen und damit sei „die letzte Störung beseitigt . . .; weder in der öffentlichen Meinung Kanadas noch in der öffentlichen Meinung Deutschlands wird es dann noch Ressentiments geben".

Kanadas Haltung zu aktuellen deutschen Fragen

a) Die Ostgrenze

Zuletzt seien noch drei Probleme der gegenwärtigen deutschen Lage kurz erörtert: die Ostgrenze, die Wiedervereinigung und Berlin. Was die Ostgrenze betrifft, so sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion schon im Oktober 1944 übereingekommen, Ostpolen und einen Teil Ostpreußens Rußland anzuschließen und das übrige Deutschland östlich der Oder-Neiße-Linie unter polnische Verwaltung zu stellen. Die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete sollte umgesiedelt werden. Im Sommer 1945 ist diese Vereinbarung in Potsdam bestätigt worden. Die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze sollte auf der Friedenskon-

[42] Text der Pressekonferenz St. Laurents vom 10. Februar 1954, im Besitz des Verfassers.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ferenz erfolgen, die dann nie stattgefunden hat. So geht die offizielle Auffassung des Westens, und die Kanadas, dahin, daß die Grenze noch nicht definitiv ist, und 1954, als die Pariser Verträge unterzeichnet wurden, ist diese Auffassung erneut bekräftigt worden. Die Sowjetunion und ihre Nachbarn betrachten jedoch die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze, und im Juni 1950 haben die polnische und die Ost-Berliner Regierung eine entsprechende Erklärung abgegeben. Am 19. April 1957 hat Nikita Chruschtschew festgestellt, daß jeder Angriff auf die Oder-Neiße-Linie als Angriff auf die Sowjetunion angesehen würde. Nun ist zwar diese Frage im kanadischen Parlament nie diskutiert worden, und die kanadische Regierung hat ihre Haltung nie unabhängig von den gemeinsam mit ihren Alliierten unterschriebenen Verlautbarungen definiert, doch kann angenommen werden, daß die Grenze in kanadischen Augen noch nicht endgültig ist. Es ist aber andererseits klar, daß es Kanada nicht gern sehen würde, sollte die Angelegenheit von neuem aufgerollt oder gar ein Versuch zur Änderung des Status quo unternommen werden. In Gesprächen mit verantwortlichen Regierungsvertretern in Ottawa gewinnt man den Eindruck, daß sie mit der natürlichen Abnahme der Zahl jener Deutschen, die dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie gefühlsmäßig verbunden sind, rechnen und erwarten, eines Tages werde eine deutsche Regierung in der Lage sein, diese Demarkationslinie als definitive Grenze anzuerkennen.

b) Wiedervereinigung

Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung hat sich Kanada positiver geäußert. In ihren Vorschlägen für eine Friedensregelung betonte die kanadische Regierung 1947, daß „Menschen, die gemeinsame nationale Traditionen anerkennen und eine Geschichte des nationalen Zusammenschlusses haben, in den Grenzen eines einzigen Staates leben dürfen sollten, wenn sie das wünschen"[43]. Fast drei Jahre später gab Pearson, in einem Kommentar zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, der Hoffnung Ausdruck, daß sich das Mandat der neuen Regierung bald „auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken" werde[44]. Im März 1952, bei seiner Rückkehr von der Lissaboner Sitzung des NATO-Rats, auf der ein militärischer Beitrag Westdeutschlands zur westlichen Verteidigung akzeptiert worden war, bemerkte Pearson, daß „Deutschland nach meiner Ansicht zwangsläufig stärker werden und zwangsläufig eines Tages wiedervereinigt sein wird"[45]. Unterstelle man das als richtig, so sei es „gewiß besser, wenn dies in Gemeinschaft mit den atlantischen Mächten geschieht, statt in Isolierung oder auf rein nationalistischer Basis, oder auch in Gemeinschaft mit dem kommunistischen Osten, dem ein bis an die Zähne bewaffnetes Deutschland mit ins Amt zurückgekehrten Naziführern wenig Skrupel machen würde, sofern es eine unter dem Befehl Moskaus stehende kommunistische Regierung hat". Am 23. Oktober 1954 unterzeichnete Kanada das Protokoll über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und stellte sich hinter die Drei-

[43] Debates, 30. Januar 1947, S. 9.
[44] Debates, 16. November 1949, S. 1840.
[45] Debates, 21. März 1952, S. 671.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mächte-Erklärung vom 3. Oktober 1954, mit der sich die Signatarstaaten verpflichteten, „die Regierung der Bundesrepublik als die einzige deutsche Regierung zu betrachten, die frei und legitim zustande gekommen und daher berechtigt ist, als Repräsentantin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen"[46]. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Kanada die Wiedervereinigung im Prinzip bejaht, aber sowohl einer westlichen Initiative abgeneigt ist, die eine neue Ost-West-Krise hervorrufen würde, wie auch einer Formel, die ein wiedervereinigtes Deutschland dem sowjetischen Einflußbereich überantworten würde. Mit anderen Worten, im Augenblick akzeptiert Kanada den Status quo.

c) Berlin

Schließlich muß drittens noch die Haltung Kanadas in der Berlinfrage untersucht werden. Seit Anfang 1946 unterhält Kanada in Berlin seine bei der Alliierten Hohen Kommission akkreditierte Militärmission, um seine Auffassung zu demonstrieren, daß, in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, noch immer die Zuständigkeit der vier Mächte für ganz Berlin gegeben ist. Während der Berliner Blockade, 1948 und 1949, traf die kanadische Mission gewisse Vorbereitungen für den Abzug aus der Stadt, falls es zu Kämpfen kommen sollte, hielt es dann jedoch nicht für notwendig, Berlin tatsächlich zu verlassen. Wie schon erwähnt, verwandte die kanadische Regierung ihre Energie auf den Abbau der Spannungen, und so brachte sie die Amerikaner von dem Versuch ab, die Blockade mit Gewalt zu durchbrechen. Der Leiter der Militärmission in Berlin legte damals seine persönliche Ansicht in folgenden Sätzen nieder: „Unsere Außenminister mögen sagen, was sie wollen, ich glaube nicht, daß wir uns auf sehr sicherem Boden befinden. Um zusammenzufassen: ich würde, wenn ich die Macht hätte, alle Kräfte der westlichen Welt mobilisieren, um Helmstedt zu verteidigen. Für Berlin würde ich das nicht tun."[47] Zehn Tage später schrieb er: „Wegen dieser Frage einen Krieg zu führen, wäre Wahnsinn. Selbst wenn wir gewinnen, würden wir alles verlieren."[48] Wenngleich die kanadische Regierung an der westlichen Präsenz in Berlin prinzipiell stets festgehalten hat, scheint es doch klar zu sein, daß sie hoffte, nie entscheiden zu müssen, ob diese Präsenz mit Gewalt verteidigt werden solle, und zwar hoffte sie darauf selbst noch nach der Unterzeichnung des Protokolls über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und noch nach der Identifizierung mit der Drei-Mächte-Erklärung, in der die Signatarstaaten festgestellt hatten, daß sie „jedem Angriff auf Berlin von irgendeiner Seite als einem Angriff auf ihre Streitkräfte und auf sich selbst begegnen" würden[49].

Wie ernst Kanada seine Garantie der Sicherheit Berlins meint, ist 1958 und 1959 getestet worden, als Nikita Chruschtschew sein Ultimatum stellte, das den Abzug

[46] B. R. von Oppen, Documents on Germany under Occupation 1945–54, London 1955, S. 607.

[47] M. A. Pope, Soldiers and Politicians, Toronto 1962, S. 250.

[48] Ebenda, S. 351.

[49] Oppen, a. a. O., S. 607.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der westlichen Truppen aus Berlin und die Schaffung einer entmilitarisierten „Freien Stadt" forderte. Auch drohte er, die sowjetischen Rechte in Berlin der Zonenregierung zu übertragen, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten ein Vier-Mächte-Abkommen über Berlin erreicht werde. Das sowjetische Ultimatum ist am 27. November 1958 gestellt und vom 14. bis 18. Dezember auf einer Sitzung des NATO-Rats in Paris diskutiert worden. Die NATO-Mitglieder, natürlich einschließlich Kanadas, wiederholten ihre Garantie der Freiheit, Zugänglichkeit, Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins. Außenminister Dr. Sidney Smith[49a] umriß am 9. März 1959 die Haltung Kanadas vor dem Ständigen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, als er sagte: „Wir können nicht zulassen, daß die 2½ Millionen Westberliner, denen wir unser Wort verpfändet haben, von Ostdeutschland absorbiert werden."[50] Zugleich richtete Kanada seine Anstrengungen darauf, einen bewaffneten Zusammenstoß wegen der belagerten Stadt zu vermeiden.

Ottawa machte selber einen Vorschlag zur Lösung der Krise und regte an, die Vereinten Nationen mit der Angelegenheit zu befassen. Premierminister Diefenbaker brachte diesen Gedanken erstmals am 19. März 1959 im Unterhaus vor, als er über einen Besuch des britischen Premierministers Harold MacMillan in Ottawa Bericht erstattete. „Es ist meine Überzeugung", so sagte er, „daß die Vereinten Nationen bei der Lösung des Berlinproblems eine bedeutende Rolle spielen könnten und daß diese Möglichkeit weitere und noch sorgfältigere Prüfung verdient."[51] General George Pearkes, der Verteidigungsminister, entwickelte kurz danach die gleiche Überlegung; er meinte, zur „Stärkung der gegenwärtigen Vereinbarungen über Berlin, entweder durch zusätzliche oder durch ablösende Abmachungen, ... könnte eine Regelung, an der die Vereinten Nationen beteiligt sind, stabiler sein ... als die derzeitige Position, in der die Mächte auf Grund des Rechts der Eroberung in Berlin sind"[52]. Zwar würde auch ein solches Arrangement die Zustimmung der größeren Mächte erfordern, doch könnten „andere interessierte Regierungen" zur Überwachung der UN-Regelung eingeschaltet werden.

Kanada schlug also ein UN-Statut für Berlin vor. Die Anregung fand, als sie dem NATO-Rat unterbreitet wurde, eine kritische Aufnahme und führte zu nichts. Jedoch hielten die Kanadier an ihrer Auffassung noch fest, nachdem die Kommunisten im August 1961 die Berliner Mauer errichtet hatten. Am 11. September 1961 erklärte John Diefenbaker, daß jetzt „die Zeit gekommen ist, die Internationalisierung Berlins unter den Vereinten Nationen zu erwägen, wobei Berlins Status unter der Präsenz der Vereinten Nationen andauern soll ..., einschließlich des unkontrollierten Zugangs der Westmächte"[53]. Andererseits stellte Diefenbaker fest, daß „die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins kein Verhandlungsgegenstand ist"

[49a] Smith war Mitglied der Regierung der Fortschrittlich-Konservativen Partei John Diefenbakers, der im Juni 1957 St. Laurent als Ministerpräsident ablöste.

[50] Minutes, 9. März 1959, S. 28.

[51] Globe and Mail, 20. März 1958.

[52] Bulletin, Oktober 1961, S. 354.

[53] Ebenda, S. 352.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und daß „die Vertreibung des Westens aus West-Berlin Rückwirkungen in ganz Deutschland und Europa haben würde und . . . der Freiheit in Kanada eine gefährliche, wenn nicht unheilbare Wunde schlagen" könnte[54]. Jedoch „gibt es Dinge, über die man verhandeln kann", setzte er hinzu, freilich ohne diese Dinge zu nennen. Die kanadische Ansicht, daß in Berlin die Vereinten Nationen eingeschaltet werden sollten, ist im Oktober 1961 auch von dem amerikanischen Senator Humphrey, jetzt Vizepräsident der Vereinigten Staaten, übernommen worden, als er die Internationalisierung der Stadt unter der Garantie der UN und eine UN-Kontrolle der Zufahrtswege nach Berlin vorschlug. Das führt zu der Vermutung, ob die kanadische Regierung nicht einen „Versuchsballon" für die Vereinigten Staaten hatte steigen lassen. Ende 1961 begannen Gespräche zwischen Llewellyn Thompson, dem amerikanischen Botschafter in Moskau, und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, und im April 1962 enthüllte eine westdeutsche Quelle, daß man sich über eine aus 13 Nationen bestehende Institution geeinigt habe, die alle Zufahrtswege nach Berlin kontrollieren solle. Bonn scheint die Meldung vorzeitig freigegeben zu haben, um die Verhandlungen zu kompromittieren und um eine de-facto-Anerkennung der Pankower Regierung zu verhindern, die in der vorgesehenen Institution vertreten sein sollte. An Kanadas Beteiligung hatte man nicht gedacht.

Je mehr die Spannungen des kalten Krieges in den letzten Jahren abnahmen, desto dringender wünschte Kanada Ost-West-Gespräche über die noch bestehenden Differenzen, auch über die Berlinfrage. „Im Hinblick auf Berlin und Deutschland", erklärte Außenminister Howard Green während der Berlinkrise des Jahres 1961, „geht unsere Politik heute dahin, daß ein Versuch gemacht werden muß, eine Regelung am Verhandlungstisch zu finden"[55]. Paul Martin, der außenpolitische Sprecher der Opposition, stimmte mit Premierminister Diefenbaker zwar darin überein, daß nicht „die Freiheit eines einzigen freien Individuums in West-Berlin" geopfert werden dürfe, setzte aber hinzu, daß „wir bereit sein müssen, das Äußerste zu tun . . ., um einen Krieg über Berlin zu verhindern"[56]. Auch „Maclean's Magazine", eines der wichtigsten kanadischen Organe, reflektierte die Zunahme der Empfindung, daß ein Krieg um Berlin unnötig sei. In der Ausgabe vom 7. Oktober 1961 schrieb Blair Fraser, der Herausgeber, daß der Gedanke, „wir sollten kämpfen, um Deutschland vor einem Schicksal zu bewahren, das wir selber am Ende eines anderen Krieges aufzwingen halfen, den Deutschland begonnen und verloren hat, einfach widersinnig ist. . . . Wird er von einem Deutschen geäußert, so ist das schiere und unglaubliche Unverschämtheit."[57] Der westliche „Vorposten" in Berlin sei auf lange Sicht ohnehin unhaltbar, meinte noch im gleichen Monat ein anderer führender Journalist, J. B. McGeachy, und ein Krieg um diesen Außenposten „wäre ein Spaß für Verrückte". Eine am 8. November veröffentlichte

[54] Am 1. September vor der Kanadischen Anwaltskammer, in: Proceedings of Canadian Bar Associaton, 1961, S. 177.

[55] Debates, 7. September 1961, S. 8066.

[56] Ebenda, S. 8069.

[57] Maclean's Magazine, Toronto, 7. Oktober 1961, S. 9.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gallup-Umfrage zeigte jedoch, daß die Kanadier im allgemeinen mehr der Berlinpolitik der Regierung als dem Standpunkt jener beiden Journalisten zuneigten: 47 Prozent der Befragten erklärten, die Alliierten sollten sich den Weg nach Berlin freikämpfen, wenn ihn die Kommunisten zu blockieren suchten; 33 Prozent waren gegen eine solche Aktion[58]. Dieses Verhältnis dürfte sich seither kaum geändert haben.

Zwar ist zwischen Kanada und Deutschland bislang kein Friedensvertrag geschlossen worden, doch blicken die beiden Länder jetzt schon auf fast zwanzig Jahre ununterbrochen friedlicher Beziehungen zurück; die Beziehungen sind sogar so friedlich, daß die Beamten der deutschen Botschaft in Ottawa erklären können, zwischen Deutschland und Kanada gebe es überhaupt keine Probleme. In den letzten sechzehn Jahren sind rund 250 000 Deutsche nach Kanada ausgewandert, wo sie nun nach den Briten und Franzosen die drittgrößte ethnische Gruppe darstellen. Westdeutschland ist Kanadas viertgrößter Warenlieferant und viertgrößter Markt geworden. Seit 1948 haben deutsche Geschäftsleute in Kanada mehr Geld investiert als in jedem anderen Land, ausgenommen Brasilien. Über 8000 kanadische Soldaten sind als Teil der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland stationiert. Auf mannigfache Weise kommen sich die beiden Länder näher. Bei einer im Mai 1961 veranstalteten Umfrage, ob sie dem deutschen Volk gegenüber freundliche oder unfreundliche Empfindungen hegten, antworteten 54,5 Prozent der befragten Kanadier mit „freundlich", nur 10,3 Prozent mit „unfreundlich". Die Erbschaft an Bitterkeit, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, schwindet mit dem Wechsel der Generationen. Wenn auch die kanadische Regierung ihre Vorstellungen von richtiger Deutschlandpolitik nicht immer praktiziert gesehen hat, so ist doch ihr Grundgedanke, nämlich die Integration eines freien und demokratischen Deutschland in die westliche Gemeinschaft, inzwischen Realität geworden. Eine solche Situation läßt für die Zukunft beider Länder Gutes hoffen.

[58] Montreal Star, 8. November 1961.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

FRIEDRICH-KARL v. PLEHWE

DIE ÜBERFLUTUNGEN IN DEN NIEDERLANDEN IM JAHRE 1944

Die ursprünglichen Pläne und ihre Abwandlung

Vorbemerkung des Herausgebers

Der hier folgende Beitrag berichtet über Vorgänge, die bisher wenig beachtet worden sind, denen aber im Endstadium des Zweiten Weltkriegs eine symptomatische Bedeutung zukommt, und zwar insofern, als es hier, wie in manchem anderen Fall, gelang, von oben kommende Zerstörungsbefehle, die radikale Folgen haben mußten, unter günstigen personalen Voraussetzungen „abzubiegen". Die Richtigkeit des Mitgeteilten ist dem Verfasser, der jetzt als Vortragender Legationsrat I. Kl. im Auswärtigen Amt tätig ist, ausdrücklich von dem in der fraglichen Zeit auf der nächsthöheren Ebene zuständigen Generalstabsoffizier bestätigt worden. Es wäre erwünscht, wie auch Professor Percy Ernst Schramm, der den Anstoß zu dieser Veröffentlichung gab, in einer Zuschrift betont, daß durch diesen Beitrag weitere Forschungen angeregt würden, etwa im Wege einer deutsch-holländischen Gemeinschaftsarbeit. Jedenfalls dürften die Tatsachen, die hier berichtet werden, über die Bereicherung des historischen Wissens hinaus den nachbarlichen politischen Beziehungen nur zugute kommen. H. R.

Am 12. November 1943 traf ich, als Erster Generalstabsoffizier (Ia) zur 719. Infanterie-Division versetzt, im Stabsquartier dieser Division in Dordrecht (Niederlande) ein. Der Abschnitt der Division, die dem LXXXVIII. Armeekorps in Utrecht unterstellt war, hatte eine Frontlänge an der See von ca. 100 Kilometern, nämlich vom Südrand der Stadt den Haag bis zur Insel Schouwen einschließlich, und eine Tiefe von 65 Kilometern (Luftlinie).

Bereits in den ersten Wochen meiner neuen Tätigkeit erfuhr ich andeutungsweise vom Chef des Stabes des Armeekorps, Oberst i. G. Eichert-Wiersdorff, daß der Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden (General der Flieger Christiansen, Hauptquartier in Hilversum) den bereits vor zwei Jahren einmal aufgetauchten Gedanken, weite Landstriche im Verteidigungsbereich Holland zu überfluten, wieder aufgenommen habe und jetzt entschlossen sei, diese Überflutungen durchführen zu lassen.

Am 20. Dezember 1943 wurden Oberst i. G. Eichert-Wiersdorff sowie der Kommandeur der 719. Division, Generalleutnant Höcker, und ich in Hilversum vom Chef des Stabes des Wehrmachtsbefehlshabers, Generalleutnant v. Wühlisch, über folgendes unterrichtet:

Die Invasion der Alliierten auf dem europäischen Festland werde für das kommende Jahr erwartet. Die eigene Truppe im Abschnitt Holland sei so schwach, daß das von der Natur des Landes angebotene Mittel großräumiger Überflutung zur Verstärkung der Abwehrkraft ausgenutzt werden müsse. Vor zwei Jahren hätte es noch keine drohende Invasionsgefahr gegeben. Darum habe man damals die Überflutung noch zugunsten der wirtschaftlichen Nutzung des Landes zurückstellen

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können. Heute überwiege die militärische Notwendigkeit. Das Oberkommando der Wehrmacht sei von dieser Absicht unterrichtet. Es habe ihr im Prinzip bereits zugestimmt, erwarte aber zur abschließenden Entscheidung eine eingehende Vorlage über die geplante Durchführung.

General v. Wühlisch erläuterte uns dann an Hand einer Karte, welche Vorstellungen sich der Wehrmachtsbefehlshaber bereits vor zwei Jahren über den Umfang der Überflutungen gebildet habe. Nördlich der Maas sollte ein breiter Streifen parallel zur Küste überschwemmt werden; ferner weite Strecken südlich Amsterdam sowie zwischen Rotterdam und den Haag. Als Schwerpunkt der Überflutung sei aber das Gelände südlich der Maas vorgesehen, nämlich die gesamten Seeländischen Inseln und auch weite Festlandteile nordwestlich der Linie Moerdijk–Bergen op Zoom. Die Insel Walcheren würde folgen.

Die Besprechung endete mit dem Auftrag an das LXXXVIII. Korps, eine umfangreiche Stellungnahme unter Berücksichtigung aller militärischen Gesichtspunkte vorzulegen. Wirtschaftliche oder gar politische Gesichtspunkte seien nicht aufzuführen. Genaue Vorschläge für die technische Durchführung seien hinzuzufügen. Dazu gehörten alle Einzelheiten für die genaue Festlegung der Überflutungsflächen nach der obengenannten Richtlinie, Neugliederung der Truppen, Versorgung der vorne zwischen See und Überflutungsgebiet zu belassenden Kräfte, Neuregelung der Nachrichtenverbindungen, Verbringung der holländischen Zivilbevölkerung und des Viehs aus den Überschwemmungsgebieten, Festlegung der Wasserhöhe in den Poldern, Einzeichnung aller Sprengstellen für den Wassereinlaß mit genauer Berechnung der hierzu benötigten Sprengmittel, Zeitbedarf und Zeitplan für die einzelnen Phasen der Vorbereitung und der Durchführung. Alle Erkundungen und Maßnahmen seien mit größter Beschleunigung durchzuführen, damit der vermehrte Schutz des holländischen Frontabschnittes durch die beendete Überflutung recht bald hergestellt werden könne. Die gleichzeitige Sprengung der Dämme und Deiche an allen erforderlichen Stellen sei unter dem Gesichtspunkt des Zeitbedarfs nicht problematisch. Um so mehr müsse auf Schnelligkeit bei den Erkundungen und den vorbereitenden Maßnahmen für Anforderung und Heranführung der Sprengmittel geachtet werden. Da insbesondere der Abschnitt der 719. Division von der Überflutung betroffen würde, habe er den Kommandeur und den Ia dieser Division gleichzeitig zu dieser Besprechung hinzugezogen.

Das LXXXVIII. Korps (General der Infanterie Reinhard) gab diesen Auftrag zwei Tage später an die Division weiter. So wurde ich unter weitgehender Befreiung von den laufenden Dienstgeschäften angewiesen, die erforderlichen Erkundungen anzustellen und eine ausführliche Denkschrift vorzulegen. Nach Auswertung und Genehmigung sollte diese Denkschrift dann als Richtschnur für die Überflutungen auch in den Abschnitten der anderen Divisionen in den Niederlanden dienen.

Der Auftrag war mir zuwider. Ich war bereits seit Ende 1940 durch die Erkenntnisse, welche meine Tätigkeit im Stab des Militär-Attachés in Rom erbracht hatte, davon überzeugt, daß es für Deutschland keine Aussicht gebe, der militärischen Niederlage zu entgehen. Daher ging ich unwillkürlich auch an diese Aufgabe mit

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Vorsatz, wenigstens nach dem bereits in Rom eingeschlagenen Verfahren den Bewohnern des Landes unnütze Härten zu ersparen und weitere Schädigungen des deutschen Ansehens soweit wie möglich zu verhindern. Zusätzlich wurde hier meine Verbundenheit mit der Landwirtschaft berührt, wenn viele hunderttausend Morgen wertvollsten Acker- und Weidelandes auf unabsehbare Zeit zerstört werden sollten. Dies galt insbesondere für die sogenannten „Seeländischen Inseln", die einst von den Holländern in mühevoller Arbeit dem Meere abgerungen und zu nutzbarem Land verwandelt worden waren. Zu bedenken war ferner, daß zahlreiche Mittel- und Kleinstädte sowie ungezählte Dörfer und kleine Gehöfte zwangsläufig in die Überflutung einzubeziehen waren.

In vertraulichen Gesprächen kamen Generalleutnant Höcker, Oberst i. G. Eichert-Wiersdorff, die auch die menschlichen und wirtschaftlichen Aspekte dieses Vorhabens bedauerten, und ich zu folgenden Übereinstimmungen:

1. Eine ablehnende Stellungnahme ist zwecklos, da die vorgesetzten Dienststellen zur Überflutung entschlossen sind und es auch nicht widerlegt werden kann, daß die Überflutung Truppen spart und die Verteidigungsbereitschaft des Abschnittes erhöht.
2. Die Maßnahme ist nicht rechtswidrig. Überflutungen sind ein völkerrechtlich zulässiges Mittel der Kriegführung. Die Geschichte der Niederlande beweist es.
3. Es stellt sich die Frage, ob ein geringerer Umfang der Überflutung vorgeschlagen und mit möglichst objektiv erscheinenden Argumenten belegt werden kann. Oberst i. G. Eichert-Wiersdorff wußte aber bereits aus vertraulichen Mitteilungen von Generalleutnant v. Wühlisch, daß seitens des Wehrmachtsbefehlshabers Einschränkungen nicht geduldet würden. Eine Diskussion über den Umfang könnte nur schädlich sein, weil von oben eine durchschlagende Maßnahme zur Abschreckung des Gegners verlangt würde.

Am 23. 12. 1943 habe ich die Erkundungen im Gelände aufgenommen. Zeitweise beteiligte sich daran der Wasserbaufachmann beim Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden, Oberregierungs- und Baurat Kiel. Ich wurde ferner bei dieser Arbeit unterstützt vom Kommandeur des Pionierbataillons der Division, Major der Reserve Fleischhut, und meinen beiden Ordonanzoffizieren, Oberleutnant d. Res. Bohm und Oberleutnant d. Res. Wagner.

Am 26. 12. 1943 kam ich gegen Abend bei der Entenjagd in der Gegend von Willemstad mit einem alten holländischen Schleusenwärter ins Gespräch. Hierbei erfuhr ich, daß man alle Schleusen in diesem Raum – auch Schleusen, welche zum Ausschöpfen eingesickerten Wassers aus selbst kleinen Poldern dienen – „in umgekehrter Richtung", d. h. zum Wassereinlassen, benutzen kann. Hieraus ersah ich die faszinierende Möglichkeit, die Überflutung ohne Sprengen der Dämme, nämlich durch diese umgekehrte Bedienung der Schleusen, zustande zu bringen. Bei der Sprengung der Dämme würde das Land durch den zweimal täglich bei Flut hereinströmenden vollen Salzgehalt für einen sehr langen Zeitraum unbrauchbar werden. Mir war von Fachleuten hierfür die Zahl von rund 12 Jahren, möglicherweise noch mehr, nach Beginn des Überflutens genannt worden. Wenn man nun

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber das Wasser nur durch die Schleusen bis zu der inzwischen als militärisch erforderlich errechneten Mindesthöhe von 60 cm einließe, dann würde nur einmal – abgesehen von gelegentlich erforderlichem Nachfluten – der Salzgehalt der benötigten Wassermengen eindringen. Der Schaden für die spätere Wiederaufnahme der Land- und Weidewirtschaft würde sich auf ein Minimum verringern. Nachfragen ergaben, daß unter diesen Umständen knapp zwei Jahre nach dem Entfluten die volle Nutzung wieder gegeben sein würde, im Unterschied zu den oben genannten ca. 12 Jahren.

Es erschien mir sofort äußerst lohnend, diesen Gedanken energisch zu verfolgen. Zudem konnte dann das kostbare Damm- und Deichsystem intakt gehalten bleiben, dessen Wiederherstellung später ungeheure Mühen und Kosten gefordert hätte.

Ich stieß jedoch zunächst auf harten Widerstand von vielen Seiten. Es wurde mir entgegengehalten:

1. Es würde eine ständige Sabotagegefahr bestehen. Landeseinwohner oder Agenten könnten angesichts der großen Ausdehnung und Entfernungen unschwer Schleusen öffnen und das Wasser ablaufen lassen. Ständige militärische Überwachung aller Schleusen sei unmöglich; sie würde weit mehr Truppen erfordern, als die Überflutung einspart.
2. Das somit als durchweg „stehendes Gewässer" überschwemmte Poldergebilde würde auch eine dauernde technische Beaufsichtigung an allen Schleusen erfordern, um sofort die Schleusen zu betätigen, wenn der Wasserspiegel durch Versickerung oder Verdunstung absinkt.
3. Diese Art der Überflutung würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Während bei Sprengung der Dämme das Wasser bei Flut schnell bis zur gewünschten Höhe einströmt, würde man mittels umgekehrter Bedienung der Schleusen nur zentimeterweise – oder gar weniger – bei jeder Flut das Wasser steigen lassen können.
4. Wenn die Dämme nicht gesprengt würden, würde dem anlandenden Feind ein Straßen- und Wegenetz belassen, das den militärischen Wert der Überflutung stark beeinträchtigt.

In Anbetracht dessen, was auf dem Spiele stand, gab ich mich von diesen Argumenten nicht geschlagen. Am 29. 12. 1943 waren die Erkundungen und Vorbesprechungen abgeschlossen. Am 30. 12. 1943 begann das Diktieren der Denkschrift und die Anfertigung der dazugehörigen Skizzen und Tabellen. Ich bezeichnete das allgemein als selbstverständlich angenommene und auch vom Wehrmachtsbefehlshaber der Niederlande vorgesehene Überfluten mittels Sprengungen der Dämme als „wildes Fluten" und die von mir vertretene Art als „zahmes Fluten". Es wurde mit allen erdenklichen und verwendbaren Beweisführungen vorgeschlagen, diesem „zahmen Fluten" den Vorzug zu geben. Die genannten Gegengründe und Bedenken wurden wie folgt zu entkräften versucht:

Zu 1.: Die Holländer seien friedliche Leute, In fast vier Jahren der Besetzung seien kaum Sabotageakte erfolgt. Auch bei der Überflutung sei nicht damit zu rechnen.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu 2.: Man sollte die holländischen Schleusenwärter auf ihren Posten belassen und ihnen aufgeben, das eingelassene Wasser auf der vorgeschriebenen Höhe zu halten. Die Regimenter und Bataillone sollten in ihren Abschnitten Radfahrergruppen einsetzen, welche die Tätigkeit der Schleusenwärter überwachen.

Zu 3.: Der Einwand, daß die Durchführung des zahmen Flutens mehr Zeit benötigen würde, war angesichts der üblichen Hektik bei den Entschlüssen in der Kriegführung jener Jahre nicht leicht zu widerlegen. Es mußte daher zunächst zu dem Mittel gegriffen werden, den von den Sachverständigen angegebenen Zeitbedarf etwas nach unten abzurunden. Ferner wurde ins Feld geführt, daß anzunehmen sei, es werde auch „höheren Orts" wegen der bekannten maritimen Wetterverhältnisse nicht mit einer Invasion in den Wintermonaten gerechnet. Bis zum Frühjahr könnte auch das zahme Fluten abgeschlossen sein.

Zu 4.: Der Ansicht, daß die unversehrten Dämme dem Feind das weitere Vorgehen nach der Anlandung entscheidend erleichtern könnten, wurde entgegengehalten, daß dies nur in sehr beschränktem Umfang, nur für kleine Trupps zuträfe, für deren Abweisung die vorhandene Truppe ausreiche. Zudem könnte man beiden Forderungen (Bestehenlassen der Dämme für die Zeit der Flutung und Erschweren feindlichen Vorgehens) dadurch entsprechen, daß an wichtigen Stellen die Sprengungen der Dämme für den Augenblick der Invasion durch Anbringung der Sprengmittel vorbereitet würden. Darum brauche man aber nicht an jedem der Hunderten von Poldern die Dämme schon zum Fluten zu zerreißen.

Es käme hinzu, daß die Dämme auch nach der Überflutung zur täglichen Versorgung der auf den Inselköpfen zu belassenden eigenen Vorposten und Sicherungstruppen dringend benötigt würden.

In den Mittelpunkt der Ausführungen zugunsten des zahmen Flutens wurde der Sprengmittelbedarf gestellt. Hier bot sich das stärkste Argument an. Der Stab des Pionierbataillons hatte zu Beginn der Erkundungen bereits den Auftrag erhalten, die Dynamitmengen zu berechnen, die erforderlich wären, wenn sämtliche Überflutungen im Divisionsabschnitt mittels Sprengungen getätigt würden. Ich wußte, daß Sprengmittel wegen der Anforderungen von allen Fronten und wegen der durch alliierte Luftangriffe behinderten Herstellung außerordentlich knapp waren. Der Kommandeur des Pionierbataillons, Major Fleischhut (im Zivilberuf Apotheker in Plauen/Vogtland), verstand meine Absichten. Er unterstützte mich vortrefflich bei einer etwas großzügigen Summierung aller eingegangenen Berechnungen und Bedarfsanforderungen. In der Denkschrift wurde daher ein Gesamtbedarf deklariert, der viele Eisenbahnzüge gefüllt hätte und das Oberkommando des Heeres hinsichtlich der Bereitstellung in erhebliche Schwierigkeiten bringen mußte.

Auch die anderen Abschnitte der Denkschrift, die mir in allen Einzelheiten nicht mehr erinnerlich sind, wurden soweit wie möglich zu der Beweisführung herangezogen, daß das zahme Fluten vorzuziehen sei.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Denkschrift wurde am 2. 1. 1944 dem LXXXVIII. Korps vorgelegt. Sie ist von dort auf dem Dienstweg über den Befehlshaber in den Niederlanden, den Oberbefehlshaber West (Generalfeldmarschall v. Rundstedt) und den Stab Rommel (für Vorbereitung und Abwehr an der Invasionsfront eingesetzt) an das Oberkommando der Wehrmacht gegangen.

Am 6. 2. 1944 erhielt ich vom Chef des Stabes beim Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden, Generalleutnant v. Wühlisch, die Nachricht, daß das Oberkommando der Wehrmacht mich zu einer Rücksprache über die Denkschrift angefordert habe. Der Oberwasserbaurat Kiel werde mich auf dieser Dienstreise begleiten, um in technischen Fragen zu sekundieren. General v. Wühlisch äußerte, er habe erfahren, daß es bei der Rücksprache, die bei Generaloberst Jodl, möglicherweise auch bei Adolf Hitler stattfinden werde, in erster Linie um das in der Denkschrift befürwortete Fluten ohne Sprengungen gehen werde. Der Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden und auch er, General v. Wühlisch, wollten zu dieser Frage im einzelnen nicht Stellung nehmen. Es käme ihnen lediglich darauf an, daß mit Rücksicht auf die nach Zahl und Bewaffnung schwachen Truppen in den Niederlanden die Überflutung schleunigst befohlen würde. Darüber hinaus bat er mich, bei dieser Gelegenheit eines direkten Vortrages an so hoher Stelle außerdem noch Truppenverstärkung für die Niederlande zu erreichen.

Nach Ankunft im Hauptquartier des OKW in Ostpreußen (bei Rastenburg) am 8. 2. 1944 morgens hatte ich zunächst Vortrag beim Ia – op (Heer), Generalmajor v. Buttlar, zu halten. Die Absicht, meine Überzeugungskraft für das zahme Fluten im Hinblick auf anschließende Vorträge zu schulen, ließ sich nicht verwirklichen, weil Generalmajor v. Buttlar durch Ereignisse auf anderen Kriegsschauplätzen stark abgelenkt war. Er bemerkte nur kurz, daß es schwer einzusehen sei, warum man nicht die natürliche und hergebrachte Art, nämlich das Überfluten mittels Sprengungen, wählen sollte. Er wolle sich mit der Frage aber weiter nicht befassen, die von Hitler und Jodl zu entscheiden sei.

Um 15.15 Uhr begann die Rücksprache beim Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Generaloberst Jodl. Sie dauerte 45 Minuten. Anwesend waren noch Major i. G. Friedel (OKW) und Oberwasserbaurat Kiel. Jodl erklärte an Hand einer großen Karte der Westfront, daß das OKW zu den Überflutungen in Holland fest entschlossen sei. Er habe mich aber zum Vortrag bestellen müssen, weil die in der Denkschrift vorgeschlagene technische Durchführung ungewöhnlich sei und möglicherweise zu viel Zeit benötige. Er erteilte mir dann das Wort und ließ mich – von kurzen Zwischenfragen abgesehen – verhältnismäßig ruhig die wesentlichen Argumente aus der Denkschrift wiederholen. Ich ging zunächst auf den Zeitfaktor ein und versuchte nachzuweisen, daß der Unterschied zwischen zahmem und wildem Überfluten in dieser Hinsicht nicht ins Gewicht fallen. Im letzten Drittel meiner Ausführungen wurde dann der Sprengstoffbedarf stark in den Vordergrund geschoben und herausgestellt, daß das wilde Fluten eine Verschwendung sein würde, weil man mit dem zahmen Fluten den gleichen Zweck für die Abwehrbereitschaft des Abschnitts Holland erreichen könnte. Jodl äußerte hierzu, daß in der Tat der

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

General der Pioniere beim Oberkommando des Heeres „die Hände gerungen habe", als ihm die Zahlen für den Sprengstoffbedarf aus der Denkschrift bekannt wurden. Die Entscheidung müsse nunmehr Adolf Hitler (er sagte natürlich „dem Führer") überlassen bleiben.

Sodann forderte er Oberwasserbaurat Kiel zu einer Stellungnahme auf. Herr Kiel hegte gewisse wasserbau-technische Bedenken gegen das zahme Fluten. Es beschäftigte ihn auch der Gedanke, daß damit der Forderung des OKW widersprochen wurde, die Überflutung mit der höchstmöglichen Eile durchzuführen. Erfreulicherweise schloß sich aber Herr Kiel bei seinen Ausführungen vor Generaloberst Jodl überwiegend meinen Argumenten an, nachdem ich ihn vorher sehr nachdrücklich darum gebeten hatte.

Generaloberst Jodl machte dann zum Schluß zu meinem Erstaunen Ausführungen zu zwei Fragen, die als Beleuchtung der Ansichten und Beurteilungen beim Oberkommando der Wehrmacht im Rückblick von einigem Wert sind:

1. Er glaube persönlich nicht an eine Landung der Alliierten in Holland. Trotzdem müsse die Überflutung durchgeführt werden, um sicherzugehen. Ein Angriff auf Holland sei für die Alliierten aus militärischen Gründen zwar empfehlenswert, aber die Alliierten würden aus politischen Gründen davon Abstand nehmen und zwar aus Rücksicht auf das holländische Königshaus. Wörtlich: „Das werden sie der Königin Wilhelmina nicht antun." Ich mußte mich etwas zusammennehmen, um nicht ein allzu erstauntes Gesicht zu dieser verfehlten Beurteilung der Motive der alliierten Kriegsführung zu machen.
2. Bereits am Vormittag hatte ich im Wehrmachtsführungsstab gehört, daß in den nächsten Tagen ein Gegenangriff gegen die vor einigen Wochen bei Nettuno (südwestlich Rom) gelandeten alliierten Streitkräfte erfolgen sollte. Jodl sagte hierzu: „Sagen Sie dem Oberbefehlshaber in den Niederlanden, daß wir in den nächsten Tagen bei Nettuno einen großen Erfolg erzielen werden. Wir wissen, daß die dort gelandeten Engländer heute schon wünschen, sie hätten diese Aktion nicht unternommen. Sie haben gemerkt, daß es eine bittere Pille für sie werden wird. Sie werden in Kürze grausam ins Meer zurückgeworfen werden."

In der Tat sind aber die Engländer, nachdem ihnen die Landung bei Nettuno einmal gelungen war, dort nie in ernster Gefahr gewesen, wieder zurückgestoßen zu werden. Bekannte im OKW gaben mir Einblick in die Karteneinzeichnungen, aus denen hervorging, daß die deutschen Kräfte für den bevorstehenden Gegenangriff nicht ausreichten[1].

Generaloberst Jodl entließ uns am 8. 2. mit der Bemerkung, daß Herrn Kiel ein Wagen zur Rückfahrt zum Zuge zur Verfügung gestellt würde, während ich zu möglicherweise weiteren Rückfragen und Vorträgen im Hauptquartier bleiben sollte.

Den Abend dieses Tages verbrachte ich im Kasino des Wehrmachtsführungs-

[1] P. E. Schramm, Kriegstagebuch des Oberkommendos der Wehrmacht, Band IV, S. 122–175.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stabes in Gesellschaft von Professor Percy E. Schramm, damals Führer des Kriegstagebuchs des OKW, den Oberstleutnanten i. G. Ziervogel und v. Bibra und des Major i. G. Moll. Ich wurde kameradschaftlich mit der Frage gehänselt, wie ich wohl die merkwürdige Idee des zahmen Flutens vor Adolf Hitler zu vertreten gedächte, der doch derartigen Umwegen und „Mätzchen" vollkommen abgeneigt sei.

Um 2.15 Uhr (9. 2. 1944) kam Kapitän z. S. Assmann aus einer Besprechung bei Hitler ins Kasino und sagte mir, ich würde nicht mehr benötigt, ich sollte nach Holland zurückfahren. Hitler hätte soeben entschieden, daß die Überflutung sofort begonnen werden sollte, und zwar in der „zahmen Art". Er habe sich zunächst nochmals recht ungehalten darüber geäußert, daß dadurch wahrscheinlich Zeit verlorengehen würde. Er habe sich daher während der Besprechung sogar noch einmal für die Sprengungen ausgesprochen. Schließlich habe er aber zugegeben, daß die Sprengmittel-Anforderungen unerfüllbar erschienen. Ein entsprechender fernschriftlicher Befehl des OKW erging daraufhin bereits in der Nacht vom 8. zum 9. 2. 1944 an den Oberbefehlshaber in den Niederlanden.

Die zahme Überflutung in Holland ist nach den vorgesehenen Vorbereitungen (Truppenumgliederungen, Evakuierungen, Viehabtrieb usw.) im März 1944 angelaufen. Es wurden bis Ende April 910 qkm (= 364 000 Morgen) durch Betätigung der Schleusen unter Wasser gesetzt; davon 250 qkm im Hinterland durch Zufluß von Süßwasser aus Flüssen oder Kanälen und 660 qkm (= 264 000 Morgen) durch einmaliges Einlassen von Seewasser. Diese Zahlenangaben sind dem veröffentlichten Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, IV. Band, Seite 304 entnommen.

Mit holländischen Angaben decken sich diese Ziffern nur für den Stand vom Frühjahr 1944. Für das Frühjahr 1945 hingegen nennt eine holländische Zusammenstellung die Zahl von 914 480 Morgen (= 228 620 ha) für die unter Wasser stehende Gesamtfläche. Das hätte einer Überflutung von 9,7% des kultivierten Bodens der Niederlande entsprochen[2]. Zu den Schäden für den Boden kam der Schaden an den Gebäuden. Auch dieser ist dadurch erheblich gemindert worden, daß in den seewärts gelegenen Gebieten nicht täglich neues Seewasser hineinfloß, weil überall „zahm" geflutet wurde.

Die holländische Bevölkerung hat sich bei der Durchführung äußerst diszipliniert verhalten. Die Schleusenwärter haben – wie vorausgesehen – ihre Tätigkeit beim schubweisen Einlassen und späteren Regulieren des Wassers ohne Beanstandungen, sogar mit einer gewissen Hingabe verrichtet. Sie wollten offensichtlich Pannen vermeiden, welche die Deutschen dann doch noch, zumindest örtlich, zum Sprengen der Deiche hätten veranlassen können. Ich habe in jenen Monaten von vielen Holländern folgende, den Tatsachen nüchtern Rechnung tragende Reaktionen gehört:

1. Sie seien höchst befriedigt, daß durch das „zahme" Fluten der land- und weidewirtschaftliche Schaden auf ein Mindestmaß beschränkt bliebe und die Katastro-

[2] D. A. van Hilten, Van Capitulatie tot Capitulatie, Leiden 1949, Seite 124f.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

phe des ständigen Einspülens von Salzwasser vermieden würde. Auch die Erhaltung des Damm- und Deichsystems wußten sie sehr zu schätzen.

2. Mit dieser Art der Überflutung wollten sie sich trotz aller noch damit verbundenen Härten (Evakuierungen, Ernteausfall) gern abfinden, wenn dadurch ihre Heimat vor noch weit Schlimmerem bewahrt würde, nämlich durch alliierte Invasion zum Kriegsschauplatz zu werden.

Bald nach dem Kriegsende erfuhr ich zu meiner Freude aus englischen Zeitungen, daß die Entflutung schnell und reibungslos vorgenommen werden konnte, weil Schleusen und Dämme intakt waren. Es konnte daher sogar im Herbst 1945 stellenweise in diesen Gebieten schon mit erster Aussaat (zunächst vorzugsweise Luzerne) begonnen werden. Anderenfalls wären 10–15 Jahre vonnöten gewesen, um das Land wieder voll verwertbar zu machen. Erst heute gibt es neue Mittel, die man salzig verwässertem Boden zusetzen kann, um ihn schneller wieder nutzen zu können[3].

[3] Die Denkschrift, welche zu der „zahmen" Überflutung geführt hat, ist Ende 1943 in nur zwei Exemplaren gefertigt worden. Das Original wurde dem Oberkommando der Wehrmacht vorgelegt. Der Durchdruck verblieb bei den Akten des Stabes der 719. Infanteriedivision. Ob dieser Durchdruck bei Kampfhandlungen vernichtet wurde, in welche die Division in den letzten Kriegswochen westlich des Niederrheins verwickelt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis, da ich im August 1944 eine anderweitige Verwendung erhielt.

In den letzten Jahren angestellte Forschungen amtlicher Stellen haben ergeben, daß die Denkschrift zu den Dokumenten der ehemaligen deutschen Wehrmacht gehört, die sich noch in den USA befinden.

Die vorstehende Niederschrift ist ein Auszug aus privaten Tagebüchern der damaligen Zeit und aus einer umfassenden Aufzeichnung, die ich noch im Winter 1944/45 als Gedächtnisstütze verfaßt habe.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

EINE REDE STRESEMANNS ÜBER SEINE LOCARNOPOLITIK

Die hier abgedruckte Rede Stresemanns wurde in Berlin vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am 22. November 1925 gehalten. Der Wortlaut ist dem parteiamtlichen maschinenschriftlichen Protokoll entnommen. Dieses, sowie vier weitere Protokolle von Sitzungen des Zentralvorstandes (1924, 1926, 1927, 1929), befindet sich im Bestand „Deutsche Volkspartei" im Bundesarchiv zu Koblenz[1]. Auf allen fünf Sitzungen hat Stresemann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralvorstandes eine ausführliche Rede gehalten. Außerdem hat er im Laufe der anschließenden Aussprache weitere Bemerkungen gemacht. Ein Teil seiner Bemerkungen zur Diskussion am 22. November 1925 wird nach seiner Rede unten mit abgedruckt.

Diese Reden und Bemerkungen Stresemanns vor dem Zentralvorstand der DVP sind als Quellen für seine Außenpolitik noch nicht ausgewertet worden. Bisher sind sie in nur zwei Arbeiten zitiert worden, und zwar ausschließlich im Zusammenhang mit der Innenpolitik[2]. Die Mehrzahl von ihnen werfen aber mehr Licht auf Stresemanns Außenpolitik als auf die Innenpolitik, denn ab 1924 trat er gewöhnlich auch vor der eigenen Partei als Außenminister auf. Mit Ausnahme der Tagung von 1929, wo eine schwelende Krise in der damaligen großen Koalition die Innenpolitik in den Vordergrund schob, sprach er hauptsächlich über außenpolitische Angelegenheiten. Seine Äußerungen auf diesen Sitzungen verdienen daher die Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft in der fortlaufenden Auseinandersetzung mit seiner Außenpolitik.

Aus mehreren Gründen sind diese Äußerungen als Geschichtsquellen besonders wertvoll. Sie vermehren zum Beispiel jene seltene Gelegenheiten, wo der Historiker Zeuge sein kann, wie Stresemann praktisch aus dem Stegreif seine außenpolitischen Gedanken formulierte. Der Wortlaut stammt nicht aus vorbereiteten Manuskripten, sondern wurde auf der Stelle von einem Stenographen niedergeschrieben.

Das Fehlen einer formalen Gliederung in den Reden sowie die vielen Abschweifungen geben Grund zu der Vermutung, daß Stresemann sich vor dem Zentralvorstand gewöhnlich auf kurze Notizen in Form von Stichworten gestützt hat, was auch sonst häufig sein Gebrauch war. Eine Durchforschung seines Nachlasses hat für nur eine dieser Reden – die vom Jahre 1929 – einen Entwurf ans Licht gebracht, dessen Text allerdings mit dem stenographisch aufgenommenen Wortlaut nicht übereinstimmt[3]. Bei seinen Bemerkungen zur Diskussion sprach Stresemann wahrscheinlich völlig frei. Aus den vielen orthographischen Fehlern (hier korrigiert) sowie ausgelassenen Worten und Satzteilen läßt sich folgern, daß Stresemann nachher

[1] Protokoll vom 22. 11. 1925: R 45 II/40; vom 6. 7. 1924: R 45 II/39; vom 1. 10. 1926: R 45 II/41; vom 19. 3. 1927: R 45 II/42; vom 26. 2. 1929: R 45 II/43.

[2] Roland Thimme, Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923–1925, Lübeck 1961; Henry Ashby Turner Jr., Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963, deutsche Übersetzung: Stresemann, Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968.

[3] Mikrofilm Rolle 3164, Band 103, S. 174673–90.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den stenographischen Wortlaut weder korrigiert noch redigiert hat, im Gegensatz zu seiner Gewohnheit bei Reden, die so niedergeschrieben wurden[4]. Man darf also wohl die unten abgedruckten Worte als diejenigen betrachten, die er tatsächlich gesprochen hat, natürlich vorbehaltlich möglicher Fehler des Stenographen.

Ein zweiter Grund für den Wert dieser Äußerungen vor dem Zentralvorstand liegt darin, daß bei diesen Gelegenheiten Stresemann in einem vertrauten Kreise sprach. Bei den meisten der überlieferten Reden, in denen er sich mit seiner Außenpolitik befaßte, sprach er Zuhörer an, deren Vertrauenswürdigkeit zweifelhaft war. Er mußte also seine Worte mit Rücksicht auf ihre Wirkung auf die Innen- und Außenpolitik sorgfältig abwägen. Vor dem Zentralvorstand seiner eigenen Partei jedoch waren diese hemmenden Erwägungen, wenn nicht völlig ausgeschaltet, so doch wenigstens sehr vermindert. Die Sitzungen dieses Gremiums waren nämlich traditionsgemäß vertraulich. Teilnahme wurde streng auf Mitglieder beschränkt, und alle, sogar Vertreter der Parteipresse, wurden verpflichtet, in der Öffentlichkeit nicht über den summarischen parteiamtlichen Bericht hinauszugehen[5]. In seinen Reden betonte Stresemann diese Vertraulichkeit der Sitzungen wiederholt, besonders bei der Behandlung empfindlicher außenpolitischer Zusammenhänge. Obwohl der Zentralvorstand kein kleines Gremium war – er zählte in diesen Jahren fast 300 Mitglieder, wenn auch kaum alle an den Sitzungen teilnahmen[6] – wurde Stresemanns Vertrauen nicht verletzt. Es gab keinen einzigen Fall eines Durchsickerns seiner außenpolitischen Bemerkungen an die Presse. Er konnte daher offen sprechen, ohne fürchten zu müssen, daß seine Worte am nächsten Morgen im „Vorwärts" oder im „Matin" erscheinen würden.

Der Wert dieser Äußerungen vor dem Zentralvorstand wird noch dadurch gesteigert, daß es nicht leicht ist, sie als taktisch motiviert abzutun. Dieser Einwand kann gegen manche derjenigen Dokumente, die in der revisionistischen Geschichtsschreibung über Stresemanns Außenpolitik eine große Rolle gespielt haben, erhoben werden. Das gilt zum Beispiel für seinen so oft zitierten Brief an den ehemaligen Kronprinzen im September 1925, für seine Rede vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landmannschaften im Dezember des gleichen Jahres[7] und für seine vielen

[4] Einige orthographische Fehler wurden mit Tinte korrigiert, aber die Handschrift ist nicht die Stresemanns.

[5] Siehe die Einladung der Reichsgeschäftsstelle für die Sitzung vom 22. 11. 1925, unter dem Datum 16. 11. 1925: R 45 II/40, S. 238. Obwohl Stresemann in seiner Rede sagte, daß es „nicht beabsichtigt ist, über die Verhandlungen einen Bericht herauszugeben", wurde ein solcher Bericht wie gewöhnlich an die Presse gegeben: Siehe Frankfurter Zeitung vom 23. 11. 1925, Nr. 872.

[6] Die Mitgliedschaft schwankte mit der Zahl der gewählten DVP Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen. Im März 1924 zählte der Zentralvorstand 335 Mitglieder: R 45 II/39. Nach der Wahlniederlage vom Mai 1924 wurde die Mitgliedschaft auf „etwa 300 Personen" von der Reichsgeschäftsstelle geschätzt: Brief an DVP Frankfurt am Main, Juli 1924, R 45 II/39. Bei den Abstimmungen wurden selten mehr als 130 Stimmen abgegeben: siehe R 45 II/39, S. 275, S. 495, S. 543. Leider gibt es keine Anwesenheitslisten.

[7] Diese Rede (vom 14. Dezember 1925) ist in vollem Wortlaut jetzt abgedruckt im Anhang zu: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie B, Bd. I, S. 727 ff.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Äußerungen den Deutschnationalen und der Presse gegenüber. In allen diesen Fällen richtete Stresemann aber seine Worte an Zuhörer, die seiner Außenpolitik gegenüber potentiell feindlich oder zumindest mißtrauisch eingestellt waren. Es ist also möglich einzuwenden, daß er sich bei diesen Gelegenheiten bemüht hat, seine Politik „härter" scheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit war, um die Unterstützung dieser Zuhörer zu gewinnen. Vor dem Zentralvorstand der DVP gab es jedoch wenig Grund für eine solche Übertreibung der nationalistischen und realpolitischen Seite seiner Politik. Dort sprach er kein feindliches oder mißtrauisches Publikum an, sondern eins, dessen Unterstützung er sicher war. Die DVP war bekanntlich nicht immer loyal ihrem Vorsitzenden gegenüber und wiederholt mußte sich Stresemann gegen Rebellionen wehren. Aber ohne Ausnahme ergaben sich diese Rebellionen aus der Innenpolitik. Kein einziges Mal gab es einen ernsthaften Angriff auf seine Außenpolitik seitens der DVP. Weder Dawesplan noch Locarno, weder der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund noch der Youngplan stießen auf ernsthaften Widerstand innerhalb seiner Partei. Dazu kommt, daß seit dem Frühjahr 1924 – als Stresemann eine Rechts-Fronde innerhalb der DVP auseinander getrieben hatte – bis zur Zeit der großen Koalition in den Jahren 1928–29 auch keine bedeutende innenpolitische Opposition vorhanden war.

Zur Zeit der Sitzung vom 22. November 1925 stand Locarno im Mittelpunkt der deutschen Politik. Mitte Oktober hatte die deutsche Delegation die Verträge, die in den Verhandlungen in Locarno zustande gekommen waren, paraphiert. Kurz danach hatten die Deutschnationalen plötzlich die Verträge abgelehnt und waren aus der Regierung zurückgetreten. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der DVP gaben dagegen den Verträgen ihre volle Unterstützung. Infolge des Verlustes der Stimmen der Deutschnationalen war aber das Schicksal der Vereinbarungen einige Zeit lang in Zweifel, bis endlich klar wurde, daß die SPD bei der Abstimmung im Reichstag am 27. November der Minderheitsregierung mit ihren Stimmen beispringen würde. Am 22. November wußte also Stresemann schon, daß er am 1. Dezember, dem vereinbarten Tag für die endgültige Unterzeichnung in London, imstande sein würde, seine Unterschrift im Namen Deutschlands auf die Verträge zu setzen. Trotzdem ließen diese Ereignisse Stresemann und seine Parteifreunde äußerst verstimmt über das Verhalten der DNVP, das nicht nur die DVP den Angriffen der Rechten ausgesetzt, sondern das gesamte Werk von Locarno gefährdet hatte. Infolge dieser Verstimmung über die Deutschnationalen herrschte daher besondere Eintracht im Zentralvorstand am 22. November.

Auf der Sitzung verfolgte Stresemann hauptsächlich zwei Ziele. Außenpolitisch wollte er offensichtlich eine Solidaritätskundgebung seiner Partei hervorrufen, um das Ausland von dem Abfall der großen Rechtspartei abzulenken. Sein Hauptziel ist aber wohl in innenpolitischen Motiven zu suchen. Er wollte nämlich die Empörung gegen die DNVP ausnutzen, um mit der politischen Linie, der die DVP seit fast zwei Jahren gefolgt war, zu brechen. Diese Linie hatte die Partei verpflichtet, sich für die Einbeziehung der DNVP in die Regierung einzusetzen. Nach dem feindseligen Verhalten der DNVP im Oktober betrachtete Stresemann diese Politik

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als völlig bankrott. Er wollte sie außer Kraft setzen und die DVP auf eine bewegliche Linie der Koalitionsfähigkeit nach links und rechts zurückbringen, mit einer einzigen Voraussetzung für die Regierungsbeteiligung: Unterstützung des Werkes von Locarno durch alle teilnehmenden Parteien.

Die Sitzung brachte Stresemann einen vollen Erfolg. Seine Rede, mit der er die Zusammenkunft eröffnete, wurde warm begrüßt. Danach gab es keine nennenswerte Debatte. Die Fragen, die an Stresemann gerichtet wurden, zeigten eher Neugierde über die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen als Einwände gegen seine Politik. Am Ende der Sitzung wurden die außen- und innenpolitischen Empfehlungen des Vorsitzenden einstimmig angenommen[8].

Stresemanns Äußerungen vom 22. November 1925 sind natürlich vor allem beachtenswert wegen seiner Auslegung der Ereignisse, die zu den Verträgen von Locarno geführt hatten, sowie wegen seiner Analyse der Verträge und ihrer Auswirkungen auf die internationale Lage. Ebenso aufschlußreich aber sind seine allgemeinen Stellungnahmen zur Frage der Beziehungen zwischen den Staaten. Besonders bemerkenswert in dieser Hinsicht sind seine Äußerungen über die Natur und Dauerhaftigkeit von Verträgen und über die Rolle des Krieges oder zumindest der Kriegsmöglichkeit in den internationalen Beziehungen. Zu diesen bedeutenden Themen hat Stresemann sonst selten Stellung genommen, und daher sind diese Äußerungen von besonderer Wichtigkeit. Seine Rede enthält außerdem interessante Überlegungen über die Probleme der diplomatischen Praxis, vor allem über den Wert der Verschwiegenheit und einer loyalen „nationalen" Opposition, aber auch über das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik.

Im ganzen tritt Stresemann hier als selbstbewußter, erfahrener Außenminister mit souveräner Beherrschung seines Faches auf. Er zeigt sich als kalkulierender Realpolitiker, zäh, wenn auch nüchtern, in der Verfolgung revisionistischer Ziele. Daneben findet man jedoch unverkennbare Ansätze echter staatsmännischer Züge. Dies gilt besonders für seine Bemühung, den Gesichtspunkt des Gegners zu verstehen und zu berücksichtigen, sowie für seine Bereitschaft, den Konzessionen der anderen Seite seine Anerkennung zu zollen. Hier sieht man auch ganz deutlich die Wirkung, die sich auf Stresemanns Einstellung Frankreich gegenüber durch das sich anbahnende vertrauensvolle Verhältnis zu seinem großen französischen Gegenspieler, Aristide Briand, ergab.

Da es wegen der Länge unmöglich ist, alle erhalten gebliebenen Reden und Bemerkungen Stresemanns vor dem Zentralvorstand seiner Partei zu veröffentlichen, wurde dieses eine Dokument ausgewählt, weil darin Stresemann sich mit seinem wichtigsten diplomatischen Erfolg befaßt hat. Es wäre jedoch zu hoffen, daß auch seine Reden und Bemerkungen auf den anderen Sitzungen künftighin in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit seiner Außenpolitik Berücksichtigung finden.

Henry Ashby Turner jr.

---

[8] Die Entschließungen sind abgedruckt in der Frankfurter Zeitung vom 23. 11. 1925, Nr. 872.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument

DVP-Zentralvorstand, 22. November 1925

Stresemanns Rede

Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen heute einen Bericht über die politische Lage erstatte, so wird dieser Bericht sich fast ganz auf die Fragen der Außenpolitik erstrecken und speziell auf die Fragen der Verträge, vor deren Abschluß wir stehen. Das, was sich anknüpft an diese Außenpolitik auf dem Gebiet innerpolitischer Entwicklung ist, wenn Sie meinen Gedankengängen folgen werden, durch die eine Konsequenz gegeben: daß nämlich die künftige Politik im Reich und die Zusammensetzung der Reichsregierung nur gegeben sein kann durch Persönlichkeiten und Parteien, die auf dem Boden des Werkes von Locarno stehen. Diese Feststellung mache ich aus dem Grunde, weil für diejenigen, die den Dingen in Locarno selbst gefolgt sind, das eine vor Augen stehen muß: daß diese Verträge nicht Gegenwartswert haben, der irgendwie zum Ausdruck kommt in dem, was zurzeit bekannt ist, in den sogenannten Rückwirkungen für das besetzte Gebiet, sondern daß der Wert dieser Verträge in derjenigen Neuordnung der Dinge besteht, die sich ergeben sollen und ergeben müssen, wenn das Werk selbst zustandegekommen ist, was ja bis zur Stunde, was ja auch selbst am 1. Dezember noch nicht der Fall sein wird.

Lassen Sie mich auf die Hauptgesichtspunkte zurückkommen, die uns bei den Arbeiten für diese Außenpolitik bewegten. Vor wenigen Tagen las ich in einer Äußerung des „Petit Parisien" in Paris: wenn die Herren deutschen Delegierten in Locarno nicht den Abmachungen zugestimmt hätten, so wäre Herr Briand trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, denn es bestand volle Übereinstimmung darüber, daß dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs dann auf andere Weise Rechnung getragen werden würde. Es ist mir das deshalb interessant gewesen, weil dieser Gedanke ja der Ausgangspunkt der Initiative des Auswärtigen Amtes in der Frage des Memorandums gewesen ist. Es ist in manchen Zeitungen, beispielsweise auch in der Kölnischen Zeitung, gesagt worden: ob tatsächlich im Januar oder Februar die Gefahr bestand, daß Frankreich und England sich zu einem einseitigen Sicherheitspakt gegen Deutschland zusammenschlössen, ist nicht festzustellen. Gewiß ist das nicht festzustellen, denn Gott sei Dank besteht noch immer die Auffassung daß auswärtige Politik nicht mit dem Lautsprecher auf dem Potsdamer Platz oder irgendwie auf dem Grande Place in Paris oder sonstwo gemacht wird. (Sehr richtig!)

Aber vielleicht dürften wir doch auch in der deutschen Öffentlichkeit einmal zurückkehren zu der sehr nüchternen, aber doch auch vielleicht sehr zutreffenden Erwägung, daß, wenn überhaupt die Unterhaltung großer Ämter wie des Auswärtigen Amtes mit ihrem ganzen Personal und ihrem Dienst einen Sinn hat, doch schließlich die Männer dieses Amtes, die zu wachen haben über das, was in der Welt vorgeht, darüber, ob derartige Bestrebungen bestehen, vielleicht besser unterrichtet sein können als andere Leute, denen diese Verbindungen nicht zur Verfügung stehen. (Zustimmung.) Ebenso ist es klar, daß sie über das, was sie erfahren und von wem sie es erfahren, nicht der Öffentlichkeit Kenntnis geben können.

Zweierlei bestand in dieser Beziehung im allgemeinen und im speziellen. Im allgemeinen bestand zunächst der sowohl von der englischen Regierung wie von der englischen Opposition anerkannte moralische Rechtsanspruch Frankreichs auf eine zusätzliche Sicherheit zu dem Versailler Vertrag. Man kann darüber streiten, ob es den Franzosen ernst war mit ihrer tatsächlichen Bedrohung. Aber jedenfalls hatten sie 1919, als sie auf das linke Rheinufer verzichteten, nur unter der Bedingung darauf verzichtet, daß sie eine ausdrückliche neue Sicherheit durch ihre Alliierten gegenüber Deutschland bekämen. Das ist auch im Versailler Vertrag selbst zum Ausdruck ge-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen. In Artikel 31 ist gesagt, daß die Alliierten sich vorbehalten, an die Stelle der durch den Weltkrieg aufgehobenen Neutralität Belgiens andere Verträge zu setzen, und daß Deutschland sich verpflichtet, diese Verträge von vornherein anzuerkennen und damit gelten zu lassen. Wenn Sie jetzt die Präambel des Vertrages von Locarno lesen, so werden Sie darin die Sie vielleicht überraschende Formel finden von der nicht mehr bestehenden belgischen Neutralität, daß zwei Gründe für den Vertrag angeführt sind: das Nichtmehrbestehen dieser Neutralitätsabkommen und dann das allgemeine Bestreben, Frieden herzustellen in den Gebieten, die so oft der Schauplatz europäischer Kämpfe gewesen seien.

Daraus geht hervor, daß die Alliierten, wenn sie einen Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs geschlossen hätten, sich dabei auf diesen Artikel 31 gestützt hätten, ihn hingestellt hätten als die Ersetzung der früheren belgischen Neutralitätsverträge, und daß wir nach dem Versailler Vertrag gehalten waren, diese Dinge einfach und restlos als einen Teil des Versailler Diktats selbst anzuerkennen.

Wenn nun zu uns Mitteilungen kamen, daß im Anfang der Regierung von Chamberlain in den Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain – und vorher schon zwischen Herriot und Chamberlain – der Gedanke des jetzigen Abschlusses eines Sicherheitspaktes zwischen England und Frankreich mit der alleinigen Spitze gegen Deutschland beabsichtigt war, und wenn dann das Auswärtige Amt gegenüber diesen Tendenzen die Initiative ergriff und versuchte, Deutschland in diese Dinge einzuschalten und aus diesem gegen Deutschland gerichteten Offensivpakt einen Sicherheitspakt zu machen, an dem Deutschland beteiligt war und in dem auch seine Grenze gesichert wurde durch Bundesgenossenschaft anderer, dann sage ich, daß man kein Recht hat, dem Auswärtigen Amt oder dem Außenminister aus dieser Initiative irgend einen Vorwurf zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß die ganzen Verhältnisse bei uns unschön, widerwärtig sind, daß wir Ketten tragen müssen, darüber zu klagen, das ist furchtbar leicht. Es handelt sich darum, die Schwere dieser Ketten zu mildern und zu versuchen, wie wir allmählich aus dieser Fesselung in eine leichtere Fesselung kommen. Mehr Ihnen irgendwie zu versprechen, kann niemand, der die Machtverhältnisse richtig einschätzt. Und darum handelt es sich bei dieser Initiative. Nicht darum, den Versailler Vertrag aufzuheben. Ich wäre so dankbar, wenn die, die das in Resolutionen fordern, auch die nötigen Mittel dazu angeben würden. Es handelt sich darum, einen neuen Zusatz zum Versailler Vertrag, der nun die Entente verewigen sollte, abzubiegen und möglichst daraus einen Gegenseitigkeitsvertrag zu machen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das übersehe, was in Locarno geschaffen ist, so darf ich das eine sagen: das ist jedenfalls gelungen. Ich möchte, um nicht oft Gesagtes in alter Form zu wiederholen, hier, wo wir ja vertraulich verhandeln und auch nicht beabsichtigt ist, über die Verhandlungen einen Bericht herauszugeben, was mich sonst zwingen würde, lediglich eine akademische Ministerrede zu halten – zur Kennzeichnung der Situation einmal sagen, was der französische Außenminister in einer Besprechung uns entgegenhielt, als wir ihn drängten, mit diesen Rückwirkungen weiter zu gehen, als er es in dem Augenblick wollte. Er sagte mir damals – und das ist das Kennzeichnende für die Auffassung, die man in Frankreich über die deutschen Verhältnisse hat, und die sehr witzig und geistreich wiedergegeben wurde –: Sie beziehen sich immer auf Ihre öffentliche Meinung in Deutschland. Ich kenne die Schwierigkeiten, denen Sie begegnen. Sie haben eine große Mehrheit im deutschen Volk, die aufrichtig den Frieden will. Sie haben eben aber auch starke Kreise, die nicht etwa den Krieg wollen – sie würden sich entschieden und mit Recht dagegen verwahren, das zu wollen – aber Sie haben so etwas seltsam Mystisches in Ihrer Politik und in der Auffassung Ihrer Politik; Sie haben den Glauben daran, daß eines Tages von irgend woher mit irgendwelchen Mitteln, über die niemand eine Auskunft geben

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kann, irgendetwas geschehen wird, wodurch die ganze Situation in der Welt so grundlegend geändert wird, daß Deutschland keine Veranlassung hat gegenwärtig irgendwelche Konzessionen zu machen, sondern ruhig die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen, bis dies Wunderbare eintritt. — Und daran knüpfte er an und sagte: Sie müssen aber nicht glauben, daß Sie ein Monopol auf solche Phantasten haben. Es gibt Leute dieser Art in allen Ländern, und ich habe solche Leute bei mir ebenfalls. Gewiß, bei denen ist der Blick nicht in die Zukunft gerichtet wie bei Ihnen, um das Vergangene wiederherzustellen, aber bei diesen Leuten ist der Blick dahin gerichtet, daß ihnen das nicht genügt, was heute gegenwärtig ist, daß sie der Meinung sind, daß wir einen weltgeschichtlich großen Moment versäumt hätten, um eine Politik früherer Jahrhunderte durchzuführen. Er sagte: wenn ich nach Paris komme mit diesem Ergebnis, kann ich mir die Rede denken, die Herr Poincaré im Senat halten wird. Er wird im Senat sagen: was habt ihr eigentlich aus Locarno nach Hause gebracht? Unter meiner Herrschaft in Frankreich, da standen wir im Ruhrgebiet und hatten die deutsche Wirtschaft als einfaches, spezielles französisches Pfand für die französischen Reparationen. Statt dessen seid ihr heute Mitglieder einer G.m.b.H., der Deutschland Pfänder gegeben hat, und man hört von Zeit zu Zeit immer deutlicher aus deutschem Munde, daß man sich darüber unterhält, wann man erklären wird, daß man nicht mehr zahlt. Zu meiner Zeit hattet ihr den Rhein fest in der Hand. Ich habe euch die These gegeben: die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen. Herr Herriot, der vollkommene Linksmann, hat diese These seinerseits anerkannt gegenüber Herrn Poincaré.

Er sagte weiter: wir hatten die kolossale Bewaffnung gegenüber einem entwaffneten Deutschland, dazu hatten wir die Zusatzgarantie Englands, uns mit seiner ganzen Macht zur Seite zu stehen, falls Deutschland jemals wieder das Haupt erhöbe. So waren wir in der Lage, die Politik des linken Rheinufers auf die Dauer zu treiben unter dem Schutze Englands. Und was bringst du, Briand, zurück? Du bringst einen Gegenseitigkeitsvertrag zurück, der uns hindert an Invasionen, an Sanktionen, der in dem Augenblick, wo wir den Krieg, den unprovozierten, gegen Deutschland beginnen, unsere bisherigen Bundesgenossen zwingt, an der Seite Deutschlands gegen Frankreich zu kämpfen, und der dem waffenlosen Deutschland wieder starke Bundesgenossen gegeben hat.

Und Briand fügte hinzu: glauben Sie nicht, daß meine Situation im Senat so einfach ist, wenn ich gegenüber diesen Argumenten zu kämpfen habe, wenn ich auch meine eigenen Argumente kenne, die ich dagegen anzubringen habe.

Ich möchte das vorausschicken, um einmal ein Bild zu geben von dem, was tatsächlich in den Dingen vor sich gegangen ist und was viel wichtiger ist als die Frage der Rückwirkungen an sich. Denn die Rückwirkungen sind etwas Temporäres. Diese neu geschaffenen Verhältnisse sind aber etwas Dauerndes, und ich sehe darin gewiß den Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion gegenüber Frankreich in jeder Beziehung – gar kein Zweifel! –, aber ich weiß auch nicht, ob es irgendeinen vernünftigen Menschen gibt, der glaubt, daß wir heute durch das Mittel des Krieges gegenüber Frankreich irgendetwas anderes erreichen könnten als die völlige Zertrümmerung Deutschlands in jeder Beziehung. (Zustimmung)

Wir haben verzichtet auf das, was wir nicht besitzen, nämlich auf eine Macht, die Krieg führen kann. Das ist der ausgesprochene Verzicht, und die anderen, die die ganz große Macht uns gegenüber haben und die es jetzt in der Hand hatten, mit mehr oder minder Gewaltpolitik die Politik Ludwigs XIV. durchzuführen und sich dauernd an den Rhein zu setzen, sind durch diesen Vertrag gezwungen, auf diese Rheinpolitik zu verzichten. Deshalb bekommt die ganze Erörterung ein ganz falsches Vorzeichen. Wir sprechen immer bei dem Verzicht von Elsaß-Lothringen, wir sprechen nicht von der Sicherung des deutschen Rheinlandes, und schließlich, wenn wir das

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht tun aus außenpolitischen Gründen – vor uns selber müssen wir doch sagen: der ganze Sinn der Verträge ist doch der gewesen, dieses deutsche Land, das wir heute nicht mehr schützen können gegen Gewalt, durch Verträge so zu sichern, daß wir seinerzeit sagen können: der Rhein ist deutsch und bleibt deutsch! (Lebhafter Beifall.) Das ist der Sinn dieser ganzen Politik gewesen.

Die Wege, die wir dabei gegangen sind, sind sehr schwierig gewesen. Ich habe einmal in München vor der Presse gesprochen, die ja doch noch mehr quellfrisch in ihrer Ahnungslosigkeit ist als in anderen Gegenden, und ich dachte, man muß da primitiv reden, denn es war ein Vertreter der Münchener Neuesten Nachrichten und ein Vertreter der München-Augsburger Abendzeitung dabei. Ich habe dort gesagt: stellen Sie sich einmal folgendes vor: Sie sagen mir, ich hätte den Franzosen den Verzicht auf Elsaß-Lothringen angeboten. Vier Monate haben die Leute sich überlegt, ehe sie auf dieses Memorandum antworteten. Wenn das das Angebot eines einseitigen Verzichts gewesen wäre, dann hätten die Leute sich doch sagen müssen: unterzeichnen wir das nur recht schnell, damit nicht inzwischen dieser Idiot gestürzt wird, der uns das hier angeboten hat, damit wir diese große Verzichterklärung Deutschlands recht schnell in unsere Scheuern bringen. Statt dessen haben sie vier Monate vergehen lassen, ehe sie antworteten. Zweimal ist dasselbe Angebot abgelehnt worden von der Entente aus dem Gesichtspunkt Poincarés heraus: was nutzt mir der Verzicht Deutschlands auf Krieg, ich weiß ganz genau, daß die nicht Krieg führen können; aber ich denke nicht daran, auf Krieg gegen Deutschland zu verzichten. Es hat der ganzen Entwicklung in Frankreich und der ganzen großen weltwirtschaftlichen Umstellung bedurft, um überhaupt zu erreichen, daß auf diese deutsche These eingegangen wurde.

Und nun kam natürlich ein zweites Moment hinzu, das diese erste Frage des Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich und Belgien zu einer Frage der ganzen europäischen Politik machte. Ich habe einmal als Reichskanzler denselben Gedanken in einer Stuttgarter Rede zum Ausdruck gebracht, – übrigens ohne jeden Einspruch von deutschnationaler Seite. Denn wer im Jahre 1923 das erreicht hätte, den hätte man wahrscheinlich als außerordentlichen Wundertäter angestaunt. (Sehr richtig!) Da stand es noch so dreckig um uns, daß sich die Kritik nicht herauswagte, die jetzt so groß wird, weil es besser geworden ist in Deutschland, – aber nicht durch die Tätigkeit dieser Leute. Als ich damals in Stuttgart dasselbe zum Ausdruck brachte, aber unter Poincaré, da sagte mir der französische Botschafter: Sie werden nicht erwarten können, daß meine Regierung darauf eingeht, denn es liegt doch zu klar zutage, daß man auf den Gedanken kommen könnte, Deutschland wünscht Sicherheit im Westen, um freie Hand im Osten zu haben. Und es war klar, daß Frankreich in irgendeiner Weise versuchen würde, die Ostfragen in die Debatte zu werfen. Das ist auch pünktlich geschehen. Man hat erklärt: der Westpakt – den man in etwa akzeptierte – ist nur akzeptabel für uns, wenn gleichzeitig ein Ostpakt geschlossen wird, ein Ostpakt unter der Garantie Frankreichs, das seinerseits bestimmen sollte, wer der Angreifer wäre, um dem Angegriffenen Hilfe zu leisten, mit der tröstlichen Versicherung, daß diese Hilfe auch uns zuteil werden würde, wenn Polen nach Frankreichs Ansicht der Angreifer sein sollte.

Gleichzeitig wurde verlangt, daß die von uns mit dem Westen und dem Osten zu schließenden Schiedsverträge restlosen Charakter hätten, also auch die Grenzen umfaßten. Drittens wurde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt.

Das war die Briand-Note vom 16. Juni. Auf diese Note haben wir nach 4 Wochen geantwortet in der Note der deutschen Reichsregierung vom 20. Juli. Diese Note hat ein seltsames Schicksal gehabt, das Noten des Auswärtigen Amtes selten zuteil wird. Sie ist nämlich gelobt worden. Man hat sogar gesagt, sie sei ein Meisterwerk, und man ersähe aus diesem Meisterwerk, daß es nicht im Auswärtigen Amt gemacht worden sei. (Heiterkeit.) Denn inzwischen waren die Deutschnationalen in das Kabinett ein-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

getreten, und damals am 20. Juli – und ich habe sie nie in der Freude gestört – waren sie der Meinung: jetzt hätte man es den anderen aber mal gesagt, und da sie es ihnen mitgesagt hatten, lobten sie die Sache und ließen durchblicken – vielleicht Herr v. Lindeiner, vielleicht ein anderer großer Jurist von ihrer Partei –: jetzt sähe die Sache nun mal anders aus, das wäre nun mal eine ganz andere Sache, das käme eben davon, daß jetzt die Deutschnationalen in der Regierung wären. Man sollte einmal die Stimmen aus der damaligen Zeit hervorholen, denn sie sind sehr interessant für die Gegenwart. Denn, meine Damen und Herren, die ganzen Verhandlungen in Locarno sind auf der Grundlage dieser Note geführt worden.

Und was war denn der Inhalt dieser Note? Das war allerdings die vollkommene Ablehnung der Briand-Note. Wenn Sie sich ein Bild machen wollen von den Verhandlungen in Locarno, dann nehmen Sie die Briand-Note links und die deutsche Note rechts, und dann nehmen Sie den Vertrag von Locarno in die Hand und fragen Sie sich, welche Grundsätze eigentlich durchgesetzt worden sind: die französischen oder die deutschen? Was waren denn die Hauptpunkte? Es waren drei Dinge. Wir haben erklärt: dieses restlose Schiedsvertrags-Obligatorium lehnen wir ab, wir machen keine Schiedsverträge, die eine Anerkennung der Grenzen in sich schließen, die eine Bindung enthalten. Briand erklärte: der deutsche Vorschlag genügt nicht, wir verlangen das restlose Schiedsverfahren. Die Entscheidung ist gefallen nach der deutschen Seite. Sie ist schon vor Locarno in London gefallen auf Grund der Darlegungen des Herrn Ministerialdirektors Gaus, der erklärt hat, daß Deutschland unter keinen Umständen dieses restlose Schiedsverfahren mitmachen würde. So war schon in dem Entwurf dieser eine Hauptpunkt Frankreichs aufgegeben.

Der zweite Teil der Note vom 20. Juli bestand darin, daß gesagt wurde: wir lehnen die französische Garantie für die Ostverträge ab. Die französische Garantie für die Ostverträge ist abgelehnt. Ich komme darauf noch.

Der dritte Hauptpunkt war der, daß wir bezüglich des Eintritts in den Völkerbund erklärten, daß wir die Bindungen, die nach unserer Auffassung aus dem Artikel 16 sich ergäben, nicht auf uns nehmen würden. In Locarno, und zwar in dem Protokoll über die Verhandlungen in Locarno ist Kenntnis davon genommen und niedergeschrieben worden, daß ich namens der deutschen Delegation erklärt habe, daß wir auf Grund der uns gegebenen Kollektivnote der Alliierten uns die Bestimmung darüber vorbehielten, ob wir in irgendeinem wie immer gearteten Fall irgendetwas für den Völkerbund täten und daß ich schon heute erklärte, daß wir im Falle des Konflikts zwischen Rußland und anderen europäischen Mächten uns weder beteiligen würden an einer militärischen Exekutive, noch den Durchmarsch gestatten würden, noch irgendwie an wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Rußland teilnehmen würden. Der belgische Delegierte hat zu Protokoll gegeben, daß er diese Erklärung der deutschen Delegation mit tiefem Bedauern entgegennähme, da sich daraus ergäbe, daß Deutschland das ihm zustehende Recht der Nichtbeteiligung in Anspruch nehmen würde. Niemand hat bei dieser Auffassung irgendeinen Zweifel gehabt. Damit ist auch in diesem entscheidenden Punkt, indem die anderen uns entgegenhielten: ihr wollt die Rechte als Großmacht und wollt nicht die Pflichten des Artikels 16, der deutsche Standpunkt durchgedrungen.

Wir hatten einen Satz in unserer Note – und ich gebe zu, daß der von deutschnationaler Seite hineingekommen ist – wonach eine friedliche Änderung der bestehenden Verträge nicht ausgeschlossen sein soll. Und so schön das klingt, so muß ich doch sagen, daß ich mich geschämt habe, einen solchen Satz in eine Note des Auswärtigen Amtes zu schreiben. Der Satz gehört in die Kinderfibel. Es ist selbstverständlich, daß eine friedliche Verständigung zwischen Grenznachbarn jederzeit möglich ist. Und es ist doch auch – seien wir doch offen – gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen nichts als dem Volk Sand in die Augen streuen, wenn man so tut, als ob wir auf friedlichem

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wege jemals Elsaß-Lothringen zurückbekommen könnten. Auf der einen Seite spricht man von den Franzosen in der Art, daß sie die stärkste aggressive Politik gegen uns treiben, auf der anderen Seite lullt man sich selbst mit einer derartigen Gestehung ein.

Sie hat eine andere Bedeutung für andere Dinge. Je weniger man in offiziellen deutschen Staatsnoten davon spricht, um so besser ist es für die tatsächliche Entwicklung. Und was ich am meisten in der Entwicklung, in der wir stehen, bedauere, ist das eine, daß man infolge der innerpolitischen Opposition viel weiter herausgehen muß mit dem, was man erstrebt, als für das Gesamtinteresse des Volkes im Vaterlande gut ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind in die Verteidigung gedrängt, an uns werden Fragen gestellt, auf die der englische Außenminister antworten würde: darauf antworte ich nicht, während wir die letzten Karten enthüllen sollen über das, was die nächsten Jahre an deutscher Außenpolitik bringen. Ich habe immer gefunden, daß die besten Dinge dadurch zum Scheitern kommen, daß man sie plakatiert, damit die ganze Öffentlichkeit sich darauf einrichten kann.

Ich sage, dieser Grundsatz in der Note hat seine große prinzipielle Bedeutung auf anderem Gebiet, und ich möchte gerade auch unsere ostpreußischen Freunde darum gebeten haben, diese Seite zu betonen, weil ich aus einem Telegramm der braven Masuren, die in Lyck getagt haben, ersehe, daß man dort festgestellt hat, daß jetzt der polnische Korridor durch den Vertrag von Locarno festgelegt sei. Ich kann demgegenüber nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Aber ich möchte gerade deswegen auf diese drei Punkte, die ich eben erwähnte, im einzelnen näher eingehen.

Das eine ist der Punkt unserer Stellung zu Rußland. Da möchte ich zunächst auf eines hinweisen. Wir brauchen den Russen nicht zu sehr nachzulaufen. Selbst Herr Professor Otto Hoetzsch, der große Russophile, hat kürzlich in einem Interview gesagt: die hysterische Art Rußlands, fortwährend zu betonen, daß Deutschland auf Grund des Artikels 16 gegen Rußland vorgehen könne, müsse nun auch einmal ein Ende nehmen. Und wenn das Otto Hoetzsch sagt, der vollkommen ostorientiert ist und für Rußland schwärmt als ein neues starkes Preußen Friedrich Wilhelms I., so sollte man auch in Moskau sich das einmal vor Augen führen.

Ich verstehe aber vollkommen die große Unsicherheit in der deutschen Öffentlichkeit über diesen Artikel 16. Denn sie ist zum Teil von der Regierung mit veranlaßt. Nun müssen wir auf uns nehmen: unsere eigenen Anschauungen über den Artikel 16 haben sich geändert. Wir haben früher den Standpunkt vertreten, daß wir an sich nach dem Wortlaut des Artikels 16 verpflichtet wären, mitzumachen nach irgendeiner Seite, und wir haben darum gekämpft, von dieser Verpflichtung frei zu kommen. Durch die ganzen Erklärungen der Regierung und der Parteien ist und mußte der Eindruck entstehen, daß hier eine obligatorische Verpflichtung Deutschlands vorläge. Die Peripetie, die Umwandlung ist eigentlich schon seit einiger Zeit gekommen. Unsere Auffassung stützte sich auf das Gutachten unseres Völkerbundreferenten. Als Herr Geheimrat Gaus, der damals nicht in Berlin war, von seinem Urlaub zurückkam, erklärte er sofort: er schlösse sich diesem Votum nicht an, er sei als Leiter der Rechtsabteilung der Auffassung, daß ein Verzicht Deutschlands überhaupt nicht in Betracht käme, daß es sich nur um eine moralische, niemals um eine rechtliche Verpflichtung handele. Als in London die Juristenkonferenz tagte, ist der französische Rechtsberater Fromageot an Gaus herangetreten und hat ihm gesagt, er bäte um eine Erklärung, was eigentlich diese Politik Deutschlands wegen des Artikels 16 bedeute; er, Fromageot, müsse doch ihm, Gaus, sagen, daß er seine Stellung als anerkannter internationaler Völkerrechtsmann direkt aufs Spiel setze, wenn der Eindruck entstände, als wenn man in Deutschland ernstlich glaube, daß man auf Grund des Artikels 16 gezwungen sei, bei irgendeiner Aktion mitzumachen. Davon sei doch absolut

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine Rede, und dieser fortgesetzte Protest Deutschlands werde als eine politische Finte angesehen, sich von der ganzen Sache zu drücken.

Wir sind in Locarno gewesen und haben dort die Erklärungen der anderen Delegierten entgegengenommen. Unsere Unkenntnis war ja begreiflich. Denn wir waren nicht Mitglied des Völkerbundes und kannten auch dessen Auslegungen nicht. Dort ist uns nun von allen Seiten erklärt worden unter Bezugnahme auf Beschlüsse der Völkerbundskommission, sogar unter Bezugnahme auf eine Erklärung im Völkerbundsplenum, daß es jedem Staat frei stände, wieweit er sich beteiligen wolle, und daß dieses „wie weit" sich selbstverständlich auch auf die Zahl Null bezöge. Und es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß man dankbar sein würde, wenn überhaupt nur eine Minderheit der Staaten des Völkerbundes bei einer Völkerbundsexekutive sich beteiligen würde. Dies uns im Namen des Völkerbundes zu erklären, nähmen sie gar keinen Anstand. Deshalb ist der Kampf in Locarno gar nicht mehr geführt worden um die rechtliche Verpflichtung Deutschlands, irgendetwas zu tun, sondern der Kampf hatte nur noch den Charakter, daß wir den Leuten sagten: wir wollen nicht unter falschen Vorspiegelungen in den Völkerbund eintreten, wir können uns ja auf den Standpunkt stellen: nachdem wir wissen, daß wir nicht verpflichtet sind mitzumachen, kommen wir in den Völkerbund rein, und wenn es soweit ist, dann stimmen wir entweder das nieder – da ja ein Beschluß gegen eine andere Macht nur einstimmig gefaßt werden kann – oder aber wir beteiligen uns nicht. Dann würdet ihr uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir unter falschen Vorspiegelungen eingetreten seien. Deshalb wollen wir, ehe wir eintreten, euch erklären: auch wenn wir etwa in einem bestimmten Fall einen Staat als den Angreifer bezeichnen, werden wir uns vorbehalten, was wir tun und ob wir etwas tun, und für den Fall Rußland erklären wir euch von vornherein, daß wir nach keiner Richtung mitmachen, und zwar seid ihr selbst daran schuld, denn ihr habt uns nicht die Mittel gelassen, um unser Land verteidigen zu können gegen irgendeinen Angriff. Wenn ihr wolltet, daß wir mitkämpfen, gegen irgend ein anderes Land, müßtet ihr uns aufrüsten, nicht abrüsten. In der jetzigen Situation lehnen wir jede Beteiligung ab.

Darüber haben wir tagelang gekämpft. Es ist uns entgegengehalten worden, wir erstrebten eine gewollte Ungleichheit, wir wollten die Rechte als Großmacht im Völkerbundsrat auf ewige Zeit, wir wollten uns aber gleichzeitig drücken von Verpflichtungen, die kleinere Mächte übernehmen. Es hat zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung geführt über die ganze Frage der Abrüstung, über die ganze Frage des Versailler Vertrags. Wie Sie überhaupt sich nicht vorzustellen brauchen, daß die glückliche Sonne Locarnos hier nur Menschen beschienen hätte, die sich so gaben, wie es in den Berichten der Zeitungen zum Ausdruck kam. Da wir nämlich beschlossen hatten, Vertraulichkeit über unsere Verhandlungen zu bewahren, konnte man über die Verhandlungen nicht berichten. Da aber der Verlag und die Redaktion 1000 Zeilen verlangten, mußte man 1000 Zeilen über Äußerlichkeiten schreiben. Infolgedessen ist hier vielfach die Auffassung entstanden: das muß ein lustiger Jubel und Trubel da sein, das muß eine Art Flitterwochenzeit sein, die die Leute da verleben, obwohl sie tatsächlich noch nicht verheiratet sind, (große Heiterkeit) denn der Vertrag war ja noch nicht abgeschlossen. Alle diese Dinge haben sich ziemlich anders abgespielt. Die blonde Katze, die Herr Luther gestreichelt hat, hat bloß in der Phantasie existiert. Nur ein Satz hat mir bei dieser Erzählung gefallen: „es war der Franzose, der die Zeche bezahlte". Das hat mir politisch gefallen, es war auch sonst richtig. Die geschilderte reizende Fahrt auf der „Orangenblüte" in den Nachmittagsstunden auf dem Lago Maggiore war mit das Unangenehmste, was man sich denken kann; denn bei starker Hitze draußen in der Kajüte 4 ½ Stunden über Artikel 16 und Ostfragen diskutieren, ist nicht etwas, was man sich öfters wünscht.

Dort ist die Kollektivnote der Alliierten zustande gekommen. Wir haben sie ge-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nannt: papier du bateau. Dort ist auch der große Kampf ausgefochten worden, neben der allgemeinen Konferenz, über den Artikel 16, und ich fasse das Ergebnis dahin zusammen: daß der Artikel 16 für uns keine rechtliche Verpflichtung irgendwelcher Art bedeutet, weder zur Gestattung des Durchmarsches, noch zur militärischen Hilfe, noch zu wirtschaftlichen Maßnahmen, daß wir aber moralisch dadurch entlastet sind, daß wir vor Eintritt erklärt haben: wir werden im gegebenen Fall nichts von diesen Dingen tun. Das bezieht sich namentlich auf die russische Frage. Es kann Fälle geben, wo wir uns vorbehalten, ob wir mitmachen. Das will ich auch im einzelnen nicht sagen. Deshalb halte ich es für falsch, die ganze Frage allgemein negativ hinzustellen. Denn wir entwerten uns einmal selbst, indem wir uns als Volk ohnmächtig hinstellen. Man soll sich auch nicht Entwicklungsmöglichkeiten verbauen, die eine anders geartete Situation wünschenswert erscheinen lassen können.

Deshalb sage ich zusammenfassend: wir haben uns das Bestimmungsrecht darüber selbst vorbehalten, ob und inwieweit wir im Falle des Artikels 16 etwas übernehmen werden. Das ist uns auch restlos zuerkannt worden.

Die Stellung Rußlands zu uns erregt in vielen Kreisen Bedenken, und da auch die innerpolitische Entwicklung dazu führt, als Mißerfolg hinzustellen, daß die Beziehungen zu Rußland sich verschlechtert hätten, hat es Rußland leicht, eine verärgerte Miene uns gegenüber aufzusetzen. Im übrigen habe ich die Überzeugung, daß Rußland einen großen Wert darauf legt, sich den anderen europäischen Mächten weiter zu nähern, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich will die Frage nicht vertiefen. Es geht das für mich aus einer Erklärung hervor, die Krassin abgegeben hat: wenn wir nicht Anschluß an den internationalen Kapitalmarkt finden, verzögert sich der Wiederaufbau Rußlands um 10 Jahre. Und er hat hinzugefügt: wir werden das eher tragen, als daß wir die Bedingungen der europäischen Großmagnaten annehmen. Das mußte man wohl hinzusetzen, wenn man mit dem deutschen Außenminister sprach.

Rußland kann ohne Anschluß an die kapitalstarken Mächte nicht existieren. Das sind Frankreich und England, das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Alle diese ganzen Dinge, die sich jetzt vollziehen, sehe ich nicht in einem Aufmarsch Rußlands gegen uns, sondern in einem Bündnis Rußlands mit Polen.

Ich komme aber dann zu den Ostfragen. Hier werden Sie verstehen, daß ich auch hier nur einige allgemeine Feststellungen machen kann. Es ist für die öffentliche Meinung ein etwas unglücklicher Satz hineingekommen in die beiden Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, und wer die Verhandlungen nicht miterlebt hat, kann bei diesem Satz vielleicht stutzen, denn er lautet, wenn ich ihn recht im Sinn habe: daß die Rechte eines der vertragschließenden Staaten nur mit seiner Zustimmung geändert werden können. Das hat man so aufgefaßt, als läge darin eine Anerkennung der Grenzen, als läge darin eine Aufhebung der Bestimmung des Artikel 19 der Völkerbundsatzung, die ja ausdrücklich eine Revision unhaltbarer Verträge, also auch der Grenzen, vorsieht.

Darf ich zunächst eingehen auf die Entwicklung der Verhandlungen mit diesen beiden Staaten. Herr Benesch hatte einen eigenen Entwurf mitgebracht, der enthielt ganz fröhlich einen Ostpakt und übernahm die Bestimmungen des Westpaktes als Präambel zu dem Ostpakt. Als ihm gesagt wurde, er habe sich wohl geirrt, er wisse doch, daß wir einen Ostpakt nicht schließen wollten, da erklärte er, er hätte ein falsches Exemplar aus der Tasche gezogen, und er holte ein anderes hervor, das etwas anders lautete, aber immer noch ein halber Ostpakt war. Darauf ist verhandelt worden, und selbst der so ruhige und kühle Ministerialdirektor Gaus ist bei diesen Verhandlungen in eine solche Opposition zu den Polen geraten, daß er zurückkam und sagte, er sei nicht mehr in der Lage, mit den polnischen Herren und dem Außenminister weiter zu verhandeln, und zwar weil er auf das fortgesetzte Drängen der Herren, sie müßten eine Garantie der Grenze haben und eine Erklärung darüber

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben, daß Deutschland niemals gegen Polen Krieg führen würde – was der Völkerbund nicht ausschließt, der Völkerbund schließt den Krieg zwischen zwei Nationen nicht aus, Artikel 15,7 – weil er schließlich erklärte: ich lehne namens der deutschen Delegation über diese beiden Fragen jede weitere Diskussion ab und werde nicht mehr antworten, wenn von diesen Fragen noch weiter die Rede ist. Das hat zu der ganz starken Spannung der letzten Tage geführt, das hat zu der Intervention der Alliierten geführt zugunsten dieser Auffassung, ob wir ihnen nicht irgendeine Konzession machen könnten. Und als wir diese Konzession abgelehnt haben und als darauf hin die Verträge so zustande gekommen sind, wie sie heute vorliegen, hat die polnische Delegation ihre Enttäuschung darüber bei der Paraphierung des Vertrags in einer gesellschaftlich sehr auffallenden Weise zum Ausdruck gebracht. Es ist uns fortgesetzt von den Herren gesagt worden: wir können so nach Warschau nicht zurück, es ist ganz ausgeschlossen, daß wir zurückkommen ohne das französische Bündnis und ohne Anerkennung der Grenzen und ohne irgendeine Anerkennung, daß ihr gegen uns nicht Krieg führen wollt.

Ich darf dafür aber auch anführen die Rede, die der belgische Außenminister Vandervelde vor einigen Tagen im belgischen Parlament gehalten hat. Herr Vandervelde hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß es infolge des Widerspruchs der Deutschen nicht dazu gekommen sei, auch eine Sicherheit der Verhältnisse im Osten zu schaffen, und er hat weiter gesagt: ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß der Westpakt etwas ganz anderes ist als die Schiedsverträge mit dem Osten, wenn ich es auch als übertrieben ansehen muß, daß man im polnischen Reichstag erklärt hat: die polnischen Grenzen seien seit Locarno Grenzen zweiter Klasse. Im polnischen Reichstag ist von zwei Parteigruppen der Antrag gestellt worden, Locarno nicht zu unterzeichnen, sondern in erneute Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung einzutreten, um die Anerkennung der polnischen Grenzen und die Anerkennung der Nichtkriegführung zu erreichen. Ich glaube, man kann daraus besser ersehen, was die Polen selbst in Locarno erlebt haben, als aus der Hilfsstellung, die ihnen jetzt von deutscher Seite gegeben wird, einer Hilfsstellung, die – nehmen Sie es mir nicht übel – doch etwas von Verrat an sich trägt, wenn hier plötzlich eine ganz allgemeine völkerrechtliche Formel von deutscher Seite so ausgelegt wird, als erkennten wir die polnische Grenze an. Das wird soweit gehen, daß demnächst Graf Skrzynski sagen wird: nachdem Graf Westarp erklärt hat, daß Deutschland die polnische Grenze anerkannt hat, nachdem die Herren in Lyck sagen, jetzt sei der polnische Korridor anerkannt, beziehen wir uns auf diese Stimmen und geben dem Vertrag eine andere Auslegung. Wenn man Zweifel hat, so mag man sie der Regierung gegenüber aussprechen, im Auswärtigen Ausschuß oder innerhalb der Parteifreunde. Aber dieses auf den Markt tragen, heißt doch die Regierung in einer Weise entwerten, daß man nicht weiß, wie die Dinge wieder gutgemacht werden sollen.

Nun zu der Bemerkung in der Präambel selbst, gegen die ich selbst Bedenken hatte, als Herr Gaus die Präambel verlas, vielleicht gerade deshalb, weil ich nicht Jurist bin und infolgedessen den Satz auch so auffaßte, wie er auf Nichtjuristen zuerst wirkt. Dieser Erklärung hat Herr Gaus die gewiß zutreffende Auslegung gegeben: der Satz sagt gar nichts, genau wie die ganze Präambel nichts sagt. Denn da wir die Anerkennung der Grenzen und die Nichtdurchführung abgelehnt hatten, blieb für die Präambel eigentlich nichts übrig, da aber jedes Ding eine Präambel haben muß, wie der deutsche Aufsatz eine Einleitung, einen Hauptteil und einen Schluß, so mußten in diese zu schaffende Präambel einige Sätze hineingesetzt werden, und so – ich weiß nicht, wie der zweite Satz lautet – haben wir festgestellt, daß die Rechte eines Staates nicht ohne seine Zustimmung geändert werden können, was hier bedeutet – wie ich hinzufüge –: wenn irgendeine Änderung der Grenze eines Staates oder seiner ganzen Befugnisse stattfindet, auch wenn sie ganz einschneidend ist, auch

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn sie dem Staat nur aufgezwungen wird gegen den Willen seines ganzen Volkes, so ist das noch immer in der Weltgeschichte durch seine Zustimmung formell geschehen. Denn alle die auch durch Krieg geschaffenen neuen Rechte mußten stets völkerrechtlich von den Unterlegenen anerkannt werden. Es gibt Möglichkeiten friedlicher Änderungen, es gibt Möglichkeiten freiwilliger Zustimmung und es gibt Möglichkeiten kriegerischer Änderungen mit gezwungener Zustimmung, aber immer geschieht es mit Zustimmung. Das bedeutet dieser Satz.

Ich hätte trotzdem gewünscht, daß der Satz fortgefallen wäre. Er wird von keiner Seite völkerrechtlich so ausgelegt, wie unsere Freunde zur Rechten ihn auslegen. Aber nachdem die ganzen Dinge auf das innerpolitische Gleis gekommen sind, hat dieser Satz zu ganz unerfreulichen Auslegungen bei uns selbst geführt.

Ich komme noch zu zwei Fragen der Verträge. Das eine ist die Frage: verzichten wir auf deutsches Land und deutsches Volkstum. Hier hat man sich auch darauf bezogen, daß in einer Kundgebung des Foreign Office gesagt worden sei, der Vertrag von Locarno bedeute die Stabilisierung und Festlegung der Grenze im Westen. Man hat das angesehen als eine Auslegung, die also jede Änderung der Grenze ausschlösse. Meine Damen und Herren, der Artikel 1, der immer angeführt wird, spricht von der Befestigung des territorialen status quo. Aber er sagt auch sofort: in der in den nachfolgenden Artikeln angegebenen Weise. Und in dem nachfolgenden Artikel ist gesagt, daß der status quo eben anerkannt wird durch Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion, d. h. es ist der typische non-aggression-pact: ihr anerkennt die Grenze, indem ihr euch verpflichtet, sie nicht mit Gewalt zu überschreiten.

Die politische Bedeutung habe ich versucht darzulegen. Hier im vertraulichen Kreise kann ich sagen: die Resignation Frankreichs, diese Grenze nicht zu überschreiten, ist doch, wenigstens pro tempore eine etwas größere Leistung als unsere Resignation. Ich finde, wir bringen uns immer die Schmerzen selbst bei. Wenn wir angesichts dieser Situation, die ein Engländer so auffassen würde, daß er sagte: augenblicklich ist das für mich ganz nützlich, was im Laufe der Weltgeschichte daraus wird, werde ich abwarten und danach handeln – wenn wir es so auffassen und erklären, wir hätten jetzt auf ewige Zeit moralisch auf Elsaß-Lothringen verzichtet, was den Franzosen lieblich in den Ohren klingt – denn die hören diese deutschnationalen Reden sehr gern, weil sie damit selbst diesen moralischen Verzicht begründen können, den wir in Wirklichkeit dadurch gar nicht ausgesprochen haben. Schließlich steht jeder Vertrag unter der ungeschriebenen Klausel: rebus sic stantibus, wenigstens ist das stets der Sinn der Weltgeschichte gewesen.

Und zweitens, meine Damen und Herren, wird gesagt, im Artikel 6 hätten wir erneut den Versailler Vertrag anerkannt. Ja, wir sind noch mehr der Sünde bloß. Wir haben schon in der Note vom 20. Juli, die als deutschnationales Meisterwerk betrachtet wurde, gesagt, wir hätten nicht die Absicht, den Versailler Vertrag zu ändern.

Natürlich kommt es darauf an, den anderen nicht die Möglichkeit zu geben zu sagen: dem Gewaltakt von Versailles ist die freiwillige Anerkennung in Locarno gefolgt. Dem entgegenzuhalten gibt es Mittel und Wege, die sich finden werden beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wo die Frage akut wird, die sich finden werden in Erklärungen der deutschen Reichsregierung. Im übrigen darf ich sagen: bleiben wird immer der Ausdruck: Vertrag von Versailles. Wer irgendwie glaubt, auf diesem Gebiet etwas zu erreichen, indem er gegen den Vertrag als solchen anrennt, faßt das ganze Ziel falsch. Es wird darauf ankommen, den anderen weis zu machen, das dies und das mit dem Geist des Vertrages von Versailles durchaus vereinbar wäre, und so in Wirklichkeit diesen Geist ins Herz zu treffen und den ganzen Vertrag auszuhöhlen. Nur so lassen sich außenpolitische Vorteile erzielen. (Zustimmung.)

So sehe ich in dem Vertragswerk selbst sehr große Vorteile für unsere Situation, sehe, da ich keinem Vertrag einen Ewigkeitswert beimesse, darin mindestens für ab-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sehbare Zeit die Sicherung des Rheinlandes, das Ende der Entente, und das spreche ich nicht aus, sondern das haben die Herren dort ausgesprochen, als Herr Briand in Locarno sagte: das Wort Alliierte wird nach der Zeichnung des Vertrages nicht mehr ausgesprochen werden, es gibt keine Allianzen mehr, wir haben nur die Verständigung mit allen Ländern, Deutschland inbegriffen. Es ist ja ein kleines Zeichen der Courtoisie, daß in der letzten Note der früheren Alliierten dieser Name durch Aufführung der einzelnen 5 Mächte geändert worden ist.

Es kommt darauf an, wie dieser Geist von Locarno sich auswirkt. Da gestatten Sie mir einmal, hier auch ein Wort zu sagen, von dem ich gern wünschte, daß es in der Öffentlichkeit mehr beachtet würde. Ich habe die Empfindung, daß wir Deutsche zu wenig oder kein Verständnis haben für das, was der Franzose die schöne Geste nennt. Das ist uns überhaupt nicht eigen, und das schadet uns außenpolitisch ganz ungemein. Wir können nicht höflich und liebenswürdig sein, ohne im eigenen Volk sofort angegrobst zu werden. Wir können nicht Weltpolitik treiben mit der Idee: es soll sich keiner mit den Kerlen irgendwie zusammensetzen. Das ist eine Unmöglichkeit, wenn man von den Kerlen gleichzeitig verlangt, daß sie ihr ganzes System ändern. Wenn aber die anderen eine Geste machen, soll man in Deutschland das auch anerkennen und nicht mit Schnoddrigkeit darüber witzeln und spötteln. Der Engländer, der mit einer ganz modernen Demokratie, die gleichzeitig wieder eine Aristokratie ist, die Pflege alter Tradition verbindet, was mir immer als Vorbild für ein Volk vorgekommen ist, pflegt gerade durch eine Geste mehr auszudrücken als durch 30 Noten. Sehen Sie einmal diesen erfreulichen Vorgang in der Guild Hall am Lord-Mayors-Tag, wo der deutsche Botschafter – nota bene: zum ersten Male seit dem Kriege – eingeladen wird, wo ihm der Sitz gegeben wird neben dem englischen Außenminister, und zwar bei einer Zeremonie, alt und würdig wie alles in England, – das ist ungefähr so, als wenn ich mit einem Corpsbruder oder Bundesbruder, mit dem ich lange in Feindschaft gewesen bin, zusammenkomme, um den Landesvater zu stechen. Das heißt, es ist ein ganz deutliches Zeichen an die anderen: wir wollen wieder Freunde sein. Und wenn sich nun dort der Außenminister dieses Weltreiches gegenüber dem deutschen Botschafter erhebt und die Zeremonie dieses gegenseitigen Zutrinkens kommt, und wenn er in seiner Rede sagt: ich danke Ihnen, Herr Lord-Mayor, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, hier zu bekunden, wie wir heute mit Deutschland stehen, so bitte ich einmal zu überlegen, wie eine solche Geste, eine solche Mitteilung in allen Ländern der Welt wirkt. Das wirkt viel mehr als die Paraphierung von Verträgen, weil man sich sagt: wir sehen, daß Deutschland muß wieder groß geworden sein, denn es steht derartig in der Achtung der Welt da. Fußtritte haben wir genug bekommen, als daß man Freundschaftsbeweise dieser Art mit Schnoddrigkeiten begegnet wie deutschnationale Blätter, die von dem Giftbecher sprechen, der dort gereicht worden sei. Wenn jetzt von allem, was für den 1. Dezember geplant war, nur die Feier in der Guild-Hall übrigbleibt, und wenn vorgesehen ist, daß nach dem Lord-Mayor, der das Hoch auf den König ausbringt, also eine ganz allgemeine Rede hält, als erster unter allen international Eingeladenen der deutsche Reichskanzler spricht, dann ist das wiederum ein zweiter Beweis, in welch geradezu ostentativer Weise man die Wiedereinführung Deutschlands mindestens in seine große moralische Großmachtstellung zu dokumentieren wünscht.

Meine Damen und Herren, wie kann man sich eigentlich eine bessere moralische Rechtfertigung gegenüber der Kriegsschuldlüge denken als diese Art, wie man heute Deutschland in den Vordergrund stellt. Wenn die Leute noch an die Behauptung glaubten, könnten sie nicht Deutschland in der Guild-Hall als erstes Volk die internationale Friedensrede halten lassen. Dafür sollten wir auch Verständnis haben und nicht in der Weise sprechen, wie wir es hier erleben.

So sehe ich den Geist des Vertrages. Ich sehe ihn nicht in einem Ausfluß des Idealis-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus, sondern in sehr stark praktischen Erwägungen. Da aber über Motive nicht abgestimmt wird, kommt es darauf an, was sich tatsächlich für Deutschland daraus ergibt, gleichgültig, was der andere sich dabei denkt. Deshalb steht für mich der Vertrag in erster Linie, die heutigen Rückwirkungen in zweiter Linie; nicht weil ich sie gering schätze. Wir sind ja hier auch in der unglücklichen Lage, ausbalancieren zu müssen zwischen außen- und innenpolitischen Rücksichten. Wenn die Deutschnationalen dringeblieben wären, wenn diese Esel erkannt hätten (stürmischer Beifall) daß es darauf ankommt, daß das ganze deutsche Volk dahinter steht, wenn sie uns die Möglichkeit gegeben hätten, bei jedem Schritt, den wir in der Welt taten, zu sagen: dahinter steht mit Ausnahme der Extremen das ganze deutsche Volk, dann hätte man zunächst ganz anders auftreten können, in London, Paris und Brüssel als jetzt mit gebrochener Front, in der wir nach diesen Austritt kämpfen mußten. Dann könnten wir nach außen auch ganz anders auftreten und sagen, was uns noch nicht gefiel, dann könnten wir rein aus außenpolitischen Gesichtspunkten Politik machen. Jetzt sind wir ja auch hier gezwungen, schließlich einmal zu sagen, daß das, was wir erreicht haben, ungefähr dem entspricht, was wir erwartet haben, weil wir als vernünftige Realpolitiker uns die Ziele nicht ins Utopische gesteckt hatten, weil ja das Wort Rückwirkungen ganz falsch ist, denn das sind ja Vorwirkungen, die eintreten, ehe überhaupt der Vertrag unterzeichnet ist. Rückwirkungen können doch erst eintreten, wenn der Vertrag Tatsache ist. Wenn überhaupt bei unserer Situation, bei dem, was Herr Briand uns freundlich entgegenhielt, daß er eigentlich der Gebende sei, wenn bei diesem Zustand in Deutschland uns von den Alliierten diese Rückwirkungen noch konzediert werden – nehmen Sie es mir nicht übel, es ist vielleicht etwas mehr, als die deutsche Regierung, wenn sie Sieger des Weltkrieges wäre, bei dieser Situation tun würde.

Es sind drei Gesichtspunkte, die wir in Locarno vorgebracht haben. Das war die Änderung des Delegierten-Systems, das war die Herabsetzung der Truppenzahl, das war die Aufhebung der Ordonnanzen. Sie kennen die Veröffentlichungen darüber. In bezug auf das Delegiertensystem ist die Abschaffung, und zwar per 1. Dezember zugesagt. Von unseren Freunden im Rheinland ist uns in der Fraktion gesagt worden, daß das von eminenter und ausschlaggebender Bedeutung für das besetzte Gebiet sei. (Sehr richtig!) Ich habe einmal in einem sächsischen Wahlkreise kandidiert und als ich da über Sozialpolitik sprach, habe ich die Art, wie die Sozialdemokraten alles verkleinert haben, was vom Reich kam, in Vergleich gesetzt mit der Situation, wo die Mutter ein Brot schneidet und der Junge sehr interessiert zusieht, wer das wohl kriegen soll und die Mutter fragt: Vor wen ist denn der Runken? – Das is for di. – Wat, dat Rünsgen? (Heiterkeit.) So kommt es mir auch hier vor. Zuerst, wenn man davon sprach, das ganze Delegiertensystem sollte aufgehoben werden, dann hieß es: das wird nicht gelingen. Jetzt, wo es da ist, da heißt es: wat, dat Rünsgen? Da bedeutet das gar nichts. Da sind es die Bettelpfennige der Rückwirkungen, wie sich der Lokal-Anzeiger ausdrückt.

Das zweite ist die Herabsetzung der Truppen. Die ist viel umkämpft, in verschiedenen Etappen. Erst langsam haben wir durchgesetzt, daß heute der Grundsatz anerkannt ist, wenn auch hier noch ohne Termin, die Truppenzahl annähernd auf die Friedensstärke zu bringen. . . . . heißt es bei den Franzosen. Aber man hat erklärt, man würde nicht dementieren, wenn wir das Wort mit „Friedensstärke" übersetzen würden. Das bedeutet im Effekt ungefähr eine Verminderung der Zahl von 95 000, die heute in der zweiten Zone sind, auf 45 000. Ich kenne die Einzelheiten der Verhandlungen mit Briand. Wenn Sie glauben, daß der französische Generalstab mit großem Hurra auf den Außenminister diese Sache akzeptiert hat, dann irren Sie sich. Wenn ich jemals eine innere Genugtuung erlebt habe und gesehen habe, daß in allen Ländern die Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und Außenministe-

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rium bestenfalls als korrekt bezeichnet werden können, dann habe ich das in diesen letzten Wochen in bezug auf die Verhandlungen in Paris gesehen. Man wollte erst 12 000 Mann zurückziehen, dann hieße es, sie gingen auf 72 000 herunter, dann hat Briand es durchgesetzt auf 60 000, dann ist von uns gebohrt worden, und dann sind sie zu dieser Ziffer gekommen.

Ob das nun viel oder wenig bedeutet, wenn es im Laufe der Zeit durchgeführt wird in bezug auf Wohnungsrückgabe, Schulen usw., will ich hier nicht erörtern, obwohl es doch von Bedeutung ist. Aber es bedeutet für mich ja viel mehr als für das Rheinland. Denn ich sehe doch den Endpunkt der Politik nicht in Erleichterungen für das Rheinland, sondern in der völligen Freiheit des Rheinlands. Ich sehe den Zielpunkt der Politik zunächst darin, zunächst diese Rheinpolitik bis ins Herz zu treffen. Und wenn am 20. Februar spätestens die nördliche Rheinlandzone geräumt wird, so ist das für mich nicht unter dem Gesichtspunkt, daß von den Leuten ein Druck genommen wird, sondern dann ist das Rheinproblem von Poincaré erledigt. Wenn diese Linie einmal durchbrochen ist und weitere Sanktionen und Invasionen nicht möglich sind, so bedeutet das, daß diese Politik ihren Stich bekommen hat. Und wenn gleichzeitig in der zweiten und dritten Zone die Besatzung vermindert wird, wo man früher durch Anlegung von Truppenübungsplätzen den Eindruck zu erwecken suchte: hier stehen wir, hier bleiben wir, bekehrt euch zu uns, der Deutsche hat nichts mehr zu sagen; wenn die Delegierten fluchtartig das Land verlassen müssen, wenn weiter abgebaut wird, dann hat doch die ganze deutsche Bevölkerung die Empfindung: es geht vorwärts mit Deutschland und rückwärts mit den anderen und wir können uns wieder frei zu Deutschland bekennen. Das ist das Ende des Separatismus. Das ist schließlich ein Erfolg, ein Erfolg des Haltens der Rheinlande am Reich. Nur Toren können das gering achten, denn es hat Zeiten genug gegeben, wo wir nicht wußten, ob die Rheinlande beim Reich bleiben würden. (Zustimmung.)

Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich diese Dinge. Gewiß bleibt viel übrig, was ungeheuerlich ist. Was weiter wird, wird nicht abhängen vom Wortlaut, sondern nur vom Geist. Man kann, wenn man guten Willens ist, mit scharfen Gesetzen sehr milde regieren und man kann, wenn man schlechten Willens ist, mit einem schwachen Gesetz sehr streng regieren, kann die Menschen schikanieren bis aufs äußerste. Wenn der eine Satz nur bliebe: es hat alles zu geschehen, was die Sicherheit der Truppe erfordert, dann kann damit ein Alba eine ganze Provinz drangsalieren. Hier wird alles darauf ankommen, wie die Dinge tatsächlich weitergehen.

Nun komme ich auf den dritten Komplex der Fragen: Räumung der nördlichen Rheinlandzone. Sie hat sich lange hingezogen, und es ist da eine wunderbare Erscheinung aufgetreten, ein Kämpfen der Engländer für ihre Bequemlichkeit, als wenn das die heiligsten Güter der Welt wären, wie ich überhaupt denjenigen aus dem besetzten Gebiet, wo Engländer hinkommen, das eine sagen muß: sie werden sich um Politik wenig kümmern, aber viel mehr Wohnungen verlangen als die Franzosen. Das ist überall der Fall gewesen und damit muß man rechnen. Aber letzten Endes, die Räumung erfolgt. Auf die politische Bedeutung habe ich hingewiesen. Ich rufe ins Gedächtnis noch einmal zurück: nicht nur Poincaré, sondern auch Herriot hat noch, ich glaube, vor anderthalb Jahren, gesagt: die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen. Und jetzt ist die Räumung da, jetzt kommt die letzte entscheidende Frage der beschleunigten Räumung der zweiten und dritten Zone. Es ist für mich sehr schwer, hier über Einzelheiten zu sprechen aus dem Grunde, den ich Ihnen vorhin sagte: aufgezeigte Dinge verlieren ihre Wirkung und werden gefährdet. Ich kann Ihnen deshalb nur das eine sagen, daß ich die Empfindung habe, und zwar durch Telegramme aus London, Brüssel und Paris, daß diese Frage der Verkürzung diskussionsreif werden wird in absehbarer Zeit nach Inkrafttreten des Vertrages. Wieweit diese Diskussion gehen wird, was sie für ein Ergebnis haben wird, vermag ich

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht zu sagen, das hängt von der allgemeinen politischen Wertung der Dinge ab. Ich habe nicht den Wunsch, daß irgendetwas davon in die Öffentlichkeit dringt, aber ich darf mich hier auch mal auseinandersetzen mit einem gerade mir oft gemachten Vorwurf, nämlich den des ewigen Optimisten. 1924, als London war, als wir aus London zurückkamen, haben ganz hervorragende Wirtschaftler, obwohl sie für den Dawesplan eintraten, gesagt, daß sie nie daran glaubten, daß die Franzosen die Regiezechen uns wieder zurückgeben würden. Herr Vögler, hat damals im Reichstag gesagt: ich trete ja dafür ein, aber das machen sie nicht. Das zweite war, daß man gesagt hat: die gehen nicht aus dem Ruhrrevier heraus. Sie sind später herausgegangen, nicht zum Endtermin, aber sie sind herausgegangen. Der Reichskanzler kam einmal verzweifelt aus Düsseldorf zurück und sagte: jedermann fragt mich: wird geräumt oder nicht? Ich sagte: es ist ganz sicher, daß geräumt wird. Darauf der Kanzler mit einer Miene: na ja, das mußt du ja so sagen. Es hat niemand geglaubt. Es gibt erste, hervorragende Männer, die erklärt haben: da gehen die nie raus. Und als sie rausgehen, da wird gejammert, daß es sich um 5 Tage verzögert. Damals hatten wir nicht einen Vertrag, damals haben wir nur Abreden gehabt, die wir schriftlich bestätigt haben. Da konnte man sehr zweifeln, ob das juristisch nicht anfechtbar war.

Schließlich ist für mich das Entscheidende, daß der Geist, der zwischen den Völkern besteht, entscheidet, wie Verträge ausgelegt werden. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob der Bündnisvertrag Englands mit den Alliierten es im August 1914 gezwungen hätte, zu marschieren, und man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob Italien nicht gezwungen war, an unserer Seite die Waffen zu ergreifen. Entschieden ist das alles nicht nach dem Wortlaut der Verträge, sondern nach der politischen Konstellation, und wir müssen dafür sorgen, daß die politische Konstellation eine solche wird, daß sie uns ermöglicht, diese Dinge in liberalstem Geiste ausführen und durchführen zu lassen.

Dabei möchte ich über den Osten nur ein Wort sagen. Nachrichten, die wir aus dem Osten haben, zeigen uns, daß die Verhältnisse in Polen anfangen, für das Land sehr, sehr schwierig zu werden, und ob aus diesen materiellen Schwierigkeiten sich nicht politische Schwierigkeiten ergeben, lasse ich dahingestellt. Es liegt aber immerhin im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Wenn wir nun einmal die Frage der Wiedererlangung deutschen Landes im Osten prüfen, nicht an der Hand des Artikels 19 – ich bin nicht ein solcher Säugling der Politik, daß ich glaube, mit diesem Artikel etwas zu erreichen, das geht doch im Völkerbund nicht so vor sich, daß da abgestimmt wird, ob Polen den Korridor wieder zurückgeben soll, sondern es ist nur der Hebel, mit dem man ansetzen kann, und das andere ergibt sich aus der weltpolitischen Lage. Aber daß man den Hebel hat, um im gegebenen politischen Moment die Rückgabe des Korridors zu fordern, das ist das, worauf es ankommt. Wenn aber Polen in Schwierigkeit kommt: wie war denn damals die Lage des deutschen Ostens vor Locarno und nach Locarno? Wenn wir vor Locarno irgendwie versucht hätten, etwas gegen Polen zu tun, dann trat das französische Bündnis automatisch ein und der Franzose marschierte über den Rhein und damit war Deutschland zur Bewegungslosigkeit in dieser Sache verurteilt. Wenn heute sich eine Situation ergibt, in der Europa sich dafür interessiert, ob nicht Polen auf irgendeinem Wege geholfen werden müßte, und wenn auch die polnische Frage territorial erörtert wird, dann ist es für uns von entscheidender Bedeutung, daß in diesem Moment Deutschland in den besten und herzlichsten Beziehungen zu denjenigen Weltmächten steht, die darüber zu entscheiden haben.

Damit ist in Locarno der Anfang gemacht, und wenn Herr Chamberlain erneut von einer Revision des Paktes in seiner letzten Rede gesprochen hat, und wenn er in einer früheren Rede zwar negativ gesagt hat, er würde denjenigen für einen Tor halten, der heute schon von der Änderung der Grenzen spräche, und wenn Herr Vandervelde

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sagt, es sei übertrieben, daß die polnischen Grenzen Grenzen zweiter Klasse geworden seien, dann sehen Sie, wenn Sie von all diesen Reden das Diplomatisch subtrahieren und das ansehen, was übrigbleibt, daß die Frage in der Diskussion der Welt steht, und daß es darauf ankommt, wenn diese Diskussion praktische Formen annimmt, in der Lage zu sein, mit anderen zusammen andere als Hilfskörper zu haben für eine Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und wenn in dieser Zeit der Westen saturiert ist durch die Sicherung der Grenze, dann hat er auch nicht mehr logisch die Berechtigung, sich gegen eine Entschädigung Deutschlands auf der anderen Seite zu wenden. Es gibt deshalb nichts demagogischeres als die Kundgebungen in Ostpreußen, in Lyck und anderwärts gegen die Politik von Locarno. Wenn irgendjemand mindestens Möglichkeiten und den Willen ihm zu helfen, daraus ersehen könnte, wäre es der preußische Osten, und ich möchte unsere Freunde im Osten bitten, dafür zu sorgen, daß gegenüber diesem Dunst, der da über diese Dinge gewoben wird, die Wahrheit ans Licht gezogen wird.

Ich habe gestern gehört, daß bei den Provinziallandtagswahlen in Oberschlesien, wo wir mit den Deutschnationalen zusammengehen, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Kleiner in einer Rede vor den Deutschnationalen erklärt hat: wer überhaupt den Weg nach Locarno mitmacht, ist kein Deutscher und kein Oberschlesier mehr. Ich muß hier direkt an den Vorsitzenden von Oberschlesien die Frage richten: was gedenken Sie gegen derartige Frechheiten zu tun? (Lebhafte Zustimmung.) Es geht nicht an, daß wir Bündnisse mit einer Partei eingehen, wenn sie uns das Deutschtum abspricht. (Lebhafter Beifall.) Wir verlieren an Selbstachtung und Selbstehre. Ich würde eine Partei nicht achten, die mit mir zusammengeht und sich derartig beschimpfen läßt, ohne daß diese Beschimpfung zurückgenommen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Denn damit erklärt die Oberschlesische Organisation daß sie selbst dieses Absprechen des Deutschtums ohne Widerspruch anerkennt. Das ist eine völlig unmögliche Situation. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit so gutem Gewissen vor das deutsche Volk treten können, daß wir wirklich nicht nötig haben, unsere Vaterlandsliebe von irgendjemand anzweifeln zu lassen.

Lassen Sie mich damit zum Schluß meiner Ausführung kommen. Diese Verhandlungen um Locarno haben, wie Sie wissen, zu einem Bruch der Reichskoalition geführt. Damit ist auch ein Werk vernichtet, an dem niemand mehr, und ich möchte sagen, bis zur Selbstentäußerung gearbeitet hat, als wir, die Deutsche Volkspartei. (Sehr richtig!) Wir haben unsere eigene starke Machtposition, beispielsweise in Preußen – und viele erkennen das erst heute, wo wir sie nicht mehr besitzen – aufgegeben, um des Zweckes willen, den Deutschnationalen den Eintritt in das Kabinett zu ermöglichen.

Mit dem Zusammenbruch der Koalition im Reich ist natürlich auch all das gewachsen, was an Linkskräften sich sonst regt. Ich möchte gern das Gesicht des Herrn Dr. Wirth photographiert haben, als er diese Mitteilung in den Vereinigten Staaten bekommen hat. Er brauchte gar nicht zum Parteitag zu fahren, er war ja Triumphator. Er war Triumphator geworden durch diejenigen, die ihm den Beweis für die These lieferten, die nicht richtig zu sein brauchte, man könne mit den Deutschnationalen nicht regieren. Und dazu geschah das ganze in einem Stadium der Dinge, bei dem der Gesamttatbestand nicht vorlag, bei dem andererseits die Grundlage schon längst bestand, so daß, wenn man grundsätzlicher Gegner war, man früher hätte ausscheiden müssen. (Zustimmung). Wenn es sich aber handelte um die Prüfung der Ergebnisse, dann hätte man in dieser Situation nicht ausscheiden dürfen.

Ich darf Sie aber noch einmal darauf hinweisen, wie die Dinge nun auf uns gewirkt haben. Dem, was auf der Rechten geschah, folgte ja sofort ein ähnlicher Streich auf der Linken. Erst tritt die deutschnationale Partei aus, zwei Tage später erklärt die Sozialdemokratische Partei, daß sie in schärfster Opposition zum Kabinett Luther

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stände. Gleichzeitig eröffnet die Germania eine Attacke gegen den Reichskanzler. Die demokratischen Parteien erklären, sie hätten mit dieser Regierung eigentlich nichts zu tun. Und nun haben Sie die Güte und führen als Außenminister Verhandlungen über Rheinlandbefreiung mit den Alliierten und antworten Sie den Botschaftern auf die Frage: wer steht eigentlich noch hinter Ihnen? Gerade in dem Moment, wo alles darauf ankommt, mit der moralischen Kraft des ganzen Volkes die Befreiung der Rheinlande durchzuführen, bekommen wir diesen Stoß, der doch die ganzen Dinge um 8 Tage stagnieren ließ, und wenn nicht allmählich die Situation sich wieder hergestellt hätte, wenn es nicht allmählich gelungen wäre, es dahin zu bringen, daß die Sozialdemokraten die Auflösung nicht wollten, daß sie eine jetzige Verhandlung über Neubildung der Regierung nicht wünschten, und letzten Endes, wie ich glaube, auch eine Änderung in der Person des Kanzlers nicht mehr erstreben, wenn das nicht alles zu einer einigeren, ruhigeren Auffassung der Dinge geführt hätte, dann weiß ich überhaupt nicht, ob nicht das Ganze gefährdet worden wäre.

Die Verantwortung für das, was hier auf außen- und innenpolitischem Gebiet angerichtet worden ist, trägt die Deutschnationale Partei in vollem Umfang. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bedauere diese Entwicklung ganz außerordentlich. Ich mache hier gar kein Hehl daraus, an sich ließ sich mit einer großen bürgerlichen Mehrheit, die bis zur rechten Seite reicht, viel besser auswärtige Politik machen, als mit der Linken, und zwar aus dem Grunde, weil die Linke den Fehler hat, immer zu viel auf den Standpunkt der anderen Rücksicht zu nehmen, während ich hier als Außenminister stets damit operieren konnte, daß ich einen rebellierenden rechten Flügel zur Vernunft bringen müßte. Aber dieser rebellierende Flügel durfte dann nicht im entscheidenden Augenblick davongehen, sondern er mußte dabei bleiben.

Diese Situation ist natürlich jetzt vollkommen umgestoßen, und das Locarno-Brötchen, das wir den anderen anbieten können, ist für sie sehr viel weniger schmackhaft geworden. Lesen Sie heute die „Action Francaise", die „Deutsche Zeitung" in Paris, die ihrerseits die These verficht: was nutzt uns denn der Locarno-Vertrag, wenn eine Partei, die beinahe ein Drittel der Mandate – wobei sie etwas übertreibt – innehat, die die ganzen rechtsstehenden Bürger und die heranwachsende Jugend um sich hat, bei dem Geist der Revanche bleibt? Wenn es richtig sein sollte, was die Zeitungen berichten, daß der deutschnationale Parteitag geendet hätte mit dem Gesang des Liedes: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen", so wäre das allerdings eine Unterstützung der Außenpolitik, die einen seltsamen Beigeschmack hat.

Wir müssen die Konsequenzen ziehen aus dem, was geschehen ist, und ich ziehe sie zunächst nach einer Richtung: ich möchte an Sie den Appell richten: vertreten Sie in stärkster Weise nach außen den selbständigen Charakter unserer Partei. (Stürmischer Beifall.) Ich verlange nicht die Anlehnung an irgendeine Seite. Ich verlange nur, daß wir uns aus einer Gemeinschaft organisatorischer Art lösen, die bisher nur der Todeskeim für uns und die Entwicklung für die anderen geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Darf ich Sie auf eines hinweisen. In der Annahme, daß wir die beiden Bruderparteien wären, haben wir mit den Mitteln unserer Industrie und Wirtschaft eine ganz gewaltige Herrschaft Männern in die Hand gelegt, die sich verpflichtet hatten, Zeitungen in Deutschland zu begründen, die gleichzeitig neutral der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen gegenüberstehen sollten. Was ist daraus geworden? 369 deutschnationale Zeitungen stehen 45 volksparteilichen Zeitungen in Deutschland gegenüber. Und wenn Sie heute diese Blätter des Herrn Hugenberg lesen, die von der Vera beeinflußt werden, so müssen Sie sagen: die Kreuzzeitung ist ein hochanständiges Blatt gegenüber dem Scherlschen Berliner Lokal-Anzeiger und dem Tag, gegenüber der Gehässigkeit, unter der Maske der Unparteilichkeit lediglich rechts-deutschnationale Politik zu treiben. So ist es uns überall in Deutschland ge-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gangen. Durch diesen Konzerneinfluß der Vera haben wir in Ostpreußen noch eine große, wenige kleine Zeitungen, in Pommern überhaupt kein Blatt mehr. Aber überall ist diese Presse, die sich den Teufel um die Deutsche Volkspartei kümmert, sondern nur um ihre eigenen parteiegoistischen Ziele. Und ich glaube, wenn irgendetwas uns schwächt, dann wäre es der Gedanke in der Öffentlichkeit, daß wir sozusagen die Corpsstudenten II. Klasse wären, die Leute, die *auch* national sind, daher nicht so national wie die anderen, die auch gesellschaftlich achtbare Leute unter sich haben, aber nicht so vornehm sind wie die anderen, die viel stärker wirtschaftlich sind, während die anderen den Idealismus gepachtet haben. Sehen Sie, das sind Dinge, die letzten Endes den Wähler dahin bringen, dann zu den 100%igen zu gehen und nicht zu den 75%igen. Wenn auch nicht alles auf die alten Begriffe konservativ und liberal zurückgeführt werden kann, so werden wir doch sehen, daß wir in großen, grundlegenden Fragen unsere eigene Anschauung im Kampfe gegen rechts werden durchzuführen haben. Genau so wie wir auf anderen Gebieten mit rechts zusammengehen, werden wir uns vorbehalten, auch mit links zusammenzugehen. Denn ich bin der Meinung, wir dürfen wie wir stehen und gehen, mit jedem vernünftigen Menschen zusammen gehen, der dieselbe Meinung hat, ob er rechts oder links steht. Im Kampfe um die Schulreform werden wir auf anderem Boden stehen, im Kampfe um die Außenpolitik stehen wir auf einem anderen Boden usw. Lassen Sie uns das Ergebnis unserer liberalen Tradition oder das Ergebnis unseres selbständigen Denkens in diesen Fragen des neuen Deutschland auch mit aller Entschiedenheit und Unabhängigkeit nach außen vertreten, immer in der Überzeugung, daß derjenige, der unbeirrt für seine Sache kämpft, weit mehr Leute hinter sich bringt als derjenige, der stets seine Weigerung zum Ausdruck bringt, mit einem anderen nicht zusammengehen zu können.

Was jetzt werden wird in Deutschland, läßt sich schwer übersehen. Es besteht keine große Lust bei den großen Parteien, in diesem Winter in das kommende Kabinett einzutreten. Und die Frage, die zur Entscheidung steht, ist jetzt beinahe die: soll man die anderen zwingen mitzumachen, oder soll man ihnen erlauben, in Opposition zu bleiben und das kleine Schifflein eines Minderheitskabinetts auf die stürmende See hinauslassen. Wir werden uns – das glaube ich wohl als unsere allgemeine Übereinstimmung feststellen können – nur tragen lassen von unserem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staatsganzen. Auf die Dauer wird es sich doch durchsetzen beim deutschen Volk, zu unterscheiden zwischen denen, die sich wohl fühlen in leichter Kritik, und denen, die die schwere Verantwortung übernehmen. Zusammengesetzt sein kann das Kabinett, wie ich schon zu Anfang sagte, nur sein von Parteien, die zu dem Werk von Locarno stehen. Denn neben den Schwierigkeiten, die vor uns liegen auf wirtschaftlichem Gebiet, wird es die Hauptaufgabe der kommenden Zeit sein, dasjenige an Erleichterungen unserer Lage, an einer freiheitlichen Gestaltung der Dinge, vielleicht in internationalem Zusammenwirken auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet, sicherzustellen, was sich aus den in Locarno getroffenen Vereinbarungen ergibt. Es wird eine rein sachlich, kühle Arbeit sein, die uns diese schwere Zeit überwinden läßt. Ich bin überzeugt, daß man uns in Zukunft dafür danken wird, daß wir gerade in dieser Zeit, wo die Leidenschaften so hoch gepeitscht sind wie kaum je, uns nur haben leiten lassen von dem einen Gedanken: Staatswohl und nicht Parteiinteresse.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. – Die Mitglieder des Zentralvorstandes erheben sich von den Plätzen und bringen dem Parteivorsitzenden eine stürmische Ovation dar.)

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diskussion:

Dr. Stresemann: Es sind eine Reihe von Anfragen an mich gestellt, und ich möchte diese Anfragen gleich beantworten ...

... Ich bin weiter gebeten worden, auf das zurückzukommen, was ich wohl übersehen hatte, nämlich noch einmal zu sprechen von den Motiven, die überhaupt für die ganze Änderung der Stellung uns gegenüber in Betracht kämen. Auch diese Ausführungen kann ich nur in gewissen großen Zügen machen. Ich möchte sie so darlegen: wir sind heute, wie Sie alle wissen, wirtschaftlich in bezug auf Kreditnot in einer Weise niedergebrochen, wie es kaum erträglich ist. Gleichzeitig ist Frankreich in bezug auf seine Staatsfinanzen ungefähr ebenso niedergebrochen. Das Halten der französischen Währung ist *das* französische Problem. Und da andere Völker nicht so leicht sich proletarisieren lassen wie das deutsche, würden, wenn in Frankreich eine Entwicklung einträte, die der Entwicklung, wie wir sie hinter uns haben, gliche, wahrscheinlich Umwälzungen möglich sein, deren Endergebnis gar nicht abzusehen ist. Die Leute kämpfen einen Verzweiflungskampf um die Haltung ihrer Währung. Sie sind wie wir angewiesen auf eine schonende Behandlung ihrer Staatsgläubiger, sei es England, sei es Amerika. Die Entsendung von Caillaux wegen der Zinszahlungen an die Vereinigten Staaten, die jetzt beginnen, legt davon Zeugnis ab.

Sie haben aber weiter die Empfindung, daß sie wirtschaftlich nicht wieder in die Höhe kommen, wenn in diesem, wie oft gesagt ist, balkanisierten Europa eine Zollpolitik sich lediglich auf den inneren Markt legt, alles sich gegeneinander abschließt und die kaufärmer gewordenen Völker die alleinige Basis der Wirtschaft sind. Ihnen schwebt eine weitgehende Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie vor. Das ist auf verschiedenen Gebieten durchgeführt. Das soll weiter durchgeführt werden, nach ihrer Ansicht in ganz großzügiger Weise. Sie haben nun die Empfindung, daß sowohl mit ihrem eigenen Kreditbedürfnis als mit diesem Wunsch nach einer Kooperation mit der deutschen Wirtschaft ein Kriegszustand mit Deutschland, wie er doch de facto noch bestand, nicht verträglich ist, daß sie den Frieden in Europa als Grundlage brauchen für ihr eigenes Kreditbedürfnis, daß sie aber auch eine Verständigung mit Deutschland brauchen für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung.

Aus dem Grunde werden Sie finden, daß mehr als in England augenblicklich die Stimmung in Frankreich in weitgehendem Maße für ein Zusammengehen mit Deutschland sich ausspricht, sogar mit einer gewissen Zielsetzung gegen England und für Deutschland, weil ja Verbündete vielfach eher auseinander geraten als Gegner, wenn sie sich aus irgendwelchen Interessen wieder zusammenfinden. Gleichzeitig geht ein Bestreben Englands, mit uns wirtschaftlich anzuknüpfen, aus der Angst, daß wir mit Frankreich allein irgendeinen gegen England gerichteten Trust bilden könnten. Aus dieser Situation ergibt sich ein gewisses Umwerben Deutschlands, und im Hintergrund steht die große Macht der Vereinigten Staaten, die ihrer ganzen Ideologie nach pazifistisch eingestellt ist, und bei der das Wunderbare sich immer begibt, daß ihr Idealismus mit den materiellen Interessen des Landes sich vereinigt, sodaß sich daraus eine wunderbare Staatsreligion formen läßt.

So kommen diese Faktoren zusammen. Und sehen Sie, daß wir in dieser Situation nicht den europäischen Frieden schlossen, gezwungen, mürrisch, unter den schwersten Bedingungen, sondern daß die Initiative bei uns lag, ist für die psychologische Haltung der Masse in den Vereinigten Staaten die beste Propaganda, die wir gegen die Kriegsschuldlüge machen können, besser als alle Broschüren, die wir versenden.

Das sind die Zusammenhänge, die heute bestehen, und nichts finde ich törichter, als wenn davon gesprochen wird, wie ich in der Bergwerkszeitung gelesen habe: man wolle sich national geben, aber das Unglück sei, daß man so scheußlich materiell und wirtschaftlich eingestellt sei.(?)

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der beste nationale Idealismus nutzt uns zur Befreiung unseres Volkes gar nichts, wenn das Volk nichts zu essen hat und verhungert. Diese beiden Dinge müssen zusammengehen. Erst eine gesunde Politik der Lebensmöglichkeiten, um sich und die Nachkommenschaft weiter zu bringen, und dann auch erfüllt sein von dem Lebenswillen, sich politisch wieder durchzusetzen. Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem Einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte.

. . .

Dr. Stresemann: Ich will kein Schlußwort sprechen. Es ist ja bei der zutage getretenen großen Einmütigkeit gar nicht notwendig. Ich will nur auf einige Fragen antworten, die im Laufe der Debatte angeregt sind.

Die erste Frage ist die: wie steht es mit der Grenze im Norden? Damit ist wohl die dänische Grenze gemeint. Über die ist in Locarno nicht gesprochen worden. Dänemark hat uns angeboten, einen Schiedsvertrag mit uns zu schließen. Der dänische Außenminister Graf Moltke hat das im dortigen Parlament mitgeteilt. Wir würden bezüglich des Schiedsvertrags mit Dänemark von denselben Gesichtspunkten ausgehen wie bei den Schiedsverträgen mit dem Osten und Südosten, nämlich daß wir einen Schiedsvertrag selbstverständlich schließen, daß aber dieser Schiedsvertrag irgendeine Anerkennung der Grenze oder Ausschließung der Kriegsmöglichkeit nicht in sich begreift.

Es ist weiter gefragt, wie es mit den Kolonien stände. Bei den Beratungen in Locarno habe ich im Sinne des Memorandums der deutschen Reichsregierung vom September vorigen Jahres erklärt, von welchen Gesichtspunkten wir ausgingen, wenn wir in den Völkerbund eintreten würden, und dabei insbesondere auch betont, daß wir für uns das Recht in Anspruch nehmen, Kolonialmandate zu erhalten. Auf diese Rede ist Herr Briand eingegangen und hat in bezug auf die Kolonialfrage erklärt: kein Mensch in der Welt kann Ihnen das Recht bestreiten, das Sie in Ihren Ausführungen für Deutschland in Anspruch nehmen. Es ist eine weitere Äußerung nicht erfolgt. Wir haben die Äußerung des Herrn Briand protokolliert.

Wir standen vor der Frage, ob wir in Locarno selbst die Frage der Kolonien weitertreiben sollten. Ich habe das mit vollem Bewußtsein nicht getan, weil ich der Überzeugung bin, daß heute die Dinge so liegen, daß dieser Anspruch Deutschlands gar nicht mehr bestritten wird, daß wir vielleicht sogar vor der Situation stehen, daß die anderen, was aus dieser emphatischen Betonung hervorging, ganz gern gesehen hätten, uns auf die Kolonialfrage mehr zu drängen und die Rheinlandfrage demgegenüber zurücktreten zu lassen. Zudem hätten sie uns nichts weiter als eine Bestätigung geben können, da die Entscheidung darüber dem Völkerbund obliegt.

Wir sind seitens des Auswärtigen Amtes vor längerer Zeit schon mit maßgebenden Kolonialfreunden in Verbindung getreten und haben ihnen gesagt, daß es nicht darauf ankommt, Resolutionen zu fassen für den Erwerb von Kolonien, sondern sich zu überlegen, welche Kolonialgebiete für uns in erster Linie in Frage kommen. Ich möchte darüber, über die Antworten, die uns gegeben sind, mich im einzelnen nicht aussprechen.

Sie können die Änderungen in der Auffassung über die Kolonien daraus ersehen, daß uns in Kamerun bei einer Auktion in London der wesentlichste Teil der früher in deutschen Besitz befindlichen Plantagen wieder zugesprochen worden ist und daß wir dort wohl ein Jahr deutscher Pflanzerarbeit hinter uns haben. Es werden demnächst neue Auktionen in einer anderen Kolonie bevorstehen. Es haben sich Käufer überhaupt nicht gefunden. Man wird sehr dankbar sein, wenn deutsche Käufer sich melden. Es besteht auch bei den Staaten, die heute Mandatare sind, die Absicht, das Mandat an den Völkerbund zurückzugeben, weil man eingesehen hat, daß zur Führung von

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kolonien Erfahrungen gehören, daß sie sonst sehr unangenehme Anhängsel sein können.

Ich würde deshalb der Meinung sein, daß man wohl von dem Anspruch Deutschlands sprechen sollte, aber jetzt nicht mehr in der Form einer Bitte, eines Desideriums, sondern in der Form der Selbstverständlichkeit, die sich ergäbe aus der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund, wobei ich bemerken möchte: die Frage des Völkerbundes – man kann ja nicht auf alle Gesichtspunkte eingehen – steht für mich einfach so: wo können wir mehr erreichen, drinnen oder draußen? und nicht so: sind mir die Leute sympathisch mit denen ich dort zusammenarbeite? Das ist die falsche Einstellung, die auch hier wieder auf deutschnationaler Seite besteht.

Was die Minderheitenfrage betrifft, so haben die Herren sich den Spaß erlaubt, noch kurz vor unserem Eintritt in den Völkerbund eine Bestimmung zu treffen, wonach in dem Dreierausschuß, der zuerst entscheidet über die Ansprüche von Minderheiten, die rassenverwandten Mächte nicht vertreten sein sollen. Aber jede Entscheidung dieses Dreier-Ausschusses kann angefochten werden von jedem Mitglied des Völkerbundsrates. Ebenso kann jede im Völkerbundsrat vertretene Macht verlangen, daß eine Frage überhaupt nicht vor den Dreier-Ausschuß kommt, sondern sofort im Völkerbundsrat verhandelt wird. Wir haben also die Möglichkeit, jede Frage, die von Bedeutung erscheint, dem Dreier-Ausschuß zu entziehen und sie sofort vor den Völkerbundsrat zu bringen. Außerdem steht der Dreier-Ausschuß dauernd unter der Gefahr, daß, wenn seine Entscheidungen nicht objektiv sind, Deutschland sie anfechtet und dem Völkerbundsrat übertragen läßt.

Wenn ich daran denke, daß die ganzen Fragen der Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien, in Italien, auch jetzt unter einer Nachprüfung Deutschlands stehen, daß es in der Lage ist, im Völkerbundsrat die Leute zur Verantwortung zu ziehen, ihnen zu sagen: ihr habt eure internationalen Verträge nicht gehalten, dann glaube ich, daß die deutschen Minderheiten in erster Linie aus realpolitischen Rücksichten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintreten sollten.

Nun sagt die Linke: das haben wir schon immer gesagt. Mir haben auch manchmal in der Partei einzelne Persönlichkeiten bei irgendeiner Entwicklung gesagt, sie hätten das schon vor drei Jahren gesagt. Ich habe gesagt: damals war es aber falsch. Es ist nämlich gar nicht richtig, daß etwas richtig gewesen wäre im Jahre 1922, was im Jahre 1925 richtig ist. Wir mußten aufgefordert werden, in den Völkerbund einzutreten, nachdem man uns zunächst 1919 zurückgewiesen hatte. Wir konnten nicht als Bittsteller kommen und sagen: bitte, nehmen Sie uns auf, sondern wir mußten erst in eine Situation als Großmacht gekommen sein, die uns in die Lage versetzte, Bedingungen zu stellen. Und daß, ehe wir ein Eintrittsgesuch stellten, 10 Großmächte sich schriftlich verpflichtet haben, Deutschland den permanenten Sitz im Völkerbundsrat zu geben, zeigt doch auch schon den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltgeltung. Heute treten wir durch das Haupttor ein, und früher hätten wir bittend an der Nebentür gestanden. Das ist der Unterschied, warum es heute richtig ist und damals nicht richtig war.

Und wenn wir durch die Entwicklung der Verhältnisse in der Lage sind, auf die Mitwirkung anderer Mächte zu rechnen, wird auch diese Tätigkeit eine ersprießliche sein können. Nun kommen da allerhand Einwendungen: Ungarn hätte auch nichts erreicht. Etwas mehr Bedeutung als Ungarn hat das Deutsche Reich denn doch noch, und es ist etwas ganz anderes, ob in dem Gremium, wo die Entscheidungen fallen, im Völkerbundsrat, eine Macht vertreten ist mit dem, was sie noch an wirtschaftlicher Großmachtstellung hat, oder ob das klein gewordene Ungarn dort für sein Recht kämpft.

Die Wahl der Persönlichkeiten, die Deutschland im Völkerbund zu vertreten haben,

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist eine sehr wichtige Frage für die nächste Zeit, und ich würde es sehr begrüßen, wenn die Partei und die Fraktion ihren Einfluß dafür einsetzte, diese Frage aus der Parteipolitik auszuscheiden, denn es kommen schon wieder Leute, die am liebsten diese Sitze nach der Fraktionsstärke verteilen möchten.

Jedenfalls bietet der Völkerbund bei alldem, was sich da an Schwierigkeiten uns entgegengestellt hat, ungeahnte Möglichkeiten. Das wird Jahre dauern, das wird alles etappenweise vor sich gehen. Aber ich muß heute sagen, es wäre vollkommen verfehlt, draußen zu bleiben, wenn man drinnen wirken kann.

Es ist eine weitere Frage an mich gestellt, eine Frage heikler persönlicher Art. Es ist die Frage, wie der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der Reichspräsident, sich zu diesen Dingen stellt. Diese Frage ist, glaube ich, beantwortet durch die Entscheidungen des Reichskabinetts, die unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten, also mit seiner Zustimmung gefallen sind. Daß der Reichspräsident unter der Entwicklung persönlich außerordentlich leidet, werden Sie verstehen. Denn schließlich ist er ja gerade von denen berufen worden, die ihn heute im Stich lassen. Daß der Reichspräsident schwere Bedenken zu überwinden gehabt hat, um den Dingen zuzustimmen, ich glaube, das ist kein Geheimnis, das teilt er mit vielen, auch mit vielen von uns. Denn schließlich liegen die Dinge nicht so klar und so risikolos und schließlich gibt es bei einem solchen entscheidungsvollen Schritt verschiedene Möglichkeiten, die der einzelne sich erwägt, und jeder wird vor seiner Urteilsfällung sich das Für und Wider reiflich erwogen haben. Der Reichspräsident hat sich jede Stellungnahme vorbehalten bis zum Schluß, und er ist dann am Schluß seinem Kabinett beigetreten und hat die Erklärung abgegeben, daß wir von seiner Zustimmung öffentlich Gebrauch machen können. (Bravo!) So steht er mit hinter der Politik, und ich muß nur wieder sagen: wenn ich mir vorstelle, daß wir in der früheren geschlossenen Front mit dem Mann aus der alten großen Zeit jetzt eintreten könnten in diese neue Ära, dann wäre damit eine moralische Stellung Deutschlands gegeben gewesen, die uns ganz andere Zukunftmöglichkeiten gegeben hätte als bei dem heutigen traurigen Zustand der Dinge. (Beifall.)

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Horst Gies, Oberursel/Taunus, Philipp-Reis-Str. 6.

Dr. Friedrich-Karl von Plehwe, Vortragender Legationsrat I. Klasse, Bad Godesberg, Kolumbusring 1.

Dietmar Rothermund M. A., Ph. D., Privatdozent für neuere Geschichte, Komm. Leiter der Historischen Abteilung des Südasien-Instituts des Universität Heidelberg, Heidelberg, Rohrbacher Str. 12/II.

Dale Cairns Thomson, B. A., Docteur ès lettres (Paris), Director of Department of Political Science, Université de Montréal, Case Postale 6128, Montréal, Canada.

Henry Ashby Turner jr., Ph. D., Associate Professor of History, Yale University, Department of History, 237 Hall of Graduate Studies, New Haven, Connecticut, USA.

Jahrgang 15 (1967), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1967_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte